



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 50. Sitzung
- Endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 21. Mai 2015, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Hartmut Pauland (Beweisbeschluss Z-79)	4
- Gerhard Schindler, Präsident des BND (Beweisbeschluss Z-13)	72

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn Hartmut Pauland (Anlage 1) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Burkhard Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. Andre
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Fischer, Sebastian Haun, Fabian Kühnau, Dan Wendt, Dr. Christina Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Leuxner, Alexander Olechnowicz, Christin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Rom, Katja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung	
Bundeskanzleramt	Bernard, Jan Heinemann, Martin Pabst, Daniel Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Darge, Dr. Tobias Gierth, Sonja Hauer, Florian Jacobi, Stephan Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Grätsch, Gabriele Milke, Dr. Tile
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Henschen, Elmar Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Teilnehmer Bundesrat	
LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Steinbach, Arvid
LV Nordrhein-Westfalen	Rohlfing, Heinrich



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.14 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 50. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle besonders begrüßen und bedanke mich für Ihre intensive und gute Berichterstattung.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir, wie üblich, einige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- Hartmut Pauland
(Beweisbeschluss Z-79)
- Gerhard Schindler
(Beweisbeschluss Z-13)

Der Beweisbeschluss Z-13 stammt vom 08.05.2015 und der Beweisbeschluss Z-79 vom 26.03.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Herr Hartmut Pauland und Herr Gerhard Schindler.

Zunächst - das ist ein Hinweis auch an die Pressevertreter - werden alle Zeugen hintereinander öffentlich vernommen, und im Anschluss folgt dann die nichtöffentliche Vernehmung der Zeugen. Zwischen 14.30 und 15.30 Uhr wird die Sitzung unterbrochen. In dieser Zeit findet im Plenum eine Aktuelle Stunde zu der Vorlage von NSA-Selektorenlisten an den Ausschuss statt. Sie

können sich denken, dass die Ausschussmitglieder an dieser Aktuellen Stunde partizipieren möchten. - Nur zur Erklärung. Da wird die Sitzung unterbrochen.

Wir haben auch zwei namentliche Abstimmungen im Laufe des Tages. Die genauen Zeitpunkte ergeben sich dann immer erst im Sitzungsverlauf des Plenums. Auch dazu wird die Sitzung unterbrochen; aber das ist erst später am Abend.

Vernehmung des Zeugen Hartmut Pauland

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Hartmut Pauland.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen. Ich grüße Sie.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen an diesem Ausdruck vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Hartmut Pauland: Keine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet sind. Ich darf den Rechtsbeistand bitten, auch wenn Sie schon öfters bei uns waren, sich ganz kurz vorzustellen.

RA n Dr. Stefanie Schork: Schork, Rechtsanwältin aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Frau Dr. Schork. - Herr Pauland, vor



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss die Frage zurückstellen und Sie dann gegebenenfalls für eine nichtöffentliche Vernehmung erneut laden kann. Also diese Fragen würden dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung erneut gestellt werden. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Hartmut Pauland: Keine, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Zu Beginn werde ich Sie kurz zur Person befragen. Dann haben Sie am Anfang der Vernehmung die Möglichkeit, zur Sache insgesamt auszusagen - das ergibt sich aus § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes -, also zum gesamten Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, ohne unterbrochen zu werden

von Fragen der Abgeordneten. Danach würde ich Sie zur Sache befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen und ihre Fragestellungen zum gesamten Untersuchungskomplex. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Hartmut Pauland: Auch keine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Hartmut Pauland.: Brigadegeneral Hartmut Pauland. Ich bin seit 1973 Soldat und damit im 42. Dienstjahr. Die ladungsfähige Anschrift ist die meines Arbeitgebers BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen - ich hatte es ja gerade angekündigt -, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wünschen Sie dies?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich würde dies gerne wahrnehmen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann gebe ich Ihnen das Wort.

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wie ich gerade sagte: Brigadegeneral Hartmut Pauland, seit 1973 Soldat, im 42. Dienstjahr, Angehöriger des Heeres. Begonnen habe ich in der Fernmelde-truppe im Bereich elektronische Kampfführung. Ich habe bislang 16 Stabs- und Führungsverwendungen der Ebenen Kompanie bis Korps durchlaufen, so mit Stehzeiten in der Regel zwischen zwei und vier Jahren.

Aus der Vielzahl meiner Verwendungen möchte ich nur die beiden Führungsverwendungen als Bataillons- und Regimentskommandeur hervorheben, eine Verwendung im BND von 1992 bis



Nur zur dienstlichen Verwendung

94 im Abteilungsstab der Abteilung 2 - Technische Aufklärung - als Grundsatzreferent sowie meine Verwendungen im NATO-Hauptquartier, in der Intelligence Division, im internationalen Militärstab in Brüssel sowie am NATO Defense College in Rom. Bevor ich zum BND kam, war ich sechs Jahre im Verteidigungsministerium in Bonn und Berlin, zunächst als Referatsleiter im Führungsstab der Streitkräfte, verantwortlich für die ausländischen Militärattachés in Deutschland, dann als Stabsabteilungsleiter Fü S II bzw. nach der dann erfolgten Umgliederung im BMVg der Unterabteilungsleiter SE I. Beides, meine Damen und Herren, ist die gleiche Bezeichnung für den Leiter des Militärischen Nachrichtenwesens der Streitkräfte. Vor gut zwei Jahren, im Januar 2013, wechselte ich zum BND als Abteilungsleiter Technische Aufklärung.

Die wesentlichen Kernpunkte meiner Ausbildung zum Stabsoffizier lagen zum einen in einer qualifizierten fachlichen Ausbildung zum Fernmeldeaufklärer der elektronischen Kampfführung, zum anderen in den Bereichen Menschenführung mit Auftragstaktik und Innere Führung. Ich bin kein Techniker und kein Jurist, habe aber die mir angetragene Leitung der Technischen Aufklärung im BND aufgrund meines fachlichen Verwendungsaufbaus gerne übernommen.

Schwerpunkt im ersten halben Jahr meiner Tätigkeit in 2013 lag nach Einweisung durch die Unterabteilungsleiter in die Aufgabengliederung und aktuellen Thematiken ihrer Unterabteilungen in der Optimierung fachlicher und rechtlicher Arbeitsprozesse. Zusätzlich war von Beginn an die Aufstellung und Eingliederung einer weiteren Unterabteilung in die Technische Aufklärung wesentliches Thema.

Im Sommer dann bereits die Snowden-Veröffentlichungen. Diese führten dazu, dass ich als BND-Vertreter im Juli und August 2013 in die sogenannte Ad-hoc-Kommission des BMI bzw. des BK-Amtes für Gespräche mit der NSA und dem GCHQ berufen wurde. Das Ergebnis dieser Dienstreisen, einschließlich meines Vortrages zur metadatenzentrierten Erfassung von NSA und GCHQ, fanden sich unmittelbar in verschiedenen PKGr-Sitzungen dieser Monate wieder. Darüber

hinaus bin ich nun seit 2014, Dezember, auch der Beauftragte des Präsidenten für die Strategische Initiative Technik, SIT.

Erlauben Sie mir einen kurzen Vergleich zwischen meiner früheren und der aktuellen BND-Verwendung. Sowohl damals als auch heute fand bzw. findet im BND ein tiefgreifender Umbruch statt. 1993 befand sich der Dienst nach der Wiedervereinigung Deutschlands in einer grundlegenden Neuausrichtung seines Aufklärungsauftrages. Heute ist es die Geschwindigkeit der technologischen Neuerungen, die ein Umdenken in den Arbeitsweisen und Verfahren erfordern: weg von der alten, analogen hin zur neuen, digitalen Welt des Internets. Ich komme darauf noch mal zurück.

Ich darf in gebotener Kürze Rahmenbedingungen meiner aktuellen Tätigkeit kurz skizzieren.

Erstens allgemeine Rahmenbedingungen: Grundlage für unsere Tätigkeit sind der gesetzliche Auftrag in Verbindung mit dem Auftragsprofil der Bundesregierung und die kurzfristige Auftragssteuerung der Ressorts. Die Technische Aufklärung wird durch die auswertenden Abteilungen, durch den Geschäftsbereich 2, gesteuert; das kann man nicht oft genug wiederholen. Nachrichtendienstlich relevante Erkenntnisse werden von uns gefordert, das heißt die Beschaffung mit technischen Mitteln von nicht allgemein zugänglichen Informationen.

Zweitens organisatorische Rahmenbedingungen: Zu Beginn meiner Amtszeit hat der Präsident des BND entschieden, die bis dato in verschiedenen Bereichen angesiedelten Organisationselemente zu Cyber Defense, Gefahrenerkennung und -bewertung zu restrukturieren und zusammenzufassen. Diese Org-Elemente wurden der Technischen Aufklärung als vierte Unterabteilung ab Februar 2013 zugeordnet. Damit führe ich die größte Abteilung des Dienstes. Ich führe vier Unterabteilungen an drei verschiedenen Standorten. Aufgrund der Größe und der unterschiedlichen Dislozierung ist die Technische Aufklärung die einzige Abteilung des Dienstes, die über die zusätzliche Ebene der Unterabteilungen verfügt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Drittens technische Rahmenbedingungen: Die Technische Aufklärung des BND ist weit davon entfernt, up to date bei der Aufklärung nachrichtendienstlich relevanter Ziele im Internet zu sein. Die erforderliche Transformation von der analogen in die digitale Welt des Internets mit seiner Vielzahl unterschiedlicher Kommunikationsmöglichkeiten und deren vielen hochkomplexen technischen Verfahren ist noch lange nicht vollzogen. Ich darf zwei Dinge hervorheben: zum einen der völlig neuartige Informationsraum, in dem wir uns alle heutzutage bewegen, und zum zweiten die Bedeutung der internationalen nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit.

Ich möchte das ganz bewusst an dieser Stelle tun, da ich, trotz erst relativ kurzer Tätigkeit als Abteilungsleiter im BND, zu der Auffassung gekommen bin, dass viele bislang nicht bzw. zu wenig auf diesem Weg von der analogen in die digitale Welt mitgenommen wurden. Sich ergebende Konsequenzen und Risiken aus dem hohen Grad internationaler Vernetzung und dem zwangsläufigen Entstehen einer Vielzahl von Daten sowie deren Weiterleitung und Speicherung sind den Nutzern oftmals nicht klar und bewusst. Die kritische Infrastruktur in hochtechnisierten Ländern wie Deutschland und wesentliche Bereiche des Gemeinwesens sind zunehmend neuen Gefahren und Risiken ausgesetzt. Auch zu diesem Bereich will und kann die Abteilung TA einen wirkungsvollen Schutzbeitrag leisten im gesamtstaatlichen Kontext. Besonders vor diesem Hintergrund der zugegebenermaßen schwierigen Materie unterstütze ich die Transparenzoffensive des Präsidenten des BND ausdrücklich.

Neu ist die kollektive Nutzung des Informationsraums Internet. Was meine ich damit? Früher fanden wir die klassischen Telekommunikationsmöglichkeiten Telefonie, Fernschreiben und Fax vor, dazu ein Frequenzspektrum mit klarer ziviler und militärischer Komponente. Abseits des Funkspektrums nutzen heute nun fast alle dieselbe Kommunikationsinfrastruktur: das Internet. Hier sind der zivile wie militärische Bereich vertreten, Nachrichtensender und Wirtschaftsunternehmen neben Privatpersonen, aber auch Terroristen, Extremisten und Kriminelle mit Anleitungen zum Bombenbau, Videobotschaften ihrer

Schreckensherrschaft und Leistungsfähigkeit sowie den Aufrufen zu Straftaten. Die Herausforderung hierbei ist es jetzt, aus der Fülle der Informationen diejenigen nachrichtendienstlich relevanten herauszufiltern, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind; denn das ist unser Auftrag.

Ich fasse zusammen. Ich habe mich durch die Leitung des Dienstes, meine Abteilungsleiterkollegen sowie meine Unterabteilungsleiter und meinen Stab gut aufgenommen und auf die Aufgabenwahrnehmung in meiner Abteilung stets gut vorbereitet gefühlt. Die Technische Aufklärung des BND ist bestrebt, auf gesetzlicher Grundlage den Auftrag der Bundesregierung und der Ressorts, also die Sammlung von Informationen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik sind, bestmöglich zu erfüllen. Dazu ist eine internationale nachrichtendienstliche Zusammenarbeit unverzichtbar. Diese kann nur gelingen, wenn mit Partnern auf Augenhöhe gesprochen wird. Dafür zählt nicht Quantität, also Größe der Abteilung oder Anzahl von erfassten Telekommunikationsverkehren, sondern Qualität, das heißt eigene technische Fähigkeiten sowie gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter.

Dabei wird der BND an der internationalen Zusammenarbeit nur weiter teilhaben und profitieren können, wenn er im technischen Bereich den Anschluss an seine Partner nicht verliert. Derzeit sind wir in einigen Bereichen nicht mehr auf technischer Augenhöhe. In Umsetzung dieser erforderlichen internationalen Zusammenarbeit arbeiten wir mit einer Vielzahl von Partnern aus allen Kontinenten zusammen. Kein Dienst der Welt ist in der heutigen multipolaren Welt mehr in der Lage, alleine seinen nachrichtendienstlichen Auftrag zu erfüllen.

Ich komme zum Schluss. Der BND bearbeitet derzeit mehrere Krisen weltweit. Ich erwähne nur Russland/Ukraine, Terrorismus oder Counterterrorismus, die Gräueltaten des IS oder der Boko Haram, Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan, Mali und dem Irak. Entführungen und Ebola soll-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten auch nicht vergessen werden. Das, meine Damen und Herren, sind unsere Themen und nicht eine flächendeckende Überwachung eigener Bürger. Meine Beamten, Soldaten und Angestellten sind Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in einer deutschen Behörde und handeln auf der Grundlage geltender Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen sehr engagiert im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Als Soldat füge ich ausdrücklich hinzu: Auch eine Force Protection, das heißt Maßnahmen, die zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten sowie ziviler Mitarbeiter in den Einsatzgebieten erfolgen, benötigt diese unsere Arbeit und internationale Unterstützung. Diese tragen dazu bei, dass Leben im Einsatz gerettet werden.

Ende meines Beitrags. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Pauland. Ich bedanke mich auch für den Hinweis auf die Transparenzinitiative des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes. Wir sind schon erwartungsfroh auf die jetzt kommenden Fragen und Antworten.

Ich würde gerne zu anfangs das eine oder andere noch intensiver wissen zu Ihrem Werdegang. Nach dem Abitur sind Sie, wenn ich das richtig verstanden habe, 1973 zur Bundeswehr gegangen, -

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - haben dann erst Wehrdienst geleistet oder sich direkt als Offizier für zwölf Jahre verpflichtet, oder wie ist das?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe als Z 2 angefangen. Dann hat die Bundeswehr die Universitäten eröffnet damals. Dann wurde mir nahegelegt, ob ich nicht bei der Bundeswehr studieren will. Ich bin dann von Z 2 zu Z 12 übergegangen und habe in Hamburg Wirtschaft und Organisation an der Bundeswehruniversität studiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau das wäre nämlich meine Frage gewesen, was Sie da studiert haben, ob Sie etwas Elektronisches, Technisches, wie auch immer - -

Zeuge Hartmut Pauland: WOW.¹

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da wäre es erst mal was anderes. - Dann sind Sie die verschiedenen Werdegänge, die Stufen durchgegangen, -

Zeuge Hartmut Pauland: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - waren 1994 bis 1996 Kommandeur bei 932 in Frankenberg, richtig?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist das EloKa-Bataillon.

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist² 932. Früher hieß es noch 320; das ändert sich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Tolles Bataillon, toller Standort - erwähne ich mal nebenbei. - Danach Werdegang weiter in der Bundeswehr. Dann gab es eine Zeit, da waren Sie beim MAD, wenn ich es eben richtig verstanden habe, ja?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich war nicht beim MAD, ich war beim BND schon mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann war das?

Zeuge Hartmut Pauland: Von 92 bis 94, dritte GenSt-Verwendung nach dem Generalstabslehrgang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann waren Sie abgeordnet?

Zeuge Hartmut Pauland: Genau.

1) Richtigstellung des Zeugen: "WOW (Wirtschafts- und Organisationswissenschaften)", siehe Anlage 1.

2) Richtigstellung des Zeugen: "", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hatte ich dann eben falsch verstanden. - Welche Funktion hatten Sie in dieser Abordnung?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich war Grundsatzreferent im Abteilungsstab der Abteilung 2 - damals hieß das noch Abteilung 2, was jetzt Technische Aufklärung ist - und war damals Grundsatzreferent für Konzeption nach der, wie gesagt, Wiedereingliederung oder nach der Wiedervereinigung. Ein sehr interessantes, spannendes Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat aber wahrscheinlich gar nichts mit dem Bereich SIGINT zu tun, mit dem wir uns heute beschäftigen. Das war noch zu früh, vermute ich mal. Auch interessante Fragen, mit Sicherheit - - Oder hat es schon damals etwas mit dem zu tun gehabt, was jetzt Untersuchungsgegenstand ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Es kommt darauf an, wie Sie Untersuchungsgegenstand meinen. Mit SIGINT hat es natürlich zu tun, weil es ja zum Beispiel die Türme an der innerdeutschen Grenze lange Zeit gegeben hat; die sind ja auch entsprechend von Bundeswehr bzw. BND bestückt worden. Also von daher ist SIGINT - - ist das seit 40 Jahren mein Gebiet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das ist doch schön. - Dann ging es weiter, der Werdegang innerhalb der Bundeswehr. Sie hatten gesagt, Unterabteilungsleiter SE I. Wann war diese Zeit? Im BMVg war das ja dann.

Zeuge Hartmut Pauland: Bis ich hier angefangen habe. Die war bis zum 31.12.2012. Sechs Jahre BMVg, vier Jahre Referatsleiter, seit 2007 bis 2010 - -³

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bis 31.12., das passt. 01.01.2013 waren Sie ja dann Abteilungsleiter TA.

Zeuge Hartmut Pauland: Genau. 01.01.2013 TA und vorher eben StAL. Das war noch die alte Bezeichnung der alten Gliederung FÜ S, FÜ H, FÜ L. Das ist ja dann - -⁴

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was war der Aufgabenbereich als Unterabteilungsleiter SE I im BMVg? Wie würde sich der beschreiben?

Zeuge Hartmut Pauland: StAL FÜ S II bzw. Unterabteilungsleiter SE I ist der Verantwortliche gegenüber dem Generalinspekteur bzw. dem Minister für das Militärische Nachrichtenwesen der Streitkräfte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt also, es ist keine direkt operative Funktion, sondern es ist eine Bündelungsfunktion, kann man sagen. Was hochaggregiert wird, wird zusammengefasst als - -

Zeuge Hartmut Pauland: Sie machen die Konzepte, praktisch internationale Abstimmung, die Konzepte. Sie stellen die Kräfte zusammen, wenn es in den Einsatz geht. Die ganze Bandbreite.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, reicht mir schon. - Dann ab 01.01.2013 wechselten Sie aus dem Bereich BMVg in den Bereich des BND und wurden Abteilungsleiter der Abteilung TA. Wie waren da im ersten halben Jahr Ihre ersten Eindrücke, als Sie da angingen?

Zeuge Hartmut Pauland: Die Eindrücke waren gut. Ich habe eine sehr engagierte Truppe vorgefunden, die noch erweitert werden sollte. Es war ja schon immer die größte Abteilung des BND, SIGINT-lastig, also SIGINT-Abteilung. Dann hat Präsident Schindler eben entschieden, dass die an verschiedenen Stellen im Haus platzierten Cyber-Elemente zusammengefasst werden sollten, und die wurden als vierte Unterabteilung der TA zugewiesen. Das heißt, im ersten halben Jahr haben wir versucht, aus zwei Welten eine zu machen, um möglichst viele Synergieeffekte zu ge-

3) Ergänzung des Zeugen: "Dann StAL FÜS II bzw. UAL SE I bis 31.12.2012.", siehe Anlage 1.

4) Ergänzung des Zeugen: "im Zuge der Neugliederung BMVg geändert worden", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

winnen, weil sie vielfach ja auch dieselben Ansprechpartner haben. Das Stichwort ist dafür SSCD, SIGINT Support to Cyber Defense. Das heißt: Wie kann man die beiden Bereiche vorteilhaft miteinander kombinieren, um möglichst frühzeitig Schadsoftware in den internationalen Fernmeldeströmen zu erkennen, um zum Beispiel das BSI zu warnen, dass Schadsoftware unterwegs ist, damit eben frühzeitig die entsprechenden Schutzmaßnahmen getroffen werden können? - Das ist die grundsätzliche Aufgabenstellung gewesen.

Dazu ist man natürlich technisch überhaupt noch nicht in der Lage gewesen. Der Auftrag hat sich ergeben aufgrund der Digitalen Agenda, die die Bundesregierung zwischenzeitlich erlassen hatte, und war nun in der Umsetzung. Das ist auch der Grund, warum dann diese berühmte Zahl 300 Millionen für den BND als Ertüchtigung in den Raum kam, wo ja auch viel drüber gesprochen wurde. Das wären eben - eine Vielzahl davon - die Mittel, die man einfach braucht, um in der digitalen Welt diese Aufgaben bewältigen zu können - im Konzert derjenigen, die in der Bundesrepublik Deutschland für Cyber Verantwortung haben. Ich sage immer, das ist das schwierigste Feld in der Bundesrepublik, weil bei Cyber am meisten mitsprechen und mitspielen, die alle unter einen Hut zu kriegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. So sind Sie am 01.01.2013 in der Abteilung TA aufgeschlagen. Was passierte dann noch in dem ersten halben Jahr?

Zeuge Hartmut Pauland: Im ersten halben Jahr, weil es eine große Abteilung ist, hat es eben relativ lange und viele Einweisungen gegeben an den verschiedenen Standorten. Ich habe versucht, die Außenstellen zu besuchen und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gucke so in Richtung Ende des ersten Halbjahres 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: Richtung Ende des ersten Halbjahrs 2013, wenn Sie darauf hinauswollen, kam eben schon die Snowden-Veröffentlichung, und dann war das Leben anders als gedacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Man hat gerade angefangen - - viele Herausforderungen, so kann ich es mir vorstellen, wenn man in einen anderen Bereich kommt. Das hat ja seine Gründe, da sind ja auch Erwartungen mit verbunden. Und jetzt kommt Anfang Juni 2013/Ende dieses ersten Halbjahres das auf Sie zu. Wie war denn da die Reaktion so: Lieber wieder zurück ins BMVg? - Oder wie fand man das da?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, weglaufen tut man nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig.

Zeuge Hartmut Pauland: Das war schon spannend und hochinteressant, weil vieles kannten Sie eben nur aus der Zeitung. Es wurde ja auch vom Präsidenten und von der Abteilung SI sofort reagiert, indem man sagte: Kann das bei uns auch passieren, dieser Abgriff? Wurden entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen, wurde nachgesteuert? - Dann war jeder Zeitungsbericht natürlich zu kommentieren. Ab dann ging das los, was bis heute nicht mehr geendet hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es da irgendwie ein gewisses Handling, dass man gesagt hat: „So, wir richten jetzt Kommunikationsprozeduren - - wir schaffen eine Sondergruppe“? Weil man konnte ja denken: Jetzt kommen demnächst Anfragen. Man muss prüfen, was in der Zeitung steht: Stimmt das, stimmen die Zahlen? - Hat man das irgendwie organisiert, oder hat man da Leben in der Lage praktiziert?

Zeuge Hartmut Pauland: Am Anfang noch beides. Aber es ist schon richtig: Aus meiner ersten Zeit im BND kannte ich noch, dass wir einen hatten, so wie es auch im BMVg war, der zum Beispiel für Abgeordnetenfragen zuständig ist. Das ist zwischendurch leider getötet worden. Ich habe das aber gleich wieder eingeführt, also einen Referenten, der speziell sich immer nur mit diesen Anfragen beschäftigt - gerade wegen erstens der hohen Bedeutung dem Haus gegenüber - das muss schon ordentlich immer sein -, dann, dass die Zahlen gleich sind. Das haben wir intern schon relativ schnell in einem Sachgebiet konzentriert. Die richtige Umstellung kam aber erst



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit Einrichtung Ihres Ausschusses. Dann musste eine Sonderorganisation her; das war nicht mehr im Rahmen der normalen Stabsarbeit zu handeln. Dann wurde viel Personal abgestellt bis zum Bundeskanzleramt hin, bis in den Leitungsstab hin. Ich glaube, in Hochzeiten waren es 34 oder 35 Mann, die diese Organisation gebildet haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das finde ich gut, dass wir auch zügig unsere Beweisbeschlüsse erfüllt kriegen. - Ich will aber noch mal in die Zeit nach Juni 2013 gehen. Bei dem Sachverhalt, der dann peu à peu offenbar wurde, hat man da gesagt: „Da rollt jetzt was auf uns zu an entweder Anfragen oder auch an Fragen, die man sich selber stellt, die wir handeln müssen“? Gab es da eine Art Sonderorganisation, ein Referat, oder gab es dementsprechende Anweisungen, was an Informationen zu aggregieren war? Also wie ist man organisatorisch auf die Sache zugegangen - klug ist ja, wenn man nach vorne plant - und hat diesen auf das Amt, also auf den BND, aber auch auf - ich sage mal - von außen auf den BND zukommenden Klärungsbedarf - - Wie hat man dem Rechnung getragen organisatorisch?

Zeuge Hartmut Pauland: Intern haben wir das so gemacht, dass wir eben einen Bereich dazu ausgeguckt hatten, intern eben am Leitungsstab. Aber wir wollten es so lange wie möglich in der normalen Gliederung fahren. Das hat sich erst entwickelt, dass das immer mehr dann wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann war das zeitlich so? Wann hat man da diesen beim Leitungsstab - -

Zeuge Hartmut Pauland: Mit Einrichtung Ihres Ausschusses wurde die erste große Organisation aufgezogen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also erst vor knapp einem Jahr.

Zeuge Hartmut Pauland: Vorher konnte man es noch so händeln⁵, aber es war schon heftig, wie gesagt. Ich selbst bin ja gleich mehr oder weniger rausgezogen worden und war in der Ad-hoc-

Gruppe unter Leitung BMI und Bundeskanzleramt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt „gleich“? Von welchem Tag reden wir da jetzt?

Zeuge Hartmut Pauland: Das war gleich im Juni.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2013?

Zeuge Hartmut Pauland: Juni 2013. Juni/August waren wir ja unterwegs und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unterwegs von wo nach wo?

Zeuge Hartmut Pauland: Unterwegs in Washington, also NSA, und GCHQ. Und die Berichte gingen ja nahtlos in die PKGr-Sitzungen der damaligen Zeit ein. Ich selbst hatte einen Vortrag da vorbereitet, weil ich für die Technik eben zuständig war. Das war damals noch neu. Heute wissen Sie ja alle darüber Bescheid: metadatenzentrierter Ansatz. Man hat versucht, zu erklären, wie das denn funktionierte. Das musste immer ad hoc und sofort sein. Also, wir kamen aus dem Flugzeug heraus, dann war gleich eine Besprechung im Kanzleramt oder beim Präsidenten, dann wurde das unmittelbar in die Reden der PKGr-Sitzung dieser Wochen eingebaut. Und, ja - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie haben Sie denn dann diese Sitzungen und die Informationen, die Sie geben mussten, vorbereitet? Haben Sie dann die Unterabteilungsleiter zu sich gebeten, haben Aufträge erteilt, welche Informationen Ihnen zugeliefert werden sollen? Wie ist denn das vonstattengegangen, ich sage mal, bei dem Zeitdruck? Sie haben es ja gerade beschrieben: Zack, morgen ins Kanzleramt oder wie auch immer. - Wie haben Sie denn sichergestellt, dass Ihnen auch, sagen wir mal, zugearbeitet wird - ob man das jetzt Sprechzettel oder Informationen oder wie auch immer nennen mag - - hergestellt werden, wo Sie mit validen Informationen in die Besprechung und Unterrichtung gehen können?

5) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Na klar, aber das ist, sage ich mal, normale Stabsarbeit; das Thema ist da ja ganz egal. Das machen sie heute noch so. Ich habe einen Chef des Stabes, und mit dem bespreche ich morgens und abends die wichtigsten Punkte. Wir haben Unterabteilungsleiterrunden. Zumeist wird dann per E-Mail beauftragt, und je nachdem, wie viel oder wenig Zeit sie haben, können sie es noch zwei- oder dreimal zurückgeben oder nicht. Sie haben regelmäßig Besprechungsrunden mit den Unterabteilungsleitern pro Woche. Die haben auch wieder regelmäßige Besprechungen mit ihren Bereichen, vielfach als Videokonferenzen, weil wir eben sehr verteilt sind über die Bundesrepublik Deutschland. Sie haben einmal in der Woche die Abteilungsleiterkonferenz, die eben sich dann in der Unterabteilungsleiterrunde wiederfindet. Ich sage mal, das ist normal, business as usual.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie stellen Sie sicher, dass dann die Arbeitsaufträge, wenn das auf so unterschiedlichen Wegen erfolgt, von der E-Mail über Gespräch bis Videokonferenz, dass wirklich alle Aufträge auch abgearbeitet werden? Gibt es da irgendwie so einen Nachhalt? Also sprich: „Unterabteilungsleiter XY hat noch nicht die eine oder andere Sache zugeliefert“, wie hält man das nach, wenn man das richtig macht? Mir geht das teilweise durch, muss ich ganz ehrlich sagen, mit meinen Mitarbeitern.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, aber das ist auch, sage ich mal, nach 40 Jahren Stabsarbeit alles business as usual. Da haben Sie Ihre Terminüberwachungsliste, da wird das eingetragen, und dann abgearbeitet⁶.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist dann technisch, macht das Vorzimmer.

Zeuge Hartmut Pauland: Das macht das Vorzimmer und der Chef des Stabes eben hauptsächlich. Ich führe selbst meine eigene To-do-Liste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das dann so Lotus-Notes-basiert, ist das Outlook-basiert,

oder gibt es da extra - - Ich will jetzt keine Geheimnisse aus der Datenverwaltung wissen, aber nur, wie man das handeln soll. Sie haben so einen Papierkalender noch?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, klar. Ich meine, das meiste ist Lotus Notes und Outlook, das Microsoft-Paket.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also technisch ist das irgendwie gewährleistet.

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist technisch, das können Sie heute nicht mehr händisch⁷. Viele arbeiten aber noch mit gelben Zetteln; das ist auch kein Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Jetzt würde mich interessieren: Als das dann ab Juli/August doch alles auch öffentlich deutlich intensiver wurde, die Diskussion, was wurde denn als erste jetzt markante Maßnahme - - Was waren denn die ersten markanten Maßnahmen, die Sie angeordnet haben? Was haben Sie denn gesagt: „Wir handeln nur reaktiv; steht wieder eine Zahl in der Presse, dann gucken wir: Stimmt die?“ - Oder hat man gesagt: „Wir müssen jetzt mal aktiv das, das, das klären, das scheint das Sensibelste zu sein“? - Wie sind Sie da rangegangen?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, die Masse, da kommen die Anfragen automatisch, da brauchen Sie sich gar keine Gedanken zu machen; entweder will das Kanzleramt was wissen, oder der Leitungsstab will was wissen. Dann natürlich die interne Auswertung: Was hat das für uns für Konsequenzen? Können wir das - da waren ja auch neue Ideen dabei - nutzen, haben wir die Technik dazu? Geht was Ähnliches? - Da kann man ja auch von lernen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also sprich: Aus den Snowden-Dokumenten, haben Sie gesagt, da kann man auch was lernen.

6) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

7) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Vielleicht, ja; mal gucken. Warum nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Guter Ansatz. Das finde ich richtig: Informationen nutzen. - Wäre ja schlimm - - Was waren denn, würden Sie sagen, die wesentlichen Dinge, die Sie so in den zwei, drei, vier Monaten nach den Snowden-Veröffentlichungen auf den Weg gebracht haben?

Zeuge Hartmut Pauland: „Auf den Weg gebracht haben“ war bei mir hauptsächlich das Thema Recht. Das hat jetzt indirekt - - oder hatte nichts direkt mit Snowden zu tun. Aber ich habe bei meiner Amtsübernahme mir drei-, viermal angehört zu einer bestimmten Frage: Ich bin nicht zuständig. - Das kam besonders aus dem Bereich meines Rechtsreferats, und da wurde mir eben bei drei, vier Fragen, die ich hatte, gesagt: Ich bin nur für G 10 zuständig. - Und das wollte mir überhaupt nicht in den Sinn. Ja, es ist alles sehr G-10-lastig gewesen. Das ist ja auch richtig, ist in Ordnung. Bitte nicht falsch verstehen. Das ist überhaupt kein Thema. Aber es gibt Fragen, die auch nichts mit G 10 zu tun haben, wo man gern rechtlichen Support hätte. Da ich weder Jurist noch Techniker bin, habe ich in diesem Bereich dann einen Antrag gestellt, und über kurz oder lang ist der dann von der Leitung und auch dann vom Bundeskanzleramt - - ist da zugestimmt worden, dass eben das Rechtsreferat der TA eben nicht nur G 10, sondern komplett alles macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt „komplett alles“?

Zeuge Hartmut Pauland: Das heißt, die Rechtsfragen, die der Abteilungsleiter hat, sollten da beantwortet werden können, eben nicht nur G 10, weil es mehrere gibt. Wenn es dann darüber hinausgeht, geht es zu ZY, also zum Hauptbereich, oder ins Kanzleramt; das ist klar. Aber erst mal möchte ich als Abteilungsleiter die Sicherheit haben, dass ich nicht nur G-10-abhängig bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das haben Sie - -

Zeuge Hartmut Pauland: Das war im Zusammenhang - wenn ich das noch sagen darf - auch mit SSCD, der neuen Aufgabe; denn hier ist mir ganz früh deutlich geworden, dass, wenn wir da erfolgreich sein wollen, auch die rechtliche Seite stimmen muss. Das bedeutet, dass Sie einen Gefahrenbereich Cyber haben müssen. Im Moment haben wir ja nur die Gefahrenbereiche, die Ihnen bekannt sind: Terrorismus, Proliferation, OK. Aber Sie brauchen, wenn Sie SSCD vernünftig machen wollen, wenn Sie in Mail Ware finden wollen, einen Gefahrenbereich Cyber; ansonsten würden Sie den Vorwurf kriegen, den ja auch die amerikanischen Freunde immer haben: Unter dem Deckmäntelchen Terrorismus macht ihr alles. - Dem wollten wir entgegenreten, und deshalb habe ich den Antrag früh auf die Reise gebracht und der einzurichtende Gefahrenbereich⁸ ist auch inzwischen in das Gesetzgebungsverfahren eingeflossen. Das war mit ein wesentlicher Punkt der ersten drei Monate.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das richtig verstehe, ist das ja erst mal eine organisatorische Klarheit. Das Rechtsreferat steht Ihnen vollumfänglich für rechtliche Fragen zur Verfügung. Die können nicht sagen: Sorry, keine Manpower, keine Zeit, nur G 10, das ist jetzt was anderes. - So habe ich es verstanden. Und dann habe ich es so verstanden: Darüber hinaus war es auch eine Klärung der Aufgabenbeschreibung grundsätzlicher Art, weil es ja auch darum geht, im Aufgabenprofil, in dem Bereich Cyber-Defense zu verorten und dann noch die dahinterliegenden rechtlichen Fragen abzudecken. Und das würde dann das Rechtsreferat der Abteilung TA machen oder - -

Zeuge Hartmut Pauland: Mit Unterstützung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Leitungsstab - Rechtsreferat - Leitungsstab, oder was?

Zeuge Hartmut Pauland: Genau. Das ist dasselbe, und ich denke, das haben wir auch anders gemacht als früher. Ihnen ist bekannt die Strategische Initiative Technik mit dem vielen Geld. Hier haben wir - viele rechtliche Fragen⁹.

8) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

9) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Diesmal habe ich gesagt: Ich will das von Anfang an, weil ich das aus dem BMVg alles kannte - das war für mich nicht neu, wie man ein Projekt angeht. Allerdings –¹⁰ hier will ich von Anfang an eine rechtliche Begleitung haben. Ich will nicht erst, dass 20 technische Projekte auf den Weg gebracht werden, und dann gucken wir auf den Rechtsrahmen. - Das haben wir auch diesmal gemacht, bereits die ersten Planungspapiere, die Planungsunterlagen, haben immer eine rechtliche Bewertung für das Projekt. Ich denke, das ist auch bei dem Vertrauensgremium ganz gut angekommen. - Das waren die drei wesentlichen Punkte, die zu dieser Änderung geführt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Kann ich gut nachvollziehen. - Haben Sie Ihren Unterabteilungsleitern Aufträge gegeben, dass die in ihrem Beritt irgendwas machen sollen? Die waren ja jetzt auch keine Juristen; aber die hatten ja dafür andere Kompetenzen, je nach Zuschnitt. Haben Sie da gesagt: „Die und die Information brauchen wir garantiert, macht ein Review über diesen Bereich“? - Gab es da irgendwelche speziellen Dinge, die bei Ihren Unterabteilungen herausgearbeitet werden sollten?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, im Prinzip impliziert das eine das andere, weil wir ja gemerkt haben, dass wir technisch einfach nicht up to date sind. Das war eine Diskussion, die schon auch in 2012 gelaufen hat, weil man mit diesem metadatenzentrierten Ansatz eben überhaupt noch nicht zu recht kam bzw. nicht die entsprechenden Mittel und Fähigkeiten hatte. Man musste es. Andere Länder hatten dies schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssen Sie mir jetzt als Laien auch erklären: metadatenzentrierter Ansatz.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich versuche, es sehr einfach darzustellen. Ich hatte es in meinem Eingangsstatement gesagt, dass wir am Anfang klassisch Telefonie, Fax und Fernschreiben hatten. Das heißt, Sie empfangen ein Fax und lesen das und sagen: Das kriegt der Auswerter A. - Dasselbe dann beim nächsten: Das kriegt der Auswerter

B. - Dies ist in Zukunft mit anderen Techniken nicht mehr nötig. Die Inhaltsauswertung wird zurückgehen durch den metadatenzentrierten Ansatz. Das heißt nicht - sollte man jetzt nicht sagen -: Wir brauchen keinen Inhalt mehr. - Aber Sie suchen sich in der Vielzahl der Pakete, die im Netz herumschwimmen, eben nur noch die wichtigen und die richtigen aus. Ich denke, das ist ein sehr, sehr guter Weg, weil man dann wirklich nur noch, sage ich mal, die Kommunikation der Bösen sich näher unter die Lupe nimmt. Wenn das ein Ansatz zulässt, dann ist das bestimmt nicht verkehrt und ist der Schweiß der Edlen wert, dass man sich darum beschäftigt. Aber das ist ein sehr teurer Ansatz. Das waren die ersten Gespräche in dieser Richtung. Diesen Ansatz habe ich damals auch in der PKGr vorgestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das richtig verstehe, dann sagen Sie also, anhand der Metadaten wählen Sie die Inhaltsdaten aus, damit Sie nicht alle Inhaltsdaten, diese Masse - - damit überflutet werden. Deswegen ist das Metadatum für Sie das Kriterium, ob Sie sich das Inhaltsdatum angucken. Richtig?

Zeuge Hartmut Pauland: Genau, das ist richtig. Sie kennen bestimmt, oder Ihre Kolleginnen und Kollegen, das berühmte Beispiel von der Nadel im Heuhaufen - das wird so oft zitiert -, dass der Heuhaufen immer größer wird und es immer schwerer wird, die Nadel zu suchen. Ich halte das Beispiel für überholt¹¹. Das Beispiel ist in sich richtig, aber es ist falsch in der heutigen Welt. Es gilt nicht mehr; das war in der alten Welt. Wo ich vielleicht zum ersten Mal beim BND war, da hätte man das noch nehmen können, aber heute kann man das nicht mehr nehmen. Heute ist diese Nadel im Heuhaufen zerbrochen, und man muss die erst mal zusammensuchen. Dann gibt es eben Möglichkeiten, dass man anhand dieser einzelnen Pakete schon erkennt: Lohnt es sich überhaupt, dieses Paket als Ganzes zusammensetzen? - Das ist metadatenzentrierter Ansatz. Das ist eigentlich die Zukunftsrichtung, weil es bald ja nur noch die digitale Welt geben wird, und

10) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

11) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann müssen Sie eben mit dieser Technik zu-rechtkommen oder nicht. Das ist wie die terrestrische Antenne: Die ist inzwischen weg, die gibt es eben nicht mehr, und entweder man hat eine neue oder man hat eben kein Fernsehen mehr. - Und hier ist es genauso.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal zur Klarstellung: Was beinhaltet dann der Begriff „Metadaten“ für Sie, weil wir da auch schon mal unterschiedliche Verständnisse der Begrifflichkeiten hatten?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, ich glaube, Metadaten ist auch so ein Wort, wo sehr viel unterschiedlich reininterpretiert wird -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen frage ich nach, damit wir alle das Gleiche verstehen.

Zeuge Hartmut Pauland: - und der in unterschiedlichen Ländern ja auch sehr unterschiedlich gehandhabt wird, auch von der rechtlichen Situation. Das ist ja auch alles nicht einheitlich. Wir verstehen im Dienst unter den Metadaten Sach- und Verkehrsdaten, also alle Daten, die das Umfeld einer Kommunikation beschreiben, die anfallen auf der technischen Seite beim Umfeld einer Kommunikation¹². Das heißt, es kann natürlich eine E-Mail-Adresse sein, es kann natürlich eine Telefonnummer sein, aber es kann auch die Einstellung Ihres Browsers sein. Es kann sein: Welche Sprache hat der Browser? - So hinterlässt jeder seine Spuren¹³ oder jeder hat ein Profil auf seinem Rechner, weil jeder sich ja selbst heutzutage alles einstellen kann. Und da gibt es eben eine Unzahl, Vielzahl von Metadaten.

Ich habe das in der PKGr-Sitzung vorgestellt anhand eines Artikels, eines Zeitungsartikels, und habe das alles mal ausgedruckt. Die ersten 31 Seiten dieses Ausdruckes waren nur Metadaten, bevor die erste Inhaltszeile über diesen Artikel aus der Tageszeitung zum Tragen kam. Das ist ein anderer Ansatz; dazu brauchen Sie andere Ausbildung. Der wird inzwischen angegangen, aber

wird nur erfolgreich beendet werden können, wenn wir eben die Mittel zum SIT bekommen. Und das war damals noch ziemlich neu und wurde da das erste Mal vorgestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ohne dass ich jetzt in die Details gehen möchte - da geht gar nicht meine Fragestellung hin -, aber nur um es einordnen zu können und peu à peu zum Punkt zu kommen: Wie viele Projekte in Ihrem Bereich liefen denn gerade so basiert auf Metadaten, wo Sie sagen: „Die hatten wir im Juni/Juli 2013 im Beritt, das war der neue Bereich, die Zukunft“?

RD Philipp Wolff (BK): Ich weise den Zeugen darauf hin, dass er das in eingestufter Sitzung sagen kann, wie viele Projekte in dem Bereich liefen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie denn gerade bezüglich dieser Projekte im Sommer, Richtung Herbst 2013 gesagt: „Das werden die wohl sein, die interessant werden; da müssen wir hier besonders drauf gucken, weil das ja Erkenntnisse sind, die durch die Veröffentlichung von Edward Snowden wahrscheinlich im Fokus zu erwarten waren“?

Zeuge Hartmut Pauland: Das Schwere war ja auch - ich will da nichts vorwegnehmen -, dass wir sie eben gerade nicht hatten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die was?

Zeuge Hartmut Pauland: Diese Projekte. Ich sagte, so weit waren wir ja noch gar nicht. Das können wir aber in einer geheimen Sitzung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssen Sie aber erklären, was Sie genau darunter, „auf Metadaten basierend“, verstehen. Das eine oder andere Projekt habe ich ja zumindest in der Zeitung mal gelesen, die es angeblich im BND gegeben hat. Aber dann mögen das aus Ihrer Sicht anders einzustufende Projekte sein, oder? - Okay, gut.

12) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

13) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt wurde auch immer davon geredet, dass es zwei Ansätze gibt. In Bad Aibling, der Ihnen bekannt ist, der Standort, nehme ich an, satelliten-erfasste Kommunikation. Da wurden Kommunikationen, über den Satellit ablaufend, von bestimmten Regionen abgegriffen. Welche Regionen sind das denn gewesen?

Zeuge Hartmut Pauland: Da sind, so würde ich allgemein sagen, Krisenregionen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Beispiel?

Zeuge Hartmut Pauland: Zum Beispiel Afghanistan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie noch zwei, drei, damit ich mir ein Bild machen kann?

RD Philipp Wolff (BK): Also wenn wir dann zu den Details kommen, wenn er das alles ausführen soll, dann kann er das gerne in eingestufteter Sitzung machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn ich eine Satellitenkommunikation aus Afghanistan abgreife, dann greife ich ja über den Satelliten nicht die gesamte Kommunikation ab. Wie handel ich das denn dann? Wenn ich zum Beispiel den gut nachvollziehbaren Bereich Force Protection leisten möchte, wie läuft das denn technisch ab? Der Satellit strahlt fleißig aus, und jeder, der so eine Schüssel sich hinstellt, kann das abgreifen; das ist nun mal technisch so. Jetzt muss ich das ja auch handelbar machen. Und dann will ich ja nicht alles, sondern - - Wie ist das dann vonstattegegangen? Was wollte man aus dieser Satellitenkommunikation aus den Krisenländern, zum Beispiel Afghanistan?

Zeuge Hartmut Pauland: Das würde ich auch lieber Geheim machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, verstehe ich. Aber prinzipiell, glaube ich, ist das nichts, was Geheim sein muss. Sie sollen mir jetzt nicht das Technische, sondern im Grunde - -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, Sie wollen die Informationen, die Ihre Soldaten schützt, bei der Force Protection zum Beispiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, da habe ich die Frage ungeschickt gestellt. - Wie gewährleiste ich denn, dass ich nicht die gesamte Kommunikation auf der Strecke, die über den Satelliten läuft, nehmen muss, sondern nur bestimmte Dinge davon? Da muss es doch Kriterien geben. Also ich sage: Speziell von dem hätte ich gerne den Handyverkehr, wenn er über Satellit läuft. - Sie haben da oft von Selektoren gesprochen.

Zeuge Hartmut Pauland: Um es allgemein zu sagen - das ist das, was ich in meinem Eingangstatement sagte -: Wir werden gesteuert vom Geschäftsbereich 2. Die haben Hinweise, oder wir bekommen sie vom Partner, und die suchen wir. Wir suchen ja nicht flächendeckend einfach just for fun oder auf gut Glück, sondern wir werden gesteuert, wir haben Hinweise, und nach denen suchen wir. - Falls Sie das meinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das meinte ich. Man nimmt also nicht alles, was der Satellit abstrahlt - das müsste man ja auch auswerten; man müsste das übersetzen, wenn es in einem der vielen Dialekte in Afghanistan alleine wäre -, sondern Sie nehmen bestimmte Kriterien, an denen Sie sagen: Wenn dieses Kriterium auf der Strecke auftaucht, die Sie ausgewählt haben - Sie nehmen auch nicht alle Strecken des Satelliten - , dann haben Sie einen Treffer, und dann werden möglicherweise auch Inhaltsdaten ausgelesen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. So hatte ich das auch verstanden.

Zeuge Hartmut Pauland: Dann hatte ich das falsch verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich habe sie auch ein bisschen sehr nebulös gestellt, weil ich Ihnen nicht eine Antwort vorgeben will. Deswegen mache ich das so. Ich will Sie ja nicht beeinflussen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also sprich - wenn ich es richtig verstanden habe -: Sie haben einmal diese Suchkriterien, die Sie im Amt selber entwickeln, im BND, aus eigener nachrichtendienstlicher Erkenntnis, -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und Sie haben die, die Sie von Partnern bekommen.

Zeuge Hartmut Pauland: Jawohl.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es da irgendein Matching, dass man nicht sagt: „Mensch, wir machen ja doppelte Arbeit“? Die Kollegen im Haus finden heraus: XY - gefährlich. Dienst ABC findet heraus: XY - gefährlich. - Findet da irgendein Abgleich, ein nationaler oder internationaler, statt, vom Partner und die eigenen Erkenntnisse, oder läuft das völlig parallel aneinander vorbei?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, es läuft nicht parallel aneinander vorbei, besonders nicht im Einsatz. Da gibt es spezielle Zellen¹⁴, die sich eben darum kümmern. Aber das würde ich auch lieber in geheimer Sitzung ausführen.¹⁵

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Detailliert kann ich es verstehen. Möchte ich auch gar nicht so detailliert hier ansprechen. - Die Sachen, die von Partnern gekommen sind, wie haben Sie die gekriegt? Ich sage mal, eine Handynummer eines potenziellen Gefährders in Afghanistan, den Sie nicht selbst auf dem Schirm hatten durch nachrichtendienstliche Erkenntnis, wie ist die zu Ihnen gekommen?

Zeuge Hartmut Pauland: Zu mir kommt die gar nicht. Das läuft alles auf der Arbeitsebene. Die sitzen ja teilweise zusammen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hatte ich auch so erwartet. Ich meinte jetzt in Ihrer Funktion als Abteilungsleiter in Ihrem Bereich, ist ja klar. - Ist da einer mit einem USB-Stick vorbeigekommen?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, die werden über Kommunikationssysteme ausgetauscht, oder eben, wenn sie in den Zellen sowieso zusammensitzen, dann werden sie eben da vor Ort ausgetauscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann kommen die ja irgendwie, wenn sie von einem Server, wo sie draufgepackt werden - - im Zweifel in ein BND-System. In eins, oder pflegen Sie ganz unterschiedliche Systeme mit sogenannten Selektoren? Jetzt nur die, die von ANDs kommen, nicht das eigene.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, wir pflegen unterschiedliche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unterschiedliche?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele unterschiedliche denn?

Zeuge Hartmut Pauland: Da müssten Sie meine Techniker fragen, wie viele unterschiedliche Systeme das sind. Aber wir versuchen, sie immer mehr zu verringern¹⁵ aber das würde ich auch nur in geheimer Sitzung erklären - zu vereinheitlichen in immer weniger - -¹⁶

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hartmut Pauland: Aber es ist eben historisch gewachsen, vielfach durch die einzelnen Ansätze. Aber wir versuchen immer mehr, in eine Richtung zu gehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit den technischen Feinheiten brauchen Sie auch jetzt gar nicht - - Es geht mir erst mal nur um ganz grundsätzliche Fragen. - Aber verschiedene Systeme für unterschiedliche Gewinnung von Selektoren, sind die dann auch nach ANDs aufgeteilt? Also zum Beispiel: Das ist das System, wo AND X einsteuert, das ist das System, wo AND Y einsteuert;

14) Ergänzung des Zeugen: "in den Einsatzstäben", siehe Anlage 1.

15) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

16) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich rede jetzt nur von ANDs der Five Eyes, damit ich nicht aus dem Untersuchungsauftrag herausrutsche. Oder hat man die alle in ein System reinfließen lassen?

Zeuge Hartmut Pauland: Letztendlich fließen die alle nachher in ein System rein, also gegen unser DAFIS - -

RD Philipp Wolff (BK): Aber zu Einzelheiten der Systeme, wie viele und wie die sind, bitte ich den Zeugen, dann in eingeschränkter Sitzung Auskunft zu geben, sofern es den Untersuchungsauftrag betrifft, sprich die Five Eyes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Deswegen hatte ich es extra ergänzt: auf die Five Eyes. - Okay, dann gehe ich mal auf die Filterung. Sie sagen zu Recht: Die Selektoren kommen rein, und dann werden sie erst mal gefiltert. Können Sie was zu dieser Filterkaskade sagen, wie diese Filterung funktioniert?

Zeuge Hartmut Pauland: Wenn wir das hier machen können, dann kann ich was dazu sagen.

RD Philipp Wolff (BK): In abstrakter Form - ich sage es dem Zeugen, weil er weiß es, glaube ich - kann man das machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Sofern es wieder zu den Details kommt, bitte ich, das in eingestufteter Sitzung im Detail zu erläutern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also zum Beispiel: Sie haben einen DAFIS-Filter angesprochen. Was ist das, und wann filtert der, ab welcher Kaskade?

Zeuge Hartmut Pauland: Nun haben wir zunächst mal - das ist schon mehrfach vorgestellt worden - den Separator, der erst mal grundsätzlich schon eine erste Filterstufe macht und vieles rauswirft, bevor der DAFIS-Filter kommt. Der DAFIS-Filter hat drei Stufen. Tut in einer ersten Stufe, die praktisch die Landesvorwahl +49 oder 0049, dann entsprechende Handykenner - - In einer zweiten Stufe wird eine G-10-Positivliste

dagegenlaufen gelassen. Und in einer dritten Stufe - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was ist das noch mal?

Zeuge Hartmut Pauland: G-10-Positivliste - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo Sie wissen, das ist G-10-relevant, aber es vielleicht nicht direkt erkennbar ist. - Kann man das so formulieren?

Zeuge Hartmut Pauland: Das kann man so formulieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber besser wäre anders, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber, wie gesagt, wenn Sie es besser wissen: Sie müssen nicht das nehmen, was ich halb gut weiß; Sie können mich gerne korrigieren.

Zeuge Hartmut Pauland: In der dritten Stufe versucht man, deutsche und europäische Interessen dagegenlaufen zu lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Quasi händisch dann, könnte man sagen, oder per Augen draufgucken lassen.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, das geht inzwischen alles automatisch. Händisch war mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das bezieht sich ja, wenn ich es richtig verstanden habe, auf die Auswahl der Selektoren: Wenn sie reinkommen, durchlaufen sie diesen Prozess.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo passiert das? In welchem Referat oder welcher Unterabteilung?

Zeuge Hartmut Pauland: In T2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In Pullach?

Zeuge Hartmut Pauland: In Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Seitdem Sie im Januar 2013 gekommen sind, dann die Snowden-Veröffentlichung kam, hatten Sie irgendwann das Gefühl, das könnte ein sensibler Bereich sein?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, das Thema Selektoren, muss ich sagen, war nicht ein einziges Mal ein Thema, weder von einer Vorlage noch von einem Gespräch. Das war ein Bereich, der lief unproblematisch nach außen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wundere mich halt so ein bisschen, weil Sie haben ja zu Recht - ich hätte das genauso gesehen - hinterfragt: Wie ist das mit den Zuständigkeiten? Ich höre oft: Dafür bin ich nicht zuständig. - Das hätte mich auch aufgeregt, und ich hätte gesagt: Ich will einen für was auch immer packen können, dann kann man auch Dinge regeln. - Dann haben Sie da die rechtliche Relevanz geklärt mit dem Rechtsreferat, weil die sagten: G 10 haben wir nur auf dem Schirm. - Daran sieht man ja auch die Wichtigkeit von G 10. Dann haben Sie das gestufte System der Prüfung der Selektoren, was man ja nicht braucht, wenn die alle sowieso astrein sind und wenn man einen Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens hätte, was man bei Nachrichtendiensten ja nie haben sollte. Also von daher ist es ja schon ein Bereich, der auf dem Schirm war. Und jetzt kommen diese Veröffentlichungen, wo dann auch peu à peu ins Gespräch kam, dass der eine den anderen da auch überwacht hat, ausgespäht hat. Will man da nicht mal hingucken und sagen: „Mensch, läuft da alles ordnungsgemäß?“? Da haben Sie nichts angeordnet?

Zeuge Hartmut Pauland: Da haben wir nichts angeordnet. Wie gesagt, es kam auch nicht von unten hoch. Das Thema Selektoren war kein Thema. Wir waren ja sogar mit dem BfDI da, wir waren mit mehreren Besuchergruppen da. Es hat nie

Anlass dazu gegeben, irgendwo da was zu gucken. Ich kann es beim besten Willen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich die letzten Worte nicht genau verstanden.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann es beim besten Willen nicht anders sagen, dass da nie Anlass - - Wir hatten eine ganze Menge Baustellen, aber da war eben keine. Es lief seit Jahren offensichtlich problemlos.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben nie gehört, dass in dem Bereich mal eine Überprüfung stattgefunden hat, dass man mal gesagt hat: „Da müssen wir genauer hingucken, da werden Selektoren eingesteuert, die nicht eingesteuert werden können oder sollten“?

Zeuge Hartmut Pauland: Also dass wir das als Thema draufhatten, das hatten wir schon mit unserer behördlichen Datenschutzbeauftragten. Es ist nicht so, dass das Thema nicht da war, aber - - nicht allzu kritisch in dem Bereich. Wir haben da Unterschiede festgestellt, und deshalb haben wir ja auch - - oder habe ich auch¹⁷ sehr gerne das Projekt „Datenlandschaft TA“ mit der Datenschutzbeauftragten unterstützt. Das läuft ja immer noch. Wir haben es noch mal ein Jahr verlängert, weil die Datenlandschaft eben einfach zu kompliziert ist. Aber da war das auch ein Thema, war auch ein Hingucker. Aber es ist, wie gesagt, nichts aufgefallen, sodass man irgendwie eine besonders tiefe Prüfung oder so machen müsste. Ja, das lief seit Jahren so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo sind denn nach Ihrer Erkenntnis immer wieder Selektoren eingesteuert, die entweder deutsche G-10-relevante Selektoren waren oder Selektoren im deutschen Interesse?

Zeuge Hartmut Pauland: Noch mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind immer wieder nach Ihrer Kenntnis Selektoren, insbesondere von der NSA - wir können es ja mal ganz

17) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

konkret machen -, eingesteuert worden, die G-10-relevante Selektoren waren - „.de“, „+49“ etc. -, oder Selektoren im deutschen Interesse, zum Beispiel die gegen eine Übereinkunft des Zusammenarbeitens beider Dienste verstoßen könnten?

Zeuge Hartmut Pauland: Das kann ich ruhigen Gewissens und mit bestem Gewissen sagen: In der Zeit überhaupt nicht. Das fing alles jetzt erst an, ab Mitte oder Ende März. Vorher war das Thema Selektoren bei mir nicht einmal auf dem Tisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber ist Ihnen denn bekannt, dass man neben der Liste der Selektoren insgesamt auch eine Ablehnungsliste gepflegt hat?

Zeuge Hartmut Pauland: Im Zuge der Aufarbeitung ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war vorher nicht bekannt, dass da auch bestimmte Selektoren, die ja kontinuierlich immer wieder geliefert werden, weil es ja neue Erkenntnisse gibt, genau wie der BND ja auch durch nachrichtendienstliche Arbeit neue Erkenntnisse kriegt und Selektoren hat, über die Jahre, schon seit Jahren auch mal nicht akzeptiert wurden?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da hätte man sich ja eigentlich die G-10-Filterung und alles sparen können, wenn das so toll klappt. Ich meine, irgendwo muss es ja einen Grund geben, dass man eine Filterkaskade macht. Wenn da nie was rausgekommen ist, es gar keine Ablehnungsliste gegeben hat oder man zumindest nie darüber geredet hat, dann hätte ich mich ja gefragt: Warum macht man dann so einen Aufwand, dass man Selektoren erst, wenn sie ankommen, nach Pullach schickt, wenn ich es richtig verstanden habe - so haben Sie es eben gesagt -, dann wieder nach Bad Aibling, damit sie gegenlaufen gelassen werden können gegen die Strecken, die man über den Satelliten auswählt, wenn die immer tipp-topp waren?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe ja nicht gesagt, dass sie immer tipp-topp waren. Warum welche Listen da entstanden sind, das muss man mit denen wirklich besprechen, die da drin sind in dem Prozess. Der ist mir grundsätzlich vorgestellt worden, klar, aber warum jetzt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich so ein bisschen die Situation, wie Sie wahrscheinlich auch, jetzt höre ich immer: Ich bin nicht zuständig. - Jetzt bräuchte ich auch so einen Rechtsreferat, was alles klärt.

Zeuge Hartmut Pauland: Für das Ergebnis bin ich immer zuständig, klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, Sie haben in der Zeit ab 01.01.2013 bis - - also nichts gehört, dass da was problematisch ist. Wann haben Sie zum ersten Mal wahrgenommen, dass da was problematisch ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Am 13.03., 22.45 Uhr, als - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welches Jahr?

Zeuge Hartmut Pauland: 2015.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte auch 2013 sein können.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist Ihnen bekannt gewesen, dass in diesem Bereich Überprüfungen der Selektorenlisten stattfinden im Jahre 2013? In Ihrer Abteilung war sie - nicht durch Sie anscheinend - veranlasst. Aber dass dort geprüft wird - -

Zeuge Hartmut Pauland: Mir ist bekannt, dass der BfDI da war. Da war ich auch einmal selbst mit dabei. Aber wenn Sie jetzt die Prüfung von Herrn D. B. ansprechen: Nein, die war mir nicht bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn bei dieser Prüfung von Herrn D. B. jetzt Sachen gefunden werden im aktiv geschalteten Gesamtpool, wäre das etwas, was Sie gerne gewusst hätten?

Zeuge Hartmut Pauland: Selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum würden Sie das als besonderes Vorkommnis einstufen?

Zeuge Hartmut Pauland: Das würde ich schon als besonderes Vorkommnis einstufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und besondere Vorkommnisse wären eigentlich zu melden.

Zeuge Hartmut Pauland: Wären zu melden und es wäre¹⁸ dann sofort zu reagieren und weiterzumelden, keine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach dem Grundsatz „Melden macht frei“ ist es ja noch nicht das Drama, wenn was schief läuft, nur wenn keiner merkt, dass was schief läuft, ist es immer ein bisschen blöd. - Hat aber keiner, weder D. B. noch irgendwer anders, zu Ihnen gesagt: „Da haben wir jetzt ein Thema, da müssen wir mal drüber reden“?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, haben wir nicht als Thema gehabt. Ich will das auch nicht auf meinen Schlaganfall zurückführen, aber wir haben darüber nicht gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also Sie haben eigentlich erst im Rahmen der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses davon Kenntnis erlangt, dass es hier Ablehnungslisten gibt, dass diese möglicherweise auch im Jahre 2013 hinterfragt worden sind auf ihre Vollständigkeit. All das, was in der Presse geschrieben ist, haben Sie erst durch diese Veröffentlichungen erfahren.

Zeuge Hartmut Pauland: Jawohl.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt frage ich mal eine ganz blöde Frage - ich weiß nicht, ob Sie die beantworten können -: Wie sieht denn das nach Ihrer Meinung - - Solche Ablehnungslisten, die ja nicht handschriftlich Papier sind, sondern in der Regel auch Dateien, die da geführt werden, braucht es dafür Dateianordnungen? Oder werden solche Dateien auf irgendeinem Rechner, Laufwerk C, abgespeichert? Das wäre ein Thema, das Frau Dr. F. vielleicht sicherlich auch interessiert hätte, die anscheinend weiterhin in diesem Projekt arbeitet, das Sie gerade erwähnt haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Das denke ich schon. Wenn personenbezogene Daten da drin sind, dann brauchen Sie natürlich auch eine Dateianordnung. Wir haben das Thema ja für - - Alle anderen haben wir¹⁹ ausgiebig besprochen²⁰, und inzwischen fehlt uns ja auch nur noch eine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber für diese, wenn es da irgendwelche Dateien gibt mit Ablehnungsselektoren, wie auch immer - - Das war nie ein Thema, dass da auch was Sensibles ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - War denn das Thema insgesamt überhaupt - Selektoren - Gegenstand von Unterabteilungsleiterbesprechungen? Haben da welche gesagt: „Das läuft mit den Amerikanern, die Zusammenarbeit klappt gut, wir kriegen gute Selektoren“, oder: „Die liefern uns nur Schrott, wir kriegen auf den Strecken nichts raus“? Es muss doch bei den regelmäßigen Unterabteilungsleiterbesprechungen auch über diesen Bereich mal berichtet worden sein, ob der läuft.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. Das hatte ich schon zweimal gesagt: Definitiv nein. Das Thema

18) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

19) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

20) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Selektoren war in meinem ersten Halbjahr oder im ersten Jahr oder bis März 15 kein Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber die haben gemeldet: „Läuft in Bad Aibling, da kommt bei der Erfassung was zustande“?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - In Bad Aibling nur, was die Satellitenerfassung betraf, oder haben die auch mal irgendwann davon berichtet, dass auch Daten, die aus kabelerfasster Gewinnung nach Bad Aibling gebracht worden sind, gegenlaufen gelassen worden sind gegen die Selektoren? Wissen Sie davon was?

Zeuge Hartmut Pauland: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum nicht? Weil Sie es nicht wissen, oder weil Sie die Frage nicht verstanden haben? - „Die Antwort kann ich nicht sagen“, ist mir immer so ein bisschen suspekt. „Weiß ich nicht“ verstehe ich oder „Kann ich nicht sagen, weil keine Aussagegenehmigung“, aber -

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, weil ich es nicht weiß.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das verstehe ich ja. Ich muss nur ergründen, ob meine Frage vielleicht nicht klar gestellt worden ist, deswegen. Sie erinnern sich daran nicht, okay. - War also nach Ihrer Erinnerung nicht Gegenstand, was das Kabel betrifft. Es war immer nur Gegenstand: Satellitenerfassung am Standort Bad Aibling bezüglich der Selektoren.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Jetzt muss ich einmal auf die Uhr gucken. Ich habe vielleicht noch zwei, drei Fragen, bevor wir unterbrechen müssen und dann zur Aktuellen Stunde müssen. - Wenn wir uns das mal anschauen, was die entsprechende Unterabteilung

gemacht hat, sagen wir mal, das, was Sie beschreiben als die Zukunft, wo man stärker werden muss, würden Sie sagen, dass das ein ganz besonderer Bereich war der selektorenbasierten SIGINT, die man da in Bad Aibling gemacht hat? War das ein besonderes Baby des BND? Oder war das wie jede andere Unterabteilung in allen Bereichen: „Jeder macht so sein Ding, alle sind gleich wichtig“?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist eine gute Frage. Weil ich versuche, eben allen Vieren zu erklären, dass sie alle gleich wichtig sind, und eben nicht die Unterscheidung da reinzubringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ein faires Verhalten; finde ich gut.

Zeuge Hartmut Pauland: Das war mit ein Punkt bei der Eingliederung der neuen Unterabteilung. Die haben alle ihre Geheimnisse und alle ihre Besonderheiten. Aber Bad Aibling war natürlich wichtig, weil es das Projekt mit der NSA war, das einzig gemeinsame durch die Übernahme der Antennen und durch die Vergangenheit einfach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und weil man da ja auch, sagen wir mal, mehr Kompetenz gewinnen wollte, könnte ich mir vorstellen. Sie haben es ja anfangs beschrieben: Das ist der Bereich, da hatte man Defizite, da wollte man hin, und man wollte ja auch wahrscheinlich lernen, vermute ich. - Wäre das aus Ihrer Sicht für den BND nachteilig gewesen, wenn man es nicht auf die Kette kriegt als deutscher Partner in Bad Aibling, wenn man mit dieser neuen Technologie im partnerschaftlichen Umgang der Partner ist, der es im Handling nicht hinkriegt? Es war ja nicht ganz ohne, es war ja komplex. Uns haben ja auch schon einige das detailliert dargestellt, auch in eingestuften Sitzungen. Das ist ja schon ein bisschen komplexer.

Zeuge Hartmut Pauland: Das hat ja nicht nur etwas mit einer Außenstelle zu tun.²¹ Ich wundere mich jetzt immer nur, warum Bad Aibling kommt. Es hat ja nicht nur mit Bad Aibling zu tun, die neue Technik. Es ist ja nicht rein auf Bad

21) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aibling begrenzt. Ja, wenn Sie die neue Technik nicht hinbekommen - das hatte ich ja auch im Eingangsstatement angedeutet -, dann haben Sie bald Schwierigkeiten im Handling, im Austausch, in der Kompetenz, mitzureden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also einen anderen Ansatz, wo man sagen kann: Wenn man die Amerikaner brüskiert, haben wir ja noch die Briten, und die Australier machen das auch technisch versiert, dann kooperieren wir woanders ein bisschen stärker. So dramatisch wichtig ist es nicht. - Oder war es schon der Kernbereich? Von Projekten können wir jetzt nicht reden.

Zeuge Hartmut Pauland: Der neue Ansatz ist der Kernbereich. Es ist ja entschieden - das ist auch klar angesprochen worden -, dass wir das jetzt mehr auch mit deutschen Anbietern machen wollen, mit der deutschen Industrie. Aber das Preischild dafür war eben: zwei bis vier Jahre länger.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren die Mitarbeiter da, würden Sie sagen, unter einem gewissen Erfolgsdruck? Oder war das mehr: „Toll, dass wir dabei sind, dass wir es sind, die hier den neuen Weg beschreiten ganz voran“?

Zeuge Hartmut Pauland: Na, ich denke, das war schon ein neuer Aufbruch. Eine Kompanie aufzumachen ist immer besser, als eine Kompanie zu schließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich teile das.

Zeuge Hartmut Pauland: Von daher, wenn Sie als Behörde in der heutigen Zeit, als Bundesoberbehörde 300 Millionen kriegen würden, das wäre schon eine tolle Sache, da wären alle begeistert. Das ist überhaupt kein Punkt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn es dann nicht klappen würde oder was rauskommen würde, wo man sagt: „So geht es ja gar nicht“, das wäre unglücklich, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Ich sage mal, jeder bekommt den Dienst, den er verdient. Ich will

jetzt nicht die Länder nennen, aber wenn Sie hinter die und die zurückfallen, dann ist das der Preis²² Wenn das gewollt ist, machen wir das auch, ist okay. Aber es sollte eine bewusste Entscheidung sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - An dieser Stelle muss ich die Sitzung unterbrechen, weil wir jetzt eine Aktuelle Stunde haben. Ich danke Ihnen insoweit schon mal für Ihre Ausführungen. Wir sehen uns gleich wieder. Es geht nicht anders; so sind die parlamentarischen Abläufe.

Wir unterbrechen jetzt bis zum Ende der Aktuellen Stunde. Danke schön.

(Unterbrechung von
14.21 bis 15.58 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt sind alle Fraktionen vertreten. Ich freue mich, dass wir die unterbrochene Sitzung jetzt fortführen können. Besonders freue ich mich, dass Sie, Herr Zeuge, bereit sind, jetzt auch ohne Zeugenbeistand in dieser Phase bei uns zu sein, Rede und Antwort in dieser öffentlichen Sitzung zu stehen. Das finde ich sehr positiv. Wir achten darauf - das hätten wir ohnehin, auch mit Zeugenbeistand, gemacht -, dass alles ordnungsgemäß läuft. Die Bundesregierung achtet darauf - da bin ich mir ganz sicher -, und wir achten auch darauf. Danke schön.

Zeuge Hartmut Pauland: Danke auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir machen mit Fragen weiter. Ich habe nur noch ganz wenige Fragen. Dann gebe ich an die Fraktionen weiter.

Sie erinnern sich: Ich hatte gefragt im Zeitraum 2013 nach Prüfung der Selektoren auf G-10-Relevanz, darauf, ob sie im deutschen Interesse sind - - dass das nicht im Juni/Juli/August/September aus Ihrer Sicht direkt auf dem Schirm war. Es war aber anscheinend auf dem Schirm

22) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

bei Ihren Unterabteilungsleitern. Haben Sie das irgendwann mitbekommen?

Zeuge Hartmut Pauland: In der ausgeprägten Form, in der man jetzt wahrscheinlich ja hier darüber sprechen will, nicht. Das habe ich so nicht mitbekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also erst dann im Grunde jetzt 2015?

Zeuge Hartmut Pauland: Durch den 13.03.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 13.03. - Sie haben es so nicht mitbekommen. Haben Sie es denn irgendwie mitbekommen, dass da Aktivitäten waren in Sachen Selektorenliste?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ist mir nicht bekannt.²³

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt haben wir ja einmal die Überprüfung der Selektorenlisten durch den Dr. T., wenn ich das richtig sehe. Der ist Ihnen bekannt auch?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie denn gehört, dass auch noch andere Selektorenlisten geprüft haben? Also, ich meine jetzt natürlich im Komplex Herbst 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: In dem damaligen Zeitraum ist mir das nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, da ist Ihnen das nicht bekannt geworden.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie denn vermuten - - Die Abteilungsleiter vor Ihnen, in den Jahren davor - - Wenn Sie was wissen, dann ja; wenn Sie es nicht wissen, können

Sie auch Nein sagen selbstverständlich. Also, Sie sollen jetzt nicht spekulieren.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, dadurch, dass die - -²⁴ Unabhängig vom Spekulieren: Ich denke, wenn das System so war, wie ich es vorgefunden habe, kommt die Selektorenprüfung überhaupt nicht bei Ihnen vorbei. Dann sind sie²⁵ überhaupt nicht eingebunden in - -²⁶

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Als Abteilungsleiter jetzt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, als Abteilungsebene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber der Bereich G-10-Prüfung war doch, so wie ich es verstanden habe, im ganzen Amt immer ein ganz hehres Ziel, ganz hochgehängt bei allen: Achtung, G-10-Filterung muss klappen. Es dürfen keine deutschen Grundrechtsträger da reinrutschen. - Das war schon durchgängig. Wie kommt es dann, dass man das nicht hinterfragt hat, ob das auch technisch klappt?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist genauso spekulativ, sage ich mal, was ich ja eigentlich nicht soll. Aber ich sage mal: Man hat sich sehr, sehr konzentriert auf die eigene Steuerung - nennen wir es mal so -, auf das, was wir machen; das wäre meine Erklärung. Das hatte immer Vorrang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine, hinterher ist man immer klüger; das kenne ich auch.

Zeuge Hartmut Pauland: Hinterher ist man immer klüger, natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will Ihnen die Antwort jetzt nicht in den Mund legen. Aber bei der Satellitenkommunikation, da fragt man sich natürlich einmal: Welche Strecken greift man dann ab? Dann sind das die zum Beispiel aus Afghanistan, haben Sie gesagt. Da habe ich ja grundsätzlich erst mal, wenn ich einen Se-

23) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

24) Richtigstellung des Zeugen: "Ja, dadurch dass die Verfahren historisch gewachsen waren.", siehe Anlage 1.

25) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

26) Ergänzung des Zeugen: "die Prüfschritte.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

lektor habe aus Afghanistan, afghanische Telekommunikation drin. Kann da denn aus Ihrer Sicht, auch wenn ich einen Selektor aus einem europäischen Land habe, überhaupt die Kommunikation abgegriffen werden?

Zeuge Hartmut Pauland: Wie gesagt, ich bin kein Techniker; aber ich möchte natürlich gern mit-helfen und jetzt einen Beitrag leisten zur Aufklärung. Das ist eine ganz andere Geschichte. Das würde Ihnen ein Techniker wahrscheinlich anders sagen. Aber die Chance ist natürlich relativ gering, würde ich sagen, wenn Sie innerafghanische Strecken haben, dass da ein europäischer Selektor vorbeikommt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie könnte das passieren? Unter welchen Bedingungen? Also, wie sähe das dann aus, die Kommunikation?

Zeuge Hartmut Pauland: Wenn von da jemand anruft meiner Meinung nach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also wenn der aus dem europäischen Land X nach Afghanistan fährt und da mit seinem Handy telefoniert zum Beispiel?

Zeuge Hartmut Pauland: Genau, ja. Dann ist die Chance höher als umgekehrt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch wenn er von da angerufen wird, von Afghanistan?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, da bin ich kein Spezialist.²⁷ Da bin ich nicht auskunftsfähig.²⁷ Tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, kein Problem. - Ich wäre erst mal mit meinen Fragen zufrieden bis dahin und denke, dass wir jetzt zu den Fragen der Fraktionen kommen sollten. Es beginnt die Fraktion Die Linke, und dann geht es in der Reihenfolge SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU in der ersten Fragerunde und ab der zweiten Fragerunde Fraktion Die Linke, CDU/

CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD weiter. Es beginnt also jetzt Frau Kollegin Renner mit den Fragen für die Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Pauland, ich habe eine Frage zu November 2013. Zu diesem Datum soll der Präsident einen Erlass veröffentlicht haben, mit dem auch europäische Interessen geschützt werden sollen. Ist Ihnen das erinnerlich?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bitte, das nicht als ausweichend zu verstehen. Aber ich hatte vorhin schon angesprochen, dass ich einen Schlaganfall hatte am 23. August, fünf Wochen ausgefallen war und von Oktober bis Ende Februar stundenweise angefangen habe, zu arbeiten, also erst vier, fünf - das berühmte Modell -, weil ich mir gesagt habe: In der Phase gehörs du zu deinen Leuten; aber ich will nicht übertouren.²⁸ Es haben ja viele gesagt, ich bin bekloppt, schon wieder so früh zu kommen. Von daher weiß ich davon, bin ich informiert worden. Es ist mit den Unterabteilungsleitern T1, T2 darüber gesprochen worden; aber eine schriftliche Weisung oder Ähnliches habe ich nie dazu gesehen. Die haben den Auftrag bekommen; aber „Auftrag“ ist ja auch mündlich. Also, schriftlich - weil Sie nach Weisung fragten - ist die nicht da. Habe ich nicht gesehen; ist mir nicht erinnerlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Aha. - Also, das gilt jetzt auch bis in die Istzeit hinein, diese Auskunft, dass es so eine schriftliche Weisung zum Schutz europäischer Interessen nicht gibt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, also jedenfalls nicht bei mir - eigene Wahrnehmung, vorbeigekommen.²⁹ Wäre mir - - Müsste mir bekannt sein, sage ich mal; aber das ist alles nicht schriftlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn Sie mit Ihren Unterabteilungsleitern darüber gesprochen haben oder wenn das Thema gewesen ist, können Sie sich ungefähr noch erinnern, was wohl Gegenstand der Vereinbarung - ich meine, wenn es

27) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

28) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

29) Richtigstellung des Zeugen: "Ja, also jedenfalls bei mir ist es - eigene Wahrnehmung, nicht vorbeigekommen", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt kein Erlass war - gewesen ist? Also, was sollte konkret geschützt werden?

Zeuge Hartmut Pauland: NATO und EU, also europäische Regierungseinrichtungen, NATO. Ja, diese Länder.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es dafür einen besonderen Anlass?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich nehme an, dass das alles Folge von Snowden ist. Wie jetzt: „besonderer Anlass“?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das ist jetzt eine Vermutung. Es ist nicht damals gesagt worden, dass es konkrete Anhaltspunkte gibt, die das nahelegen, dass man sich dem verstärkt zuwenden muss?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, aus unserer Sicht war das jetzt eine andere politische Bewertung und - - Also, wie gesagt, dadurch, dass ich das schriftlich nicht gesehen habe, wüsste ich jetzt nicht, was ich anderes darauf sagen soll.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen denn diese Problematik, dass in dem Suchprofil Telefonnummern zu EADS und Eurocopter aufgefallen sein sollen, dienstlich bekannt geworden?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist alles - auch die ganzen Vorgänge, die wir dann gefunden und gesucht haben - erst ab dem 15. - - ab dem 13. März da bekannt gegeben worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieses Jahres?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, diese Begriffe „EADS“, „Eurocopter“ als problematisch haben Sie vor März 2015 nie gehört?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, also auch nicht über meinen Tisch gelaufen, nicht ein Mal; kann ich ruhigen Gewissens sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, heute ist das Interesse sehr stark auf Metadaten gerichtet, und haben dann ausgeführt, dass diese sich in Sach- und Inhaltsdaten aufteilen. Können Sie mir etwas dazu sagen, welche dieser Arten von Daten, die Sie unter Metadaten subsumieren, Personenbezug aufweisen?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, heute ist das ein neuer Begriff.³⁰ Ich sage mal, Metadaten in dem Sinne hat es eigentlich schon immer gegeben. Wir haben das früher „Verkehrs- und Betriebsdaten“ genannt; das ist eigentlich nicht das Neue. Das Neue heute - und das wollte ich vorhin auch ausdrücken; vielleicht ist es schlecht oder falsch rübergekommen; tut mir leid - ist die Geschichte mit der Paketvermittlung. Das ist neu, dass die Nachrichten zerlegt werden. Das ist ja auch der Ansatzpunkt für SSCD, dass wir in der Paketvermittlung besser werden müssen. Die Metadaten hat es schon immer gegeben, natürlich erheblich weniger, weil es eben bei Fax und bei Telefonie einfachere Technik ist.³⁰ Da gibt es nur wenige. Und personenbezogene Daten sind natürlich eine Telefonnummer und eine E-Mail-Adresse; das sind die klassischen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war jetzt ganz interessant. Aber können Sie noch mal sagen, wo der Personenbezug jeweils bei Metadaten liegt aus Ihrer Sicht und vor allem in der Bewertung des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge Hartmut Pauland: Da verstehe ich jetzt wirklich die Frage nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, haben Metadaten Personenbezug?

Zeuge Hartmut Pauland: Metadaten können Personenbezug haben, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wann haben sie Personenbezug?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, wenn sie zur Identifizierung nachher einer Person beitragen.

³⁰⁾ Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das meinte ich nicht. Nicht ob sie dazu geeignet sind, eine Person zu identifizieren, sondern: Welche Anteile in den Metadaten lassen Rückschlüsse auf Personen zu? Und welche Metadaten? Sie haben ja vorhin unterschieden in - ich habe es noch mal referiert - Sach- und Inhaltsdaten. Welche dieser Daten lassen Rückschlüsse auf Personen zu?

Zeuge Hartmut Pauland: Die Sachdaten sind die, die die Umstände einer Kommunikation beschreiben - da gibt es auch welche dabei -, und bei den Inhaltsdaten können natürlich auch welche drin sein. Also, von daher - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und gibt es dann zu dem Umgang mit diesen Metadaten bestimmte Vorschriften?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, natürlich. Besonders wenn Sie G-10-personenbezogene Daten haben, dann haben Sie eine ganze Menge Vorschriften; ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wie werden Metadaten G-10-sanitarisiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bin jetzt etwas konsterniert, muss ich sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen doch, was ich meine, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein? - Okay, Sie sagten, es gab dann irgendwann sozusagen einen Methodenwechsel, und man hat stärker auf Metadaten abgestellt. Und ich würde jetzt gerne wissen, wie der G-10-Schutz bei Metadatenverarbeitung organisiert ist. Die nächste Frage wäre dann: Werden Metadaten an AND weitergegeben? Aber da sind wir noch nicht.

Zeuge Hartmut Pauland: Die Metadaten?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Na ja, wenn sie in eine personenbezogene Datenbank kommen, haben Sie eine Dateianordnung dafür, und dann haben Sie die entsprechenden Vorschriften zur Bearbeitung, zur Nutzung und zur Speicherung. Also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, da sind wir aber jetzt bei dem Problem: Ich rede nicht darum, wenn es - -

Zeuge Hartmut Pauland: 02 bis 09.³¹

Martina Renner (DIE LINKE): Datenschutz fängt ja nicht erst an, wenn die Daten in eine Datenbank kommen, sondern Datenschutz beginnt bei der Erhebung der Daten, ja?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie wird bei der Erhebung der Daten, wenn auf Metadaten abgestellt wird, die ja auch heute noch abgefasst werden am Satellit oder an Kabelansätzen usw. - - Wie wird dort irgendwie der Grundrechtsschutz organisiert bei der Metadaten-erfassung?

Zeuge Hartmut Pauland: Wollen Sie jetzt die Gesetzesgrundlage wissen, nach der - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich möchte wissen, wie es praktisch umgesetzt wird.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, durch die Filterung.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Die Metadaten durchlaufen - -

Zeuge Hartmut Pauland: Die Daten durchlaufen die DAFIS-Filterung. Das hatte ich vorhin schon beschrieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Alle Metadaten, die an den verschiedenen Kabelansätzen erfasst werden, laufen durch die DAFIS-Filter?

31) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Laufen durch DAFIS 1 bis 3, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In?

Zeuge Hartmut Pauland: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): In Pullach oder in Bad Aibling? Wo findet das statt?

Zeuge Hartmut Pauland: In Pullach.

Martina Renner (DIE LINKE): Da landen alle Metadaten erst mal an, in Pullach, die irgendwo erhoben werden durch den BND. Die kommen alle erst mal nach Pullach.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, alle nicht. Wenn wir im Einsatz sind und andere - - Aber ich dachte, wir reden jetzt nur über Five Eyes und Ähnliches. Andere Ansätze - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden über Ansätze, bei denen mit den Five Eyes kooperiert wird. Die finden ja nicht nur in Deutschland statt. Da werden Metadaten erhoben. Und werden diese Metadaten hinsichtlich G-10-Schutz, deutschen Interessen, europäischen Interessen sanitariert?

Zeuge Hartmut Pauland: Das werden sie.

Martina Renner (DIE LINKE): In Pullach?

Zeuge Hartmut Pauland: Auch in Pullach, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo noch?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, es kann auch schon am Erfassungskopf sein, wenn ich richtig informiert bin.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchen Fällen ist es am Erfassungskopf, und in welchen Fällen ist es in Pullach? Kann man das unterscheiden nach - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, zu Einzelheiten der Kooperation, wenn es jetzt um Örtlichkeiten geht, in eingestufte Sitzung, sofern sie untersuchungsgegenständlich sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie müssten dann die nächsten Fragen sowieso bei der nächsten Runde stellen, weil jetzt die Zeit um ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, schade.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Kommen wir zur nächsten Fraktion. Kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Sie hatten gesagt, dass so in Ihrer gesamten Zeit das Thema Selektoren eigentlich immer unproblematisch war, also nie zu irgendwelchen Vorlagen geführt hat bis, ich sage mal jetzt, März 2015. Das ist richtig, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist richtig, ja.

Christian Flisek (SPD): Und dann ist das jetzt 2015 im März - ich sage jetzt mal aus meiner Beurteilung - mit ziemlicher Wucht aufgeschlagen.

Zeuge Hartmut Pauland: Da haben Sie recht, ja.

Christian Flisek (SPD): So. - Ich vermute mal, Sie würden jetzt Ihre Bewertung, dass das alles relativ unproblematisch die ganze Zeit war, nachträglich, sozusagen ex post, revidieren, oder? Oder sehe ich mich - - bin ich da falsch?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, da liegen Sie nicht falsch, wenn Sie das sehen, was wir jetzt wissen.³² Dann ist das so, klar.

Christian Flisek (SPD): Jetzt stelle ich mir die Frage: Haben Sie als Abteilungsleiter denn zum Beispiel mal mit Ihrem Unterabteilungsleiter, dem D. B., darüber geredet?

³²) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, haben wir nicht.

Christian Flisek (SPD): Seit März 2015 haben Sie mit D. B. nicht geredet?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist falsch.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe sehr viel mit ihm geredet; aber das war kein Thema.

Christian Flisek (SPD): Sie haben seit - also, ich versuche das jetzt, nur damit wir uns richtig verstehen - März 2015 zwar öfters, wie das halt wahrscheinlich im Verhältnis zwischen Abteilungsleiter und Unterabteilungsleiter ist, mehrfach geredet, -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): - aber Sie haben trotz der Tatsache, dass Ihnen seit März 2015, wie Sie gerade bestätigt haben, das Selektorenproblem entgegen aller vorheriger Einschätzung mit aller Wucht aufgeschlagen ist, mit ihm seitdem nicht über das Selektorenproblem geredet?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, nein; Entschuldigung. Jetzt bitte ich um Entschuldigung. Ich habe das mit dem März 2015 falsch verstanden.³³ Ich dachte: vorher. Seit März 2015 natürlich. Da arbeiten wir ja dran, an der Lösung und an der Aufarbeitung; das ist keine Frage. Ich hatte das falsch verstanden.³³ Ich war eben noch bei 13. Seit 2015, seit März, sind wir - klar - alle darum bemüht, das aufzuklären.

Christian Flisek (SPD): Ja, das klingt alles sehr kollegial. Man ist da mit einer Prüfruppe unterwegs. Ich frage Sie ganz offen: Hat Ihnen der Präsident mal Vorwürfe gemacht, so nach dem Motto: Was ist da eigentlich in Ihrer Abteilung los?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, dass der Präsident nicht begeistert ist - genau wie wir selbst -, ist

klar. Natürlich hat er das. Aber Vorwürfe hat er nicht gemacht!³⁴

Christian Flisek (SPD): Was hat er Ihnen denn dazu gesagt? Hat er gesagt: Ergreifen Sie bitte unverzüglich Maßnahmen, dass sichergestellt ist - - Oder was ist Gegenstand? Also, wir unterhalten uns ja hier - - damit Sie das auch einordnen können, und zwar jenseits, jetzt sage ich mal, von Persönlichem, dass ich Ihnen jetzt da irgendwie an den Karren will, sondern es geht darum, zu überlegen: Warum sind solche Dinge eigentlich nicht über die übliche Hierarchie nach oben gekommen? Wurden sie falsch bewertet? Hat man sie - natürlich, der Vorwurf steht vielleicht auch im Raum - bewusst unterdrückt? Und meine Frage ist: Was ist der Inhalt der Gespräche ab März 2015 zwischen Ihnen und dem Präsidenten gewesen zum Thema Selektoren?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, der Inhalt der Gespräche ist, dass wir versuchen, dieses Themenfeld aufzubereiten: Wie konnte es dazu kommen? Wie konnte es passieren? Was ist der Inhalt der Listen? Was machen wir? Komplette Umfeldaufklärung.

Christian Flisek (SPD): Und haben Sie eine Erklärung, wie das überhaupt dazu kommen konnte?

Zeuge Hartmut Pauland: Ach, wissen Sie: Wenn man 2013 dahin kommt - - Klar hat man eine Erklärung; aber das ist, meine ich, auch spekulativ. Klar hat man eine Erklärung. Ob die richtig ist, weiß ich nicht. Das ist genau wie der ganze Umgang mit den Sachen, die man jetzt findet: 2004 bis 2008 oder 2009.

Christian Flisek (SPD): Was ist denn Ihre Erklärung?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, meine Erklärung ist, dass das MoU oder das MoA hätte³⁵ umgesetzt werden müssen in eine Handlungsanweisung, und die ist, bisher jedenfalls, noch nicht gefunden.

33) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

34) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

35) Ergänzung des Zeugen: "damals, also 2004/05", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

den worden; die ist nicht da. Das wäre meine Erklärung. Und der Rest ist G 10; das ist ja ordentlich gemacht worden immer. Die Vorführungen sind ja auch, wie gesagt, an vielen Stellen erfolgt³⁶. Ich glaube, da haben sich Alle³⁶ in der Regel auf G 10 konzentriert, sowohl³⁷ bei der Selektorenprüfung als auch bei den Treffern, bei den Ergebnissen. Es ist ja nichts aufgefallen zwischendurch für den restlichen Datensee. Also, man hat Eingangs- und Ausgangsprüfung exzessiv gemacht - G 10 -, und da zwischendurch ja auch nichts aufgefallen ist bei Treffern, die man hatte, wo irgendwas drin war, was Anlass zur Besorgnis oder zur Verwunderung oder Ähnliches gäbe, hat sich dieses System so entwickelt. Das ist meine Erklärung.³⁸

Christian Flisek (SPD): Ja, ich muss natürlich insofern einhaken, als wenn Sie sagen, es ist nichts aufgefallen. Natürlich - - Also, wir haben es März 2015. Da kam das plötzlich auf die Ebene des Präsidenten: Prüftruppe, Aufarbeitung. Natürlich ist was aufgefallen. Es gab im August 2013 im Umfeld, im zeitlichen Kontext zu den Snowden-Veröffentlichungen Sonderprüfungen, und zwar in der einen Abteilung, wo der Dr. T. losgelegt hat, Listen zu erstellen, und in Ihrer Abteilung genauso, wo man in Bad Aibling sich mit dem Impuls vom Unterabteilungsleiter D. B. auf den Weg gemacht hat, eine Sonderprüfung zu machen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, das ist richtig. Aber wenn Sie davon nichts mitkriegen, können Sie nicht reagieren.³⁸ Es tut mir leid. Ich kann es immer nur wiederholen.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn mal konkret sowohl - - Also, ich frage mal nach den Beteiligten; das ist der W. K., das ist der R. U. oder der D. B. Ist da irgendwo mal ein Vorhalt von Ihnen jetzt gemacht worden, warum Sie da nichts bekommen haben, warum Sie keine Informationen bekommen haben? Also, wir betrachten das ja per se mal als einen ungeheuerlichen Vorgang.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe aber keinen Vorwurf an die gemacht, auch aufgrund der Situation. Das war ja alles sowieso schon schwierig genug.

Christian Flisek (SPD): Gut, dann haben Sie keinen Vorwurf gemacht.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Christian Flisek (SPD): Aber haben Sie gefragt: Was war denn eure Motivation, das nicht zu tun?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, habe ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Und warum haben Sie das nicht getan?

Zeuge Hartmut Pauland: Weil ich auch extra noch mal im Gesetz nachgeguckt habe, in der WDO zum Beispiel, dass man eben genau das nicht machen darf und soll als Vorgesetzter, dass - - Wenn jemand sein Zeugnisverweigerungsrecht in Anspruch nimmt, dann hat er das gute Recht dazu. Dann zählt das auch nicht als Vorverurteilung, und es ist deshalb nichts einzuleiten oder Ähnliches zu machen. Da habe ich mich extra noch mal abgesichert, weil dieser Fall für mich ja auch neu war, und in der WDO dort, in der Wehrdisziplinarordnung, ein eindeutiger Abschnitt dazu steht.

Christian Flisek (SPD): Also, ich fasse jetzt mal zusammen: Bevor sich jemand auf ein Zeugnisverweigerungsrecht beruft, muss man ihm ja irgendwas vorwerfen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): So. - Also, das heißt, Sie haben einen Vorwurf gemacht an D. B.?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich doch nicht. Er hat doch hier von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht. Also, jetzt ist es aber gut.

36) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

37) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

38) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Herr Pauland, bitte! Was er hier macht, das wissen wir selber. Ich will über die Gespräche informiert werden, die Sie anlässlich der Aufdeckung der Selektorenproblematik mit D. B. geführt haben. Also, er hat sich nicht Ihnen gegenüber auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen; davon gehe ich jetzt mal aus.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, aber Sie haben mich eben gefragt, ob ich mit ihm darüber gesprochen habe, was die Motivation war.

Christian Flisek (SPD): Soll ich jetzt zu Protokoll nehmen, Herr Pauland, dass Sie, ausgehend von März 2015, bisher nicht mit D. B. über diese Problematik kritisch gesprochen haben? Haben Sie das, oder haben Sie es nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe jede Woche mit ihm gesprochen - - diesen Fall, wie das passieren konnte, aufzuklären.

Christian Flisek (SPD): Und was hat er Ihnen dazu gesagt?

Zeuge Hartmut Pauland: Dazu haben wir einen Prüfbericht geschrieben und verfasst. Der ist auch noch nicht fertig; da sind wir noch dran. Da ist er ein Teil des Teams - er trägt dazu bei -, und im Prüfbericht geben wir - -

Christian Flisek (SPD): Können Sie mir nicht das Verfahren beschreiben, sondern können Sie mir mal erzählen, was da drinsteht, was seine Einlassungen sind, seine Erklärungen, seine Erläuterungen: Warum ist dieses Thema nicht hochgekommen? Warum hat er Sie als zuständigen Abteilungsleiter nicht informiert, dass es hier aufgrund von Sonderprüfungen einen Fund von kritischen, höchst kritischen Suchbegriffen der Amerikaner gegeben hat? Was ist die Erklärung?

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Abgeordneter, ich wiederhole noch mal: Das hat er nicht gemacht. Da haben wir nicht drüber gesprochen, weil es mir auch nicht zusteht.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie machen einen Prüfbericht. - Ich verstehe das nicht. Verstehen Sie das? - Also, manchmal habe ich das Gefühl,

man lebt da wirklich in Parallelräumen. Sie machen einen Prüfbericht, einen Prüfbericht, der einen Vorgang kritisch prüfen soll - nichts anderes kann der Sinn eines solchen Prüfberichtes sein -, und Sie können mir hier nicht eine Einlassung des Herrn D. B., Ihres Unterabteilungsleiters, sagen, wie er sich dazu eingelassen hat?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein? Oder ja?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, korrekt. Warum er das gemacht hat, da kann ich Ihnen nichts zu sagen.

Christian Flisek (SPD): Sie haben gerade interessanterweise mal gesagt, Ihrer Ansicht nach hätte dieses MoA mal irgendwie runtergebrochen werden müssen in so eine klare, handelbare Dienstanweisung. Haben Sie denn das MoA jemals zu Gesicht bekommen? Wann?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe jetzt im Zuge der Aufarbeitung - -

Christian Flisek (SPD): Erst jetzt?

Zeuge Hartmut Pauland: Habe ich mir das noch mal angeguckt, ja.

Christian Flisek (SPD): Wie erklären Sie sich denn, dass Ihnen das scheinbar nicht vorher zugeleitet worden ist, wenn Sie - ich sage es jetzt mal einfach freundlich gesprochen - in Ihrer Abteilung mit vielen anderen wichtigen Aufgaben, aber unter anderem auch mit der Prüfung von Selektoren beauftragt sind - G-10-Relevanz und deutsche Interessen - und Ihnen dann die entscheidenden Parameter - so interpretiere ich das jetzt -, die vereinbart worden sind in der Zusammenarbeit, nicht zur Kenntnis gelangen? Wie erklären Sie sich denn das? Ist das normal?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann nur noch mal wiederholen: Dadurch, dass das seit zehn Jahren so wie ein eingeschwungener Zustand war, haben wir da eben keinen Handlungsbedarf gesehen. Wir hatten viel Handlungsbedarf. Wir haben viele MoAs, wir haben viele MoUs, wir haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

viel umgesetzt, wir geben Handlungsanweisungen raus. In diesem Fall war es für mich kein Punkt. Es ist nie hochgekommen. Es ist nie über meinen Tisch gelaufen.

Christian Flisek (SPD): Und als Sie in diese Funktion hineingesetzt worden sind, kam da irgendjemand auf Sie zu und hat gesagt: „Bei Ihnen findet auch im Sinne einer Einweisung Selektorenprüfung statt. Das hat so und so zu erfolgen. Deutsche Interessen: schwieriger Begriff. Die interpretieren wir aber, um es operabel zu machen, so und so“?

Zeuge Hartmut Pauland: Es ist allgemein gewesen.³⁹ Die Prozesse sind natürlich vorgestellt worden, eben mit dem DAFIS-Profil, mit den Datenbanken, die wir haben, dieser Vernetzung, die ja sehr komplex ist im BND. Die sind allgemein vorgestellt worden. Und immer, wenn irgendetwas - das kann ich sagen für meine Zeithochkam, wenn wir eine Vorlage hatten, eine kritische, dann habe ich meine Mitarbeiter für diesen Bereich zusammengerufen, und dann haben wir das entsprechende Problem gelöst. Aber diesen Fall hatten wir hier nicht.³⁹

Christian Flisek (SPD): Was haben Sie denn für kritische Vorlagen bekommen? Was waren das denn für Beispiele? Waren das Vorlagen in Bezug auf Selektoren, auf kritische Selektoren?

Zeuge Hartmut Pauland: Selektoren waren nicht dabei.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Nein, ich wollte jetzt nur noch mal nachfragen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, ich habe es schon mehrfach gesagt. Es tut mir leid. Ich kann hier nichts anderes sagen.³⁹

Christian Flisek (SPD): Ja, ja; gut. - Haben Sie denn - Sie haben das ja gerade selber als Defizit definiert -, ausgehend jetzt von März 2015, mal eine klare Vorgabe jetzt gegenüber den Mitarbeitern im Sinne einer Handlungsanweisung oder einer Richtlinie erlassen, wo drinsteht, was im

Sinne auch von allen Vereinbarungen deutsche Interessen sind und was nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Selbstverständlich.

Christian Flisek (SPD): Wie sieht die denn aus?

Zeuge Hartmut Pauland: Müsste ich Ihnen vorlegen. Die haben wir selbstverständlich erlassen, und es werden auch noch weitere bestimmt kommen, wenn die Aufklärung jetzt abgeschlossen ist. Aber wir haben eben jetzt genau vorgeschrieben, wenn von wem Selektoren kommen, an wen die zu geben sind, wo sie einzusteuern sind, wie sie zu überprüfen sind, mit welchem DAFIS-System.

Christian Flisek (SPD): Gut, die würden wir natürlich gerne hier sehen. - Aber ich frage Sie jetzt mal: Wären Sie denn heute, wenn ich jetzt bei Ihnen in der Truppe anheure, der Prüfruppe, in der Lage, mir zu erklären, was ich zu beachten habe jetzt?

Zeuge Hartmut Pauland: Zu beachten im Hinblick auf?

Christian Flisek (SPD): Ich heuere jetzt - - Ich bin der neue Mitarbeiter in Ihrer Selektorenprüftruppe. Ab morgen lege ich los - tägliche Lieferung, USA -, und Sie erklären mir bitte jetzt, was ich zu beachten habe.

Zeuge Hartmut Pauland: Also, das wird bestimmt der zuständige Referatsleiter oder Unterabteilungsleiter machen, bestimmt nicht der zuständige Abteilungsleiter. Ich würde Sie aber darauf hinweisen in einem allgemeinen Mitarbeitergespräch, dass das ein kritischer Punkt ist, dass Sie jetzt - -

Christian Flisek (SPD): Sie haben doch gerade gesagt, Sie haben eine Weisung erlassen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, die Weisung ist umgesetzt durch den Unterabteilungsleiter und

³⁹) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

durch den Referatsleiter bis zum Sachgebietsleiter.

Christian Flisek (SPD): Also, kennen Sie die Weisung, den Inhalt dieser Weisung; ja oder nein? Was sind deutsche Interessen? Was steht da drin?

Zeuge Hartmut Pauland: Da stehen Firmennamen drin, da stehen Politikernamen drin, da - -

Christian Flisek (SPD): So. - Dann bitte ich Sie jetzt einfach, mir mal in diesem Rollenspiel, wie ich es gerade versucht habe, aufzusetzen, zu erklären: Ich fange morgen an, egal ob Sie jetzt sagen, da ist der Referatsleiter oder weiß der Geier wer für zuständig. Ich meine, in der Hierarchie sind Sie jetzt der Abteilungsleiter. Aber Sie sind auch hier der Zeuge. Spätestens - spätestens wirklich - März 2015 brennt die Bude lichterloh, und dieses Thema ist bei Ihnen aufgeschlagen - das haben Sie selber bestätigt - mit aller Wucht. Jetzt unterstelle ich mal, wenn ich Abteilungsleiter wäre, dann wüsste ich, was jetzt in diesem Erlass drinsteht, und könnte das jetzt hier mal klipp und klar und deutlich erklären. Das würde ich Sie jetzt einfach mal bitten, zu tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber erst die Wortmeldung von Herrn Wolff.

Zeuge Hartmut Pauland: Das möchte ich aber nicht hier erzählen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erst mal Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass wir uns natürlich die ganze Zeit außerhalb des Untersuchungszeitraums bewegen. Wenn jetzt die Fragen gestellt werden nach der Aufklärung im Zeitraum 2015, post März 2015 - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Es geht um Schlussfolgerungen! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo kommen wir denn da hin!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, nur ganz kurz: Das ist ein Missverständnis der Bundesregierung. Bitte den Untersuchungsauftrag noch einmal lesen. Es steht kein Endzeitpunkt drin; und sonst gebe ich Ihnen gern die Kommentierung meanwhile zum Lesen - eindeutig, sorry.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte das auch nur bestätigen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste man einmal im Rahmen der Bundesregierung klären. Da gibt es ausreichend Kommentierungen; sorry.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte das auch nur bestätigen mit einem Argument, das selbst nach Auffassung von Herrn Wolff unstrittig in seinem Untersuchungszeitraum drinliegt, weil es geht ja darum, dass offensichtlich einfach nur das MoA jetzt runtergebrochen wird, und ich will hier abstrakt einfach erklärt bekommen, nach welchen Kriterien heute ein Mitarbeiter, der Selektoren prüfen würde, hier deutsche Interessen operabel definiert. Also, Herr Pauland, versuchen Sie es mal.

Zeuge Hartmut Pauland: Also, für mich ist das zwar ein eingestuftes Thema; aber wenn die Regierung, die Bundesregierung, nichts dagegen hat - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, wenn es eingestuft ist, dann macht er dazu in eingestufter Sitzung Angaben, und davon gehe ich aus.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich soll jetzt hier bekannt geben, wen wir steuern und wie. Also, das soll ich Ihnen sagen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn es um operative Sachen geht, dann ist das eingestuft; so habe ich es auch gesehen. Aber wenn Sie es abstrakt können - die Frage war, glaube ich, relativ abstrakt gestellt -, -

Christian Flisek (SPD): Ganz genau, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dann können Sie es abstrakt beantworten. Bitte nicht konkrete Selektoren nennen.

Christian Flisek (SPD): Also, wir haben auch zum Beispiel ein abstraktes Kriterium: G 10 wird ausgesteuert. Da könnte man auch sagen: Das ist eingestuft; das ist ein Steuerungskriterium. - Das wird aber hier permanent erläutert. Können Sie mir mal die abstrakten Kriterien schildern, nach denen so ein - - nach der neuen Anweisung, die Sie ja erlassen haben, wie das heute funktioniert und wie damit sichergestellt ist, dass heute genau die Fehler, die bis März 2015 wahrscheinlich alltäglich praktiziert worden sind - - wie man die heute in den Griff bekommt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, da bin ich gerne bereit, aber in einer geheimen Sitzung. Da mache ich es gerne.

Christian Flisek (SPD): Es gibt doch diesen Erlass, hatten Sie gesagt, von dem Präsidenten im November. Oder ein Zeuge hat das bei uns gesagt, dass - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Unterbrechung. - Herr Wolff, konkret dazu?

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur noch mal ganz kurz darauf hinweisen, dass das nicht unwidersprochen stehen bleibt. Also, ich bleibe dabei: Die Fundstelle ist mitnichten eindeutig, sondern im Hinblick auf eine Parallelkontrolle durchaus zweifelhaft; denn genau das liegt vor, wenn im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht Schritte erfolgen und gleichzeitig ein Untersuchungsausschuss sich damit befasst. Es kann sein, dass es auch Zeiträume nach dem Einsetzungsbeschluss umfasst. Ich glaube nicht, dass das hiervon umfasst ist. Nichtsdestotrotz kann der Zeuge im Rahmen der eingestuften Sitzung hierzu Angaben machen, sofern er dazu in der Lage ist. Aber ich will das nicht unwidersprochen lassen, weil sich auch die Aussagegenehmigung darauf bezieht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Alle weiteren akademischen Fragen klären wir am Rande; herzlichen Dank. - Herr Kollege Flisek.

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Flisek, wenn es Ihnen reicht: Wir haben bestimmte Länderkennern reingenommen, wir haben bestimmte Firmennamen reingenommen. Ist das so abstrakt, dass Sie damit leben wollen?⁴⁰

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist mehr als bisher. Ja, weiter so! Also, ich müsste auf bestimmte Firmennamen, die es da irgendwie gibt, achten.

Zeuge Hartmut Pauland: Genau. - Unternehmensnamen.

Christian Flisek (SPD): Länder?

Zeuge Hartmut Pauland: Länder.

Christian Flisek (SPD): Also, Top-Level-Domains, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Zusätzlich auch noch Top-Level-Domains.

Christian Flisek (SPD): Vorwahlen?

Zeuge Hartmut Pauland: Zusätzlich Vorwahlen, zusätzlich Länderkennern Mobilfunk. Ja, das haben wir, ganz allgemein.

Christian Flisek (SPD): Kann man sagen, das ist erheblich ausgeweitet worden?

Zeuge Hartmut Pauland: Erheblich ausgeweitet worden.

Christian Flisek (SPD): Und das ist nach März 2015 passiert aufgrund dieses - -

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist nach März 2015 passiert.

Christian Flisek (SPD): Jetzt wollte ich Sie noch mal fragen: Es gibt offensichtlich - das hat ein

40) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge hier gesagt ja; zumindest jetzt sind Sie gefragt worden - eine Weisung, einen Erlass des BND-Präsidenten aus dem November 2013, und da hat er wohl auch sinngemäß gesagt: Achtet mal auf unsere Freunde besser, also EU beispielsweise! - Kennen Sie diesen Erlass?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, hatte ich schon beantwortet.⁴¹

Christian Flisek (SPD): Sie waren krank? Oder was - -

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. Das hatte ich auch vorhin schon gesagt, dass schriftlich mir das nicht bekannt ist, aber⁴² dass es eine mündliche Weisung war vom Präsidenten an den Unterabteilungsleiter T1 und T2. Das hatte ich bereits gesagt.

Christian Flisek (SPD): Eine mündliche Weisung war das; okay. - Ist das üblich, dass der Präsident mündliche Weisungen erteilt direkt, also Abteilungsleiter quasi überspringt und direkt per mündlicher Weisung in die Unterabteilungen oder noch Ebenen darunter hineinregiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich sage es noch mal: Ich will das nicht als Entschuldigung werten. Aber wenn ich wirklich zeitlich so eingeschränkt war und die beiden bei ihm waren, warum soll er ihnen das nicht sagen? Das Verfahren ist bei uns üblich.⁴² Und ich habe da auch nichts dagegen. Da ist vielleicht mein Führungsstil anders, und so habe ich es auch im BMVg erlebt. Natürlich kann der Präsident direkt einen Referatsleiter mit einem Problem anrufen. Natürlich kann der Präsident direkt einen Unterabteilungsleiter anrufen. Aber sobald er das tut, ist der Rückweg beim Abteilungsleiter vorbei, und er bekommt gesagt, was da gemacht wurde. Sie können doch nicht verbieten, wenn der Präsident da von seinem Recht Gebrauch macht und direkt Mitarbeiter anspricht⁴². Also, das - ⁴³

Christian Flisek (SPD): Aber Sie müssen doch informiert werden.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, habe ich ja gerade gesagt. Und auf dem Rückweg, wenn der zum Vorgesetzten gerufen wird, informiert er.⁴⁴ Das ist im BMVg genauso. Wenn Sie zum Minister gehen, informieren Sie den Vorgesetzten direkt danach.⁴⁴

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich aber auf die Uhr gucken.

Christian Flisek (SPD): Ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine kurze Frage, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Wenn - - Ich sage mal, unterstellt, der Präsident des BND hat die Aussage der Bundeskanzlerin - „Ausspähen unter Freunden - das geht gar nicht“ - zum Anlass genommen, mit einer solchen mündlichen Weisung direkt in die Unterabteilung hineinzuregieren, und hat gesagt: „Achtet mal auf EU ein bisschen genauer“, warum musste es denn dann noch mal im März 2015 Ihre Weisung geben, Ihren Richtlinienerlass mit der Konkretisierung des MoA? Dann war doch aufgrund dieser mündlichen Weisung des Präsidenten alles tipptopp.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie brauchen nicht zu spekulieren; nur, wenn Sie was wissen, sagen - - Aber wenn Sie was wissen, dann sollten Sie es sagen.

Zeuge Hartmut Pauland: Wie ich vorhin bereits sagte - ich habe es schon angesprochen -: Die Weisung haben wir umgesetzt in unsere Steuerungen, todsicher.

Christian Flisek (SPD): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann können wir in der nächsten Runde an dem Punkt weiter-

41) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

42) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

43) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

44) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

machen. - Jetzt kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz fängt an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Pauland, für Ihr Kommen heute und für Ihre Ausführungen bisher. Als Sie angefangen haben im Januar 2013 als Leiter der Abteilung Technische Aufklärung, was wurde Ihnen denn gesagt bezüglich Problemen mit Selektoren? Wurde Ihnen irgendetwas gesagt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, mir wurde nichts zu Problemen mit Selektoren gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass es Listen gab aus den Jahren 2005, 2008 mit Ablehnungsselektoren, haben Sie nie gehört?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, haben wir nicht, wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und dann kamen der Sommer 2013 und Edward Snowden. Haben Sie die Veröffentlichungen verfolgt?

Zeuge Hartmut Pauland: Natürlich haben wir die verfolgt, zwangsweise.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht? - Das muss ja auch interessant sein für jemanden, der so lange wie Sie in dem Bereich tätig ist, jetzt mal aus dem Nähkästchen der NSA so zu lesen, was bei denen eigentlich abgeht.

Zeuge Hartmut Pauland: Klar, es war interessant. Ob das alles geht, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und was für Schlussfolgerungen haben Sie denn daraus gezogen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich hatte vorhin schon gesagt, dass wir geprüft haben.⁴⁵ Mit der Masse

der Sachen wären wir komplett technisch überfordert gewesen. Wir - wären⁴⁶ nicht in der Lage gewesen, weil wir zum Beispiel diese paketvermittelte Erfassung ja noch erst am Aufbauen sind und machen. Und das meiste ist neue Technik.⁴⁶ Da ist die NSA uns weit voraus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich alles überhaupt nicht verstanden. Ich frage Sie mal konkreter: Haben Sie aus den Hinweisen von Edward Snowden, dass in Kooperationen zwischen der NSA und Drittländern - in Klammern: wie Deutschland und dem BND - massive Übergriffigkeiten stattfinden, dass man bei diesen Kooperationen mehr Informationen abfischt, als man vorgibt dem Partner, abzufischen - das steht da alles wortwörtlich drin - , da irgendwie Bezüge zu Ihrem Arbeitsleben hergestellt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, haben wir nicht. Also, wir haben das nicht bei uns direkt geprüft.⁴⁶ Ich hatte vorhin schon mehrfach jetzt gesagt: Es sind ja viele Themen und öffentliche Erörterungen gewesen.⁴⁶ Es haben ja viele Prüfungen in diesen Bereichen stattgefunden im Umgang mit den Selektoren, und da ist eben nichts bei aufgefallen, dass da zusätzliche Dinge drin sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das höre ich ganz anders von anderen Zeugen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann es nur für meine kurze Zeit sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier sitzen Mitarbeiter Ihres Hauses, Ihrer Abteilung. Die haben Verdacht geschöpft, und die haben Tausende von Selektoren gefunden, die illegitim da drin waren. Tausende! Aber Sie hat das nicht gekümmert, nicht interessiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Es ist mir nicht dargestellt worden; das kann ich nur noch mal wiederholen.

45) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

46) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie leiten ja nun die Abteilung und haben da eine Führungsverantwortung. Deswegen sind Sie ja da hingeschickt worden: Brigadegeneral, Führungsverantwortung. Und jetzt lesen Sie über diesen ausländischen Nachrichtendienst, mit dem Sie eng kooperieren, mit dem der BND teilweise auf der Glasfaser in Frankfurt war, und da stehen all diese Ungeheuerlichkeiten drin. Da hat der BND keinerlei Rückschlüsse für seine Arbeit gezogen?

Zeuge Hartmut Pauland: „Keinerlei Rückschlüsse“ würde ich nicht sagen. Wir haben ja aufgearbeitet und Rückschlüsse gezogen, aber⁴⁷ eben nicht diese, die Sie gerne hören möchten; diese wohl nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie Zeitung gelesen in der Zeit?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sind Ihnen da vielleicht mal die Begriffe „EADS“ und „Eurocopter“ begegnet? Ich sage Ihnen jetzt mal aus Fairness dazu: Der BND hat diese Begriffe in Vermerke geschrieben, um das Bundeskanzleramt zu informieren, wie hochgefährlich die Kooperation mit der NSA ist.

Zeuge Hartmut Pauland: Das weiß ich. Das habe ich aus den Jahren 2005, 06, 07 oder 08 - wann das war - auch gelesen. Das haben wir jetzt auch wieder zusammengestellt. Aber ich habe da durch meinen Schlaganfall vielleicht eine andere Prioritätensetzung gehabt; es tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das - - Also, diese Prioritätensetzung will ich auf keinen Fall anzweifeln, und so ist meine Frage nicht gemeint.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, weiß ich. Ich möchte es auch nicht immer anführen.⁴⁸ Aber wir haben keine Kenntnis davon gehabt.⁴⁹

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bis August - - Herr Pauland, bis August 2013 waren Sie ja voll an Bord, bis Mitte August 2013, -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und da waren doch EADS und Eurocopter ein Thema. Ich habe Sie vorhin gefragt: Haben Sie gehört, dass es Probleme mit Selektoren gegeben hat? - Und Sie sagen mir: Wir haben erst im März 2015 damit angefangen. - Ich meine, das ehrt diesen Untersuchungsausschuss. Was Edward Snowden und was mehrere Vorfälle nicht geschafft haben - dieser Untersuchungsausschuss hat es geschafft: Der BND verändert was. Das ist toll. Aber ich frage mich: Was haben Sie im August 2013 gemacht? Hat nicht mal Ihr Präsident gesagt: „Du, ich habe da in der Zeitung gelesen, es gibt da Probleme mit Selektoren. Der Snowden, der sagt da Ungeheuerlichkeiten. Wie ist das eigentlich bei uns“? Hat der Präsident Sie angesprochen als verantwortlichen Abteilungsleiter?

Zeuge Hartmut Pauland: In dem Punkt nicht. Im Juli/August - das hatte ich Ihnen vorhin gesagt - war ich gleich abgeordnet oder gleich weg für die Gruppe BMI mit dem Bundeskanzleramt, wo wir eben nach Washington und nach England sind. Das hat ja auch mehrere Nachwirkungen gehabt, und wir haben das immer im PKGr entsprechend vorgetragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben aussichtslose No-Spy-Verhandlungen geführt, statt zu gucken, ob diese Probleme, die Edward Snowden beschreibt, vielleicht in Ihrer eigenen Abteilung jeden Tag aufschlagen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ob die aussichtslos waren, würde ich so nicht stehen lassen. Es war auch ein Thema zu dieser Zeit - auf alle Fälle -, und meine Abteilung hat auch dazu beigetragen. Es gab dieses konkrete Angebot des AND⁴⁹ - das

47) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

48) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

49) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist überhaupt keine Frage -, und wir waren ja auch schon relativ weit. Also, auch die Abteilung hat zugearbeitet.⁴⁹ Die Leitung hatte der Leitungsstab, der Präsident selbst, und wir haben zugearbeitet zu diesem Fall.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten dieser Diskussion bitte ich in eingestufter Sitzung Stellung zu nehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich fand es gerade interessant; aber ich stelle mal eine andere Frage.

RD Philipp Wolff (BK): Kann ich verstehen; aber die Sachen in eingestufter Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich vermute, dass die Koalition es auch interessant findet, dass es da Gespräche gab; aber Details müssen wir dann doch, glaube ich, in eingestufter Sitzung machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pauland, noch mal andersrum: Bis zu den Snowden-Veröffentlichungen 2013, war Ihnen als zuständigem Abteilungsleiter im BND bekannt, dass unter Freunden abgehört wurde beim BND, dass Selektoren in Europa scharfgeschaltet waren in anderen Mitgliedsländern, für andere Mitgliedsländer, mit denen wir befreundet sind? Wussten Sie das?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, aus den Veröffentlichungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wussten Sie das vorher als Leiter der Abteilung? Also, Edward Snowden hat uns alle schlauer gemacht; aber Sie sind ja nun der verantwortliche Mensch im BND gewesen. Wussten Sie, dass wir Freunde auch abhören mithilfe der NSA und dieser Selektoren?

Zeuge Hartmut Pauland: Das MoA lässt ja auch Ausnahmen zu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wussten es?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Also, das MoA - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich gewundert, als Frau Merkel im Fernsehen auf einmal gesagt hat: „Ausspähen unter Freunden - das geht gar nicht“? Weil bei Ihnen ging es ja. Fanden Sie das merkwürdig?

Zeuge Hartmut Pauland: In dem Umfang war das wirklich nicht bekannt. Es tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn in die Ergebnisse, die diese NSA-Selektoren zutage gefördert haben, mal reingeguckt?

Zeuge Hartmut Pauland: Das haben die Mitarbeiter ja gemacht, und da ist eben nichts aufgefallen; das habe ich mehrfach jetzt hier auch schon gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Das kann ich auch nur wiederholen. Es gab mehrfach Prüfungen ja auch noch mit anderen Leuten dabei, mit Prüfgruppen. Auch da ist nichts aufgefallen, was hätte einen Grund zur Sorge geben können. Ja, ich bleibe dabei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor 2013?

Zeuge Hartmut Pauland: Vor 2013.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder bis August 2013? - Jetzt noch mal zu einer anderen Sache, die Sie vorhin angedeutet haben. Haben Sie gesagt, dass in Bad Aibling ausschließlich Satellitenverkehre gefiltert und selektiert werden?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ich hoffe nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich auch; denn es sind ja Kabelerfassungen und Satellitenverkehre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, jetzt müssen wir - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein! Die Frage würde ich gerne noch stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch eine; das habe ich eben auch zugelassen. Dann hier auch eine.

Zeuge Hartmut Pauland: Also, das ist für mich alles klar und eindeutig.⁵⁰ Das sind Rifurichtfunkverkehre. Von Kabel in Bad Aibling ist mir im Moment nichts bekannt. Das war früher mal; aber ich rede jetzt wirklich nur über meine Zeit beim BND.⁵⁰

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie schließen es aus, dass heute noch Kabelerfassungen in Bad Aibling gefiltert und selektiert werden?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen davon nichts?

Zeuge Hartmut Pauland: Heute in Bad Aibling? Satellit und Richtfunk.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, danke schön. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, zur CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Pauland, ich habe direkt anknüpfend an die Thematik, die der Kollege von Notz angesprochen hat, noch mal eine Verständnisfrage. Der Kollege hatte die Snowden-Veröffentlichungen angesprochen und

die Problematiken. Jetzt war es ja so, dass es erstmals 2013 zutage trat bzw. dass es da Veröffentlichungen gab. Dann hatte das Ganze ja im Juni 2014 einen erneuten - ich sage mal - Höhepunkt, als dann umfangreich auch im *Spiegel* berichtet wurde, da Dokumente veröffentlicht wurden. Haben Sie dann vielleicht die Sache sich noch mal genauer angeschaut, bzw. hat es dann noch mal zu neuen Maßnahmen, zu Reaktionen Ihrerseits geführt?

Zeuge Hartmut Pauland: In 2014 - ich gehe jetzt mal davon aus, Sie meinen die Zeit, als der Untersuchungsausschuss da war - haben wir wirklich Beweisbeschluss für Beweisbeschluss abgearbeitet. Von dem, was ich eigentlich mal wollte in dieser Abteilung, bin ich weit davon entfernt, dass ich das je angefangen habe. Wir haben inzwischen über 175 000 Seiten Papier zusammengestellt. Alles andere bleibt links und rechts liegen, und es gibt keine Zeit mehr für zusätzliche Dinge, außer dass wir - da sind wir auch ein bisschen stolz drauf - das SIT-Programm zumindest beschreiben konnten. Ansonsten gehen wir wirklich Beweisbeschluss für Beweisbeschluss durch, und viel mehr Zeit für was anderes bleibt nicht. Ich kann es nicht anders sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt unabhängig von den Beweisbeschlüssen und der Zuarbeit für den Untersuchungsausschuss: Haben die konkreten Veröffentlichungen im Juni 2014, was da im *Spiegel* stand - - Haben Sie da konkret bei Ihnen noch mal nachgeschaut, Dinge überprüft oder - -

Zeuge Hartmut Pauland: Welche meinen Sie jetzt, im Sommer 2014?

Nina Warken (CDU/CSU): Da wurden ja auch noch mal angebliche Selektorenlisten und solche Dinge veröffentlicht.

Zeuge Hartmut Pauland: Kann ich mich nicht dran erinnern.

⁵⁰) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Ich wollte auch jetzt nur den konkreten Zusammenhang zu den Veröffentlichungen und gegebenenfalls Reaktionen in Ihrem Haus noch mal herstellen.

Sie hatten auch noch zur Klarstellung vorhin von der Dienstanweisung gesprochen, die Sie erlassen hatten im Jahr 2015, wenn ich das richtig verstanden habe. Es wurden da ja vorhin unterschiedliche Dienstanweisungen besprochen. Können Sie sagen, wann genau die dann durch Sie erlassen worden ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Ende April 2014.⁵¹ Ende April.

Nina Warken (CDU/CSU): Ende April?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Ich habe die auch irgendwo. 31.03., und die andere war vom 04.04. 31.03.2015.⁵²

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie gerade noch von einer anderen gesprochen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, das war die, die vorhin gemeint wurde. Die war vom 04.04.2014.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben vorhin gesagt, dass der Zeuge D. B. Sie hätte informieren müssen. Wie wäre es denn dann weitergegangen, wenn der Zeuge Sie informiert hätte? An wen hätten Sie weitergemeldet? Wie wäre es dann weitergegangen? Hätten Sie dann auch das Bundeskanzleramt eingeschaltet? Hätte das der Präsident gemacht? Können Sie vielleicht diesen Weg, den Sie sich eigentlich vorgestellt hätten für so einen Vorfall, uns mal schildern?

Zeuge Hartmut Pauland: Für ein solches Ereignis, wenn er mir das meldet, ist das natürlich ein meldewürdiger Vorgang. Der geht sofort an den Präsidenten, und wir hätten sofort - wie immer - Maßnahmen ergriffen, um erstens zu analysieren,

was ist eigentlich passiert, um dann entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten, wie man das üblicherweise macht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und dann auch das Bundeskanzleramt zu informieren?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist Sache des Präsidenten. Also, ich würde nicht ans Bundeskanzleramt gehen. Das ist Sache des Präsidenten. Aber da gehe ich von aus.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie da regelmäßige Gespräche und Treffen auch mit der zuständigen Fachabteilung im Bundeskanzleramt? Finden die nur mit dem Präsidenten statt?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, mit dem Präsidenten habe ich regelmäßige Besprechungen.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein, Sie mit dem Bundeskanzleramt, meine ich.

Zeuge Hartmut Pauland: Mit dem Bundeskanzleramt auch. Da laufen auch regelmäßige Besprechungen. Besonders zu Anfang meiner Dienstzeit waren wir regelmäßig da und haben bestimmte Dinge im Rahmen der Fach- und Dienstaufsicht dort vorgestellt. Jetzt im Zuge der Bearbeitung ist das alles ein bisschen zurückgegangen. Da treffen wir uns aus anderen Gründen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich habe jetzt noch ein paar Fragen zum Einsatz der Selektoren und konkret, bei welchen Daten die Selektoren eingesetzt werden. Habe ich das vorhin richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, die Selektoren spielen bei Metadaten keine Rolle, sondern nur bei Inhaltsdaten?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bin kein Spezialist für Selektoren, aber Selektoren geht mehr auf Inhalt. Das würde ich auch sagen. Das ist richtig. Da geht es mehr um Inhaltserfassungen. Denn im tagtäglichen Geschäft habe ich nichts mit den Selektoren am Hut. Das ist kein Wegschieben von

51) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

52) Richtigstellung des Zeugen: "Die war vom 04.04. Dann gab es noch die Sofortmaßnahmen vom 31.03.2015", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verantwortung, aber da kann ich nichts aus eigener Wahrnehmung zu beitragen, zu diesem Thema.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie können sicherlich sagen, auf welche Erfassungsansätze die Selektoren angewendet worden sind. Also, woher kamen die Daten?

Zeuge Hartmut Pauland: Von den Amerikanern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich Herr Wolff, wenn ich das richtig sehe.

RD Philipp Wolff (BK): Zu konkreten Erfassungsansätzen nur in eingestufte Sitzung, wenn es darum geht.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich versuche es mal vielleicht weiter. Mich interessiert: Wurden die im Rahmen der Operation „Eikonol“ eingesetzt auch, oder wurden die auch bei der Operation „Glo“ eingesetzt, bzw. verwendet der BND die Selektoren auch bei Erfassungsansätzen, bei denen er nicht mit den Amerikanern zusammenarbeitet, sondern bei eigenen alleinigen Erfassungsansätzen? Und werden die Selektoren auch auf Daten angewendet, die vielleicht aus Erfassungsansätzen stammen, die außerhalb des Untersuchungsauftrages liegen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch dazu meldet sich das Kanzleramt. Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Dazu in eingestufte Sitzung, sofern es innerhalb des Untersuchungsauftrags liegt und nicht außerhalb.

Zeuge Hartmut Pauland: Das sage ich in eingestufte Sitzung.

Nina Warken (CDU/CSU): Verwertet der BND die Ergebnisse dann auch selbst, die die Selektoren bringen?

(Der Zeuge wendet sich an
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge Hartmut Pauland: Darf ich? - Wir haben auch selbst Ergebnisse verwendet davon, im geringen Umfang.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben jetzt schon mehrfach darüber gesprochen, dass es schon bereits im Jahr 2015 Sachverhalte gab - - im Jahr 2005 Sachverhalte gab, als erstmals unzulässige Selektoren, ich sag mal, entdeckt wurden. Sie sagen, zu dem Zeitpunkt waren Sie ja noch nicht im Amt, in Ihrer heutigen Position. Mich würde aber schon interessieren, ob Sie tatsächlich sagen können, ob es dann damals Konsequenzen gab auch gegenüber dem Partner. Wurden aus diesem Vorfall Konsequenzen gezogen? Hat man da protestiert bei den Amerikanern? Wie ist das passiert? Und hat sich da Ihrer Kenntnis nach dann irgendwas geändert in der Zusammenarbeit?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, ich kann nur das sagen, was Sie ja auch wahrscheinlich alle gelesen haben im Blog, dass der General Urmann ja hier schon das eine oder andere dazu gesagt hat. Aber mir selbst ist darüber nichts bekannt. Ich selbst habe auch in meiner Zeit nicht mit den Amerikanern darüber gesprochen, weil es bei mir auch nicht aufgefallen war. Das war bei uns kein Thema; ich kann es nur noch mal sagen. Über die anderen Zeiten vorher möchte ich nichts sagen. Das kann ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Es gab jetzt jüngst im April dieses Jahres einen Bericht in der *Süddeutschen Zeitung*. Demnach soll im BND im Jahre 2014 eine geheime Arbeitsgruppe eingerichtet worden sein, die die Selektoren nochmals einer genauen Überprüfung unterzog. Dabei sollen dann Tausende problematische Selektoren identifiziert worden sein, die schon früher aufgefallen waren und die nicht zum Einsatz gekommen waren.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Artikel
ist das genau, Frau
Kollegin?)

Aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 24.04.2015
„Wenn die Kontrolle verloren geht“ - Diese Liste,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die dann erstellt wurde mit den Selektoren, soll dann auf unerklärliche Weise verschwunden sein. Bei der Rekonstruktion seien dann weitere 2 000 problematische aktive Selektoren gefunden worden. Das Bundeskanzleramt wäre aber nicht informiert worden. Das ist gekürzt dargestellt, was in der *Süddeutschen* berichtet wurde. Können Sie sagen, ob die Darstellung zutreffend ist in der Presse? Gibt es so eine Arbeitsgruppe? Welche Ergebnisse hatte die Arbeitsgruppe?

Zeuge Hartmut Pauland: Gewundert habe ich mich darüber genauso. Ich kenne keine geheime Arbeitsgruppe, die sich um diese Selektoren kümmert. Es kann nur dieser Vorgang, über den Sie ja alle hier schon länger sprechen, sein. Aber zusätzlich eine geheime Arbeitsgruppe oder Ähnliches: definitiv nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich habe schon noch mal eine Frage. Wir hatten gestern Ihre beiden Unterabteilungsleiter da, den Herrn D. B. und den Herrn W. K., und man hat sich schon gewundert, wie miteinander kommuniziert wird, was da gemeldet wird. Also, das machte alles jetzt nicht einen unwahrscheinlich professionellen Eindruck. Umso erstaunter bin ich eigentlich, dass Sie sich - das haben Sie ja gerade Herrn von Notz gesagt - mit diesen beiden Unterabteilungsleitern anscheinend gar nicht über diese Sonderprüfung und diese Funde ausgetauscht haben. Daran halten Sie weiter fest? Ich meine, Sie sind der Abteilungsleiter. Sie müssen doch mal, wenn das auffliegt, dienstlich mit diesen beiden Herren sprechen und diese Sachverhalte klären.

Zeuge Hartmut Pauland: Nicht dass wir jetzt aneinander vorbeireden. Seit 15.03. mache ich doch gar nichts anderes, aber nicht vorher. Seit 15.03. klären wir doch auf. Wir machen jeden Tag Sachverhaltsaufklärung. Dazu erstellen wir einen Bericht, und der geht an den Präsidenten. Das habe ich auch schon in der ersten Runde gesagt. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Da sind die beiden natürlich auch mit drin.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie haben uns vorhin beschrieben, dass Ihr Führungsstil ist, da gar nicht auf den Tisch zu hauen. Jetzt ist der Fehler da passiert. Jetzt müssen wir das da laufen lassen.

Zeuge Hartmut Pauland: Das hat keiner gesagt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ist denn - - So hatte ich das vorhin verstanden, dass Sie gerade mit D. B. - -

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe gesagt, ich habe nicht - - Entschuldigung, wenn ich Sie unterbrochen habe. Ich habe gesagt, ich habe nicht hinterfragt, warum Herr D. B. das eben so gemacht hat und mir nichts darüber gesagt hat. Den Punkt haben wir ausgeklammert. Mehr habe ich nicht gesagt. Das andere ist Ihre Spekulation.⁵³

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, aber wieso haben Sie denn den Punkt ausgeklammert? Ich meine, das ist ja der entscheidende Punkt. Wenn wir beide Unterabteilungsleiter gestern gehört haben, war ja der größte Mangel, den man da sieht, die Meldung nach oben, -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - die ja bei beiden nicht erfolgt ist.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Da muss man sich doch als Vorgesetzter, denke ich, schon fragen: Warum?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Korrekt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, aber was - - Sie unterhalten sich mit denen, aber den entscheidenden Punkt, worum es eigentlich geht, den bespricht man nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann es nur noch mal wiederholen. Ich habe extra auch noch mal,

53) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie gesagt, in der WDB⁵⁴ nachgesehen, dass man das nicht machen soll und darf. Die werden schon ihren - -⁵⁵ Das wird schon seinen Grund haben. Wir regeln das grundsätzliche Problem.⁵⁶ Wir sehen zu, dass wir dies lösen, aber warum und wieso, habe ich nicht gemacht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, das ist ein schweres Versäumnis. Sind denn jetzt Disziplinarmaßnahmen ergriffen worden gegen die beiden Unterabteilungsleiter?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, so weit ist es noch nicht. Wir sind noch am Aufklären. So weit - -⁵⁵ Ich habe auch das mit der zuständigen personalführenden Stelle besprochen.⁵⁶ Davon sind die alle weit weg im Moment. Es gibt noch keinen Grund, bloß weil jemand von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch macht, ein Disziplinarverfahren einzuleiten.⁵⁷

RD Philipp Wolff (BK): Hierzu muss der Zeuge keine Angaben machen. Es ist nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dann haben Sie beschrieben, dass Ihre Unterabteilungsleiter durchaus auch direkt mit dem Präsidenten Kontakt aufnehmen oder sich austauschen. Kann das denn sein, dass auch Meldungen nach oben erfolgen an Ihnen dann vorbei, oder auch in diesem konkreten Fall unter Umständen?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist jetzt sehr schwierig zu beantworten. Ich bin der Letzte, der sagt, auf meiner Ebene, ich würde alles mitbekommen. - Das habe ich mir bei der Kompanieebene abgeschminkt, und da war es schon nur noch möglich, wenn sie einen guten Spieß hatten. Selbst zum Thema PUA mit den 175 000 Seiten können Sie nicht mehr selbst alles lesen. Sie können nicht in dieser Abteilung sagen, was ich⁵⁵ mal angefangen hatte: Alles, was ins Kanzleramt geht, will ich sehen. - Es ist so viel; das schaffen Sie nicht. Also müssen Sie Dinge von besonderer

Bedeutung sich vorlegen lassen.⁵⁶ Die lassen Sie sich geben und bewerten diese.⁵⁶ Aber alles schaffen Sie nicht.

Wie gesagt, der Präsident hat das Recht. Das ist überhaupt keine Frage. Die Unterabteilungsleiter sind wirklich, weil sie lange im Dienst sind, erfahren im Dienst sind, gute Berater. Natürlich kann er direkt auf sie zugreifen; aber wie ich schon sagte: Dann werde ich auf dem Rückweg immer informiert, und das hatte ich - - Bei⁵⁵ beiden hatte ich nie das Gefühl, dass irgendwo an mir was vorbeiläuft. Das ist überhaupt kein Punkt für mich, wo ich mir Gedanken machen müsste. Bei der Größe der Abteilung ist das eben so.⁵⁶

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Bzw. bis es dann bei Ihnen ankommt. Das ist ja in dem Fall das Entscheidende. Wenn Sonderprüfungen sind, sehr spannende Ergebnisse und es wird nicht weitergereicht, das ist halt schon schwierig in dem konkreten Fall.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Frau Mittag, wir - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter an die Fraktion Die Linke. Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Pauland, Sie haben ausgeführt, in der dritten Stufe der Filterung würde dann auch nach deutschen und europäischen Interessen geschaut werden, und als Beispiele haben Sie auch gebildet Politiker-namen. Können Sie uns sagen, welche Politiker-namen dort in das Filtersystem eingestellt werden? Nach welchen Kriterien erfolgt das? Deutsche, europäische Politiker/-innen?

54) Richtigstellung des Zeugen: "WDO (Wehrdisziplinarordnung)", siehe Anlage 1.

55) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

56) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

57) Ergänzung des Zeugen: "Es entspricht doch gerade der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Wahrnehmung eines Auskunftsverweigerungsrechts nicht als belastendes Indiz gewertet werden darf.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Bisher waren es nur deutsche.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die müssten doch eigentlich schon bei dem G-10-Schutz rausgefallen sein, auf Stufe 1. Wieso müssen die noch mal extra unter 3 eingestellt werden?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich weiß es nicht. Wir haben das so vorgefunden. Die sind bei 3 auch noch mal drin.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer ist dann dabei?

Zeuge Hartmut Pauland: Das möchte ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Regierung? Das Parlament? Die Landesparlamente?

Zeuge Hartmut Pauland: Ist mir im Moment nicht erinnerlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder nur drei oder fünf Namen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, es sind sehr wenige.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt also besonders schützenswerte Politiker und Politikerinnen. Und die anderen? Zum Abschluss freigegeben, oder wie läuft das? Wie kommt man in Stufe 3? Ich würde da gerne auch aufgenommen werden. Herr Ströbele meldet sich auch schon.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ströbele ist schon drin! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin schon drin!)

Dieselbe Frage hätte ich natürlich auch bei Unternehmen. Also, kommt Siemens rein und Bosch

nicht, oder wie läuft denn da eigentlich die Auswahl?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, ich bin nicht direkt eingebunden.⁵⁸ Wie gesagt zur Pflege der DAFIS-Bank kann ich Ihnen nichts sagen. Das ist zu weit weg im Moment.

Martina Renner (DIE LINKE): Abteilungsleiter hat aber die Rechts- und Fachaufsicht.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da wissen wir: Weit weg gibt es da nicht.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, können wir auch machen. Wir sind auch dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir würden ganz gerne irgendwann mal Auskunft haben, wie man und was in Stufe 3 kommt, wenn wir das mit Ihnen jetzt nicht klären können.

Kann man sich vorstellen, dass es Operationen gibt, wo man darüber spricht, dass man das Bundeskanzleramt besser nicht informiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, ich habe das noch nicht erlebt in meiner Zeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeuge Hartmut Pauland: Wir sind auch regelmäßig da und tragen vor.⁵⁸

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben hier Wortprotokoll.

Zeuge Hartmut Pauland: Wir⁵⁸ stellen unsere Operationen vor. Das war vorhin die Frage. Wir sind regelmäßig bei den Referaten und stellen unsere Operationen vor. Ich habe -⁵⁹

58) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1

59) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Alle Operationen stellen Sie vor? Auch in der Planungsphase schon? Frühzeitig?

Zeuge Hartmut Pauland: In der Planungsphase; frühzeitig - das ist eine andere Frage.⁶⁰

Martina Renner (DIE LINKE): Oder wenn sie angelaufen sind?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, wenn - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn erfasst wird?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, wenn Sie eine Genehmigung brauchen für bestimmte Dinge, dann gehen Sie natürlich frühzeitig ins Kanzleramt. Aber es gibt viele, die können sie auf der eigenen Ebene machen. Es gibt welche, die genehmigt der Präsident, und der informiert auch dann in der Regel das Kanzleramt darüber.

Martina Renner (DIE LINKE): In der Regel. Manchmal auch nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Das weiß ich nicht. Da müssen Sie den Präsidenten fragen. Das ist jetzt ein bisschen zu viel des Guten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten vorhin das Thema Metadatenerfassung und dass es heute von so großem Interesse ist. Der GCHQ ist da ziemlich gut, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Was man so hört, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die haben bestimmt auch Technik, die besondere Kapazitäten in dem Bereich hat, die der BND nicht hat.

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Und können Sie sich vielleicht an eine Operation erinnern mit dem GCHQ, wo man in der Planungsphase gesagt hat: „Lieber nicht das Bundeskanzleramt informieren“?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr Wolff meldet sich.

Martina Renner (DIE LINKE): Oh.

RD Philipp Wolff (BK): In dem Zusammenhang hat der Zeuge hier jetzt keine Aussagegenehmigung.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wieso denn das?)

Martina Renner (DIE LINKE): Weil?

RD Philipp Wolff (BK): Weil wir dazu in den Beratungssitzungen uns geeinigt haben, dass wir ein Schreiben an den Ausschuss richten -

Martina Renner (DIE LINKE): Doch, wir haben gesagt - -

RD Philipp Wolff (BK): - und dass wir ein entsprechendes Verfahren vorschlagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben in der Beratungssitzung heute Morgen gesagt, dass wir Fragen stellen können, dass wir den Zeugen dazu Fragen stellen können. Das haben wir heute Morgen so vereinbart, und ich mache nichts mehr, als ohne Vorhalt - ich habe noch nicht einmal meine Unterlagen hier - Fragen zu stellen.

RD Philipp Wolff (BK): Wir haben das entsprechend auch vereinbart. Das wäre das, was ich gesagt habe: ausschließlich in geheimer Sitzung, in gesonderter geheimer Sitzung mit entsprechenden Verfahren für die Protokolle. Dann machen wir einen Vorschlag. Derzeit hat der Zeuge hierzu keine Aussagegenehmigung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind ja heute auch verantwortlich für die Strategische Initiative Technik. Da geht es auch um die Erfassung von sozialen Netzwerken. Wie läuft denn da der G-10-Schutz?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bin nicht verantwortlich für die Strategische Initiative Technik.

60) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist natürlich der Präsident. Ich habe einen Teilbereich von der TA, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Hartmut Pauland: - der dafür zuständig ist, und die Netzwerke haben mit der TA nichts zu tun. Bin ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die Erfassung in sozialen Netzwerken ist nicht in der TA?

Zeuge Hartmut Pauland: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben vorhin in Ihren Ausführungen zu Beginn zweimal - an zwei Stellen - den Begriff von Zellen benutzt für Arbeitsgruppen. Ist das eine gängige Arbeitsorganisationsform im BND?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht werden
die eingestuft!)

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, das ist vielleicht, weil ich Soldat bin und dort die ganzen Gefechtsstände immer in Zellen organisiert sind. Wahrscheinlich liegt das daran. Und da diese Austauschfrage, die vorhin war, sich auf den Einsatz bezogen hat, habe ich das auf eine entsprechende Zelle in einem Hauptquartier bezogen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es vielleicht kleine, abgeschottete Arbeitsgruppen, wo man nur mit geheimem Anrecht arbeitet, wo vielleicht andere nicht so viel darüber wissen, was dort passiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich hoffe doch, dass es das gibt. Sonst bräuchten wir ja die Einstufungen nicht mehr. Es gibt natürlich verschiedene Geheimhaltungsgrade und verschiedene Unterschiede. Gerade beim Geheimdienst mit dem Schottenprinzip gibt es noch mehr davon, als einem manchmal vielleicht lieb ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagt Ihnen der Begriff Kontrollsystem etwas?

Zeuge Hartmut Pauland: Kontrollsystem? Das muss ja jetzt in eine bestimmte Richtung zielen.

Martina Renner (DIE LINKE): Als kleine Einheit, von der nur wenige etwas wissen?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. Als kleine Einheit, von der nur wenige etwas wissen, sagt es mir nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Würden Sie die Kollegen, die sich mit den Selektoren beschäftigt haben, als Zelle bezeichnen?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, als Sachgebiet oder Referat.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen die Dienstvorschrift zur Meldung von besonderen Vorkommnissen erläutert, als Sie Ihre Funktion angetreten haben?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. Die Dienstanweisung?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Also, es soll eine Dienstanweisung geben - das hat uns ein anderer Zeuge hier berichtet -, wann die vorgesetzte Ebene über besondere Vorkommnisse informiert werden muss.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, BV ist eine Vorschrift, die sollte jeder Soldat kennen. Das ist klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Die bedarf ja der Erläuterung - -

Zeuge Hartmut Pauland: Es gibt verschiedene Anhänge, die besagen, wann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die bedarf ja der Erläuterung durch den AL, was ein besonderes Vorkommnis in dem Bereich ist.

Zeuge Hartmut Pauland: Ob sie die durch den AL braucht, das weiß ich nicht. Das werden wir - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann sagen wir es andersherum: In Ihrem Bereich, was ist ein besonderes Vorkommnis?

Zeuge Hartmut Pauland: Ein besonderes Vorkommnis ist fest definiert. Das können Sie sich ja nicht aussuchen. Da nehme ich die Vorschrift und schlag den entsprechenden Anhang auf. Dann habe ich Betäubungsmittelgesetz, Verstoß gegen Kriegswaffenkontrollgesetz und, und, und.⁶¹Dann stehen die ganzen Dinge da, ob sie abgabepflichtig sind an die Staatsanwaltschaft oder nicht. Da muss man eben entsprechend reinsehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn zum Beispiel bei der Technischen Aufklärung am Ende Meldungen generiert werden zu G-10-Grundrechtsträgern und -trägerinnen: Ist das ein besonderes Vorkommnis, was gemeldet werden muss?

Zeuge Hartmut Pauland: Noch mal, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn bei der Technischen Aufklärung eine Meldung generiert wird, bei der festgestellt wird, dass es einen G-10-Grundrechtsträger oder eine -Grundrechtsträgerin betrifft: Ist das ein besonderes Vorkommnis?

Zeuge Hartmut Pauland: Wie jetzt betrifft? Wenn es ein Grundrecht ist, dann wird der G-10-Prozess ausgelöst.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus der Routine, wenn festgestellt wird, da ist G-10-Verkehr, da ist sozusagen eine Meldung Inhaltsdaten zu einem Grundrechtsträger, einer Grundrechtsträgerin: Ist das ein besonderes Vorkommnis - da ist etwas drin, was da nicht hingehört?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, dann muss es entweder beantragt werden oder sofort rückstandslos gelöscht werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist nicht die Frage, ob es dann gelöscht werden muss. Ist das ein besonderes Vorkommnis?

Zeuge Hartmut Pauland: Kann ich Ihnen im Moment nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es im MoU dazu Regelungen, was passiert, wenn US-Amerikaner und Deutsche in der Datenverarbeitung auffallen?

RD Philipp Wolff (BK): Sofern jetzt aber - - Dazu kann er in eingestufte Sitzung Aussagen machen. Das MoU ist teils Streng Geheim eingestuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie als Abteilungsleiter, würden Sie sagen, wenn so ein G-10-Verkehr auffällt, ist das ein besonderes Vorkommnis?

Zeuge Hartmut Pauland: Natürlich. G 10 ist immer ein besonderes Vorkommnis. Das würde ich sagen, ja, weil da muss man sich Gedanken machen, warum er aufgefallen ist und wie man es in Zukunft verändern kann, klar. Es sollte jeder Einzelne eines sein. Ob es jetzt da drin steht, weiß ich nicht, aber ich würde so handeln.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann gebe ich weiter an Frau Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Pauland, ich hätte noch eine Nachfrage. Sie hatten der Frau Kollegin Renner gesagt, dass Ihre Abteilung nicht für die Erfassung von sozialen Netzwerken zuständig sei. Welche Abteilung ist denn dann zuständig, und warum gibt es da diese Trennung?

RD Philipp Wolff (BK): Das ist aus hiesiger Sicht nicht untersuchungsgegenständlich. Es gibt nach meinem Kenntnisstand da keinen Bezug zu den Five Eyes.

61) Anmerkung des Zeugen: "Ich hatte bei der Befragung die BV Bundeswehr vor Augen.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Warum sollen soziale Netzwerke nicht untersuchungsgegenständlich sein?

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es einen Bezug zu den Five Eyes hat, wenn es in Kooperation erfolgt, dann wäre es untersuchungsgegenständlich. Den kann ich hier nicht feststellen. Vielleicht belehrt mich der Zeuge eines Besseren.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber das wollen wir ja klären, ob das einen Bezug hat.

Zeuge Hartmut Pauland: Es kann ja aus meiner Sicht nur um das eine Projekt gehen, weil wir über SIT gesprochen haben. Das war es ja vorhin, und das ist ja inzwischen geklärt.⁶² Das hat nichts mit Five Eyes oder Ähnlichem zu tun; aber ich kann in geheimer Sitzung gerne etwas dazu sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich wollte einfach nur fragen, welche Abteilung dafür zuständig ist. Ich weiß nicht, warum man da jetzt in die geheime Sitzung gehen muss.

RD Philipp Wolff (BK): Das wäre auch eingestuft.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Sie hatten vorhin berichtet, dass Sie auch an Reisen teilgenommen haben. Das war mit einer Gruppe aus dem BMI, aus dem Bundeskanzleramt etwa nach Washington. Sie haben gesagt, es gab da konkrete Verhandlungen. Man war schon recht weit. Es gab auch konkrete Angebote seitens der Partner. Um was ging es denn da genau? Sollte da vielleicht das MoA geändert, vielleicht verschärft, verbessert werden? Können Sie dazu was sagen?

RD Philipp Wolff (BK): Auch dazu kann der Zeuge in eingestufte Sitzung etwas sagen. Die entsprechenden Verhandlungen sind eingestuft.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann gebe ich zunächst einmal an den Kollegen von Marschall.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Herr Zeuge, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie auf die Frage von Frau Kollegin Renner gesagt, dass Sie für den Fall, dass eine G-10-Betroffenheit erkennbar geworden wäre, das als besonderes Vorkommnis betrachtet hätten. Richtig? - Das heißt, das wäre die Voraussetzung für eine Meldung gewesen. Wäre aus Ihrer Sicht, wenn erkennbar gewesen wäre, dass europäische Institutionen oder Firmen Gegenstand von Ausspähungen geworden wären, das auch ein besonderes Vorkommnis gewesen?

Zeuge Hartmut Pauland: Das müsste man erst mal prüfen, weil, wie gesagt, das MoA, wenn es jetzt darum geht, ja gewisse Ausnahmen zulässt, auch für Europa, und dann wäre es eben kein besonders meldewürdiges Ereignis gewesen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Womit Sie also sagen wollen, dass es Bereiche gibt, in denen das geboten oder auch zulässig gewesen wäre, und andere, wo es so nicht gewesen wäre. Das heißt, man hätte den Einzelfall betrachten müssen.

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist korrekt.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Es hat aber dazu keine Meldung gegeben.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kenne jetzt den Fall nicht, den Sie meinen. Ich habe Ihnen nur meine persönliche Auffassung gesagt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht verstanden! Können Sie das bitte deutlicher sagen?)

- Ich kenne den Einzelfall nicht. Das ist jetzt meine persönliche Auffassung dazu gewesen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Nein, ich wollte nur sagen, Sie hatten, bezogen auf G 10, glaube ich, zu verstehen gegeben, dass es diesbezüglich zwar ein besonderes Vorkommnis ge-

62) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1



Nur zur dienstlichen Verwendung

wesen wäre, dass es aber keine Meldung - jedenfalls an Sie nicht - gegeben hätte und dass umgekehrt, bezogen auf europäische Firmen oder Institutionen, auch keine Meldung erfolgt ist an Sie. Wir haben ja gerade, wenn ich Sie richtig verstanden habe, unterschieden, dass nicht einheitlich gesagt werden kann, ob europäische Institutionen oder Firmen sozusagen im Rahmen des MoU durchsucht werden könnten, dass aber in einzelnen Fällen das vielleicht nicht zulässig sein könnte. Und für diesen Fall, wo es nicht zulässig wäre, habe ich Sie so verstanden, wäre das wohl dann auch ein besonderes Vorkommnis. Ich wollte nur wissen, ob Ihnen, wenn es so ein besonderes Vorkommnis gegeben hätte, dazu eine Meldung gemacht worden ist.

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Abgeordneter, ich habe das so verstanden, dass, wenn eine unzulässige G-10-Meldung gefunden worden wäre, das ist für mich bedeutsam.⁶³ Dann hätten wir ja auch reagieren müssen. Das Zweite ist die Möglichkeit - wir reden jetzt sehr hypothetisch; vielleicht reden wir da auch aneinander vorbei -, dass eine Firma in Europa gemäß MoA aufgeklärt werden kann. Das ist richtig. Da gibt es Ausnahmetatbestände. Das habe ich gesagt.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Hartmut Pauland: Und dann ist das auch erst nicht meldewürdig. Wahrscheinlich wird man darüber sprechen, und dann ist das auch nicht rechtswidrig.⁶³

Matern von Marschall (CDU/CSU): Nein, nein, natürlich.

Zeuge Hartmut Pauland: Aber es ist kein BV.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Da gibt es Ausnahmen; aber wenn es sich um Firmen handelt, die von diesen Ausnahmen gemäß des MoA nicht gedeckt sind, dann wäre es eine besondere Meldung. Dazu gab es aber keine Meldung an Sie?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen das in das eingeschaltete Mikrofon sagen!)

Zeuge Hartmut Pauland: Zu meiner Zeit nicht. - Entschuldigung.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Gut. Danke.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben dann in der öffentlichen Sitzung momentan keine Fragen mehr.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter an Herrn Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke. - Herr Pauland, Sie haben vorhin gesagt, seit März dieses Jahres, also 2015, wissen Sie, dass es da Listen gegeben hat oder gibt. Wenn ich richtig erinnere, soll das gefunden worden sein am 13. März. Können Sie sich erinnern, ob Sie danach hohen Besuch kriegten, ob beispielsweise der Chef vom Kanzleramt und Herr Fritsche bei Ihnen waren?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, kann ich mich dran erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Am 20. März.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt das häufig vor, dass die zu Ihnen in die Abteilung da kommen?

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Altmaier war in meiner Zeit zum zweiten Mal da und Herr Fritsche, glaube ich, zum dritten oder vierten Mal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Hartmut Pauland: Er hat sich vorgestellt.

⁶³) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es ist jetzt nicht täglich, dass die da kommen?

Zeuge Hartmut Pauland: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist nicht täglich?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ich sagte ja, in meiner Zeit drei- oder viermal und Herr Minister Altmaier zweimal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann haben Sie ihn informiert, oder wer hat ihn informiert dann über diese Funde?

Zeuge Hartmut Pauland: Der Präsident hat ihn informiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Präsident war auch dabei - Herr Schindler?

Zeuge Hartmut Pauland: Der Präsident war auch dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin gesagt, Dinge von besonderer Bedeutung, die lassen Sie sich geben. Sie hätten aber vorher überhaupt kein Gefühl gehabt - so habe ich mir das hier wörtlich notiert -, dass an Ihnen was vorbeiläuft. Nun ist ja ganz offensichtlich an Ihnen was vorbeigelaufen, was mindestens so wichtig war, dass sich der Chef des Kanzleramtes, Herr Fritsche und Herr Schindler zu Ihnen bewegen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War da nicht - ich sage mal - der Kessel am Dampfen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und? Haben Sie da immer noch keinen Grund gesehen, da mal bei Herrn D. B. ganz heftig anzuklopfen und zu sagen: „Wieso brockst du

mir das ein? Wieso wusste ich da vorher nicht davon?“?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, habe ich nicht. Bleibe ich auch dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bleiben Sie dabei? Bis heute nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja jetzt ein paar Monate her, und Sie wissen ja, es gibt erhebliche Aufregungen um diese Geschichten, bis weit ins Kanzleramt rein. Wir haben gerade eine Aktuelle Stunde dazu gehabt.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Wir bemühen uns auch sehr um Aufklärung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und trotzdem interessiert es Sie überhaupt nicht, wie Herr D. B. es fertigbringen kann, Sie, den eigentlich zuständigen Chef, also den direkten Vorgesetzten, davon zu unterrichten [sic!], von so einer wichtigen Sache, die er mindestens seit August 2013 kannte, also der Herr D. B.?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe nicht gesagt, dass es mich nicht interessiert, aber ich habe gesagt, dass ich es nicht von ihm rauspressen will.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mal, Herr Pauland, mal ganz ehrlich: Gibt es da irgendeine Anweisung, dass Sie nicht nachfragen sollen oder dass Sie da anderen nicht vorgreifen sollen? Mir ist das völlig unbegreiflich.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, die gibt es nicht, aber wenn Sie bei so einem komplexen Thema wie der Aufarbeitung dieser Dinge, die von 2004



Nur zur dienstlichen Verwendung

bis 2008 geschehen sind - ⁶⁴ können Sie⁶⁵ doch jetzt nicht irgendwo an irgendeinem das festmachen und jetzt sagen: Du hast aber Mist gebaut, und du musst jetzt raus. - Ich denke, jetzt sollten wir alle erst mal zur Aufklärung beitragen. ⁶⁶Es ist schon schwer genug, jeden Tag aus den „Akten“ - in Anführungsstrichen - 2004 bis 2008 überhaupt noch Dinge rauszufinden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich glaube, Sie wissen manchmal gar nicht, was wir da unseren Mitarbeitern abverlangen. Es geht hier nicht um die offiziellen Meldungen. Da drücken Sie auf einen Knopf, und dann wissen Sie, das ist alles sauber nachvollzogen. Es geht hier um den Arbeitsverkehr. Ich will nicht sagen „privat“. Privat gibt es nicht im Dienst. Aber es geht ja um Arbeitsverkehr. Andere Leute löschen die jede Woche, andere heben sie als Jäger und Sammler eben über zehn Jahre auf. Über diese Sachen reden wir. Wir reden über Org-Einheiten, die es schon lange nicht mehr gibt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, mehr kann ich dazu nicht sagen.⁶⁷ Tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, genau das ist unsere Aufgabe, das aufzuklären, -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil für uns ist nicht nachvollziehbar, dass zwischen Ihnen, dem Herrn D. B. überhaupt kein Wort darüber gesprochen wird, was einen Großteil der Republik umtreibt, jedenfalls die Politik, und Sie fragen nicht einmal nach: „Sag mal,

bist du nicht auf die Idee gekommen, mir das mitzuteilen?“?

Sie haben vorher gesagt, Herr Pauland, dass Sie vorher keinerlei Ahnung oder Information davon hatten, dass da Selektoren aufgefallen sind. Nun haben Sie ja plötzlich erfahren, da sollen nicht nur ein oder zwei oder fünf oder hundert, sondern an die 40 000, also 38 000 noch was, Selektoren im Laufe der Jahre, jetzt auch nicht plötzlich mal an irgendeinem Tag, sondern im Laufe der Jahre von 2008 bis 2013 ausgesondert worden sein und in eine besondere Ablehnungsdatei abgelegt. Da wussten Sie überhaupt nichts von? Und Sie sind Chef dieser Abteilung.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, das ist richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das? Das hat Sie auch nicht gewundert? Haben Sie nicht mal nachgefragt „Wie kann denn das sein, von 2008 bis - - Fünf Jahre lang sammelt ihr da Selektoren, die ausgesondert werden, die irgendwie verdächtig sind, und sagt mir kein Sterbenswörtchen?“? Kein Grund, mal nachzufragen?

Zeuge Hartmut Pauland: Die Aufklärung machen wir seit dem 15., 16. März, bis zu⁶⁷ 18 Stunden am Tag.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das habe ich ja verstanden. Das machen wir ja auch mit eifrig. Aber ich will wissen, ob Sie sich jetzt Ihrem Mitarbeiter, Ihrem direkten Untergebenen, der Sie ja eine Zeit lang vertreten hat, nicht mal sagen: Fünf Jahre lang habt ihr mich im Unwissen gehalten über eine Ablehnungsdatei, fünf Jahre. Was habt ihr denn da gemacht? Was ist denn da gelaufen? Kein bedeutender Vorgang?

Was ist denn das für ein Laden da, wo Sie arbeiten? Völlig unvorstellbar. Also, wenn bei mir so was im Büro wäre, fünf Jahre sagen die mir so was nicht - - Verstehen Sie? Ich frage da, weil ich

64) Ergänzung des Zeugen: „, dann können Sie keine Schnellschüsse abgeben“, siehe Anlage 1.

65) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

66) Ergänzung des Zeugen: "Wir brauchen doch gerade die Beteiligten für die Aufklärung. Da können wir die nicht rausschmeißen", siehe Anlage 1.

67) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

suche eine Erklärung. Wir alle suchen eine Erklärung. Herr Schindler wird wahrscheinlich heute und Herr Altmaier und Herr Fritsche vielleicht später mal auch hier dazu befragt werden, wie es sein kann, dass da so was ist, und das bleibt da und wird nicht mal an den nächsten Vorgesetzten mitgeteilt. Was kann da dahinterstecken?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es nicht. Sie interessiert es auch nicht. Sie haben - -

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist überhaupt nicht wahr. Das würde ich mir verbitten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja nicht mal gefragt. Ich würde mir die doch sofort mal zur Brust nehmen und sagen: Also, Jungs und Mädels - - So machen Sie das nicht? Sie fragen nicht mal?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, mehr als aufklären kann man nicht, und das machen wir!⁶⁸

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „aufklären“? Durch Fragen klärt man auf, oder nicht? Das versuchen wir jedenfalls. Keine Erklärung, kein Interesse, dass auch nur eine Frage - - Was war da? Warum hast du das gemacht? - Danke.

Zeuge Hartmut Pauland: Bitte.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Das war punktgenau. Es geht weiter zur SPD.

Christian Flisek (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Pauland, mich würde mal interessieren, wie Sie überhaupt mit Ihren Unterabteilungsleitern kommunizieren. Wie regelmäßig? Gibt es da wöchentliche Unterabteilungsleitersitzungen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, hatte ich bereits gesagt. Es gibt regelmäßig wöchentliche Unterabtei-

lungsleitersitzungen. Dann gibt es genügend Telefonate, und es gibt Vorlagen, wo wir uns auch drüber unterhalten. Ist Gebot.⁶⁹

Christian Flisek (SPD): So eine wöchentliche Unterabteilungsleitersitzung, wie läuft die ab? Wann findet die statt?

Zeuge Hartmut Pauland: Inzwischen zu unterschiedlichen Zeitpunkten, weil wir nicht immer einen festen Termin hinkriegen, aber in der Regel nach der Abteilungsleiter -

Christian Flisek (SPD): Besprechung?

Zeuge Hartmut Pauland: - -besprechung, und läuft ab, dass man zuerst die Punkte aus der Abteilungsleiterbesprechung wiedergibt, und dann hat jeder die Möglichkeit, seine eigenen Punkte vorzutragen. Dann gehen wir die Termine der nächsten Wochen durch, die entsprechenden.

Christian Flisek (SPD): Gibt es eine Tagesordnung vorher, oder ist das mehr - ich sage jetzt mal -, wenn es vormittags ist, eine Kaffeerunde, wo man informell zusammenkommt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, es ist keine informelle Kaffeerunde. Es ist eine offizielle Runde. Es wird auch eingeladen dazu. Tagesordnungen selbst gibt es nicht. Der Ablauf ist so, wie ich es Ihnen beschrieben habe. Wenn jemand einen besonderen Punkt hat, dann gibt er den vorher ein, damit sich die anderen vorbereiten können, aber wenn das nicht der Fall ist, dann braucht man seine eigenen Punkte nicht bekannt zu geben.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja gesagt, da ist nie das Thema Selektoren irgendwo bis März 2015 problematisch gewesen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): Keiner Ihrer Unterabteilungsleiter hat da jemals irgendwas gesagt? - Findet die Runde jetzt auch regelmäßig statt?

68) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

69) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Klar.

Christian Flisek (SPD): Reden Sie jetzt regelmäßig über die Problematik, zum Beispiel über den Fortschritt bei der Untersuchung, die jetzt stattfindet?

Zeuge Hartmut Pauland: Selbstverständlich. Ich sage ja, wir machen das ja im Moment fast Tag und Nacht, dass wir den Sachstand aufklären.⁷⁰ Wir erarbeiten den Sachstand.

Christian Flisek (SPD): Worüber reden Sie da, Herr Pauland?

Zeuge Hartmut Pauland: Wir erarbeiten eben einen Sachstandsbericht.⁷⁰

Christian Flisek (SPD): Jetzt will ich konkret werden. Ich will jetzt keine abstrakte Umschreibung, Herr Pauland, von dem, was Sie jetzt erarbeiten. Das habe ich mittlerweile sehr wohl verstanden.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, die Frage ist: Wie war das Verfahren vor - -

Christian Flisek (SPD): Ich möchte jetzt von Ihnen konkret wissen: Was ist der Inhalt Ihrer Gespräche mit Ihren Unterabteilungsleitern, seitdem der Sachverhalt bei Ihnen bekannt ist, seit März 2015, beispielsweise in der wöchentlichen Sitzung der Unterabteilungsleiter? Was ist der konkrete Gesprächsinhalt?

Zeuge Hartmut Pauland: Der konkrete Gesprächsinhalt: Wie wir das verhindern können, dass das, was mit einem AND passiert, ob das auch noch mit anderen AND passieren kann, welche Maßnahmen wir ergreifen dazu.

Christian Flisek (SPD): Gibt es eine Ursachenbesprechung: Warum ist das passiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Und gibt es eine Besprechung darüber, warum dies nicht Ihnen gemeldet wurde?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, die gibt es nicht.

Christian Flisek (SPD): Warum gibt es diese ausgerechnet nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Das habe ich bereits mehrfach - -

Christian Flisek (SPD): Dann, bitte, wiederholen Sie es noch mal, warum es die nicht gibt, weil sich mir das absolut nicht erschließt, dass man über Ursachen spricht, Sie jetzt zusätzlich mit einer Prüfung belastet werden und Sie sich doch - - Ich verstehe es nicht. Sie sagen hier, man spricht nicht darüber: Warum ist das Ganze nicht zu mir gekommen? - Ich halte es persönlich für lebensfremd, bzw. wenn Sie mir sagen, dass das Sie nicht interessiert und Sie die Fragen nicht stellen.

Zeuge Hartmut Pauland: Natürlich interessiert es mich. Aber ich werde ihn nicht zwingen, diese Fragen zu beantworten.⁷¹

Christian Flisek (SPD): Aber Sie haben diese Fragen gestellt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ich habe sie nicht gestellt.⁷²

Christian Flisek (SPD): Sie können ja da niemanden zwingen, Sie können ja noch nicht mal jemanden motivieren, irgendeine Frage zu beantworten, wenn Sie sie noch nicht mal stellen. Dann kommen wir ja gar nicht ins Zwangsstadium. Sie probieren es ja scheinbar noch nicht mal. Also muss ich den Rückschluss ziehen: Es interessiert Sie nicht. Und ich halte es für lebensfremd, über Ursachen einer fehlenden Meldung an den Abteilungsleiter zu sprechen, aber nicht über die Frage zu sprechen: Warum? Was, lieber

⁷⁰) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

⁷¹) Richtigstellung des Zeugen: "Aber ich kann ihn nicht zwingen, diese Frage anders als Geschehen zu beantworten. Sie haben den Zeugen ja selbst befragt dazu.", siehe Anlage 1.

⁷²) Ergänzung des Zeugen: "Ich muss mit den Mitarbeitern den Sachverhalt aufklären. Da sehe ich keine Veranlassung, nach persönlicher Motivationslage zu forschen.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeiter, lieber Unterabteilungsleiter, warum haben Sie das gemacht? Was haben Sie sich dabei gedacht?

Herr Pauland, ich mache das hier ganz selten, aber ich ermahne Sie an Ihre Wahrheitspflicht. Das heißt, Sie haben über alle Tatsachen, über die Sie etwas wissen, wahrheitsgemäße Angaben zu machen. Das bedeutet, ich frage Sie über Tatsachen aus den Gesprächen mit Ihren Mitarbeitern, beispielsweise in einer wöchentlichen Unterabteilungsleitersitzung, wo Sie mir sagen: Ja, wir sprechen über diesen ganzen Sachverhalt. - Aber Sie sagen: Ich habe nicht die Frage gestellt: Warum habt ihr mir das - -

Bleiben Sie dabei? Bleiben Sie dabei, dass Sie nicht die Frage an einen der Mitarbeiter gestellt haben: „Warum haben Sie diesen Sachverhalt nicht an mich gemeldet? Warum habe ich erst als Abteilungsleiter TA im März 2015 davon erfahren, während seit Sommer 2013 Herr Snowden durch die Blätter geistert, während seit März 2014 ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zu diesem Thema existiert, in dem von Anfang an das Thema Selektoren ein Thema war?“? Und Sie sagen da nach wie vor, Sie haben nicht einen Ihrer Mitarbeiter dazu befragt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Ich danke Ihnen für den Hinweis auch gerade, aber ich bleibe dabei, dass ich ihn nicht bewusst angesprochen ⁷³ nicht dazu befragt habe.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Haben Sie mit dem Präsidenten darüber gesprochen, warum zu Ihnen diese Information nicht kam? Weil Sie sind sozusagen in dieser Kette ja das nähere Glied, und der Präsident ist ja auch abhängig vom Informationsfluss der Abteilungsleiter. Gehe ich mal davon aus, es sei denn, irgendjemand aus der Unterabteilung rennt direkt nach oben; aber das ist eher unwahrscheinlich. Haben Sie mit dem Präsidenten darüber gesprochen?

Zeuge Hartmut Pauland: Warum Herr D. B. das nicht gemacht hat, habe ich nicht mit dem Präsidenten darüber gesprochen.⁷⁴

Christian Flisek (SPD): Hat der Präsident Sie dazu befragt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie mit Hans Sperl darüber gesprochen?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ich habe mit niemandem darüber gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Mit niemandem haben Sie darüber gesprochen. Mein Eindruck ist doch der: Ich meine, es ist klar, dass man jetzt angesichts unserer Arbeit noch mal alles versucht, auch das Material zusammenzuklauben, was man zusammenklauben kann und rekonstruieren kann. Aber die Grundpfeiler des Sachverhalts, die stehen fest, nämlich dass man im Sommer diese Prüfung gemacht hat, zwei nämlich, einmal Dr. T., einmal in Bad Aibling, dass da Löschungen stattgefunden haben, dass man überhaupt kritische Begriffe gefunden, Löschungen stattgefunden haben. So.

Wir unterhalten uns einerseits darüber: Wie konnte es dazu überhaupt kommen? Da haben Sie eine Erklärung, die für mich plausibel ist, gegeben; die kann ich ja nachvollziehen. Sie haben mir gesagt: Jawohl, das MoA ist damals nicht runtergebrochen worden in eine konkrete Dienstanweisung. Das schwirrte da irgendwie drüber, und wir wussten eigentlich nicht: Was sind deutsche Interessen? - Okay. Das ist plausibel. Aber jetzt ist die Frage für mich, die im Raum steht - das ist nämlich die zweite davon zu lösende Frage -: Warum? Was ist da schiefgelaufen, dass das nicht nach oben kam? Welche Anweisungen gibt es denn überhaupt beim BND? Das würde mich mal interessieren. Gibt es eine Dienstanweisung beim BND, die klärt, was besondere Vorkommnisse sind? Oder bestimmt das

73) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

74) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

jeder frei Schnauze in der jeweiligen Hierarchieebene?

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Abgeordneter, ich habe vorhin versucht, zu erklären, dass ich mir sogar die Wehrdisziplinarordnung, weil ich schon lang - - weil ich diesen Fall noch nie hatte, selbst zu Gemüte geführt habe - habe das ausführlich gelesen.⁷⁵ Natürlich trifft es mich und ärgert und verletzt mich - was weiß ich, wie Sie wollen; ist ganz egal - - Natürlich will ich das auch wissen. Aber ich habe eben auch gelesen, dass man nicht insistieren darf, insistieren soll in solchen Fällen,⁷⁶ und deshalb habe ich davon Abstand genommen. Und das bitte ich zu respektieren, weil ich kann es nicht anders sagen. Ja, ich habe genauso viel Interesse daran wie Sie. Wenn er das sagen will, wird er es schon sagen. Ich werde ihn nicht dazu zwingen. Und das habe ich vorhin auch bereits gesagt.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich - - Gut, ich kann vieles respektieren. Nur: Ich kann es nicht nachvollziehen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. Weil natürlich die Frage im Raum steht: Ist das hier eine wie auch immer geartete Gradigkeit von Fahrlässigkeit, die im Raum steht? Oder ist es vielleicht sogar Absicht? Gibt es vielleicht sogar von allerhöchster Stelle Weisungen, vielleicht von ganz oben, direkt auch über Präsidenten hinweg, irgendwo hinein? Vielleicht gibt es - - Ich gehe jetzt mal weiter, was man sich alles auf dieser Grundlage aufbauend denken kann, wenn man jetzt konsequent nicht gut denkt. Interne Abschottungen, ja? Mit dahin zur Weisung, dass jetzt nachträglich, ich sage mal, das berühmte Drei-Affen-Prinzip Anwendung findet: nichts hören, nichts sehen und auch in dem Fall wirklich gar nichts sagen. Ich meine, wir werden das bewerten. Das ist ja so.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): Darum sage ich: Der Eindruck, der bleibt, ist ein fataler, ist ein ganz fataler. - Können Sie mir noch mal den Namen nennen von dieser - - den konkreten Namen von der Anweisung, die jetzt im März 2015 erlassen worden ist - hat die einen Namen? -, wo sichergestellt wird, dass bei der Selektorenprüfung seit 2015, März, jetzt die entscheidenden Kriterien Anwendung finden.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, kann ich.

Christian Flisek (SPD): Okay.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Hartmut Pauland: Weisung an alle Unterabteilungen zur Verhinderung der Steuerung, Erfassung und Weiterleitung von Nachrichten von staatlichen Stellen der EU- und NATO-Staaten.

Christian Flisek (SPD): Und das ist eine schriftliche Weisung? Sonst hätte sie auch nicht so einen Namen, klar.

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist eine schriftliche Weisung. Ich kann Ihnen auch das Aktenzeichen und das Datum geben, wenn Sie wollen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Das können wir - - Das würden wir dann auch kriegen können, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Selbstverständlich.

RD Philipp Wolff (BK): Das werden wir prüfen. Das ist - -

Christian Flisek (SPD): Ich verstehe das jetzt - -

75) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

76) Ergänzung des Zeugen: "wenn einem Mitarbeiter ein Auskunftsverweigerungsrecht zusteht", siehe Anlage .



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Wie gesagt, wir bewegen uns hier im Bereich der Parallelkontrolle unserer Meinung nach, und wir werden das prüfen.

Christian Flisek (SPD): Gut, ok. Das beraten wir dann mal.

(Zuruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

Christian Flisek (SPD): Ich würde mit Ihnen jetzt noch mal ein anderes Thema gerne ansprechen wollen. Aus Ihrer Sicht: Die strategische Fernmeldeaufklärung von Routineverkehren: Wie wichtig ist die für den BND?

Zeuge Hartmut Pauland: Ist für den BND sehr wichtig.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das konkreter machen?

Zeuge Hartmut Pauland: Trägt mit nahezu 50 Prozent zu den Meldungen bei - des Dienstes.

Christian Flisek (SPD): Zu welchen Meldungen? Ist es sozusagen - ich überspitze jetzt mal - -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ist es, was man da produziert, nur das Futter für die Kooperation mit den Amerikanern? Oder ist es vor allen Dingen auch für die eigene - - für den ureigensten Tätigkeitsbereich, für die Meldungen, die man sozusagen fürs Haus und dann weiter nach oben produziert, wichtig?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe eben nur für den ureigensten - weil Sie nach BND gefragt haben - Bereich gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und wenn Sie sich jetzt den rechtlichen Rahmen für diese Routineverkehre angucken, für die Fernmeldeaufklärung der Routineverkehre: Wie würden Sie das

bewerten aus Ihrer fachlichen Expertise heraus? Ist das ausreichend? Ist das alles klipp und klar?

Zeuge Hartmut Pauland: Wir haben dieses Thema ja mehrfach zu Beginn meiner Zeit in der G-10-Kommission gehabt, und die Bundesregierung ist ja jetzt schon zu dem Ergebnis gekommen, dass es einer Klarstellung, einer deutlichen Regelung bedarf. Wo ich mich gegen wehren würde - das haben Sie nicht gesagt; das weiß ich - - Wo ich mich gegen wehren würde, wäre, wenn man sagt, dass wir keine Rechtsgrundlage haben. Wir haben eine, sagen wir im Moment; denn sonst dürften wir ja nicht arbeiten. Aber wenn es der Klarstellung dient und die Routine jetzt noch deutlicher gefasst werden soll, hat da überhaupt keiner was dagegen.

Christian Flisek (SPD): Ja. Also es gibt eine Aufgabenzuweisungsnorm, -

Zeuge Hartmut Pauland: Genau.

Christian Flisek (SPD): - aus der man das sozusagen herleitet. Es gibt nicht eine klassische Eingriffsnorm.

Zeuge Hartmut Pauland: Keine klassische, genau.⁷⁷

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge Hartmut Pauland: Also G 10 ist eindeutig und härter und klarer definiert und -⁷⁸

Christian Flisek (SPD): Wie sehen Sie denn die Kontrolle über diesen elementaren, scheinbar ja unverzichtbaren Tätigkeitsbereich an? Würden Sie meiner Einschätzung folgen, wenn ich sage: Im Vergleich zu anderen Tätigkeitsbereichen des BND befindet sich diese Tätigkeit in einem Graubereich?

Zeuge Hartmut Pauland: Jedenfalls nicht so exzessiv wie G 10. Das hatte ich eben schon gesagt.

77) Ergänzung des Zeugen: ", aber die Aufgabenzuweisung", siehe Anlage 1.

78) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn das bei Ihnen dann grau ist, dann gebe ich Ihnen recht.

Christian Flisek (SPD): „Nicht so exzessiv wie G 10“. Dann erläutern Sie mir mal, wie denn Kontrolle - also parlamentarische Kontrolle in dem Fall - von Routineverkehren nach Ihrer Ansicht überhaupt stattfindet.

Zeuge Hartmut Pauland: Parlamentarische Kontrolle?

Christian Flisek (SPD): Keine?

Zeuge Hartmut Pauland: Keine.

Christian Flisek (SPD): Gut. Keine. - Gibt es sonst eine Form der Kontrolle? Rechtliche Kontrolle? Gibt es eine interne Kontrolle -

Zeuge Hartmut Pauland: Es gibt - -

Christian Flisek (SPD): - dadurch, dass zum Beispiel Maßnahmen intern erst mal genehmigt werden müssen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich meine, das fließt ja alles in die Datenbanken ein, und die Datenbanken unterliegen natürlich den entsprechenden Kontrollen. Wir müssen ja die Dateianordnungen stellen. Wenn - - Der Datenschutzbeauftragte war da. Da geht es ja eben gerade nicht um G 10; da geht es ja um Allgemeines. Von daher ja, wenn - - Der war in meiner Zeit jetzt zweimal da. Wie viel⁷⁹ vorher, kann ich Ihnen nicht sagen. Das würde ich schon als Kontrollmöglichkeit bezeichnen - nicht parlamentarische.

Christian Flisek (SPD): Wer genehmigt denn solche Maßnahmen im BND?

Zeuge Hartmut Pauland: Welche Maßnahmen?

Christian Flisek (SPD): Na, Maßnahmen, die vor allen Dingen auf einen Zugriff auf Routineverkehre abzielen. Strategische Fernmeldeüberwachung für Routineverkehre: Wer genehmigt das?

Zeuge Hartmut Pauland: Wir benutzen ja zurzeit die G-10-Anordnung dazu. Das ist ja der Knackpunkt gewesen, warum man das jetzt deutlicher machen will.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, Sie kennen ja die Debatte, die wir in der Vergangenheit jetzt - also was heißt, „in der Vergangenheit“, in den letzten Wochen auch - geführt haben, dass sozusagen die G-10-Kommission sagt, sie ist getäuscht worden, weil man sozusagen die G-10-Anordnung benutzt, um eigentlich an Routineverkehre dranzukommen. Wie bewerten Sie - - Bewerten Sie das als eine gute Situation? Oder - - Also jetzt nicht die Diskussion darüber, sondern die Tatsache - - Ich sage mal, Sie wollen im Schwerpunkt Routineverkehre, Sie wollen Kabel, da laufen Routineverkehre, und Sie sagen: Eigentlich will ich das haben, und eigentlich geht's mir im Schwerpunkt um die Routineverkehre. - Dann gucken Sie ins Gesetz, gucken: Gibt's irgendwas für Routineverkehre? Finden nichts. Dann sagt der Telekommunikationsbetreiber: Ja, irgendwas muss ich haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Das geht heute nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich brauche eine Anordnung. Ja? - Dann sagen Sie: Das Einzige, was wir finden im Gesetz, ist G-10-Anordnung. Nein? - Dann geht man zur G-10-Kommission, sagt: Na, hier, Anordnung, wir wollen natürlich auch G 10. - Das ist die Bewertung eben. Ich bin immer mit dem Vorwurf der Lüge sehr, sehr vorsichtig. Es ist - - Insofern ist das eine Situation: Es gibt kein - - Würden Sie die Ansicht teilen: Es gibt, wenn ich jetzt gezielt Routineverkehre in der strategischen Fernmeldeaufklärung überwachen wollte, kein geeignetes Instrumentarium im geltenden deutschen Recht für diesen unverzichtbaren Tätigkeitsbereich des BND?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bin kein Jurist. Ich kann nicht sagen, wie das war.

Christian Flisek (SPD): Na ja.

79) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Ich weiß, dass die Diskussion im Moment ja ist, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Und Sie haben auch gesagt - -

Zeuge Hartmut Pauland: ... (akustisch unverständlich) für die Klarstellung; ich habe da kein Problem mit.⁸⁰

Christian Flisek (SPD): Na ja. Es geht nur - - Die spannende Frage wird sein, wie weit auch diese Klarstellung geht, ob wir uns nur über eine kosmetische Rechtsgrundlage unterhalten oder ob wir eben eine Rechtsgrundlage machen, die klare Voraussetzungen definiert, die dann eben auch dafür sorgt, dass wir eben eine parlamentarische Kontrolle oder zumindest eine Kontrolle beispielsweise durch das quasigerichtliche Gremium der G-10-Kommission sicherstellen. Das ist schon um einiges weitreichender.

Zeuge Hartmut Pauland: Das kann ich Ihnen aber nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Und das hätte uns einige der Probleme auch erspart, die wir bisher haben.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Jetzt wäre die Runde rum. - Jetzt habe ich zwei Fragen: Herr Pauland, brauchen Sie eine kleine Pause?

Zeuge Hartmut Pauland: Wäre nett, ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Bitte?

Zeuge Hartmut Pauland: Wäre nett.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Wäre nett. - Jetzt frage ich noch mal nach: Die CDU hatte jetzt keine weiteren Fragen? - Von den Linken: Sie haben noch Fragen?

(Zuruf von der LINKEN:
Ja!)

- Gut. - Dann machen wir - - Was meinen Sie als Pause? Zehn Minuten?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Reicht Ihnen das?

Zeuge Hartmut Pauland: Viertelstunde, ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja. - Dann machen wir jetzt zehn Minuten Pause.

(Unterbrechung von
17.40 bis 17.57 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wieder fort.

Ich bitte nun auch die Letzten auf der Tribüne, noch reinzukommen, die sich gerade peu à peu in den Raum bewegen. Schön, dass Sie da sind.

Wir fangen mit der Befragung unseres Zeugen wieder an. Ich freue mich, dass Sie sich noch mal bereit erklärt haben, uns Rede und Antwort zu stehen. Sollte es nicht mehr gehen, zu anstrengend sein aus gesundheitlichen Gründen oder so was, geben Sie ein Zeichen. Das muss ich nur wissen, dann brechen wir auch ab. Also, das ist wirklich notwendig.

Zeuge Hartmut Pauland: Danke, kein Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, wir fangen an mit der - - Es sind auch nicht mehr viele Fragen, wenn ich das richtig verstanden habe. Umso präziser Sie antworten, umso besser wahrscheinlich. - Und es geht zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Pauland, ich muss leider noch mal bei dem Thema Selektoren bleiben. Es gibt ja verschiedene Selektorentypen.

80) Ergänzung des Zeugen: "Die Bundesregierung ist für eine gesetzliche Klarstellung; ich habe da kein Problem mit. Das

heißt aber nicht, dass wir jetzt keine Ermächtigungsgrundlage haben.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Können Sie mir etwas darüber sagen, welche Selektorentypen ich einem Land zuordnen kann?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, Sie haben die - - klassisch natürlich die Landesvorwahl. Sie haben bei der E-Mail die entsprechende Endung, wo Sie es klar können. Dann gibt es die Gerätekenner für den Bereich Mobilfunk, wie die 262 klassisch für Deutschland. Das sind so die klassischen Dinge, die Sie einem Land zuordnen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei welchen Selektorentypen kann ich es nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Bei - - Allgemein,⁸¹ wie wenn Sie die Endung "com" haben. Dann ist es nicht erkennbar.⁸²

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich meinte jetzt nicht - - Ich meinte Selektorentypen. Also, wie sieht es aus mit Chats, Messenger? Kann ich da auch ein Land zuordnen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann da eine gewisse Landeszuordnung treffen, weil ja IP-Adressen meistens in Blöcken zugeordnet werden, und da kann ich eine gewisse Länderzuerkennung vornehmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hoch, würden Sie sagen, ist der Anteil der Selektoren am insgesamt eingesetzten Selektorenpool, bei denen ich ein Land zuordnen kann?

Zeuge Hartmut Pauland: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist die Problematik mal diskutiert worden bei Ihnen?

Zeuge Hartmut Pauland: In Fachkreisen bei den Technikern bestimmt, ja. Kann ich Ihnen aus eigenem Erleben nichts zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die Techniker bei Ihnen haben das mal diskutiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich hoffe es. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie haben keine Erinnerung mehr daran, dass das Thema mal -

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - gewogen wurde? - Nein. - Sie hatten selbst berichtet von dem Besuch der behördlichen Datenschutzbeauftragten im Sommer 2013 in Bad Aibling. Daran erinnerten Sie sich, glaube ich. War das richtig?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Das eine war im Herbst.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Also,⁸³ ich meine jetzt - - Sie meinen den behördlichen Datenschutz, ja?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Okay, Entschuldigung, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da erinnern Sie sich dran?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich war nicht dabei, aber ich habe das Protokoll gelesen. Ich war selbst nicht dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben im Nachgang mitbekommen, -

Zeuge Hartmut Pauland: Natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): - was dazu auch verschriftlicht wurde?

81) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

82) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

83) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Einiges, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und sie hat sich ja im Nachgang relativ kritisch mit der Praxis der Datenübermittlung von Roh- und Metadaten an die NSA geäußert. erinnern Sie sich daran?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sagen, ob - - um welches Ausmaß von Metadatenlieferungen an die NSA es ging bei Ihrem - -

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, um welches Ausmaß es ging, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass wir uns auch zusammengesetzt hatten, nachdem das auch ausführlich besprochen wurde, und dass Problem geklärt.⁸⁴ Weil eben die Zeit begrenzt war, wurden ja bestimmte Sachen vorgestellt. Also das ist wie bei jedem Besuch. Und die hat sich da ja ein bisschen - - hat sich⁸⁵ ja dahingehend geäußert, dass hier nicht alles vorgestellt worden ist -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Hartmut Pauland: - und dass sie sich deshalb getäuscht gefühlt hätte, und ich denke, das hat man ausgeräumt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist bei uns die Unterlage MAT A BND-1/6a.pdf, Blatt 239*. Das ist genau dieses Schreiben, wo sie sich beschwert, dass ihr nicht alles gezeigt oder gesagt wurde. Und darin heißt es, in dem Vermerk, dass in einem Umfang von bis zu 1,3 Milliarden Daten pro Monat eine Weitergabe an USA-SUSLAG erfolgt.

RD Philipp Wolff (BK): Nur zur Frage: Ist das eingestuft, oder ist das nicht eingestuft?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ist NfD.

RD Philipp Wolff (BK): Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Ganz, ganz, ganz gut. - Auf welcher Grundlage erfolgt denn diese Weitergabe der Metadaten an USA-SUSLAG?

Zeuge Hartmut Pauland: Die Weitergabe der Daten erfolgt auf BND-Gesetz. Das war eine An- - Ja, genau, das⁸⁵ sind die Metadaten.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind die Metadaten?

Zeuge Hartmut Pauland: Bad Aibling, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Von Bad Aibling?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Auf Grundlage vom BND-Gesetz erfolgt die Datenweitergabe von 1,3 Milliarden Daten pro Monat an USA-SUSLAG?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie wird denn da der Schutz deutscher und europäischer Interessen gewährleistet?

Zeuge Hartmut Pauland: Wird genauso gegengefiltert wie alles andere auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Hier steht drin:

Eine inhaltliche Sichtung bzw. eine Eingrenzung der erhobenen Daten anhand von wie auch immer gearteten Kriterien finde nicht statt. Stattdessen würden alle auf den betreffenden Strecken erhobenen Daten - bereinigt um Daten mit Deutschlandbezug - an USA-SUSLAG weitergegeben.

Da steht nichts von Europabezug. Heißt das, dass die Daten lediglich G-10-sanitarisiert sind und ansonsten weitergegeben wurden?

84) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

85) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-1/6a, Blatt 227/228.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Zu welchem Zeit-

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist 20. August 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und sie schreibt dann weiter:

Ich habe mitgeteilt, dass ich keinerlei rechtlichen Ansatz sehe, um die geschilderte Weitergabe von Metadaten im geschilderten Umfang ohne jedwede Art von Erforderlichkeitsprüfung bzw. Prüfung des Vorliegens der Übermittlungsvoraussetzungen ... rechtfertigen zu können.

Wie ist denn die Diskussion da weitergegangen zu der Frage?

Zeuge Hartmut Pauland: Kann ich im Moment nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja schon eine ziemlich gravierende Frage, dass möglicherweise kein Erfordernis zur Weitergabe besteht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht es Sinn, dass Sie das mal vorlegen, dass der Zeuge es einblicken kann?

Martina Renner (DIE LINKE): Gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, das wäre - -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, ich habe die Antwort aber im Moment nicht parat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, aber dann kann man mal reingucken, und dann können Sie es sich im Grunde auch mal optisch zugänglich machen. Also, mir hilft so was immer - auch mit Blick auf die Antwort.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie noch, wie diese Debatte mit der behördlichen Datenschutzbeauftragten weitergegangen ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, ich nehme mal an, das mündete dann in die Debatte zur Weltraumtheorie. Ist das richtig?

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist dann im Weltraum gemündet, oder? - Na ja, sie sagt, dass - - Also, Sie waren ja der Abteilungsleiter. Zu dem Vorgang hat die Kollegin das aufgeschrieben. Und wie ist das jetzt weitergegangen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich sagte ja, dass ich das im Moment nicht parat habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Bleiben Sie dabei, dass die Daten, um die es hier geht - diese Metadaten, die weitergegeben wurden aus Bad Aibling -, lediglich aus Satelliteneinsatz stammen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bleibe dabei, was ich vorhin gesagt habe, dass in Bad Aibling Satellitendaten und Richtfunkdaten, Richtfunkerfassung verarbeitet wird.⁸⁶

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hartmut Pauland: Da bleibe ich bei.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hartmut Pauland: Wir reden jetzt über meine Zeit, über zwei Jahre. Nicht über das, was vorher war.⁸⁶

Martina Renner (DIE LINKE): Vorher war. Wir reden nicht über "Eikonal".

Zeuge Hartmut Pauland: - vorher war. Genau, wir reden nicht über "Eikonal".

⁸⁶⁾ Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nein; denn wir reden zu 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Da bleibe ich dabei, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich bin so weit durch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön - Jetzt frage ich mal die Fraktion der CDU/CSU: Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil?

Nina Warken (CDU/CSU): In der öffentlichen Sitzung nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie noch Fragen? Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben wir. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Pauland, ich versuche noch einmal, der Zeit und der Diskrepanz zwischen den Jahren 2013 und 2015 auf die Spur zu kommen, weil ich auch glaube, dass Sie als Abteilungsleiter und als Verantwortlicher vielleicht doch eine Spur genauer sagen können, wo das Problem liegt.

Also, 2013 ist ja was passiert im BND bezüglich der Selektoren. Und jetzt sagen Sie, mit dem Kollegen D. B. reden Sie nicht darüber, weil der hat Sorge vor einem disziplinarrechtlichen Verfahren. Also, finde ich nicht gut, aber sei es drum. Aber W. O.: Der ist ja nun auch bei Ihnen Mitarbeiter. Korrekt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen es ins Mikro sagen, sonst kann die -

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Stenografin nicht aufschreiben.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und der W. O., der hat ja nun wochenlang gelöscht. Das haben wir hier erfahren. Wochenlang. Warum reden Sie denn mit dem nicht darüber: „Du, W. O., warum hast du mir das damals nicht erzählt“?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich rede mit dem W. O. genauso darüber wie mit den anderen, dass wir eine Sachverhaltsaufklärung machen, jeden Tag im Moment, fast rund um die Uhr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir reden jetzt über das Jahr 2015.

Zeuge Hartmut Pauland: 2015, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wüsste es aber gern für das Jahr 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: 2013 war mir das ja nicht - - Das war mir nicht⁸⁷ bekannt. Von daher habe ich auch nicht mit ihm darüber gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Ihre Mitarbeiter Ihnen das nicht erzählt haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie ein Verständnis dafür, dass die Ihnen das nicht erzählt haben?

Zeuge Hartmut Pauland: Verständnis kann man nur haben, wenn Sie die Gründe kennen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

87) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: - und ich weiß sie nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und danach frage ich Sie jetzt. Könnte es sein, dass sie einen Grund gehabt haben, Sie nicht zu informieren?

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Abgeordneter, mir ist keiner bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass es einen gibt?

Zeuge Hartmut Pauland: Es wird sicher einen geben; sonst hätten sie es ja machen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Also, das ist eine Frage, die ich nicht weiter beantworten kann.⁸⁸

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das ist sehr hilfreich, wenn Sie sagen, dafür könnte es einen Grund geben, für den Sie Verständnis haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Das habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann sagen Sie mir, wie Sie es gesagt haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe gesagt: Wenn jemand nicht darüber sprechen will, dann wird er einen Grund haben. Das habe ich -⁸⁹

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, einen legitimen Grund.

Zeuge Hartmut Pauland: Einen legitimen Grund.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, einen legitimen Grund. Über so einen

relevanten Vorgang. - Könnte es sein, dass es sich bei dieser ganzen - - bei diesem ganzen Spiel von D. B. und M. T. und W. O. und wie die Beteiligten hießen, um eine abgeschirmte Operation gehandelt hat?⁹⁰

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist alles sehr suggestiv.⁹¹

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das ist eine - - Könnte es sein, dass das eine abgeschirmte Operation war und das für Sie ein legitimer Grund war?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, das könnte ich - - kann ich mir nicht vorstellen. Wenn das eindeutig genug ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt, das können Sie sich nicht vorstellen? Schließen Sie das aus, dass das so ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, das schließe ich aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was könnte denn noch ein legitimer Grund sein, dass Ihre Ihnen meldepflichtig unterstellten Mitarbeiter über einen so megarelevanten Vorgang, für das jetzt sozusagen Hammeralarm ist in der ganzen Republik und im Bundeskanzleramt, Ihnen, dem zuständigen Vorgesetzten, nicht Bericht erstattet haben? Was könnte ein legitimer Grund sein? Erklären Sie es mir.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe mich das auch schon mehrfach gefragt. Ich habe keinen gefunden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie W. O. nicht mal gefragt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann mich immer nur wiederholen.

88) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

89) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

90) Ergänzung des Zeugen: "Der Grund könnte auch sein, dass die Mitarbeiter kein Erfordernis für die Meldung nach oben

gesehen haben, weil sie den Vorgang nicht für bedeutsam hielten", siehe Anlage 1.

91) Ergänzung des Zeugen: "Nein, glaube ich nicht", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie W. O. nicht gefragt, Herr Pauland?

Zeuge Hartmut Pauland: Weil wir im Moment in der Aufklärungsphase sind, und - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist 2015. Warum haben Sie ihn nicht gefragt, warum er Ihnen 2013 nicht gesagt hat, dass er über Wochen illegale Selektoren gelöscht hat?

Zeuge Hartmut Pauland: 2013 - auch zum letzt-⁹² habe ich es nicht gewusst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Warum hat er es Ihnen nicht gemeldet? Dazu war er verpflichtet; das wissen wir doch beide. Und Sie tun so, als wäre das legitim. Und ich möchte von Ihnen wissen, warum.

Zeuge Hartmut Pauland: Also, ich tue nicht so, als wäre das legitim. Ich habe nur gesagt, ich habe es nicht gewusst, und damit konnte ich ihn nicht befragen. Das mache ich nicht.⁹²

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie mögen das ja ehrenhaft finden, dass Sie das hier auf sich ziehen. Ich glaube, dass das Wahnsinn ist, ja, mit Ihrer Laufbahn über 40 Jahre, und Sie ziehen sich das hier so. Das ist mir vollkommen unverständlich - auch soldatisch, wenn ich das mal sagen darf als Zivildienstleistender.

Zeuge Hartmut Pauland: Wenn mich keiner informiert - ⁹² Wenn mich keiner informiert: Was soll ich denn dazu sagen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wirklich, Herr Pauland, wir haben es jetzt fünfmal versucht, und ich verstehe es nicht. Ich halte das wirklich für einen schweren Fehler und bedauere, dass das so ist. - Jetzt frage ich mal von der anderen Seite, das Bundeskanzleramt:

2013, Edward Snowden, Fach- und Rechtsaufsicht: Kam da irgendwas vom Bundeskanzleramt?

Zeuge Hartmut Pauland: Vom Bundeskanzleramt kamen sehr viele Anfragen, die wir beantworten mussten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, im Hinblick auf Selektorenübergreiflichkeiten der NSA - diese Problematik natürlich.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, kam nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts? Die Fach- und Rechtsaufsicht hat Ihnen als zuständigem Abteilungsleiter keine einzige Frage gestellt nach Edward Snowden?

Zeuge Hartmut Pauland: Nach Selektoren nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern nach was?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, nach⁹² allen Folien, die in den Zeitungsberichten veröffentlicht wurden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach EADS und Eurocopter?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, in meiner Zeit kann ich mich nicht daran erinnern. Das ist jetzt - ⁹²

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das sind ja Selektoren.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, aber die EADS - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nach Snowden in der Presse. Hat das Bundeskanzleramt da nachgehakt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ist mir nicht erinnerlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finden Sie das nicht erstaunlich, dass die

⁹²) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fach- und Rechtsaufsicht über den BND nach einem so gravierenden Vorgang wie der Veröffentlichung der Snowden-Unterlagen nicht mal nachfragt, was da los ist bei Ihnen?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, ich weiß, dass wir uns die Finger wund schreiben seit zwei Jahren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber erst seit März 2015 arbeiten Sie das auf. Vielleicht können Sie mir noch mal den Grund - -

Zeuge Hartmut Pauland: Die Selektoren arbeiten wir da auf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht sagen Sie mir jetzt mal explizit den Grund, warum Sie seit März 2015 diese Dinge aufarbeiten. Was war denn der Anlass dafür?

Zeuge Hartmut Pauland: Das war eine Anfrage durch das Kanzleramt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war eine Anfrage des Kanzleramts?

Zeuge Hartmut Pauland: Unterlagen, die vorgelegt wurden von uns beim Kanzleramt im Zuge eines Beweisbeschlusses: Die waren der Ausgangspunkt dieser Aktion.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eines Beweisbeschlusses dieses Untersuchungsausschusses?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vorher, bis zu der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses, kam so was im Hinblick auf die Selektoren nicht? Nie? Nie besprochen

worden? Gab es keine Runde? Der Präsident hat nicht mal gesagt: „Du, was ist denn da los? EADS und Eurocopter! Die *Süddeutsche* schreibt schon wieder so was Wahnsinniges. Das schadet uns doch. Das gibt es doch nicht. Kann da was sein?“? - War nie ein Thema?

Zeuge Hartmut Pauland: Mir nicht bewusst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht bewusst?

Zeuge Hartmut Pauland: Mir nicht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt das: Ihnen nicht bewusst?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann ja nicht für alle reden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Hartmut Pauland: Für mich spreche ich, dass es mir nicht bekannt war.⁹³

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es solche Gespräche gegeben? Gab es Runden, wo Sie dabei waren, wo das Thema war?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor März 2015?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal zu der dritten Stufe dieser Selektorenprüfungen. Sie haben gesagt: Da werden

93) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch Politiker rausgefiltert; so habe ich das verstanden. Reden wir da auch über deutsche oder nur über europäische?

Zeuge Hartmut Pauland: Nur über deutsche.

RD Philipp Wolff (BK): Zu den Einzelheiten, was herausgefiltert wird, nur in eingestufte Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt nur über deutsche. Als Betroffener darf ich die Frage jetzt mal öffentlich stellen:

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht ja auch eher um die Antwort. Es geht ja um die Antwort, nicht um die Fragestellung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Wird die Kanzlerin rausgefiltert?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. ⁹⁴

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Der Vizekanzler?

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten, wie das Ergebnis der Filterung ist, nur in eingestufte Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werde meine Frage wohl stellen können. Der Zeuge kann ja überlegen, ob er antworten will. Ich halte das für eine relevante Frage, welche Politiker - -

RD Philipp Wolff (BK): Sie können die Frage stellen. Ich weise den Zeugen darauf hin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tun Sie das. - Werden EU-Kommissare rausgefiltert? MdBs? Nur Landespolitiker? Bürgermeister? Gibt es da ein Raster? Können Sie mir das erklären?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. ⁹⁵

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm. - Zuletzt: Wir haben vorhin darüber gesprochen, Herr Pauland, was eigentlich in Bad Aibling gemacht wird. Sie sagten, ausschließlich Richtfunk und Satellitenerfassung. Ich habe hier so eine Übersicht, die leider Geheim ist. Deswegen kann ich Ihnen die nicht öffentlich vorlesen, aber ich lasse Sie Ihnen jetzt einmal zeigen. Die ist vom 7. - - Das darf ich vielleicht gar nicht sagen. Ich sage mal, aus dem Jahr 2014, und da ist eine Aufgabenbeschreibung zu Bad Aibling.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Jetzt ohne dass wir das vorlesen: Würden Sie Ihre Antwort auf meine Frage noch mal anders formulieren, wenn Sie das jetzt lesen, was wir als Aufgabenbeschreibung für Bad Aibling da vorgelegt bekommen haben, oder sagen Sie mir: „Das ist falsch, was da steht“?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich sage nicht, dass das falsch ist, und ich sage nicht, dass die nicht auch noch mehr Aufgaben haben. Aber vorhin ging es darum, ob Kabel, Satellit oder Rifu, und da bleibe ich dabei: Satellit und Richtfunk. Dass die mehr macht - ⁹⁶

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie meinen Sie das, Aufgaben und - -

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann ansonsten in eingestufte Sitzung dazu Angaben machen, soweit sie dem Untersuchungsgegenstand unterfallen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich unterfallen sie dem Untersuchungsgegenstand. - Bis wann war das denn anders? Ich frage mal so ganz nebulös: Seit wann ist denn das Ihrer Meinung nach anders, als es da steht? Da steht es allerdings für das Jahr 2014. Hat sich das in den letzten Monaten vielleicht geändert?

94) Ergänzung des Zeugen: "Nein, dazu sage ich hier nichts, die Frage beantworte ich hier nicht", siehe Anlage 1.

95) Ergänzung des Zeugen: "Nein, hier nicht in öffentlicher Sitzung", siehe Anlage 1.

96) Richtigstellung des Zeugen: "Dass die Mitarbeiter dort auch andere Aufgaben haben, ist davon unbenommen.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. Aber wenn Sie an „Eikonale“ denken: Das war vorher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Das war bis 2008.

Zeuge Hartmut Pauland: Das war vor meiner Zeit. Mehr habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann gab es Nachfolgeprojekte, und da sind auch Daten erfasst worden, die auch vielleicht nach Bad Aibling gekommen sind, von Kabelansätzen.

RD Philipp Wolff (BK): Soweit das untersuchungsgegenständlich ist, kann der Zeuge dazu in eingestufte Sitzung was sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Herr Wolff, da missverstehen Sie ein grundsätzliches Problem. Es geht mir jetzt nicht um diese Operationen, sondern die Frage ist, die im Ausland ist und wo wir unterschiedlicher Meinung sind, ob die untersuchungsgegenständlich ist oder nicht. Da sind wir unterschiedlicher Auffassung. Ihr Herausdefinieren aus unserem Untersuchungsauftrag, das ist kurios; aber ich nehme das erst mal so hin.

Aber hier geht es um die Frage, dass der Zeuge gesagt hat, dass in Bad Aibling keine Kabelerfassungen verarbeitet werden. Das würde ich jetzt gerne noch mal - - Sonst ist nämlich das, was Sie uns an Akten vorlegen, nicht zutreffend, und das wüsste ich jetzt gerne genau. Das hat nichts - - Sie können ja nicht sagen - -

RD Philipp Wolff (BK): Das hat er aber auch schon beantwortet, die Frage von Ihnen - zweimal.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber dann ist die Unterlage falsch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann ist die Unterlage falsch, die Sie uns gegeben haben. Oder ist es vielleicht so, Herr Wolff, dass Dinge, die nach Ihrer Meinung nicht

in unseren Untersuchungsauftrag fallen, sozusagen rausdefiniert werden, also dass Kabelerfassungen da bearbeitet werden, uns aber Fragen nicht beantwortet werden können, weil das Ihrer Meinung nach in unseren Auftrag nicht fällt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, so ist doch gar nicht geantwortet worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe Herrn Wolff - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff ist ja gar nicht im Zeugenstand. Ich würde gerne den Zeugen hören.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir diskutieren doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal die Frage. Ich habe die Zeit auch angehalten, bzw. sie ist schon längst überschritten. Ich würde gerne die Antwort, die konkrete Antwort, auf die Frage noch mal vom Abgeordneten von Notz hören. Stimmt das, was in der Vorlage, die Sie gerade vor sich liegen haben, steht? Korrigieren Sie damit das, was Sie eben gesagt haben, oder wo ist hier das Verständnisproblem?

Zeuge Hartmut Pauland: Das Verständnisproblem kann einfach sein, dass ich das anders aufgefasst hatte mit dem Richtfunk und mit den - - mit Richtfunk und Sat. Bearbeitung aus Kabelansätzen, das kann da stattfinden; aber es findet kein Kabelansatz in dem Sinne statt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das habe ich ja nicht gefragt.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, okay. Dann bitte ich um Verzeihung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist aber eine entscheidende Information, Herr Pauland. Ich danke Ihnen herzlich für die Richtigstellung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der



Nur zur dienstlichen Verwendung

SPD. Haben Sie noch Fragen? - Herr Kollege Lischka.

Burkhard Lischka (SPD): Eine, Herr Vorsitzender. - Herr Pauland, Sie haben ja eine beeindruckende Karriere bei der Bundeswehr auch gemacht. Sagt Ihnen dieser Soldatengrundsatz was: „Melden macht frei“?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, finde ich ein ganz schlechter.

Burkhard Lischka (SPD): Inwiefern finden Sie den ganz schlecht?

Zeuge Hartmut Pauland: Wenn man damit Verantwortung loswerden will. Ich habe das oft genug gehabt, gerade als Kommandeur, wenn Sie dann mit irgendjemandem an der Straße entlanggehen: „Ich wollte Ihnen ja nur mal sagen. Sie brauchen ja nichts zu tun.“ Das finde ich das Schlimmste, was es gibt, weil man dann einem Vorgesetzten Verantwortung zuschiebt, weil, wenn er etwas weiß, muss er natürlich etwas tun und reagieren. Von daher finde ich diesen Satz persönlich nicht gut.

Burkhard Lischka (SPD): Würden Sie auch sagen - - Nun ist ja Ihre Abteilung durchaus auch militärisch oder mit ehemaligen Bundeswehrangehörigen geprägt. Wäre das so ein Grundsatz, wenn der kursiert in Ihrer Abteilung, wo Sie sagen: „Also, das würde ich unterbinden. Das ist nicht in Ordnung“? Oder gibt es bei Ihnen so einen Grundsatz in der Abteilung TA: „Melden macht frei“?

Zeuge Hartmut Pauland: Vielleicht muss ich mich noch deutlicher ausdrücken. Wenn er den Grundsatz hat, dass ich eine Verantwortung loswerden will, wenn das dahintersteht, dann ist er schlecht. Ansonsten ist das richtig.⁹⁷ Natürlich: Jeder hat seine Ebene. Deshalb haben wir unterschiedliche Besoldungsgruppen. Wenn ich nicht weiterkomme und Hilfe brauche oder meine Ebene ausgereizt ist, dann melde ich das

natürlich weiter. Das ist klassische militärische Hierarchie.⁹⁸ Aber die Ausgangsfrage war -

Burkhard Lischka (SPD): „Melden macht frei“.

Zeuge Hartmut Pauland: - mit dem Abschieben von Verantwortung, und da finde ich es nicht gut. Ansonsten ist das natürlich richtig.

Burkhard Lischka (SPD): Wissen Sie, wir zerbrechen - - Vielleicht können Sie ja mal bei meinen Überlegungen auch helfen. Vielleicht können Sie auch sagen: Herr Lischka, Sie sind vollkommen auf dem Holzweg. - Aber was uns hier alle gemeinsam so geht, ist ja diese Frage Sommer 2013 bis März 2015 und die Frage: Warum wird da eigentlich nicht mit gesprochen?

Ich bin so drüber gestolpert, als Sie gesagt haben in dem Zusammenhang was von Abschotten. Das haben Sie nicht so gemeint, vielleicht wie Herr von Notz das angesprochen hatte, dass da geheim was abgeschottet ist. Aber könnte es sein, dass es ein ganz anderes Prinzip gibt im Bundesnachrichtendienst, dass man sagt: „Also, wenn es richtig stinkt auf dem Haufen, dann melde ich das nicht - zum Schutz, damit ich in der Verantwortung dann stehe“? Gibt es möglicherweise so etwas?

Weil, wissen Sie, das würde für mich erklären, warum Sie D. B. und W. O. auch gar nicht fragen müssen. Sie müssen nicht fragen, weil: Wenn es so was gibt als ungeschriebenes Gesetz, dann ist es klar, warum D. B. das auf sich genommen hat und auch nicht weitergegeben hat: Weil er eben nicht Verantwortung eine Etage höher ziehen wollte. Oder ist das total absurd?

Zeuge Hartmut Pauland: Zum Ersten das mit dem Abschotten. Das Abschotten fällt mir auf als jemand, der von der Bundeswehr gekommen ist, wie Sie sagen. Das ist ja nicht jetzt - - Ich weiß nicht, wie Sie es gemeint haben, aber das Abschottungsprinzip ist ja ein klassisches Prinzip im BND, während sie bei der Bundeswehr in letzter Zeit auf prozessorientiert umgestellt haben. Das heißt, Sie sehen den ganzen Prozess, und

97) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

98) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann können Sie klar die linke und rechte Grenze bestimmen. Sie können ganz klar sagen, wo Übergabepunkte sind. Sie werden nämlich gezwungen, Ihre Aufgabe zu beschreiben, und dann können Sie ansetzen. Das wäre schon manchmal, glaube ich, hilfreich. Aber hier im Sinne des Quellenschutzes, im Sinne der klassischen Geheimdienstarbeit, dann ist es eben seit 60 Jahren so. Vielleicht muss man eben dahin kommen; das weiß ich nicht. Das habe ich zum Abschotten gemeint, aber nicht im Sinne einer eigenen Theorie. Ich hoffe, das ist damit - -

Burkhard Lischka (SPD): Worüber ich nachgedacht habe, weil - - Sie haben auch bewusst spontan gesagt: Also, wenn es in dem Sinne gemeint ist, dass Verantwortung jetzt erst mal weggeschoben wird, dann finde ich das nicht so gut. - Ich kann das sogar nachvollziehen in gewisser Weise. Aber vielleicht kann es ja auch Situationen geben, gerade in einem Nachrichtendienst, wo ich dann auch bewusst sage: Ich schiebe da Verantwortung nicht hin. - Das gibt es übrigens in anderen Bereichen auch. Es gibt in Ministerien auch Situationen, wo man Minister besser mal nicht informiert.

Zeuge Hartmut Pauland: Also, ich habe in zweieinhalb Jahren, die ich jetzt da bin, diesen Fall noch nicht erlebt. Ich denke, wir haben ein gutes Verhältnis zusammen und haben auch die ganzen Probleme zusammen angegangen und zusammen gelöst. Ich glaube nicht, dass ich ein Thema in diesen zweieinhalb Jahren zur Seite geschoben habe oder weggeschoben habe. Das wird mir keiner sagen können. Ich habe keine offenen Punkte im Moment, wenn man jetzt von den letzten Monaten, seit 16., absieht. Aber alles, was hochgekommen ist, was an mich herangetragen wurde, haben wir analysiert und dann entschieden und dann umgesetzt. Von daher: Nein.

Burkhard Lischka (SPD): Nun werden Sie sich, ohne dass Sie jemanden gefragt haben, doch aber auch Gedanken gemacht haben als Vorgesetzter: Was könnte denn die Motivation meines Unterabteilungsleiters gewesen sein? - Ist das eine denkbare Motivation, dass er für sich gesagt hat: „Ich will Verantwortung hier nicht nach oben schieben“?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich weiß es nicht. Ich habe mich sehr viel gefragt, Herr Abgeordneter. Ich habe mich sehr viel gefragt, aber ich werde die Frage nicht beantworten können.

Burkhard Lischka (SPD): Gedanken wie mir sind Ihnen vielleicht auch schon mal durch den Kopf gegangen.

Zeuge Hartmut Pauland: Mehr als einmal. Das hatte ich auch schon mehrfach gesagt.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Gibt es noch Fragen außer bei der Fraktion Die Linke? Da sehe ich noch eine Frage. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich will mal gleich da anknüpfen, möglicherweise aber in eine andere Richtung, weil das ja für mich ein zentraler Punkt ist und die öffentliche Sitzung gleich auch beendet sein wird; davon gehe ich aus. - Wenn Sie informiert worden wären über diesen Vorgang: Hätten Sie dann den Präsidenten informiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Selbstverständlich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Selbstverständlich?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist überhaupt keine Frage.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und ist es denn nicht ganz praktisch, dass jemand jetzt die Aussage verweigert und Sie auch nicht fragen, warum er Ihnen das nicht gesagt hat? Oder könnte es vielleicht sein, dass der antworten würde: „Ich habe es Ihnen oder dir ja gesagt“ oder: „Ich habe es Ihnen ja geschickt“? Und so fragen Sie ihn besser gar nicht, und wenn Sie es nicht wissen, weiß es auch nicht der Präsident. - Kann das die Reihenfolge sein?

Zeuge Hartmut Pauland: Er hat mich nicht informiert, und damit konnte ich ihn auch nicht informieren. Was soll ich da anderes sagen? Das ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Reihenfolge. Es war mir nicht bekannt. Mir ist das nicht - - Weder schriftlich noch mündlich bin ich da drüber informiert worden, und damit konnte ich auch den Präsidenten nicht informieren, tut mir leid.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und die Antwort? Kann es sein, dass Sie die Leute nicht fragen, weil sie Ihnen antworten könnten: „Sie haben es doch gehabt“?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ich frage die Leute nicht - auch das habe ich schon mehrfach gesagt -, weil ich glaube, dass ich damit einen Rechtsbruch begehen würde. Das sage ich ganz deutlich, noch mal. Ich kann Ihnen die Passagen geben. Ich habe mich damit ausführlich beschäftigt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie schließen aus, dass die Ihnen sagen könnten: „Ich habe es dir doch gegeben“ oder: „Ich habe es Ihnen doch gegeben“? Das schließen Sie aus?

Zeuge Hartmut Pauland: Das schließe ich aus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine allerletzte Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist sehr nett, Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Aber jetzt zu der letzten Aussage, die Sie gemacht haben. Sie sagen, Herr Pauland, wenn Sie Herrn W. O. fragen würden: „Warum hast du mir von deinen wochenlangen Löschkaktionen in meiner Abteilung, von denen ich nichts gehört habe, nicht erzählt?“, würden Sie einen Rechtsbruch begehen.

Zeuge Hartmut Pauland: So habe ich das interpretiert. Ich habe sein Zeugnisverweigerungsrecht als Anlass genommen, nachzuschauen, was in der WDO dazu steht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, W. O. - -

Zeuge Hartmut Pauland: Das habe ich. Das ist meine Antwort.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat W. O. ein Zeugnisverweigerungsrecht? W. O.?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder wechseln Sie W. O. und D. B.?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht D. B.

(Zuruf: Wir kommen damit auch durcheinander!)

- Ja, genau. Insofern ist es gut, dass man Sie mit Namen ansprechen kann.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, Entschuldigung. Ich habe es nicht richtig zugeordnet.⁹⁹

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber wenn man jetzt W. O. nehmen würde, den dürften Sie, könnten Sie doch fragen: „Was war denn da damals los? Was habt denn ihr da gemacht? Wo ist die Liste von Dr. T.?“; Fragen, die uns auch sehr bewegen. Könnten Sie doch tun, ohne einen Rechtsbruch zu begehen. Oder verstehe ich etwas grundsätzlich nicht BND-intern? Ich würde es gerne verstehen. Deswegen frage ich jetzt noch mal.

Zeuge Hartmut Pauland: Den Zusammenhang mit der Liste und die Aufarbeitung, die machen wir doch. Diese Fragen werden ja geklärt. Die stehen auch in dem Aufklärungsbericht, den wir schreiben, drin.¹⁰⁰

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hat 2013 eine groß angelegte Aktion im August, kurz bevor Sie krank geworden sind, gegeben in Ihrer Abteilung.

99) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

100) Ergänzung des Zeugen: "Ob W.O. ein Auskunftsverweigerungsrecht hat, muss er selbst

beantworten. Wir klären auf und führen derzeit keine Disziplinarverfahren durch.", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, von der ich nichts weiß. Ja, ich weiß, dass ich nichts weiß. Ich weiß.¹⁰¹

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Das machen wir jedes Mal, auch wenn danach noch Zeugen in öffentlicher Sitzung vernommen werden. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Pauland am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit einstimmig so beschlossen.

Ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie uns so lange Rede und Antwort gestanden haben. Nach der Vernehmung des nächsten Zeugen schließt sich die nichtöffentliche bzw. eingestufte Vernehmung an. Ich bitte, sich dazu wieder bereitzuhalten; aber ich gehe davon aus, dass es jetzt ein wenig dauern wird. Also, Sie können sich erst mal ein bisschen ausruhen. Okay? - Danke schön.

Zeuge Hartmut Pauland: Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, wir kommen jetzt zur öffentlichen Vernehmung des nächsten Zeugen, Gerhard Schindler. Ich würde mich freuen, wenn der Zeuge in den Sitzungssaal kommt. Bis dahin machen wir eine ganz, ganz kurze Unterbrechung.

(Unterbrechung von
18.28 bis 18.34 Uhr)

101) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Ich denke, es wird sich aufgrund der Dauer der Sitzung bewähren, wenn Sie nicht stehen bleiben.

Vernehmung des Zeugen Gerhard Schindler

Ich darf ganz herzlich begrüßen unseren Zeugen Gerhard Schindler. Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Herzlichen Dank, dass Sie der Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für eine Vernehmung zur Verfügung stehen. Ich begrüße Sie herzlich.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen hieran vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Schindler, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuchs mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1

der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung - sprich: Ihre Befragung - in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung durchführen kann. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach dieser notwendigen Vorbemerkung darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ohne durch Fragen unterbrochen zu werden. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen und ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich darf Sie nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen und dazu das Mikro zu nutzen.

Zeuge Gerhard Schindler: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Gerhard Schindler. Ich bin seit 1. Januar 2012 Präsident des Bundesnachrichtendienstes, bin 62 Jahre alt, verheiratet, eine Tochter. Bei der ladungsfähigen Anschrift



Nur zur dienstlichen Verwendung

hakt es bei mir. Ich sage mal meine Privatanschrift.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir reicht die Behördenanschrift, nicht dass wir jetzt in der Öffentlichkeit auch noch alle demnächst zu Ihnen pilgern.

Zeuge Gerhard Schindler: Gardeschützenweg 101, glaube ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ladungsfähig über den BND in Pullach, nehme ich an.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist schön. Ich glaube, wir finden Sie auch. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn dies gewünscht ist, entsprechend § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern, wenn dies gewünscht ist. Wünschen Sie dies?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich würde es gerne machen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie das Wort. Bitte schön.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich danke für die Gelegenheit, vorweg Stellung nehmen zu können. Ich möchte gerne sieben Punkte voranstellen, bevor ich zum Sachverhalt komme, die mir besonders am Herzen liegen.

Erstens. Ich möchte die Gelegenheit nicht versäumen, allen hier im Raume, aber auch allen anderen Politikern und Journalisten zu danken dafür, dass sie sich bemühen, die Diskussion zu versachlichen. Dies tut uns Nachrichtendienstlern gut, und das hilft, durchzuhalten. Vielen Dank dafür.

Zweitens. Bei aller internationalen Zusammenarbeit ist eines klar: Der Bundesnachrichtendienst arbeitet für deutsche Interessen, für Deutschland und für niemand anderen. Wir sind

im Übrigen auch kein europäischer Dienst. Die Nachrichtendienste in Europa unterliegen nicht europäischem Recht. Sie sind nicht vergemeinschaftet. Alle Nachrichtendienste in Europa - alle - arbeiten daher ausschließlich für nationale Interessen. Dementsprechend schützt das deutsche Recht, also das BND-Gesetz, das G-10-Gesetz, nur Deutsche und Ausländer in Deutschland, aber eben auch nur diese. Die Aufklärung europäischer Ziele, wenn sie denn erfolgt wäre, wäre daher kein Gesetzesverstoß, sondern dieses vielmehr eine Frage der politischen Bewertung.

Drittens. Der Bundesnachrichtendienst ist so leistungsfähig wie schon lange nicht mehr. Wir haben in Afghanistan 19 Anschläge auf deutsche Soldatinnen und Soldaten verhindert und bewiesen, wie gut wir sind und wie wichtig wir sind. Wir beweisen das zurzeit bei der Ukraine-Krise, die kein regionaler Konflikt ist, sondern eine Weltkrise, und wir beweisen es zum Beispiel bei der Abwehr der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, der eine ganz reale Gefahr für unsere Bürgerinnen und Bürger darstellt.

Unsere Leistungsfähigkeit beruht auf internationaler Zusammenarbeit. Sie ist unverzichtbar. Ohne internationale Zusammenarbeit könnten wir unseren Auftrag nicht erfüllen. Aktuelles Beispiel: Bei unserem Beitrag zum Schutz der Bundeswehr im Einsatzgebiet Nordirak sind wir vor Ort auf die Technik der USA angewiesen.

Diese internationale Zusammenarbeit droht nachhaltig Schaden zu nehmen. In Europa finden bereits erste Besprechungen ohne den Bundesnachrichtendienst statt. Es war nicht der BND, der die Interneterfassung in Bad Aibling gestoppt hat, sondern genau umgekehrt, also keine Reißleine des BND oder Ähnliches. Erste Partnerdienste weltweit, nicht nur in Europa, überprüfen ihre Kooperation mit dem BND, und die Signale, die wir dabei hören, sind alles andere als positiv. Diese Entwicklung bereitet mir große Sorgen, weil letztlich die Zukunftsfähigkeit des Dienstes auf dem Spiel steht.

Viertens. Wir brauchen die internationale Zusammenarbeit, insbesondere auch mit der NSA. Die Zusammenarbeit mit der NSA war im Übrigen



Nur zur dienstlichen Verwendung

politisch ausdrücklich gewollt und im MoA von 2002 sogar vertraglich fixiert. Die NSA hat uns jahrelang großzügig bei der Auftrags Erfüllung mit Informationen, mit Terrorwarnungen, mit Technik, mit Know-how unterstützt und geholfen.

Wenn man einen Summenstrich ziehen will, dann ist völlig klar: Wir und damit die Sicherheit Deutschlands, wir profitieren am meisten von dieser Zusammenarbeit und nicht umgekehrt. Wir sind abhängig von der NSA und nicht umgekehrt. Die NSA ist unser Partner und nicht unser Gegner. Gegner haben wir reichlich, die die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gefährden, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gefährden. Die NSA gehört nicht dazu. Die NSA gefährdet nicht die Sicherheit Deutschlands, sondern sie hilft uns, Deutschland zu schützen.

Fünftens. Unsere Leistungsfähigkeit beruht im Übrigen auch auf dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die trotz zu wenig Personal, trotz zu wenig Geld, trotz zu wenig Technik jeden Tag ihren schwierigen und teilweise riskanten Dienst versehen. Ich möchte daher auch an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen für ihre hervorragende Arbeit bei widrigen Rahmenbedingungen danken.

Sechstens. Als Präsident des BND trage ich die Verantwortung für den Dienst während meiner Amtszeit. Ich trage die Verantwortung, salopp gesagt, für alles und alle 6 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und zwar egal, ob ich den konkreten Sachverhalt kannte oder ob ich ihn nicht kannte. Wenn wir also gleich über Sachverhalte sprechen, dann geht es mir darum, einen Beitrag zur Klärung der Sachverhalte zu liefern, und nicht darum, mich wegzuducken und die Verantwortung auf meine Mitarbeiter abzuschieben. Dies ist mir sehr wichtig.

In meine Amtszeit fällt im August 2013 die erste systematische Überprüfung des US-Profiles seit 2005 überhaupt. Seit dem ersten Austausch von Selektoren im April 2005 bis August 2013 gab es nach Aktenlage keine solche systematische Überprüfung.

Siebtens. Nicht zuletzt möchte ich mich bei diesem Ausschuss, bei Ihnen, bedanken. Sie haben aus meiner Sicht bereits ein wichtiges Ergebnis Ihrer Arbeit erreicht, nämlich eine längst überfällige Diskussion angestoßen über den Stellenwert und die Aufgabenstellung eines Auslandsnachrichtendienstes, über die Rechtsgrundlagen der Auftrags Erfüllung und über die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der internationalen Zusammenarbeit. Ich habe mir bei meinem Dienstantritt im Januar 2012 nicht vorstellen können, dass nach über 50 Jahren seit der Errichtung des Bundesnachrichtendienstes diese Grundlagen für unsere Arbeit noch nicht ausdiskutiert sind.

Wir, Angehörige eines Nachrichtendienstes, haben ein Recht darauf, wir haben ein Recht darauf, klare Vorgaben, klare Rahmenbedingungen zu erhalten, was gewollt ist und was nicht gewollt ist. Es ist allerdings auch unsere Pflicht, dies einzufordern. Ob dies in der Vergangenheit des BND immer hinreichend erfolgt ist, vermag ich nicht zu beurteilen.

Die Diskussion über Rahmenbedingungen ist auch deshalb so wichtig, weil sie grundlegend für die Verankerung eines Nachrichtendienstes in einer demokratischen Gesellschaft ist. Es ist Ihr Verdienst, diese Diskussion angestoßen zu haben, und Sie dürfen sicher sein, dass ich mich daran beteiligen möchte.

Zum Sachverhalt: Der Bundesnachrichtendienst arbeitet in der Dienststelle Bad Aibling seit 2004 mit der NSA auf der Basis einer Vereinbarung aus dem Jahre 2002 zusammen. Die entsprechenden Rahmenbedingungen sind in Anlagen, nämlich dem Annex 1 bis 5, im Einzelnen geregelt. Das MoA ist eingestuft mit dem Geheimhaltungsgrad „Streng Geheim“. Es war 2013 dem PKGr zur Einsichtnahme in die Geheimschutzstelle vorgelegt worden und liegt nach meiner Kenntnis auch Ihnen vor. Der geografische Schwerpunkt liegt vereinbarungsgemäß außerhalb Europas. Entsprechend der Erfassungstechnik in Bad Aibling handelt es sich um Satellitenkommunikation.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Seit April 2005 erhält der Bundesnachrichtendienst Telekommunikationsmerkmale - Telefonnummern, E-Mail-Adressen und Ähnliches - für die Satellitenaufklärung in Bad Aibling, die der Bundesnachrichtendienst vor der Einspeisung in das Erfassungssystem prüft. Telekommunikationsmerkmale bei E-Mail-Adressen weisen dabei unterschiedliche technische Schreibweisen auf, bis zu 20, sogenannte Permutationen. Jede Permutation stellt einen eigenen Selektor dar. Beispiel: „Gerhard Schindler“, „Gerhard.Schindler“, „G. Schindler“, „G. S.“, und welche Variationen man sich auch immer ausdenken kann. Diese hohe Zahl an Permutationen erklärt auch die hohen Zahlen, die zurzeit im Raume stehen.

Steuerung bedeutet, dass nach diesen Selektoren in den Satellitenstrecken gesucht wird. Die Anzahl etwaiger Treffer, also die Erfassung, die reale Erfassung, ist hiervon unabhängig. Steuerung bedeutet nicht zugleich auch Erfassung.

Die Selektoren wurden vor einer Steuerung nach einem automatisierten Standardverfahren zur G-10-Erkennung geprüft. Das ist unser DAFIS-System. In der ersten Stufe kommen rein formale Kriterien zur Anwendung, also „0049.de“, als auch in der zweiten Stufe dann Erfahrungswissen, die sogenannte G-10-Positivliste. In dieser G-10-Positivliste sind beispielsweise Telefonnummern, E-Mail-Adressen enthalten, die eigentlich auf einen ausländischen Teilnehmer schließen lassen, also eine afghanische Telefonnummer, wo wir aber aus Erfahrungswissen wissen, dass dahinter ein Grundrechtsträger steht. Deshalb sind diese Telefonnummern dann in die G-10-Positivliste aufgenommen, um eine Steuerung zu verhindern.

In der dritten Stufe werden deutsche Interessen geführt, zum Beispiel Namen geprüft, zum Beispiel Namen deutscher Unternehmen oder Unternehmen mit deutscher Beteiligung, um deren Erfassung im Ausland zu verhindern. Im Inland kann ja keine Erfassung erfolgen, weil die Stufe 1 bereits die Erfassung verhindert. Dieses System habe ich seinerzeit auch im PKGr vorgetragen, nach meiner Erinnerung zweimal im Juni 2013. Sofern Selektoren nach diesen Maßstäben als G 10 qualifiziert werden, werden sie abgelehnt.

Neben der Prüfung der Selektoren wurden auch alle darauf basierenden Erfassungsergebnisse - also, das eine ist also die Steuerung, die Suche, und das andere ist die Erfassung, die tatsächliche Erfassung - vor einer etwaigen Weitergabe automatisch kontrolliert, und zwar nach den eben beschriebenen formalen Kriterien - „0049.de“, also Stufe 1 - und nach der G-10-Positivliste, Stufe 2. Das hat deshalb einen Sinn, weil man zwar den Selektor vorher geprüft hat, aber wenn dieser Selektor einen zweiten angerufen hat und der womöglich Grundrechtsträger ist, dann hat man dies ja mit der Selektorenprüfung nicht verhindert, sodass das Erfassungsergebnis noch einmal gefiltert wird, um den Grundrechtsträger zu identifizieren und abzulehnen.

Darüber hinaus wurden Treffer stichprobenartig gesichtet. Bei dieser Sichtung wurden keine Auffälligkeiten festgestellt. Dies ist angesichts der geografischen Ausrichtung der Dienststelle nachvollziehbar. Durch diese geografische Ausrichtung außerhalb Europas ist eine tatsächliche Erfassung zu einem Selektor mit EU-Bezug eher unwahrscheinlich.

Im Zeitraum 2005 bis 2008 fand die Prüfung der Selektoren manuell in Bad Aibling statt. Seit Juni 2008 erfolgt dies elektronisch. Seit 2008 wurden die Selektoren, die nach Prüfung durch den Bundesnachrichtendienst abgelehnt wurden, in einer Datenbank des BND aufgenommen. Schutzzweck dieser Datenbank war es, eine erneute Einspeisung abgelehnter Selektoren zu verhindern. Das ist die sogenannte Ablehnungsdatei.

Im August 2013 veranlasste der Unterabteilungsleiter T2 eine Prüfung des Profils für Internetverkehre, nicht der Ablehnungsdatei, sondern des Profils. Dies war die erste systematische Überprüfung seit 2005 überhaupt.

Im Ergebnis dieser Überprüfung wurden im August 2013 Selektoren abgelehnt durch Überführung in die oben genannte Ablehnungsdatenbank. In dieser Ablehnungsdatenbank sind also enthalten: Ablehnungen vor August 2013, die durch Filterung in die Ablehnungsdatei gekommen sind, dann Ablehnungen aus August 2013, die durch diese Überprüfung im August 2013



Nur zur dienstlichen Verwendung

quasi händisch in die Ablehnungsdatei gekommen sind, und Ablehnungen nach August 2013, wiederum durch Filterung.

Im Zuge der Erstellung der Vorlage zum Beweisbeschluss BND-26 hat meine Projektgruppe entsprechende Unterlagen bei der Abteilung TA angefordert. Daraufhin wurde mit Stand 6. März 2015 erstmalig diese Datei ausgedruckt und von der Fachabteilung an die Projektgruppe und von dort an das Bundeskanzleramt übersandt.

Ich bitte um Verständnis, dass ich zu Geheim eingestuftem Sachverhalten, insbesondere zu Zahlen, in öffentlicher Sitzung keine Aussagen machen kann, da ich nicht gegen meine Aussagegenehmigung verstoßen möchte.

Im Bundesnachrichtendienst erfolgt derzeit eine umfassende und vorbehaltlose Aufklärung des gesamten Sachverhalts. Nach dem Stand des bisherigen Ergebnisses möchte ich Ihnen meine Bewertung nicht vorenthalten. Ich denke, dabei muss man unterscheiden zwischen der Überprüfung der Selektoren und der tatsächlichen Erfassung.

Die Überprüfung der Selektoren war von Beginn an unvollständig. Bei Beginn im April 2005 erfolgte ausschließlich eine Überprüfung nach G-10-Kriterien. Die Prüfung war also bereits bei ihrem Start im April unzureichend. Weisungen oder eine Dienstvorschrift zur Umsetzung des MoA von 2002 gab es nicht, nicht im BND und nicht von anderer Stelle. Spätere Überprüfungen der Selektoren mit EU-Bezug erfolgten eher zufällig. Eine systematische Überprüfung ist seit April 2005 nicht erfolgt, und die erste - ich sagte es bereits - erfolgte im August 2013.

Dieses von Beginn an unzureichende Verfahren wurde verfestigt mit der Umstellung auf elektronische Prüfung im Juni 2008, quasi maschinell verfestigt, obwohl man vorher suspekten Selektoren festgestellt hatte. Ich kann mir das nicht erklären.

Wenn man sich den zweiten Bereich, die tatsächliche Erfassung, anschaut, dann stellt sich die

Frage: Welche Folgerungen hatte denn die Steuerung nach unvollständiger Prüfung? Tatsächliche Erfassungen erfolgten aber eher ausnahmsweise, und dies hat etwas mit dem Ort zu tun; denn die Erfassungen erfolgten in Krisenregionen und nicht in Europa, und deshalb ist es schwierig, einen europäischen Selektor in Afghanistan zu finden.

Bei einer rückschauenden Betrachtung drängt sich die Frage auf: Wo lagen die Sollbruchstellen? Ich sehe vier. Ich sehe sie bei Beginn im April 2005, nämlich gleich von Anfang an unvollständige Prüfung ohne hinreichende Berücksichtigung des MoA. Dies ist allerdings kein Gesetzesverstoß.

Ich sehe die zweite Sollbruchstelle bei der Umstellung auf die elektronische Prüfung in 2008, die das Verfahren quasi maschinell verfestigte.

Ich sehe sie aber auch - drittens - in den Jahren 2010 und 2011, als die Abteilung TA ihr, salopp ausgedrückt, ungutes Gefühl unter Hinweis auf konkretere, ältere Zufallsfunde der Leitung des BND kundtat. Dies blieb jedenfalls nach Aktelage ohne Reaktion.

Und nicht zuletzt sehe ich die Sollbruchstelle im August 2013, als ich über die erste systematische Überprüfung der Selektoren leider nicht unterrichtet wurde. Vieles ist im Nachhinein schwer oder kaum erklärbar. Ich bin mir aber sicher, dass jeder im BND bemüht war, seinen Auftrag bestmöglich zu erfüllen.

Um das Bild abzurunden, möchte ich Ihnen gerne abschließend die getroffenen Sofortmaßnahmen und auch die Zielrichtung der noch beabsichtigten Maßnahmen kurz darstellen.

Bei den Sofortmaßnahmen nur die wichtigsten:

Erstens Einrichtung einer Projektgruppe mit umfassender Kontrollbefugnis zur begleitenden Überprüfung der Aufarbeitung des Sachverhaltes. Leiterin dieser Kontrollgruppe ist die dem Ausschuss bekannte Frau Dr. F. Die Aufarbeitung wird also kontrollierend begleitet durch diese Kontrollgruppe. Sie ist mir direkt unterstellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zweitens. Das DAFIS-Filtersystem wurde erheblich erweitert, um die zu beachtenden Interessen so stark wie möglich zur Geltung zu bringen.

Drittens. Der Geschäftsprozess der Prüfung wurde optimiert, unter anderem dadurch, dass zukünftig Selektoren nur nach vorheriger positiver Prüfung in die Steuerung eingestellt werden - also quasi eine Beweislastumkehr gegenüber dem früheren Verfahren.

Beabsichtigte Maßnahmen. Aus meiner Sicht müssen sie sein:

Erstens Prüfung der Außenstellenstruktur des Bundesnachrichtendienstes, um so die Fachaufsicht und die Dienstaufsicht deutlich zu verbessern.

Zweitens Durchbrechung des Abschottungsprinzips - nachrichtendienstlich typisch - „Kenntnis nur, wenn nötig“. Durchbrechung dieses Abschottungsprinzips durch eine angepasste Prozesskette, nämlich die Beseitigung der Schnittstelle zwischen Steuerung und Erfassung durch eine entsprechende Organisationsänderung.

Drittens Stärkung des Controlling-Systems durch Einbau zusätzlicher Prüfinstanzen, insbesondere auch juristischer und statistischer Prüfinstanzen.

Viertens eine bessere Technikausstattung, um insgesamt unabhängiger zu werden.

Und nicht zuletzt, fünftens, eine stärkere Qualifizierung des Personals.

Eine letzte Bemerkung zum Thema Maßnahmen: Ich hatte bereits am 3. März 2015, also noch vor Kenntnis der jetzt diskutierten Sachverhalte, die Bundesdatenschutzbeauftragte angeschrieben und um regelmäßige jährliche Kontrollbesuche bei der Abteilung TA gebeten. Ich habe dargelegt, dass es meine Absicht ist, die Datenlandschaft der Abteilung zu optimieren und den Datenschutz stärken zu wollen, und ich habe um Unterstützung bei diesen Verbesserungsbemühungen gebeten. Eine externe Kontrolle gerade auch in diesem Bereich erscheint mir wichtig und richtig. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Schindler. - Ich würde dann jetzt gerne mit Fragen beginnen.

Normalerweise beginne ich jetzt mit dem persönlichen Werdegang. Das möchte ich jetzt einmal unterlassen und direkt in einen Punkt einsteigen, der mir am Anfang wichtig ist zu klären, damit wir überhaupt von den richtigen und gleichen Dingen reden.

Sie hatten beschrieben den Bereich der Selektoren und die Frage sogenannter Permutationen aufgeworfen und hatten das am Beispiel „Gerhard.Schindler“ erklärt: „G. S.“, „Gerhardschindler“ am Stück geschrieben etc. Ich habe gestern genau die gleiche Frage danach gestellt und habe es anders erklärt bekommen und habe auch gerade das Testat vor mir liegen, was eingestuft ist. Ich möchte Ihnen das einmal vorlegen und fragen, wie die Darstellung denn dem entspricht, was gerade vorgestellt worden ist und was hier in dem Testat steht. Es wird Ihnen jetzt gerade gebracht.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe es selbst. Wenn Sie mir sagen, wo es ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die aufgeschlagene Seite kommt gerade. Das müsste Seite 2 sein. Dort sehen Sie die Permutationen und Beispiele von Permutationen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dort ist dargestellt ein etwas anderes System, was uns gestern anders erklärt worden ist. Ich muss mich so ausdrücken, weil die Erklärung in eingestufte Sitzung erfolgte.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es hat also nicht den Grund, verschiedene Möglichkeiten der Darstellungsformen zu berücksichtigen, sondern gegebenenfalls - jetzt muss ich so fragen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ich nichts in öffentlicher Sitzung verrate, was Ihren technischen Dingen Rechnung trägt - darauf Rücksicht zu nehmen, wie die Schreibweise jeweils dargestellt wird. Ich hoffe, ich habe mich jetzt so ausgedrückt, dass ich nichts verraten habe. Kann das sein, dass da jetzt gerade eine ungenaue - -

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, im Prinzip, Herr Vorsitzender, ist es beides. Ich habe bei dem Beispiel, was ich Ihnen hier mündlich vorgetragen habe, versucht, es so einfach für einen Juristen wie mich wie möglich zu machen. Diese unterschiedlichen Schreibweisen gibt es bei diesen Permutationen, so, wie ich sie dargestellt habe. Es gibt sie aber auch so, wie in dem Testat es dargestellt worden ist. Ich sagte ja, dass wir teilweise bis zu 20 solcher Permutationen zu einem Begriff, zu einem Telekommunikationsmerkmal haben, und da ist es klar, dass es nicht nur um die Schreibweise „G.Schindler“ oder „Gerhard Schindler“ geht, sondern dass es auch eben sonstige technische Änderungen, die ich allerdings nicht verstehe - - Warum „Prozent 2 Punkt sonst was“ da steht - - Aber es sind technische Änderungen, mit denen man ebenfalls Permutationen erzeugen kann. Es ist beides richtig, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich gehe da jetzt nicht ins Detail. Das können wir in eingestufteter Sitzung noch machen. Aber okay.

Jetzt kommen wir mal auf die Anfangsjahre zurück - 2004 - der Satellitenerfassung in Bad Aibling. Wie hat man denn ganz zu Anfang die Inhalte gewonnen? Also klar: über Satellit. Dann hat man Strecken ausgewählt. Und wie hat man denn Treffer gekriegt, quasi ab dem ersten Tag? Anhand welcher Kriterien wurden denn die Treffer bestimmt? Gar nicht so kompliziert gemeint.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Vielleicht darf ich vorwegschicken: Ich bin seit dem 1. Januar 2012 im Bundesnachrichtendienst. Ich kann Ihnen also jetzt nur vom Hörensagen, also von dem, was ich versucht habe aufzuklären, berichten, und insofern - unter diesem Vorbehalt - möchte ich gerne sagen: Ja, wir - - Ich glaube, erkannt zu haben, dass es wie folgt gelaufen ist: Im Jahre

2004 begann man mit der Zusammenarbeit, also man sprach sich ab, man klärte sich ab, und die ersten Selektoren zur Steuerung kamen im April 2005, also nach dieser Abklärungsphase. Und diese ersten Selektoren wurden dann auch in das Steuerungssystem eingestellt.

Ich würde Ihnen gerne dann zur Frage: „Wie wurden sie damals geprüft?“, in nichtöffentlicher Sitzung weitere Ausführungen machen wollen. Und diese damals eingesteuerten Selektoren haben dann - da habe ich keinen Beleg für - aber sehr wahrscheinlich auch zu Treffern, zur Erfassung geführt. - Und das, glaube ich, war Ihre Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Bei dieser Initial Load - oder wie man es auch immer bezeichnen will - hat man relativ zeitnah schon festgestellt, dass dort Selektoren dabei waren, die nicht der gemeinsamen Vereinbarung entsprachen. Richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich überlege gerade, ob ich es in nichtöffentlicher Sitzung sagen kann. - Also, ja, die Prüfung war damals bereits unzureichend, also das Starterkit ist unzureichend geprüft worden, weil man es ausschließlich auf G 10 geprüft hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Diese Filterkaskade - DAFIS und weiter - kannte man ja auch schon aus anderen Bereichen. Von daher hat man wahrscheinlich das, was State of the Art war, dann auf diesen neuen Bereich angewendet ab 2004/2005 und nicht für diesen Bereich sich ein neues System einfallen lassen, vermute ich mal. Könnten wir das, wie gesagt - - Wenn Sie es konkreter wissen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich weiß es nicht, wann im Bundesnachrichtendienst diese Filterkaskade entwickelt worden ist; aber die händische Prüfung, die von 2005 bis Juni 2008 erfolgte, erfolgte im Grunde genommen nach demselben Prinzip, also Stufe 1 und Stufe 2 und Stufe 3, und dieses Prinzip ist dann im Juni 2008 maschinell übernommen worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn so was Neues angefangen wird - eine Vereinbarung aus 2002; dann braucht das eine Zeit, immerhin zwei Jahre, das Starterkit, wie Sie sagten, 2005 im April -, könnte ich mir vorstellen: Bei so einer Sache gibt es regelmäßige Unterabteilungsleiter-treffen, Abteilungsleitertreffen, aber insbesondere auch Berichtspflichten. Ich könnte mir vorstellen, dass es sogar hier so eine Art Pflichtenhefte gab. Die gibt es ja auch in Behörden. Ist Ihnen da was bekannt, wie dieser Verlauf kontinuierlich - Sie sprachen eben das Wort „Controlling“ - begleitet worden ist, dass man im BND Prozessfortschritte dementsprechend dokumentierte und man in der Amtsleitung, also Präsident etc., wusste, wie der Stand ist? Ist das dokumentiert worden?

Zeuge Gerhard Schindler: Kann ich Ihnen leider nicht sagen. Wir haben jedenfalls bei unserer bisherigen Suche weder eine Weisung noch eine Dienstvorschrift gefunden, die quasi das MoA von 2002 in irgendeiner Weise umsetzt. Ich sage mal, im Verhältnis zu heute wäre das gar nicht denkbar. Also heute würden wir sofort einen Erlass vom Kanzleramt kriegen und sagen: „Nun macht mal so eine schöne Dienstvorschrift“, und wir würden sie dann dem Kanzleramt zur Genehmigung vorlegen. Ein solches Verfahren fehlt jedenfalls nach Aktenlage und ist auch - - Es fehlt. Also sonst hätten wir es gefunden. Und deshalb kann ich Ihnen auch nicht sagen, nach welchen Kriterien diese Umsetzung erfolgte. Fest steht eines: Die Prüfung war unzureichend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das MoA ist ja - Sie sprechen es ja an - nicht eine halbe Seite nur lang; das ist etwas umfangreicher. Mehr inhaltlich möchte ich nicht sagen. Aber auch bezüglich der zu erfassenden und nicht zu erfassenden Räume ist es ja auch nicht einsilbig, um es mal so auszudrücken. Also sprich: Es wäre wohl sinnvoll gewesen, wenn man denjenigen, die das umsetzen müssen, doch eine etwas klarere Handreichung oder eben das MoA auf den Bildschirm geklebt - zumindest die eine Seite, die ich jetzt meine, mit der Konkretisierung, wo es relativ klar raus hervorgeht - - doch dann mal zur Kenntnis gebracht wird, weil ich frage mich, wie operativ etwas gemacht werden soll, wenn man die

Grundlagen dafür gar nicht kennt. Also das - - Wie hat man denn dann überhaupt gearbeitet, wenn man gar nicht den Arbeitsauftrag kennt, um es mal so zu sagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Herr Vorsitzender, ich kann es Ihnen leider nicht sagen. Jedenfalls gibt es in den Akten keine Hinweise dafür, wie das umgesetzt wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wissen Sie aus den Akten, aus jetzigem Studium, ob dieses MoA breit im Amt diskutiert worden ist? Wie ist das denn - sagen wir mal - zustande gekommen? Also, musste da jedem Mitarbeiter klar sein, um was es jetzt geht hier, also den Mitarbeitern, die in dem Bereich tätig waren? Weil sonst stelle ich mir das wirklich sehr schwierig vor: „Macht mal, wählt mal Selektoren aus“, und man weiß ja gar nicht, welche.

Zeuge Gerhard Schindler: Also das MoA ist ja Streng Geheim eingestuft. Ich glaube also nicht, dass das MoA als solches breit im BND verteilt worden wäre. Also eher nein. Eher nein. Wie dann die Kommunikation erfolgte zur Umsetzung, das kann ich Ihnen leider nicht sagen. Jedenfalls gibt es eben keine Weisung oder Ähnliches.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das vielleicht in der Gruppe in Bad Aibling, die speziell auch den Kontakt mit den Amerikanern in Bad Aibling hatte, dort bekannt, aber nicht weiter darüber hinaus, zum Beispiel bei denjenigen, die sich später in Pullach mit der Auswahl der Selektoren beschäftigten, dass man sagte: „Die wissen das, die Bad Aiblinger“? Keine - -

Zeuge Gerhard Schindler: Tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil das ist ja schon ein Punkt eigentlich, dass die Arbeitsgrundlage denjenigen, die arbeiten da, gar nicht bekannt ist. Okay. Gut.

Dann kommen wir in die Folgejahre, nachdem die ersten Dinge nach dem Starterkit aufgefallen waren. Sie sagten, die wären auch hochgemeldet



Nur zur dienstlichen Verwendung

worden. Die Begriffe nenne ich jetzt nicht, welche hochgemeldet worden sind, aber da ist was hochgemeldet worden. Ist das dann quasi gemeldet worden mit dem Zusatz: „Oh, bei uns läuft es nicht; wir kriegen es nicht hin“? Im Zweifel wussten sie ja gar nicht, was sie nicht hinkriegen, weil sie das MoA nicht kannten. Aber irgendwas fanden die hier nicht richtig und haben es hochgemeldet, mit der Maßgabe: „Es klappt nicht“, oder: „Da ist was, aber ist alles okay“. Wie würden Sie das sagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich würde vielleicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eigentlich hätten doch die Alarmglocken läuten müssen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Ich will vielleicht vorher noch darauf hinweisen: Ich hatte ja eben gesagt - und das kann ich gerne in der nicht-öffentlichen Sitzung dann etwas deutlicher versuchen, zu schildern -, dass nach 2005, nach April 2005, die Überprüfungen, so, wie wir sie nach Aktenlage gefunden haben, dann auch eher zufällig den europäischen Bezug gesucht haben. Und die Meldungen nach oben, wenn ich das mal so nennen darf, die ich im Jahre 2010 und 2011 an der Aktenlage festmachen kann, die auch dem Ausschuss vorliegt - - Diese Meldungen nach oben interpretiere ich als ungutes Gefühl der betroffenen Personen. Denn wie kommt man auf die Idee, im Jahre 2010 zweimal und im Jahre 2011 einmal drei konkrete Dinge anzusprechen aus dem Jahre 2005, wahrscheinlich 2006 und den letzten Punkt wahrscheinlich 2007/2008, wenn man nicht ein ungutes Gefühl hat, um dies damit auch nach oben auszudrücken?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre nämlich meine nächste Frage gewesen: Wie erklären Sie sich diesen Zeitabstand dazwischen, zwischen 2005 und 2010? Fünf Jahre rennt also der arme Mitarbeiter, der gar nicht weiß, auf welcher Grundlage er das macht, weil er das MoA nicht kennt, mit einem diffusen, ungunen Gefühl, das sich so lange verdichtet, bis es 2010 in einen Text mündet, der nach oben geht.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ungewöhnlich.

Zeuge Gerhard Schindler: Ist ungewöhnlich. Ich hätte als Präsident nicht gefragt: „Was ist denn der Sachverhalt?“, sondern ich hätte gefragt: Wie kommt ihr dazu, mir so einen alten Sachverhalt zu berichten?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Warum jetzt?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Warum jetzt? Also, das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Aber da ist nicht gefragt worden anscheinend.

Zeuge Gerhard Schindler: Nach Aktenlage gab es keine Reaktion.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn wir jetzt mal in das Jahr 2007/2008 gehen: Gab es da nur punktuelle - diesen einen dritten Punkt, den Sie ansprachen - Auffälligkeiten, oder gab es da schon zwar keine systematische Prüfung wie im August 2013, wie Sie sagten, doch zumindest nicht nur punktuell, sondern großflächig - - „Großflächig“ klingt jetzt auch so - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich verstehe, was Sie meinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich verstehe, was Sie meinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich hatte gesagt „zufällig“; also es gab eher zufällige Prüfungen, und ich würde das gerne dann in der nichtöffentlichen Sitzung dann doch noch mal konkretisieren. Aber vielleicht so weit: Man kann anhand der Bearbeitung der Datei erkennen, was als „disapproved“, also als nicht zu steuernd qualifiziert worden ist, und wenn man so im Nachhinein da-rüberschaut, dann stellt sich die Frage: „Wieso jetzt ausgerechnet in zwei Ländern der EU, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

warum in allen anderen Ländern der EU eben nicht?“, wo aber auch genau dieselben kritischen - also natürlich unterschiedlich, nicht im selben Umfang, aber auch solche kritischen - Selektoren enthalten sind, und das ist eben eine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also mit anderen Worten: Da gab es einen Bereich, der da aufgefallen war qua Zufall, aber nicht nur ein Selektor, sagen wir mal, jetzt schon etwas mehr, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - aber eben nur einen Bereich, und dann war es das, wenn ich es richtig verstehe.

Zeuge Gerhard Schindler: Die Zahl - - Also, „eins“ stimmt nicht, aber die Zahl würde ich dann gerne in der nichtöffentlichen Sitzung sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Jetzt sagten Sie, was auf „disapproved“ gestellt wird oder nicht. Ging das denn mit dem Auf-„disapproved“-Stellen schon 2007/2008? Oder fing das nicht eher 2011 an? Ich weiß es jetzt nicht, inwiefern - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich weiß, was Sie meinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, gut.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, das technische System, dass diese Datenbank - - Es sind ja zwei Datenbanken: eine für Telefonie und eine für IP-Verkehre. Das technische System ist für den IP-Verkehr. Ich hoffe, dass ich das alles richtig in Erinnerung habe von 2008. Für die Telefonie: Weil es älter war, gab es Vorläufersysteme, und dort beginnt das Einstellen in die Steuerung bereits mit 2005. Jetzt weiß ich nicht - das müsste man noch mal einen Experten fragen -: Was bedeutete beispielsweise, wenn man im Jahre 2007 einen Selektor für kritisch gehalten hat und hat ihn dann quasi nicht steuern wollen? Ob das schon das „disapproved“-System war oder ob es

ein anderes System war, das kann ich Ihnen jetzt leider für diese Vergangenheit nicht darlegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und dann hat man im Grunde keine Rückmeldung gekriegt 2010/2011 und hat im Grunde weitergearbeitet, und dann kamen im Sommer 2013 die Ereignisse um die Veröffentlichung von Edward Snowden und auch die Berichterstattung der Presse, auch Veröffentlichungen, die Deutschland betrafen. Und dann wurde nie daran gedacht, mal zu schauen: „Mensch, anhand welcher Selektoren prüfen wir denn unsere ausgewählten Strecken der Auslandserfassung über Satellit“? Da hätte ich mich ja, sagen wir mal, nicht gewundert, wenn gesagt worden wäre: Okay, sensibler Punkt. Ist da was dran, was auch zum Beispiel schon in der *Süddeutschen* geschrieben wird? Sollten wir da schnell noch mal hingucken? - Da ist nicht dran gedacht worden?

Zeuge Gerhard Schindler: Mit Beginn Snowden, glaube ich, haben wir - ich habe jetzt keine Liste geführt oder kein Tagebuch oder Ähnliches - Hunderte von Überprüfungen gemacht. Wir haben im Grunde genommen jedes Chart, das veröffentlicht worden ist, geprüft. Ich habe eine eigene Projektgruppe eingerichtet, die den Auftrag hatte, jedem Chart nachzugehen, um zu schauen: Gibt es BND-Bezüge? Gibt es Deutschland-Bezüge? Ist der BND dort irgendwie betroffen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung. War die beim Leitungsstab oder bei TA?

Zeuge Gerhard Schindler: Beim Leitungsstab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Beim Leitungsstab, okay.

Zeuge Gerhard Schindler: So. Und dann, wenn wir Fragen hatten - - Wir haben uns natürlich auch Sachverstand aus der TA in diese Gruppe bei mir im Leitungsstab hineingenommen, weil wir als Nichttechniker mit vielen Begriffen ja gar nichts anfangen konnten. Und alle diese Überprüfungen hatten keinen Anlass gegeben, diese Frage hier als „Bingo“ zu nehmen. Wir hatten überprüft beispielsweise die Frage - neben vielen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

zig anderen Überprüfungen -, ob die behauptete Zahl von 500 Millionen Ausspähungen von Deutschen in Deutschland durch die NSA zutrifft, und wir konnten dann relativ rasch erklären, dass das falsch ist, sondern dass dieses Chart von Snowden zwar Bad Aibling ist, aber das Bad Aibling Krisengebiete steuert und eben nicht Deutschland steuert.

Wir haben das auch ausführlich im PKGr beispielsweise vorgetragen. Wir haben im PKGr im Übrigen auch wochenlang jede Woche Sondersitzungen gehabt, und in diesen Diskussionen hat sich auch - jedenfalls für mich - kein Anhaltspunkt ergeben, dass ich diese Frage hätte klären müssen. Ich muss Ihnen gestehen: Auf die Idee, dass ich in Krisengebieten in Somalia, in Afghanistan - wo auch immer - Selektoren mit EU-Bezug steuere - - Also diese Fantasie hat mir gefehlt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Letzte Frage, weil ich glaube, dann müssen wir zur namentlichen Abstimmung: Wie viele Datenbanken mit Selektoren werden eigentlich im BND geführt? Für jede Kooperation eine? Für international und national eine, dann noch mal untergliedert in Telefonie oder IP-gestützt? Ist das alles in einer Datenbank? Ist das in verschiedenen Datenbanken? Oder ist das eine Datenbank, unterschiedlich mit Flags gesetzt? Wie muss ich mir das vorstellen? Sie sollen jetzt nicht in die letzten Details gehen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ist klar. - Es gibt kein einheitliches System, sondern es gibt ein System, das - ich sage mal - das herrschende System ist. Das ist das System, wo auch unsere eigene Steuerung erfasst ist, die dann ähnlich behandelt wird mit „aktiv“ oder „inaktiv“. Wir nehmen ja auch schon Selektoren raus. Und das ist das Hauptsystem. Aber das System in Bad Aibling ist ein singuläres System und hat mit dem Hauptsystem des BND nichts zu tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dazu werde ich nach der Unterbrechung die eine oder andere Frage gleich noch stellen. - Wir müssen jetzt zur namentlichen Abstimmung. Ich muss daher die Sitzung an dieser Stelle unterbrechen. -

Danke schön bis hierhin, und wir machen direkt nach der namentlichen Abstimmung weiter.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
19.23 bis 19.51 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort. Ich danke allen für das Verständnis. Aber das lässt sich in den parlamentarischen Abläufen nicht anders machen, da natürlich auch andere Tagesordnungspunkte im Plenum abgestimmt werden wollen.

Herr Schindler, wir kommen zurück zu Fragen an Sie. Ich habe noch einige ganz wenige Fragen, und dann geht es mit den Fraktionen weiter. Mich würde das Jahr 2013 interessieren. Sie hatten ja schon gesagt, dort kam es dazu, dass Prüfungen veranlasst wurden, dass dabei Selektoren entdeckt worden sind, europäische Selektoren. Sind das Selektoren - frage ich mal eben vorab zum Verständnis -, die im deutschen Interesse sind? Dass Selektoren im deutschen Interesse sind, wenn sie nicht deutsche sind, also G-10-relevant, aber eben doch uns wichtig sind? Sind das die europäischen? Kann man sagen, die sind alle im deutschen Interesse?

Zeuge Gerhard Schindler: Im August 2013, diese Überprüfung durch den - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder grundsätzlich erst mal: Sind europäische Selektoren im deutschen Interesse liegende Selektoren, oder was bedeutet - darauf will ich hinaus - diese Definition „Selektoren im deutschen Interesse“? Was ist das?

Zeuge Gerhard Schindler: Okay, jetzt habe ich es verstanden. - Dieses deutsche Interesse, das hat man versucht in dieser dritten Stufe des Filterprofils zu formulieren. Filterprofil, hatten wir eben gerade gesagt, schon länger, früher eher händisch und dann irgendwann mal umgestellt auch auf Maschine. Die einfachen Kriterien sind ja die Stufe 1 und 2, und bei der Stufe 3 - so



Nur zur dienstlichen Verwendung

meine Vermutung und auch Gespräche und Aktenlage - - die ist eben entstanden, nachdem man - die Namen würde ich Ihnen gerne in der nichtöffentlichen Sitzung sagen - in den Selektoren damals schon bei der händischen Prüfung Unternehmen festgestellt hatte, eine geringe Anzahl, und über den Namen wohl gestolpert ist und sich dann hat geben lassen: Ist das ein deutsches Unternehmen, oder ist das kein deutsches Unternehmen? Und dann war man der Überzeugung: Das ist zwar kein im juristischen Sinne deutsches Unternehmen - das ist auch immer schwierig, wenn der Sitz in den Niederlanden ist und die Niederlassung ist in Asien irgendwo, möglicherweise nach asiatischem Recht; alles etwas kompliziert -, aber nichtsdestotrotz hat man dann diesen Firmennamen in diese Stufe 3 hineingenommen, weil es eine deutsche Beteiligung gab. Und das würde dann, so meine Vermutung, deutsches Interesse definieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Betrifft das nur Unternehmen, Konzerne oder auch Personen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, da bin ich jetzt über - - Ich bin bis zu Ihrer Frage davon ausgegangen, dass es Unternehmen sind. Ich kann Ihnen aber jetzt nicht 100-prozentig sicher sagen: nur Unternehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich frage mich, wenn ich jetzt der Sachbearbeiter wäre in Pullach, der diese dritte Stufe befüllen müsste - - Die verändert sich ja über die Zeit, es werden neue hinzukommen; ob alte wegbrechen, ist mir jetzt nicht so wichtig; aber es kommt ja was Neues dazu. Woran orientiert der sich? Gibt es da eine Dienstvorschrift zu, wo eine Definition von „in deutschem Interesse“ drinsteht? Hat der mal eine Schulung gekriegt, dass der sich das herleiten kann, so eine Art Subsumtion: „Das muss es ja sein“? Also, wie machen die in Pullach das? Wie bestimmen die, was in deutschem Interesse ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich glaube, angefangen hat es mit diesem Zufallsfund im Jahre 2005, diese Unternehmen, wenige, zwei Unternehmen, und so wie man es mir erläutert hat, hat

sich dann, wie Sie es aus meiner Sicht ganz korrekt beschrieben haben, diese Stufe immer mehr befüllt, indem man allerdings - das ist meine Vermutung - nicht systematisch eine, wenn man es schon gehabt hätte, Google-Suche gemacht hätte oder was man damals hätte machen können, sondern das war dann auch eher ein zufälliges Hineinfüttern in diese dritte Stufe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Trotzdem noch mal: Ich verstehe das, aber das kann ja jetzt nicht eine Bauchentscheidung eines Sachbearbeiters sein. Es kann ja nicht so gesagt werden: „So, wir haben die und die Abteilung, die in Pullach sitzt, die macht sich da einen Kopf drüber, und das macht mal der Sachbearbeiter XY, schau du mal, dass da nichts mit deutschem Interesse drin ist, mach dir mal einen Kopf, dass du das klug machst, sonst bist du halt einen Kopf kürzer, wenn du es nicht klug gemacht hast“, und dem wird nichts an die Hand gegeben. Also irgendwie stelle ich mir vor, dass so ein wesentlicher Punkt einer Filterkaskade - G 10 ist ja auch irgendwie definiert - - und so stelle ich mir das auch, nicht vergleichbar wichtig, weil das ja eher mehr, ich sage, das eine ist ein juristisches Must, das andere ist ein Wollen - - Aber nichtsdestotrotz muss das doch eingeordnet werden. Also, ist Ihnen bekannt, ob es da irgendwie eine Definition, Handreichung, Dienstvorschrift, Kriterien gibt, die wir dann auch natürlich wieder packen können bei der Bewertung hinterher, ob das erfolgreich durchgeführt worden ist? Weil sonst kann ich es kaum würdigen, ob es erfolgreich durchgeführt worden ist, wenn ich das Kriterium gar nicht definiere.

Zeuge Gerhard Schindler: Jetzt verstehe ich Ihre - - Es gibt keine Dienstanweisung für das Verfahren und auch keine Dienstanweisung für die Befüllung der dritten Stufe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte es sein, wenn ich sage: „Ich schaue mir das Aufklärungsprofil des BND an, und alles, was G 10 ist und was nicht aus dem Aufgabenprofil erklärlich ist, das wird geschützt durch den Begriff ‚deutsches Interesse‘“, dass man so eine Schnittmenge bilden kann?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Also, die G-10-Prüfung erfolgt ja schon in der Stufe 1 und 2.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge Gerhard Schindler: Das heißt, die dritte Stufe -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die sind ja auch nicht im Aufklärungsprofil, außer es ist eine G-10-Anordnung.

Zeuge Gerhard Schindler: - kann ja nur noch irgendwas im Ausland sein. Und: Ich glaube nicht, dass es, um es so deutlich zu sagen, systematisch erfolgt ist, sondern es gab Zuständige - das weiß ich, weil wir ja versucht haben, Tag für Tag diesen Sachverhalt rückwärts aufzuklären -, also es gab Zuständige für diesen Bereich, die aber nicht ausschließlich für diese Befüllung der dritten Stufe zuständig waren, und es gibt keine Dienstweisung dafür von Anfang an. Und insofern wage ich die Behauptung, dass es nicht systematisch war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt gehe ich mal ins Jahr 2015, aber nicht mit Blick, weil ich in dem Jahr 2015 fragen will, sondern um zu ergründen, was 2013 passiert ist. Als Sie im Jahre 2015 Kenntnis von der ersten systematischen Prüfung im August 2013 erhalten haben: Was haben Sie denn da quasi rausbekommen? Also was war da Ihr Kenntnisstand, den Sie jetzt in der öffentlichen Sitzung sagen können? Ich frage jetzt, weil, Testat hin und her, ich habe es lieber aus direkter Hand.

Zeuge Gerhard Schindler: Gerne, ja. - Also, ich selbst kann mich noch relativ gut erinnern, weil ich auf der Fahrt von Pullach zum Flughafen war, wo ich einen Anruf erhalten habe von meinem Stab, dass die Fachabteilung eine Liste, eine Datei ausgedruckt habe, in der viele Telekommunikationsmerkmale und Selektoren enthalten sind, und dass die aber einer kritischen Überprüfung bedürften, weil man skeptisch bei dem einen oder anderen Selektor war, warum der da drin war. Das war gegen Abend. Ich habe dann den Kollegen gebeten, umgehend das Kanzleramt zu unterrichten. Sobald ich dann in Berlin bin - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darf ich kurz fragen: Wer war der Kollege? Abkürzungen reichen mir.

Zeuge Gerhard Schindler: Das war der Dr. P.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Oder ich muss den Dienstnamen - -

(Zuruf von RD Philipp
Wolff (BK))

Also, ich kenne ihn unter dem Namen Dr. Pferr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir auch.

Zeuge Gerhard Schindler: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben auch noch ein Abkürzel; aber den kennen wir auch.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich habe ihn gebeten, ins Kanzleramt zu fahren. Als ich gelandet bin, hat mich auch dann die Bitte erreicht, ebenfalls ins Kanzleramt zu fahren, sodass also rein theoretisch - nicht „rein theoretisch“ -, rein praktisch der Ordner früher im Kanzleramt war als bei mir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was haben Sie dann aus diesem Ordner erfahren? Wie stellte sich die Lage für Sie dar, die schon im August 2013 Pi mal Daumen plus - da war ja nicht eine Tagesaktion, sondern eine etwas längere - - Wie stellte sich Ihnen das dann dar?

Zeuge Gerhard Schindler: Das, was dort ausgedruckt wurde, Herr Vorsitzender, diese - wir nennen es Ablehnungsdatei, so heißt das Ding wirklich nicht, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War die in dem Ordner drin?

Zeuge Gerhard Schindler: Die ist dann ausgedruckt worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann? 2013 oder 2015?

Zeuge Gerhard Schindler: 2015.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich spreche jetzt über 2015.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Anruf: Dort gibt es einen Ordner, da sind jede Menge - gezählt hat - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Datei heißt Dateiordner oder Papierordner?

Zeuge Gerhard Schindler: Das war Papier, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: - weil am 6. März diese Datei bislang immer nur elektronisch-elektronisch - - und nach der Anforderung meiner Projektgruppe, Beweisbeschluss BND-26, ist diese Datei erstmalig seit ihrer Existenz ausgedruckt worden in Papierform, und diese Papierform sind diese Ordner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir reden jetzt, wenn wir immer von drei Listen hören, von der kleineren der drei Listen; ich will jetzt die Zahl nicht sagen, die Summen.

(RD Philipp Wolff (BK):
Nein!)

Zeuge Gerhard Schindler: Also, 6. März 2015: Ausdruck der Ablehnungsdatei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, der gesamten Ablehnungsdatei. Alles klar, dann habe ich es - - Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Das war auch die Datei, wovon ich erfahren habe, da gibt es eine Datei, da gibt es eine Liste mit suspektem Inhalt. Und nachdem man mir das grob beschrieben hatte, soweit es eben ging, habe ich gesagt:

„Okay, Kanzleramt unterrichten“, und das fand dann auch statt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Obwohl ich das jetzt nicht verstehe, muss ich ganz ehrlich sagen. Also dass doch Selektoren auf „nicht aktiv“ gestellt worden sind, auf „disapproved“, das war doch eigentlich jedem bekannt, dass auch Selektoren abgelehnt wurden; deswegen gibt es ja „disapproved“, sonst hätten wir ja nie was „disapproven“ müssen. Also den Hype verstehe ich jetzt gar nicht. Hätte ich gesagt: Ja, danke, ich fahr nach Hause, klar machen die das, „disapproved“-Häkchen. - Also, das verstehe ich jetzt nicht, die Liste. Die hätte mich jetzt hier nicht großartig schockiert.

Zeuge Gerhard Schindler: Na ja, es ist ja so - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Liste, wo was nicht auf „disapproved“ gestellt worden ist, was hätte gestellt werden müssen, das hätte mich gewundert.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, aber trotzdem, weil diese Ablehnungsdatei auch in der Größenordnung - Zahlen und Inhalte; in der nichtöffentlichen Sitzung kriegen wir das sicherlich besser hin - - Diese Ablehnungsdatei war jedenfalls mir nicht bekannt und großen Teilen im Dienst nicht bekannt. Und insofern war es schon verwunderlich, dass eine solche Datei, wenn sie auch einen guten Zweck hatte, nämlich abzulehnen, existierte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das Problem der Ablehnungsdatei vielleicht nicht die Ablehnungsdatei oder dass weite Teile der Ablehnungsdatei erst kurzfristig, im Jahre 2013 nämlich, entstanden waren?

Zeuge Gerhard Schindler: Zu diesem Zeitpunkt, Anruf am 13. März diesen Jahres, kannte ich nur die Ablehnungsdatei. Wie die Ablehnungsdatei gefüttert worden ist, dass quasi die Überprüfung im August 2013 - nicht die Filterprüfung vorher, nicht die Filterprüfung nachher, sondern die händische Aktion 2013 - auch in dieser Ablehnungsdatei ist, das wusste ich erst Tage später oder einen Tag später. Also, das kriege ich jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht mehr so genau auf die Reihe, aber zeitnah danach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, für mich ist das ja eigentlich der Knackpunkt. Weil wäre im Grunde ab 2005, April 2005, die Ablehnungsdatei fehlerfrei gefüttert worden, finde ich, hätten wir das heute hier nicht als Thema. Dann hätten wir zwar sagen können: Warum kriegen wir immer wieder Selektoren zugeschickt, die da nicht reingehören? Aber der BND hat es alles brav rausgenommen, weil sie im deutschen Interesse waren oder G 10 oder wie auch immer, und 2011 haben wir sogar ein Verfahren entwickelt, dass das besonders clever macht. - Aber dann hätte ich hier nicht das große Problem. Das große Problem habe ich damit, dass anscheinend ja Dinge nicht ab dem Zuspielen des Selektors direkt in die Ablehnungsdatei gewandert sind, sondern eben viel, viel später. Und das ist Ihnen aber erst dann im Laufe der nächsten Tage aufgefallen, dass da möglicherweise in der Ablehnungsdatei Dinge drin waren, die nicht sofort, wenn der Selektor geliefert wurde, sondern erst im August, September 2013 eingesteuert worden sind in die Ablehnungsdatei?

Zeuge Gerhard Schindler: Also diese Struktur - Sie haben es treffend dargestellt - dieser Ablehnungsdatei ist mir erst - ich weiß nicht mehr genau - am nächsten Tag oder Tage später dann erläutert worden. Ich fand diese Ablehnungsdatei deshalb kritisch, weil es erstens Selektoren der Amerikaner sind und sich ohnehin die Frage stellte bei dem Tag des Anrufs: Können wir die überhaupt weiterreichen? Und dieses Problem haben wir ja heute noch. Unter diesem Gesichtspunkt fand ich es schon richtig, das Kanzleramt zu unterrichten über den Fund dieser Ablehnungsdatei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Zu dem Komplex wird es sicherlich noch viele Fragen geben. - Letzte Frage: Was ich noch nicht so ganz verstehe, ist, dass die Thematik dieses Selektoreneinsatzes, was aus meiner Sicht eine wesentliche Frage auch für das Gelingen dieser Art der Erfassung ist, im Amt anscheinend relativ stiefmütterlich und nur partiell intensiv behandelt worden ist. Für die Kooperation halte ich es

für wesentlich, einmal einen gewissen technischen Einsatz, eine gewisse kluge Auswahl von Strecken zu treffen und die richtigen Selektoren einzusetzen. Wenn das nicht stattfindet, dann ist das Ganze erfolglos. So schätze ich das ein; man korrigiere mich gerne. Es hängt also, nachdem man Technik ja auch sich ausgetauscht hatte und Erfahrungen auch auf den Strecken der Satellitenerfassung ja schon länger hatte, doch nicht unerheblich von einer klugen Auswahl der Selektoren ab. Wenn ich die durch nachrichtendienstliche Gewinnung nicht gut auswähle oder die falschen kriege, dann kann ich die schönsten Strecken ständig abgreifen, aber ich treffe da nicht die richtigen oder das Richtige. Das scheint aber nie irgendwie in großen Besprechungen, Abteilungsleiterbesprechungen - mal vorstellen, was macht die eine oder andere Abteilung -, im Berichtswesen, über Schwachstellenberichte oder sonstige Dinge, Hinweisen von Frau Dr. F. oder Berichten aus den Unterabteilungen hoch - alleine: „wie läuft's, wie läuft's nicht?“ - oder aufgrund selbst der Vorkommnisse 2010/2011 großartig Thema gewesen zu sein, dieser Teil der Arbeit des BND, was da läuft. Sehen Sie das auch so, und wenn ja, können Sie sich das erklären? Liegt das vielleicht daran, weil das so ein Projekt war, das durfte nicht falsch- oder schiefgehen und scheitern, weil es ja die Zukunft ist, oder weil wir einfach alle dachten: „Läuft schon“? - Das war jetzt eine lange Frage und verschachtelt, aber okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, Sie haben aus meiner Sicht völlig recht bei der Beschreibung: Wie macht es überhaupt Sinn, Selektoren zu steuern? Klar, Streckenauswahl, richtige Selektoren. Weil Sie haben ja auch immer, jedenfalls wir als BND, das Problem, wir wollen ja gar nicht viel Erfassungen, sondern wir wollen ja die richtigen Erfassungen haben, denn viel Erfassungen bedeutet ja viel überflüssige Arbeit. Sie müssen das Ganze ja auch übersetzen in Urdu, Farsi, Paschtu und was weiß ich, was Sie da alles erkennen. Das muss das Richtige sein; sonst übersetzen Sie sinnlose Kommunikation. Deshalb: Genau das ist der richtige Ansatz. Das machen wir bei unserer eigenen Erfassung, indem wir regelmäßig diese Selektoren überprüfen und



Nur zur dienstlichen Verwendung

schauen, damit wir das Richtige und nicht Masse finden.

Die Prüfung bei den US-Selektoren ist ja ausschließlich über das DAFIS-System erfolgt. Also die Frage, ob es Sinn macht - ich versuche es jetzt in der öffentlichen Sitzung so vage wie möglich -, für ein Land zehn oder tausend Selektoren zu steuern, das lag in der Verantwortung desjenigen, der steuert, und nicht in der Verantwortung des Bundesnachrichtendienstes. Also die Frage der Qualität der Selektoren ist nie geprüft worden, sondern das ist ja - - Derjenige, der den Selektor einstellt, muss sich überlegen, ob es vernünftig ist, ihn einzustellen oder nicht. Geprüft wurde über das maschinelle DAFIS-System Stufe 1, 2 und 3.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Da muss ich noch einmal nachhaken. Letzte Frage, jetzt aber wirklich die letzte Frage: Ich möchte noch einmal den Bereich - wir haben Satellitenerfassung in Bad Aibling angesprochen - - Wie sieht es denn aus bei der Kabelerfassung? Gab es einen Zeitraum - ich hatte ja eben schon mal so ein bisschen Einsatz der Selektoren gefragt -, wo nicht nur die Erkenntnisse aus der Satellitenerfassung in Bad Aibling anhand der Selektoren geprüft wurden oder die Erfassung dagegengelassen wurde, sondern auch Erfassungen an anderen Erfassungsstellen, insbesondere aus der Kabelerfassung, dass man die Selektoren genutzt hat zum Beispiel für paketvermittelte Kommunikation, die man an irgendeinem Kabelpunkt aufgegriffen hat?

Zeuge Gerhard Schindler: Es gibt ein solches Altprojekt, also weit vor meiner Amtszeit, und ich kann Ihnen da nur als Zeuge vom Hörensagen berichten; aber weil es ja ein Kooperationsprojekt mit einem Partner ist, möchte ich es bitte in der nichtöffentlichen Sitzung darstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. So weit wäre ich dann durch. - Ich würde jetzt den Fraktionen die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen, und es beginnt in der ersten Runde mit der Fraktion Die Linke, Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Schindler, herzlich willkommen! - Ich habe zu Ihren Eingangsausführungen drei Nachfragen. Sie sagten, die erste systematische Überprüfung hat 2013 stattgefunden. Dazu hätte ich zwei Rückfragen. Nach Ihrer Kenntnis: Sind damals alle Selektoren, die durch die NSA übergeben wurden und im BND-Datenverarbeitungssystem liefen, überprüft worden? Würde ja „systematisch“ bedeuten.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, so wie es mir berichtet worden ist, gab es verschiedene Stufen der Überprüfung, die mit einer händischen Überprüfung begannen und am Schluss mit blockweiser Löschung geendet haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann mache ich es noch ein bisschen konkreter. Also: Ist von Bad Aibling nach Pullach der gesamte Selektorenbestand zur Prüfung gegangen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, das kann ich nur in der nichtöffentlichen Sitzung sagen. So wie ich es verstanden habe, ja, weil ja eigens ein besonderer PC beschafft werden musste wegen der Masse, wegen der Datenmasse. Ich bin aber ein Stück weit unsicher, ob ich das so richtig verstanden habe dann.

Martina Renner (DIE LINKE): Und: Sind alle Selektorentypen geprüft worden?

Zeuge Gerhard Schindler: Was sind Selektorentypen?

Martina Renner (DIE LINKE): E-Mail-Adressen, Telefonnummern, Messenger-Systeme, Skype, die ... (akustisch unverständlich)-IDs, MAC-Adressen, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ach so.

Martina Renner (DIE LINKE): - Chat-Protokolle. Ich kann gerne weitermachen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe, glaube ich, dargelegt, dass es das IP-System war, nicht die Rufnummern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber bei dem IP-System sind alle Selektorentypen überprüft worden - Fragezeichen?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich jetzt nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Sie ja vorhin mit der doch etwas recht forschen These gestartet sind, dass es erstens eine systematische Überprüfung in 2013 gegeben hat.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das würde ja bedeuten, dass sowohl alle Selektoren überprüft wurden, als auch, dass alle Selektorentypen überprüft wurden. Können Sie das bejahen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mit einer systematischen Überprüfung meine ich, dass man in mehreren Arbeitsschritten versucht hat, systematisch diesen Bestand zu erfassen. Und ob damit aber eine - jetzt verstehe ich Ihre Frage, Entschuldigung - 100-prozentige Überprüfung jeder Art, jedes Selektors und jedes, was weiß ich - - Nein, das glaube ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hoch dürfte der Anteil sein der Selektoren, die nicht überprüft wurden?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist doch aber eine spannende Frage, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Ich finde es viel spannender, dass der Kollege A. auf den Gedanken gekommen ist und dass er im Ergebnis - die Zahlen machen wir ja sicherlich nachher - eine gründliche Bereinigung vorgenommen hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie etwas, wie hoch der Anteil ist der Selektoren, die ich einem Land zuordnen kann? Es gibt Selektorentypen, die ich keinem Land zuordnen kann, es gibt Selektorentypen, bei denen ich das kann. Und wie hoch ist der Anteil der Selektoren, die ich keinem Land zuordnen kann?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist auch eine spannende Frage - oder? -, wenn man die Selektoren prüfen möchte, G-10-prüfen möchte insbesondere?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das kann ich jetzt nicht nachvollziehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn ich die keinem Land zuordnen kann, kann ich sie auch sehr schwer G-10-prüfen, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Doch, Sie können doch beispielsweise „.com“ anhand der IP-Adresse - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich rede jetzt nicht von E-Mails. Wir sind ja im Jahr 2013. Da gibt es ja noch anderes als E-Mails an Kommunikationswegen, -verkehren.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es fällt mir jetzt schwer, Ihnen zu folgen. Jedenfalls das, was möglich war -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Gerhard Schindler: - glaube ich -, haben die Kollegen versucht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Das, was möglich war, haben die Kollegen gemacht, und das waren E-Mails.

Zeuge Gerhard Schindler: Er hat sich bewusst auf den IP-Verkehr, auf die E-Mail-Adressen, beschränkt, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und deswegen war es keine systematische Überprüfung.

Zeuge Gerhard Schindler: Sicher war es eine systematische Überprüfung.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine systematische Überprüfung der E-Mails.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, es war eine - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Die Frage ist ja: Es könnte ja so sein, dass unter den Selektoren, die nicht geprüft wurden oder nicht geprüft werden konnten, sich ebenfalls Selektoren befunden haben, bei denen G-10-Grundrechtsträger und -trägerinnen verletzt wurden bzw. deutsche und europäische Interessen. Das ist ja durchaus möglich.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe ja dargelegt, dass er die IP-Adressen geprüft hat, dass er die Rufnummer nicht geprüft hat; habe ich auch gesagt. So. Bei den Rufnummern kann man ausschließen, dass dort ein Grundrechtsträger drin war, weil eben das sehr einfach ist, das auszusortieren; bei den E-Mail-Adressen und bei den IP-Adressen ebenfalls. Deshalb glaube ich, das war eine sehr solide, vernünftige Prüfung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn man aber bestimmte Selektoren gar nicht überprüft, dann bleibt eben eine Restgröße, bei der möglicherweise es weiterhin und fortgesetzt dann auch, weil die Selektoren liefen im System, zu Verletzungen von Grundrechtsträgern und -trägerinnen gekommen ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Wie kommen Sie dazu? Das steht doch gar nicht fest.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe ja deswegen gefragt, ob alle Selektoren und alle Selektorentypen überprüft wurden, und Sie haben gesagt, das können Sie nicht bejahen, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - dass alle Selektoren und alle Selektorentypen überprüft wurden.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn man nicht alles prüft, kann man eben auch nicht abschließend beurteilen, ob nach dieser Prüfung sozusagen sämtliche kritischen Selektoren aussortiert wurden.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, noch mal: Bei der Erfassung kriegen Sie es hin, indem Sie, egal welche, ob Sie „.com“, „.net“ oder sonst was haben - - können Sie selbstverständlich Deutschland aussondern. Und ich glaube, jede andere Behauptung, damit haben Sie einen Restbestand, wo Deutsche, deutsche Interessen oder so was betroffen sind, das ist eine rein hypothetische Behauptung. Und deshalb behaupte ich, eine Erfassung von Deutschen oder von Grundrechtsträgern ist allenfalls ausnahmsweise passiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch hypothetisch!)

- Auch hypothetisch.

Zeuge Gerhard Schindler: Beides ist hypothetisch.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur, wir müssen doch irgendwann mal klären, wie groß die Ausnahme gewesen ist, ob sie sich im Zehntausender-, im Hunderttausender- oder in welchem Bereich befunden hat.

Die zweite Behauptung von Ihnen war, dass in Bad Aibling nur Kommunikationsverkehre aus Satellitenerfassung verarbeitet werden; ich meine jetzt verarbeitet, nicht erfasst. Wir wissen, dass in Bad Aibling nur im Satellit erfasst wird; aber ich rede über die Verarbeitung. Ist das richtig, zu Ihrer Zeit jetzt in Ihrer Funktion als BND-Präsident?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden in Bad Aibling nur Kommunikationsdaten aus Satellitenerfassung verarbeitet?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, seit 1. Januar 2012, ja, nur Satellitenkommunikation.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und vorher gab es für einen bestimmten Zeitraum eine Erfassung am Kabelansatz in Frankfurt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Vor längerer Zeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gut, also historisch ist es ja nun auch nicht. - Zu der würde ich nämlich fragen, weil das war Ihre dritte Aussage. Sie haben gesagt, die Erfassung erfolgte - also in der Vergangenheit - im Ausland, nicht in Europa. Trifft das für den Kabelansatz in Frankfurt auch zu, diese Aussage „Erfassung erfolgte im Ausland, nicht in Europa“?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe in meinem Text dargelegt, dass ich von der Satellitenkommunikation ausgehe, und dann eben gesagt, im Ausland und nicht in Europa. Für die Satellitenkommunikation trifft dies zu.

Martina Renner (DIE LINKE): Für die Kabelerfassung trifft dies nicht zu. Richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Habe ich auch nicht gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Ich würde Sie gerne jetzt noch mal fragen, ob nach dem Ende des Projekts „Eikon“ in Bad Aibling Kabelansätze im Ausland verarbeitet wurden.

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meinem Kenntnis, also 1. Januar 2012: nein. Nach meiner Kenntnis, so wie wir es aufgearbeitet haben: auch nein. So wie wir es aufgearbeitet haben und wie es mir dann dargelegt worden ist, war dieses eine Projekt das einzige, das in Bad Aibling zusätzlich zu der Satellitenerfassung bearbeitet worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Mein Kollege Herr Hahn würde noch eine Frage stellen wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine geht noch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ein wichtiger Punkt, wer wann was gewusst hat - - Und die Aussage von Ihnen war ja, Sie hätten erst 2015 von diesen Vorgängen erfahren. Nun hat uns ein Zeuge hier gesagt, dass 2013 im August ja diese Prüfung stattgefunden hat, von der wir jetzt hier auch immer sprechen, und im November die Regularien für die Berücksichtigung europäischer

Interessen verändert worden sind und dass Sie die entsprechende Weisung gegeben hätten, das zu tun. Und die spannende Frage ist ja jetzt, was Sie veranlasst hat, diese Veränderung vorzunehmen, wenn Sie gar nicht wussten, dass der gerade die ganzen Selektoren gefunden hatte, wo europäische Interessen berührt waren oder möglicherweise beeinträchtigt worden sind. Und dann steht ja die Frage, ob Sie möglicherweise zu diesem Zeitpunkt genau die Änderung vorgenommen haben, weil Sie wussten, was da vorher stattgefunden hat, nämlich in der Prüfung. Können Sie also noch mal sagen: Was war der Grund für diese Änderung der Anweisung für die Berücksichtigung europäischer Interessen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das betrifft ja unsere eigene Erfassung, Herr Abgeordneter, und nicht die US-Erfassung, meine Weisung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Kollege hat es ja hier genau in dem Zusammenhang mit der Kooperation ausgesagt, dass dann die Anweisung gekommen sei, europäische Interessen besser zu berücksichtigen. Und da stellt sich ja die Frage: Warum haben Sie diese Weisung erlassen?

Zeuge Gerhard Schindler: Noch mal: Meine Weisung betrifft unsere eigene Erfassung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben doch zusammen erfasst. Das müsste doch dann auch für die amerikanischen gelten.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Also, es gibt Erfassung des Bundesnachrichtendienstes, unsere eigene Erfassung. Dazu nutzen wir selbstverständlich auch Bad Aibling und andere Stellen mehr. Daneben, neben unserer eigenen Erfassung, gibt es die Steuerung von US-Selektoren, die mit unserer eigenen Erfassung nichts zu tun haben. So. Und meine Weisung bezog sich auf unsere eigene Erfassung.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich mal ganz kurz eine Frage stellen?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eigentlich haben wir eine Reihenfolge, und wir würden jetzt Schluss machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Verständnisfrage, für den ganzen Saal, glaube ich, interessant. - Herr Präsident, erst mal guten Tag! - Haben Sie alle Dinge, die Sie gesagt haben, nur in Bezug auf die deutschen Selektoren gesagt? Reden Sie gar nicht von den NSA-Selektoren?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, doch nur jetzt - -

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, überhaupt nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was „überhaupt nicht“?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich spreche jetzt zum ersten Mal nach der Frage von Herrn Abgeordneten Dr. Hahn von unserer eigenen Erfassung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sonst ging es bisher die ganze Zeit, wie wir mit den NSA-Selektoren umgehen - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann bin ich ja beruhigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Jetzt müssen wir aber an dieser Stelle leider die Sitzung wieder unterbrechen, weil die nächste namentliche Abstimmung auf uns zukommt. Es ist auch die letzte - zur Beruhigung - für den heutigen Tag, auf jeden Fall die letzte geplante. Ich muss leider die Sitzung abermals unterbrechen. Nach Abschluss der namentlichen Abstimmung sehen wir uns wieder hier. Danke schön. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
20.24 bis 20.53 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, danke schön, dass Sie ausge-

hört haben, während die zweite namentliche Abstimmung stattfand. Ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses erneut.

Wir fahren mit der Befragung fort. Als Nächstes hat die Fraktion der SPD die Chance, Fragen zu stellen. Ich bin mir sicher, der Kollege Flisek nutzt sie auch. Herr Kollege Flisek, Sie haben das Wort.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Präsident Schindler, auch von unserer Seite erst mal guten Abend! - Ich würde ganz gerne mal anfangen bei dem Zeitpunkt, als Sie das Amt des BND-Präsidenten übernommen haben; am 01.01.2012, haben Sie selber in Ihrem Eingangsstatement gesagt. Wie habe ich mir das vorzustellen? Ihr Amtsvorgänger, übergibt er Ihnen sozusagen das Amt, indem er einige Tage mit Ihnen verbringt, vielleicht auch wichtige Vieraugengespräche führt, Ihnen wichtige Mitarbeiter, Abteilungsleiter vorstellt, auf aktuelle, laufende Probleme vielleicht hinweist, auf vor allen Dingen das Thema vielleicht Kooperation mit Nachrichtendiensten hinweist? Ist das so der Fall? Stelle ich mir das so richtig vor?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe selbstverständlich mit meinem Vorgänger gesprochen, mehrmals sogar. Er hat mir sicherlich auch den einen oder anderen Hinweis gegeben, immer aber in der Erinnerung sicher, dass er mir zur Kooperation mit Nachrichtendiensten nichts gesagt hat.

Christian Flisek (SPD): Sie werden dann ja wahrscheinlich in Ihren ersten Tagen, ich sage mal so, eine, ich nenne es jetzt mal: Reise durch den Dienst gemacht haben, also erst einmal die wichtigsten Mitarbeiter sprechen; ich denke, dazu werden die Abteilungsleiter gehören. Haben Sie sich in diesem Zusammenhang auch mal einen Überblick über die laufenden Kooperationen mit anderen Diensten verschafft, systematisch, dass man mal alles sich - also nicht dass Sie sich das natürlich erarbeiten; da habe ich schon eine klare Vorstellung - das natürlich vortragen lässt? Lief das so?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, das war mein Ziel, und, ich glaube, das habe ich auch schrittweise so durchgeführt. Es ging mir dabei nicht nur darum, in die einzelnen Abteilungen zu gehen, sondern auch zu den einzelnen Referaten, also nicht nur oben die Oberfläche, sondern mein Ziel war auch, in die einzelnen Referate hineinzugehen. Ich habe es bislang noch nicht geschafft, in alle Referate des Bundesnachrichtendienstes zu gehen, aber ganz überwiegend.

Christian Flisek (SPD): Wann sind Sie denn in diesem Zusammenhang zum ersten Mal auf das Memorandum of Agreement gestoßen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, dieses Memorandum nach meiner Erinnerung hatte ich zum ersten Mal wohl in den Händen, als wir es damals dem Parlamentarischen Kontrollgremium zugeleitet haben.

Christian Flisek (SPD): Wann war das?

Zeuge Gerhard Schindler: Das war in der zweiten Jahreshälfte 2013.

Christian Flisek (SPD): Vorher nicht, also im Rahmen einer systematischen Erfassung der Kooperationen oder so was, hat man sich das nicht mal vortragen lassen, vorlegen lassen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich sage es mal umgekehrt, Herr Abgeordneter: Selbstverständlich habe ich mir die Kooperationen vortragen lassen; aber in dem Zusammenhang habe ich nicht in Erinnerung, dass man mir das Memorandum auf Agreement vorgetragen hätte oder darauf hingewiesen hätte.

Christian Flisek (SPD): Als Sie das dann dem PKGr vorbereitet haben oder es vorbereitet wurde in Ihrem Hause für das PKGr, da hatten Sie das dann aber zum ersten Mal tatsächlich auch in den Händen, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz genau.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte dann ganz konkret die Frage stellen: Als Sie das vielleicht mal gelesen haben oder sich angeschaut haben

oder sich auch die wesentlichen Inhalte haben vortragen lassen, samt sonstigen Zusätzen, die es da gibt: Ist die Frage aufgetaucht, wie dieses Memorandum of Agreement im Dienst gelebt wird, wie es operabel praktiziert wird?

Zeuge Gerhard Schindler: Erstens. Ich habe es mir durchgelesen. Wir mussten ja in dem Zusammenhang regelmäßig im PKGr genau zu dieser Kooperation vortragen, zur Metadatenerfassung, zur Inhaltserfassung. Wie steuern die amerikanischen Partner Selektoren, wie werden sie überprüft? - Das war damals ein laufender Prozess, ein intensiver laufender Prozess.

Christian Flisek (SPD): Da es hierzu offensichtlich keine konkrete Dienstanweisung für die Mitarbeiter gab, dass es sozusagen heruntergebrochen wurde, verständlich heruntergebrochen wurde, Kriterien zum Beispiel bei dem für uns einschlägigen Thema der Selektorenprüfung, ist Ihnen das und Ihren Mitarbeitern aufgefallen?

Zeuge Gerhard Schindler: Mir ist das nicht aufgefallen, sondern mir hat man damals - und ich habe es ja dann auch dem PKGr vorgetragen - dieses DAFIS-System erklärt. Ich fand das überzeugend. Und ich sage noch mal, den Gedanken, dass es neben dieser, so wie dargestellt, funktionierenden Zusammenarbeit dabei einen Bereich gibt, über den wir heute diskutieren, dafür hatte ich keine Anhaltspunkte, ist mir auch so nicht vorgetragen worden.

Christian Flisek (SPD): Hat man Ihnen gesagt, dass das üblich ist, dass es hierzu keine konkreten Richtlinien, Anweisungen gibt für Mitarbeiter, oder tauchte die Frage gar nicht auf? Ich frage deswegen, weil der Zeuge vor Ihnen heute, der Abteilungsleiter Pauland, in seiner Aussage genau dies natürlich auch bemängelt hat. Er hat gesagt, er sieht einen wesentlichen Grund, warum wir heute diese Themen hier erörtern, darin, dass es eben nur - vielleicht sogar nur - den englischen Text des Memorandum of Agreement gab, den er selber auch erst sehr spät gesehen hat, nämlich nach seinen Aussagen im März 2015, und dass dieses Dokument, das ja doch voll ist im Zweifel auch von klaren Kriterien, scheinbar in der operablen Arbeit auf den Ebenen des



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dienstes keine wirkliche Rolle gespielt hat, weil es kann ja nur eine Rolle spielen, wenn man reinschauen kann und wenn man da irgendwo sagt: Was ist da drin, was müssen wir tun? Es hat der Abteilungsleiter nicht gehabt. Sie sagen, Sie haben sich das auch erst angeguckt, als es zum PKGr ging. Ich vermute nicht, dass das jetzt auf Referatsleiter- oder Referenten- oder Sachbearbeiterebene lag. Ich frage mich, nach welchen Kriterien sollen die Mitarbeiter arbeiten dann?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, den Umstand, dass es keine Dienstanweisung ab, den habe ich im Grunde genommen vor wenigen Wochen erst erfahren. Im Grunde genommen ist das unüblich im Bundesnachrichtendienst, weil im Bundesnachrichtendienst jede Menge Dienstanweisungen und Dienstvorschriften bestehen. Ich bin selbstverständlich davon ausgegangen, dass es eine Arbeitsanweisung, Dienstanweisung gibt, wie für viele andere Bereiche. Aber das Thema Dienstanweisung war kein Thema, das mir mal vorgetragen worden wäre. Und ich nehme jetzt erstaunt den Hinweis auf den vorherigen Zeugen zur Kenntnis. Dann, denke ich, hätte es mir jemand auch sagen können.

Christian Flisek (SPD): Ja. Das ist leider der Zustand, der zieht sich wie ein roter Faden durch die Vernehmungen, ich sage mal, aller Zeugen bis hin zu Ihnen. Das muss ich leider so sagen. Und wir beißen uns ja hier gerade wirklich fast die Zähne aus, weil wir eine Antwort finden wollen auf die Frage, wie das denn sein kann, dass es diese Sonderprüfungen gibt, dass mehrere, also eine große Zahl von kritischen Selektoren gefunden wird und das Ganze nicht nach oben gemeldet wird, bis hin zu der Tatsache, dass die Rechts- und Fachaufsichtsbehörde, das Kanzleramt, da vom Dienst Kenntnis erhält.

Ich sage mal so - ich fasse meinen Eindruck zusammen, und ich habe es heute schon mal gesagt, das ist ein fataler -: Das ist hier wie so ein Schwarzer-Peter-Spiel. Keiner übernimmt Verantwortung, niemand sagt deutlich: Bei mir liegt der Fehler. - Niemand. Alle sagen, wenn man dann fragt: Mit wem haben Sie geredet darüber? - Schweigen, Andeutungen. Wenn man fragt: Über welche Inhalte hat man geredet? - Selbst als dann

im März 2015 es jetzt losging ganz konkret, als es mit voller Wucht sozusagen auf den Tisch schlug bei allen Beteiligten - diese Einschätzung werden Sie ja wahrscheinlich bestätigen, dass es jetzt mit voller Wucht auf den Tisch kam -, haben wir zu der Frage: „Wer hat mit wem geredet?“, bisher fast nichts gehört. Ich sage mal so, es ist wie bei dem Drei-Affen-Prinzip so ein bisschen. Das ist mein Eindruck. Das ist ein fataler Eindruck über die gesamte Abteilung TA, den ich da habe. Und ich würde Sie gern fragen: Welche Antwort haben Sie denn darauf, dass das offensichtlich aufgrund der Zeugeneinvernahme, die wir hier haben, mein Eindruck ist? Sie sollen jetzt nicht meinen Eindruck - - Aber haben Sie eine Erklärung dafür, dass es offensichtlich - - Wir haben jetzt, ich glaube, alle Mitarbeiter befragt, vom W. O. in Bad Aibling, vom Dr. T. über die Abteilungsleitungen, Unterabteilungsleiter, jetzt sind wir bei Ihnen. Keine Antwort. Haben Sie eine Antwort darauf, warum das so ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich würde gerne eine versuchen, aber lassen Sie mich vielleicht vorwegnehmen: Wenn Sie sagen, niemand hat gefragt oder niemand hat gesprochen: Also, seit Snowden, glaube ich, habe ich Hunderte von Besprechungen im Bundesnachrichtendienst gemacht und immer darauf hingewiesen, dass wir den Sachverhalt klar und deutlich aufklären. Ich habe in etlichen Runden, nicht nur in meiner Projektgruppe, die dafür zuständig war, sondern auch in den Abteilungsleiterkonferenzen, in den Besuchen bei den Referaten und bei den Abteilungen, darauf hingewiesen, dass wir vorbehaltlos aufklären müssen. Ich habe auch immer deutlich gemacht, dass es nicht darum gehen kann, irgendetwas zu verschleiern, sondern dass jetzt die Stunde ist, alles offenzulegen.

Christian Flisek (SPD): Wann haben Sie das gesagt?

Zeuge Gerhard Schindler: Seit Snowden, seit - -

Christian Flisek (SPD): Seit Snowden haben Sie gesagt, jetzt ist die Stunde, alles offenzulegen?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): So eine - - Also, ich will Sie nicht festlegen auf genaue Wortwahl, aber das ist so eine Formulierung, die repräsentativ ist für das, was Sie in den Dienst hinein kommuniziert haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. - Das heißt also, Gespräche geführt, Weisungen erteilt, aufgefordert, das ist ganz sicher der Fall, jedenfalls bei mir. Ich hatte nicht den Eindruck, dass das ab einer bestimmten Ebene gestoppt wird. Und ich finde ja auch, dass im August 2013 dann der Unterabteilungsleiter diese Initiative ergriffen hat, passt in dieses Bild hinein.

Warum er nicht gemeldet hat? Natürlich fragt man sich: Was ist da passiert, wieso berichtet man so etwas nicht? Es war ja eigentlich eine positive Meldung. Es war ja nicht, dass man sagen könnte: Oje, da ist was passiert, also das deckeln wir jetzt mal.

Ich glaube einfach, dass neben der möglichen fehlenden Sensitivität drei Punkte verantwortlich sind für möglicherweise dieses Zurückhalten, nenne ich es mal. Der erste Punkt erscheint mir in der Außenstellenstruktur zu liegen, weil ich glaube, dieses Regeln in der Außenstelle selbst: „Das machen wir schon“, das, glaube ich, ist so ein organisationstypisches Prinzip.

Christian Flisek (SPD): Sie meinen damit Bad Aibling?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich meine Bad Aibling. - Und ich halte es auch deshalb für wichtig, dass wir das überprüfen, weil es kann nicht richtig sein, Berlin-Pullach-Bad Aibling als Dienstaufsichts- und Fachaufsichtsstrang zu haben. Ich glaube, das ist eine Sollbruchstelle, die nicht okay ist.

Christian Flisek (SPD): Ich darf gleich nachhaken, entschuldigen Sie. Bitte merken Sie sich die anderen Punkte. - Außenstelle Bad Aibling ist klar. Nur: Der Unterabteilungsleiter D. B. sitzt in Pullach und Herr Pauland auch.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich will da nur nachfragen, weil Herr Pauland - wir haben ihn vorhin hier gehabt - - Ich habe ihn sehr intensiv befragt dahin gehend, was er mit D. B. gesprochen hat. Ich sage es mal so: Ich habe da auf Granit gebissen. Da kam nichts. Und ich habe ihn gefragt, als er jetzt im März 2015 davon erfahren hat, hat er ihn nicht einmal befragt in Bezug auf: Warum haben Sie - - Was war Ihre Motivation? Warum haben Sie mir das nicht gemeldet? - Da kam die Antwort: Nein, das hat er nicht getan. - Er hat es nicht getan. Er hat es nicht für notwendig erachtet, diese Frage zu stellen.

Wissen Sie, was mich jetzt interessiert, ist: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Ich kann nicht Dinge fragen, die ich nicht weiß. Aber wir haben jetzt zumindest einen Zeitpunkt, zum Beispiel März 2015, von dem wir alle unstreitig ausgehen, da wissen alle, das ist ein Thema, das ist ein Problem. Ich meine, man hätte es eher - - Aber da streite ich jetzt nicht. 2015, März, ist der unstreitige Zeitpunkt. Selbst da höre ich in Zeugenbefragungen von einem Abteilungsleiter, er hält es nicht für notwendig, seinen Unterabteilungsleiter zu befragen. Eigentlich sagt er, es interessiert ihn nicht. Und verstehen Sie, darum habe ich gesagt, es ist so ein fataler Eindruck, der hier vom Dienst hinterbleibt, der bei allem, was ich sonst höre über Aufklärungsbemühungen, was ich nicht geringschätze - - aber was das alles ein Stück weit konterkariert. Weil es müsste zu einer uneingeschränkten Aufklärung spätestens zu diesem Zeitpunkt gehören, dass ich eben auch mit diesen Mitarbeitern rede. Wir reden ja nicht über irgendwelche. Wir reden über ein Gespräch zwischen einem Abteilungsleiter und einem Unterabteilungsleiter, also nicht irgendwelchen Personen. Dann höre ich: Man fragt das nicht. - Ich sage es Ihnen ganz offen: Mich wundert, dass so etwas dann so stehen bleibt, dass dieser Eindruck so im Raum stehen bleibt. Und hat das was mit der Kultur im Dienst zu tun? Ich frage mal auch anders - entschuldigen Sie bitte, aber alle Zitate holen einen irgendwann mal ein -: Bei Ihrem Dienstantritt haben Sie gesagt zur Auslandsaufklärung: „No risk no fun“. Haben das die Mitarbeiter vielleicht völlig falsch verstanden, Herr Schindler?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Heiterkeit)

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das sind jetzt jede Menge Fragen. Ich würde gerne die drei Punkte, wo ich begonnen habe, zu Ende führen. - Also der erste Punkt: Außenstellenstruktur: Ich glaube, das ist sehr wohl ein Problem, einerseits in der Kommunikation zwischen Pullach und Bad Aibling und umgekehrt, -

Christian Flisek (SPD): Ist angekommen.

Zeuge Gerhard Schindler: - egal wer in Pullach oder wer in Bad Aibling sitzt. Und ich befürchte, wir verfestigen das noch, wenn Berlin der Sitz der Zentrale bleibt.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Und deshalb liegt mir sehr daran, dieses Problem zu regeln, weil ich glaube, ein beachtlicher Teil liegt in dieser Kommunikation.

Das Zweite ist: Ich glaube, dass im Bundesnachrichtendienst und möglicherweise insbesondere bei der Abteilung Technische Aufklärung dadurch, dass man ja früher gemeldet hat, 2010, 2011, ohne Reaktion - das ist jetzt meine Interpretation -, möglicherweise so ein Gefühl entstanden ist: „Man kann ja nach oben melden, aber es passiert ja nichts. Man erwartet, dass man selbst hier unten auf der Ebene das regelt“, und dass dieses Denken nach anderthalb Jahren Dienstzeit von mir leider noch nicht durchbrochen worden ist. Und ich sehe das als ein Erklärungsmuster an nach dem Motto: Nach oben braucht man so-wieso nicht zu melden.

Christian Flisek (SPD): Warum denn muss man nichts nach oben melden?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, weil es damals keine Reaktion gab genau zu diesem Thema, genau dieses spezielle Thema.

Christian Flisek (SPD): „Damals“, was heißt „damals“?

Zeuge Gerhard Schindler: 2010, 2011. -

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe ja eben versucht darzustellen: Es ist doch seltsam, wenn ich im Jahre 2010 einen Vorfall von vor fünf Jahren und im Jahre 2011 einen Vorfall von vor sechs Jahren melde. Dann muss doch etwas dahinterstehen. Und deshalb wundert mich, dass eben - -

Christian Flisek (SPD): Ich versuche das jetzt mal - entschuldigen Sie, dass ich immer dazwischengehe -, das, was Sie gerade skizzieren, so ein wenig mit meinen Worten jetzt zu übersetzen. Sie sagen, dass es eine Kultur gab vor Ihrer Zeit, die sich wohl verfestigt hat, die dazu geführt hat, dass man sagt: Diese Probleme, über die wir hier reden, die meldet man deswegen nicht nach oben, weil sich nichts ändert oder weil das da oben nicht gehört werden will. Und sozusagen mit der Amtszeit dann von Ihnen hat sich diese Haltung fortgesetzt, obwohl Sie eigentlich eine andere Kultur etablieren wollten. Ist das so richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich würde es nicht generell sagen, sondern auf den Fall dieser Selektoren beziehen, weil sonst habe ich ja keine Indizien, außer 2010, 2011. Ich würde es aber dann so bewerten, wie Sie es jetzt gerade bewertet haben. Und das kann ich gut nachvollziehen.

Christian Flisek (SPD): Woran machen Sie denn das fest, dass offensichtlich da die Oberen taub waren, wenn sie so was vorher bekommen haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Nicht die Oberen generell, sondern -

Christian Flisek (SPD): Machen Sie es konkret!

Zeuge Gerhard Schindler: - an diesem konkreten Fall, 2010 zweimal, 2011 einmal. Da gibt es nach Aktenlage keine Reaktion. Und deshalb - meine Interpretation, habe ich ja gesagt - glaube ich, dass neben der Außenstellenproblematik - es gibt ja nie monokausale Erklärungen, sondern das ist immer ein Vielfältiges - auch dies dazu geführt hat: Wir regeln das selbst.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Der dritte Punkt erscheint mir - auch meine Interpretation -: Dadurch, dass wir technisch so abhängig sind von der NSA, kann ich mir gut vorstellen, dass die Eskalationsfähigkeit bei enger Zusammenarbeit - ich weiß jetzt gar nicht, was richtig ist - nach unten gegangen ist, das heißt also, dass man eher nicht eskaliert wegen dieser Abhängigkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen wir ein bisschen auf die Zeit gucken.

Christian Flisek (SPD): Ich hätte nur eine Frage jetzt noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, nach dem PKGr-Gesetz § 4 Absatz 1 müssen Sie ja auch Vorgänge von besonderer Bedeutung dem Kontrollgremium melden. So. Ich gehe davon aus, dass Sie den Vorgang nachträglich als so einen Vorgang einstufen ex post.

Zeuge Gerhard Schindler: Wir haben ihn ja auch, sofort nachdem er bekannt wurde, gemeldet.

Christian Flisek (SPD): Genau. Insofern: Wie stellen Sie denn bei dieser Kultur, die offensichtlich beim BND nach wie vor existiert - das hat sich hier in der Zeugenvernehmung bestätigt -, sicher, dass in Zukunft Vorgänge von besonderer Bedeutung auch tatsächlich über Sie dann gemeldet werden können bis hin zum Kanzleramt, weil, wenn Sie das nicht sicherstellen können in Ihrer Organisation, dann stecken Sie ja persönlich massiv in der Bredouille?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich bin eigentlich - was heißt „sicher“? - guter Dinge, dass alleine ein solcher Vorfall, der so - ich weiß jetzt Ihre Formulierung nicht mehr, wie Sie sie am Anfang benutzt haben - auf den Dienst niederschlägt, dass ein solcher Vorgang im Grunde genommen dazu führt - und diese Praxis haben wir zurzeit -, dass inzwischen alles gemeldet wird. Und da würde ich für die nächsten fünf Jahre garantieren, dass so ein Vorfall ganz sicher gemeldet worden wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Gut. - Wir kommen zur nächsten Fraktion. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist jetzt dran mit dem Kollegen von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, vielen Dank noch mal für Ihre Ausführungen. - Ich will anfangen bei einer Verständnisfrage. Habe ich es richtig verstanden, dass auch nach Ihrer Kenntnis deutsche Interessen erst ab dem Jahr 2013 bei den Selektoren geprüft wurden?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, dann muss ich mich unglücklich ausgedrückt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab welchem Jahr wurden denn deutsche Interessen geprüft?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wir arbeiten ja rückwärts, und so wie man es mir erklärt hat, bereits von Anfang an bei dieser Selektorenprüfung - - Mit Beginn ab April 2005 gab es dieses „deutsche Interessen“. Ob dies immer hinreichend geprüft worden ist, das ist eine andere Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was Sie sagen, ist - - Also, wir reden nicht über G 10, sondern „deutsche Interessen“. Sie sagen, seit dem Jahr 2005 wären deutsche Interessen geprüft worden. Aber erst 2013 haben vier findige Menschen, die mit niemand anders gesprochen haben, oder vielleicht waren es auch fünf, in einer sehr abgeschirmten Aktion selbst Tausende von Begriffen gefunden, auf die vorher niemand gekommen ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, dann haben wir aneinander vorbeigesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage nach, deswegen: Korrigieren Sie mich!

Zeuge Gerhard Schindler: „Deutsche Interessen“ hatte ich benutzt als Begriff für die dritte Stufe bei DAFIS.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist irreführend. Also, mir geht es darum - - Ich stelle die Frage noch mal anders, nur damit wir uns der Sache annähern. Im Hinblick auf Ihre These zwei, der BND arbeitet nur für Deutschland - ich verbinde das jetzt mal mit dem Merkel-Zitat „Ausspähen unter Freunden geht ja gar nicht“ -, da habe ich gelernt, dass eine BND-Anweisung, eine mündliche Anweisung von Ihnen, nach dem Merkel-Ausspruch „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“ im Haus ergangen sei, dass man ab jetzt europäische Partner nicht mehr ausspähen dürfe. Das wurde hier so gesagt. Stimmt das?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, erstens. So stimmt es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mir, wie es stimmt.

Zeuge Gerhard Schindler: Das würde ich Ihnen jetzt nicht sagen, weil das nicht Beweisgegenstand ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Das ist nicht Beweisgegenstand.

Zeuge Gerhard Schindler: Das betrifft die eigene - wir haben es eben gerade mit dem Herrn Abgeordneten Hahn besprochen -, BND-eigene Erfassung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dazu haben Sie eben eine Aussage gemacht. Sie haben gesagt, bezüglich der eigenen Selektoren hätten Sie auch eine Änderung vorgenommen im Hinblick auf die Freunde. Das haben Sie eben gesagt. Darauf nehme ich jetzt Bezug. Wir können jetzt erst über die NSA-Selektoren reden und ob wir sozusagen mittelbar unsere Freunde mit ausgespäht haben bis 2013. Aber mir geht es darum: Hatte der BND selbst in Bezug auf die Aussage, die Sie eben gemacht haben eingangs - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe eben die Aussage gemacht nach meiner Erinnerung, als der Abgeordnete Dr. Hahn mich gefragt hat: „Gab es einen Erlass oder eine Weisung?“ - - da habe

ich gesagt - ich glaube, mich erinnern zu können -: Dies betraf nicht die US-Selektoren, sondern dies betraf die eigene BND-Steuerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Ihrer Erinnerung.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich schreibe mir das doch jetzt nicht auf hier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber gab es das schriftlich oder nur mündlich?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich bin gerne bereit, in der nichtöffentlichen Sitzung darüber weiter zu sprechen. Es ist unsere eigene Aufklärung, hat mit der US-Selektoren-Aufklärung nichts zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben es ja angesprochen, Herr Schindler.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe es doch auf die Frage von Herrn Dr. Hahn beantwortet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Auf meine Frage wollen Sie es jetzt nicht mehr beantworten. Ich frage nach. Ich sage es nur, weil ein verzerrtes Bild entsteht. Also, deswegen frage ich Sie jetzt: Die US-Selektoren, Millionen von Selektoren, seit 2005, seit wann werden da deutsche Interessen systematisch geprüft?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe das Prüfungssystem versucht zu schildern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich verstanden. Seit wann werden deutsche Interessen geprüft? Sagen Sie mir doch einfach eine Jahreszahl!

Zeuge Gerhard Schindler: Wissen Sie, wir beide verstehen etwas anderes unter „deutsche Interessen“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Sie haben es doch eben gerade gesagt. - Ich meine bei „deutsche Interessen“ die Stufe 3 bei DAFIS, und die ist, so wie mir berichtet worden ist, von Beginn an geprüft worden, und zwar deshalb - ich glaube, mit dem Herrn Vorsitzenden hatten wir darüber gesprochen -, weil gleich relativ am Anfang zwei Unternehmen aufgetaucht sind, nicht deutsche, sondern deutsche Beteiligungen, und daraufhin hat man diese Stufe 3 entwickelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Positivliste?

Zeuge Gerhard Schindler: Der Begriff heißt bei uns - - Positivliste ist die Stufe 2, die G-10-Positivliste, und die Stufe 3 sind diese „deutschen Interessen“.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, okay. - Können wir uns beim Begriff „europäische Interessen“ treffen? Verstehen Sie dann, wovon ich spreche? Mir geht es darum: Was wurde - - Also, wir reden ja über eine Aktion letztlich - - Sie haben drei - - Ich sage Ihnen mal, wie ich mir den Abend vorstelle, und wenn wir uns so annähern, wird er lang werden. Sie haben drei sozusagen Knackpunkte - oder „Sollbruchstellen“ haben Sie es genannt - ausfindig gemacht.

Zeuge Gerhard Schindler: Vier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vier sogar. - Für mich sind die drei Sollbruchstellen 2005, 2008 und 2013, und da will ich mich mal annähern. Wir fangen mal bei 2013 an. Da hat es innerhalb des BND - Sie berufen sich ja auch darauf - erstmals eine systematische Überprüfung der Selektoren gegeben. Auf was? Was war daran erstmalig?

Zeuge Gerhard Schindler: Weil erstmalig systematisch sich dem Thema genähert worden ist: Wie können wir das MoA in seiner Ausgestaltung so berücksichtigen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also: Bis 2013 hat sich niemand systematisch darum gekümmert, den einen wichtigen

Annex des MoA aus dem Jahr 2002 zu erfüllen, nämlich auf europäische Interessen Rücksicht zu nehmen?

Zeuge Gerhard Schindler: Das habe ich ja versucht in meinem Eingangsstatement genau so zu sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absolut. Das ist eine gravierende Neuigkeit, und das ist vor allen Dingen vor dem Hintergrund des Ausspruchs der Bundeskanzlerin interessant. Und diese Änderung, diese systematische Prüfung bzw. Ihre Anweisung - Sie haben ja eine hausinterne Anweisung gegeben; so hat es hier ein Zeuge gesagt, die - -

Zeuge Gerhard Schindler: Für die eigene Steuerung. Das hat damit nichts zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also die bezog sich nicht auf die NSA-Selektoren?

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz genau, korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Da haben Sie gesagt, das kann alles so weiterlaufen, als Präsident. Sie haben gesagt: „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“, beziehe ich aber als Präsident nur auf unsere eigenen Selektoren, die Selektoren, die die Amerikaner einsteuern in unser System, da kümmerge ich mich nicht um die Freunde. - Oder gab es dafür auch eine Anweisung im Haus?

Zeuge Gerhard Schindler: Wir hatten ja ganz zu Beginn, Herr Abgeordneter von Notz, darüber gesprochen, ob es überhaupt einen Anlass dazu gegeben hätte, die amerikanischen Selektoren unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen, und ich habe versucht, darzulegen, dass wir seit Beginn Snowden etliche Fragen gestellt haben, etliche Sonder Sitzungen im PKGr gehabt haben, dass wir nahezu jedes Chart - nicht nahezu -, jedes Chart, das veröffentlicht worden ist von Snowden, untersucht haben auf unsere Bezüge und dass es aus diesem ganzen Bereich außer den 500 Millionen Ausspähungen Deutscher in Deutschland dazu keinen Hinweis gab. Und deshalb gab es für mich



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine Veranlassung, dies zu prüfen, weil ich auf die Idee, dass - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber für deutsche Selektoren gab es einen Hinweis.

Zeuge Gerhard Schindler: Für deutsche Selektoren bin ich bereit Ihnen in der nichtöffentlichen Sitzung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Aber in Ihrer Behörde gab es Leute, die hatten Hinweise - -

Zeuge Gerhard Schindler: Welche Hinweise?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die haben ja eine strukturelle Prüfung vorgenommen, von der Sie nichts wussten, auf die Sie sich aber berufen. Mitarbeiter Ihrer Behörde hatten offensichtlich Hinweise darauf, dass es da ein massives Problem gibt.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, davon weiß ich nichts, dass es Hinweise auf massive Probleme gab, sondern ich weiß, dass der Unterabteilungsleiter diese Prüfung veranlasst hat. Mir sind keine Hinweise bekannt, also Hinweise im Sinne: „Da gab es den Fall X oder Y“, die ihn dazu veranlasst hätten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sagen jetzt, auch er hatte - - Also, die systematische Prüfung, auf die Sie sich berufen, dass die in Ihrer Amtszeit stattgefunden hat, für die Sie sich, ich will nicht sagen: rühmen, aber immerhin sagen, das erste Mal, die ist also rein zufällig erfolgt, die hat auch mit Snowden nichts zu tun, das war ein Zufall?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, dass der Unterabteilungsleiter doch hier dargelegt hat, warum er - - Und er hat doch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Wie ist denn diese Adresse aufgetaucht, wissen Sie das?

Zeuge Gerhard Schindler: Welche Adresse?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Adresse, die den Anlass dazu gegeben hat für diese Beteiligten Ihrer Behörde, für die Sie nach Ihrer These sechs die Verantwortung tragen, dass die über Wochen sozusagen europäische Ministerien rausgegoogelt haben? Wissen Sie, wie die darauf gekommen sind, wie dieser Zufallsfund von Dr. T. zustande gekommen ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Wie Dr. T. das gemacht hat, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich weiß es, ich sage es Ihnen mal, weil Sie ja die Verantwortung dafür tragen. Das war ein Zufallsfund, weil er untersucht hat, wie diese Selektoren regional zugeordnet werden können; denn im BND wusste das offensichtlich niemand. Das war eine Bleiwüste von Zahlenkolonnen. Und deswegen: Ihre ganzen Ausführungen zu den Prüfungen, die da stattgefunden haben sollen, zum DAFIS-Filter und zu G-10-Relevanz und Positivlisten, die - - Für einen Großteil der Selektoren ist das völlig irrelevant, was Sie sagen, Herr Schindler, und zwar bis zum Jahr 2013, weil selbst nach der Prüfung von Herrn Dr. T. blieben 40 Prozent der Selektoren nicht lesbar, nicht zuordenbar. Und dann müssen Sie mir erklären, wie da eine strukturelle Prüfung bei fast 50 Prozent der eingestellten Selektoren stattgefunden hat und ob eigentlich - da gehe ich jetzt mal auch auf das „No risk no fun“ vom Kollegen Flisek ein; oder es ist eigentlich das Ihrige - sozusagen bei diesen Selektoren, die zweifelhaft waren, da die Devise galt: „Im Zweifel setzen wir sie ein, auch wenn wir sie nicht lesen und verstehen und zuordnen können“, weil wir eben - These vier - : „Die Zusammenarbeit mit der NSA ist notwendig, wir sind angewiesen auf die NSA“ - - Manche Leute würden vielleicht sagen, die Kooperation mit der NSA ist alternativlos, auch wenn sie uns Selektoren einstellen, die vielleicht unser Recht verletzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach der Antwort müsste die nächste Fraktion drankommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es fällt mir jetzt schwer, das als Frage zu definieren, aber ich versuche es trotzdem. Ich habe versucht, in meinem Statement darzulegen, wie die Entwicklung sich dargestellt hat. Ich habe deutlich gemacht, dass von April 2005 bis zum März 2015, abgesehen von der August-2013-Prüfung, im Grunde genommen eine unzureichende Prüfung stattgefunden hat, weil man von Beginn an nahezu ausschließlich die G-10-Prüfung vorgenommen hat und damit den Gedanken des MoA im Betriebskonzept, nämlich europäische, nicht hinreichend berücksichtigt hat. Da bin ich doch Ihrer Meinung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Ja. Sehr gut. Dann sind wir uns einig, dass das eben - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Einig müssen wir uns auch sein, dass nach zwölf Minuten die Redezeit abgelaufen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Schindler, auch von unserer Seite zunächst vielen Dank für Ihre bisherigen Ausführungen. - Ich habe anknüpfend an den Kollegen von Notz direkt noch mal eine klarstellende Frage. Herr von Notz meinte, die Prüfung des Dr. T. sei so verlaufen, dass 40 Prozent der Selektoren nicht zuordenbar gewesen seien. Ich habe das so verstanden, dass das beim ersten Schritt der Fall gewesen sei und es dann durch weitere Auswahlverfahren, nenne ich es mal, reduziert werden konnte auf 1 Prozent. Können Sie was zum Vorgang der Prüfung des Dr. T. jetzt in öffentlicher Sitzung sagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es tut mir leid, über die einzelnen Schritte von dieser Prüfung kann ich nicht nur in der öffentlichen Sitzung nichts sagen, sondern auch in der nichtöffentlichen Sitzung, weil ich sie so nicht kenne. Mir ist auch die Zahl 40 Prozent insofern nicht klar.

So wie ich es verstanden habe, war es ein Mathematiker, die da systematisch herangehen, und deshalb auch meine Behauptung, das war die erste systematische Überprüfung. Dass dabei - das habe ich, glaube ich, ja eben, ich weiß nicht mehr, mit wem ich das erörtert habe, deutlich gemacht - nicht 100 Prozent aller Selektoren überprüft werden konnte, das ist klar. Aber es geht darum, dass der Ansatz, erstmalig mit einem systematischen Ansatz zu arbeiten, um diesen Gedanken des MoA nachzuvollziehen - - dass dies das erste Mal im Bundesnachrichtendienst der Fall war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner hat einen Einwand. Frau Kollegin Warken lässt es zu; ich stoppe aber die Zeit bei der Union.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass der Vorhalt so nicht richtig ist. Dr. T. hat ausgeführt, dass 40 Prozent nicht auf Länder zugeordnet werden konnten und 10 Prozent in der ersten Prüfung nicht einem Kommunikationsweg, und das konnte dann auf 1 Prozent reduziert werden. Ich habe die entsprechende Stelle aus dem Protokoll mit Dr. T. da, und sie kann auch dem Zeugen gerne zur Verfügung gestellt werden. Da finden Sie auch die 40 Prozent von Herrn Dr. T. Wenn Sie möchten, können Sie sich das gerne mal ansehen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe ja gerade darauf geantwortet.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war halt ein falscher Vorhalt! Deswegen sagen wir es noch einmal!)

Nina Warken (CDU/CSU): Na ja, die Aussage, dass insgesamt 40 Prozent nicht zuordenbar waren, würde ich so nicht stehen lassen wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sekunde. Das Protokoll ist, glaube ich, eingestuft. Wir müssten dann dem Zeugen das Protokoll vorhalten, damit wir den genauen Wortlaut der Protokollierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

deutlich machen können. Wir können es nicht vorlesen.

Zeuge Gerhard Schindler: Mir ist jetzt unklar, warum.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Schauen Sie es sich an, und Sie antworten, wie Sie es für richtig halten. Herr Wolff möchte dazu auch noch ein Statement abgeben.

RD Philipp Wolff (BK): Ich finde es nur beachtlich, dass aus dem eingestuften Protokoll anscheinend zitiert wird. Das war mir - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Als ich es gemerkt habe, habe ich es - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe aus keinem Protokoll zitiert, ich habe nur die Frage des Kollegen Notz noch mal hinterfragt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt bin ich
schuld! - Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es sowieso nicht richtig war, ist es ja auch nicht zitiert. Wie gesagt, ich kenne die Textstelle gar nicht. Der Einzige, der sie jetzt auf jeden Fall vor sich liegen hat, ist der Zeuge, und deswegen verlesen wir die Stelle auch nicht, sondern der Zeuge kann sie sich durchlesen. Gibt es bezüglich der Frage von Frau Warken aufgrund der jetzt Ihnen kenntlich gewordenen Stelle im Protokoll etwas auszusagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Meine Antwort, die ich eben abgegeben habe, gilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Danke schön. - Dann ist Frau Warken weiter dran mit ihren Fragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann hätte ich noch weiter eine Verständnisfrage. Sie haben mehrere

Maßnahmen ja beschrieben, die Sie schon ergriffen haben, unter anderem Erweiterung des DAFIS-Filters. Ich habe Sie so verstanden, dass jetzt erstmals - bitte korrigieren Sie mich - nach einer positiven Prüfung der Selektoren diese dann eingestellt werden und dass es eine Umkehr des Verfahrens gewesen sei. Habe ich das richtig verstanden, bzw. können Sie da noch mal genau erläutern, wie es vorher war und was Sie dann geändert haben, was Sie als Umkehr bezeichnen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich würde das lieber in der nichtöffentlichen Sitzung darlegen, weil ich das dann konkreter machen kann.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Wir haben ja jetzt schon uns länger darüber unterhalten, wie so die Wege sind innerhalb Ihres Hauses, wem was regelmäßig berichtet wird, wie die Dienstwege sind, wie gegebenenfalls auch die Fachaufsicht durch das Kanzleramt wahrgenommen wird. Jetzt haben Sie ja ausgeführt, dass die Zusammenarbeit mit der NSA sehr wichtig war für den BND, dass insgesamt eine Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten wichtig ist. Das sind aus meiner Sicht ja auch - - Da tauchen ja auch komplexe und sensible Fragestellungen auf, und ich denke mal, dass das schon auch dann bedeutende Projekte sind. Wie stellen Sie denn sicher, dass dann auch die Vereinbarungen, die getroffen werden im Rahmen solcher Zusammenarbeit, jetzt ganz allgemein bzw. auch konkret die Zusammenarbeit mit der NSA - - wie die Zusammenarbeit kontrolliert wird, wie die Vereinbarungen umgesetzt werden? Ist es früher so gewesen, dass man da vielleicht nicht ausreichend darauf geachtet hat und den Prozess nicht ausreichend begleitet hat, fachlich und rechtlich? Gab es da Änderungen in letzter Zeit?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es ist ja so, dass, wenn eine Kooperation begonnen wird oder eine gemeinsame Operation begonnen wird, dann vorher - - das heißt bei uns, so was wie Plan, Operationsplan oder Projektskizze vorgelegt wird, und die Genehmigungshierarchien sind unterschiedlich, also einfach nach Bedeutung, sage ich jetzt mal. Und es gibt auch Projekte, die mir vorgelegt



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden, und es gibt auch Projekte, die dem Kanzleramt vorgelegt werden. Natürlich ist dabei immer ein wichtiger Punkt: Welche Rechtsgrundlagen haben wir, auf welcher Rechtsgrundlage arbeiten wir dort? Muss man eine Vereinbarung treffen oder keine Vereinbarung treffen? Und der Umstand dieses MoA ist eher etwas Außergewöhnliches, denn die normalen Zusammenarbeitsprojekte laufen ohne solche MoA.

Jetzt bitte ich um Nachsicht, dass ich jetzt nicht im Jahre 2012, als ich Präsident wurde, mir alle, ich nenne es jetzt mal so, Altfälle - seit 2005 läuft dieses Projekt - - also dass ich da eine Veranlassung gesehen hätte, zu sagen: Macht ihr das auch auf einer richtigen, MoA-konformen Darlegung? - Also, das habe ich nicht gemacht, weil ich selbstverständlich davon ausging, dass das MoA-konform gemacht wird. Und heute stelle ich fest, dass mit Beginn, quasi die Erbsünde, 2005 dies von vornherein unzureichend geschehen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Und dann auch im Wege der Zusammenarbeit nicht kontrolliert wurde oder überprüft wurde, ob die Zusammenarbeit ordnungsgemäß und gemäß des Memorandums abläuft. Die Feststellung haben Sie gemacht, dass eben - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, natürlich hat man - - Ich habe ja gesagt, solche Überprüfungen fanden eher zufällig statt. Ja, es gab auch schon mal Überprüfungen, aber nicht eine solche wie im August 2013. Und eine solche Überprüfung kann ich gerne in der nichtöffentlichen Sitzung noch mal darlegen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich will jetzt gar nicht unbedingt auf die Überprüfung auch der Selektoren hinaus, sondern bei dieser Zusammenarbeit wurde ja am Anfang auch das Memorandum natürlich mit dem Kanzleramt abgestimmt. Wie ging das dann im weiteren Verlauf? Wurde Ihrer Kenntnis nach dann regelmäßig auch dem Kanzleramt berichtet, wie das Projekt läuft, wie die praktische Umsetzung läuft, wie zufrieden man ist mit der Zusammenarbeit? Findet so was dann statt? Oder wird dann überhaupt nicht mehr darüber gesprochen, wenn es mal angelaufen ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das ist mir so nicht nach Aktenlage bekannt. Also, jedenfalls nach meiner Erinnerung gibt es in den Akten einen - sagen wir mal - ersten Sachstandsbericht - hätte man ja sagen können - im April 2005: Der Start hat begonnen, und das und das. Das habe ich so nicht gesehen.

Nina Warken (CDU/CSU): Weitere Berichte sind Ihnen nicht bekannt, habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe jetzt in Erinnerung das, was ich selbst angesprochen habe, nämlich dass 2010 und 2011 dieses Projekt Erwähnung gefunden hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Und allgemein gefragt: Wie oft oder wie regelmäßig berichten Sie oder Mitarbeiter von Ihnen dann dem Bundeskanzleramt über die Aktivitäten des BND, und worin geht es dann bei den Unterrichtungen, allgemein gefragt?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wir haben ja eine enge Zusammenarbeit, jedenfalls ich habe eine enge Zusammenarbeit. Das heißt, wir treffen uns manchmal mehrmals die Woche mit Staatssekretär Fritsche oder mit anderen Vertretern der Abteilung 6 im Bundeskanzleramt und besprechen laufende Projekte, insbesondere dann, wenn es Probleme gibt. Und, ja, das machen wir mehr oder weniger regelmäßig.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber nicht nur, wenn es Probleme gibt, sondern auch - -

Zeuge Gerhard Schindler: Auch wenn es Erfolge gibt.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich gern zu einem anderen Thema kommen, was uns jetzt auch die letzten Tage und Wochen medial beschäftigt hat, nämlich zu der Frage No-Spy-Abkommen mit den USA. Es gab da ja kürzlich auch einen Zeitungsbericht in der *Süddeutschen* Anfang des Monats, wo ein umfangreicher Mail-Verkehr, sage ich mal, sozusagen abgedruckt war. Dort wird dann die Behauptung aufgestellt, dass die Bundesregierung frühzeitig erkannt habe,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass es nicht zum Abschluss eines solchen No-Spy-Abkommens mit den Amerikanern kommen wird; man hat die Verhandlungen im Prinzip nur zur Beruhigung der Öffentlichkeit geführt, und die Stimmung während dieser Verhandlungen sei auch nicht besonders freundschaftlich gewesen. - Ich selbst habe die Akten, diese Mails auch gelesen und habe da eigentlich einen ganz anderen Eindruck gewonnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Akten sind aber, glaube ich, eingestuft.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, ich sage jetzt auch nichts zu den Akten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich würde einfach gerne wissen von Ihnen, wenn Sie das sagen können, in welchem Zeitraum und mit welchen Zielen denn mit der amerikanischen Seite verhandelt wurde.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich muss jetzt hier vorsichtig darlegen, weil es ja dann konkrete Verhandlungen mit einem amerikanischen Partner waren, und das wäre ja dann auch einzustufen. Aber, ich glaube, ich darf Folgendes sagen: Es gab ein konkretes Angebot unseres Partnerdienstes, das ich auch so verstanden habe. Ich berufe mich jetzt gar nicht auf die anderen Beteiligten, die mit mir da waren, sondern ich bin ja jetzt hier und habe das genau so verstanden. Ich habe, ich glaube, wenige Tage nach diesem Angebot auch schriftlich reagiert und habe noch mal deutlich gemacht, dass das ein guter Schritt ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie das ganz kurz zeitlich einordnen?

Zeuge Gerhard Schindler: August. Das war im August.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein konkretes
Angebot wofür?)

Nina Warken (CDU/CSU): Darf ich fragen?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irreführend!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mich jetzt so ein bisschen - da gucke ich mal zum Kanzleramt -: Wir haben einen Sachverhalt, der ist grundsätzlich eingestuft, und der hat bei uns einen Stempel drauf. Jetzt kriegen wir einen Teil berichtet, der bezieht sich konkret auf diesen Sachverhalt; der läuft. Dann würde ich vorschlagen, entweder den gesamten Komplex herunterzustufen oder diesen Teil einzustufen. Denn sonst haben wir es relativ misslich, dass wir einen Teil der Aktenlage eingestuft haben und andererseits wieder Aussagen nicht eingestuft haben. Dann würde ich gerne doch den gesamten Komplex entweder herabstufen, dass wir alles diskutieren dürfen, oder eben auch diesen Teil einstufen. Da muss ich mal auf das Kanzleramt gucken: Wie bewertet das das Kanzleramt?

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben ja auch jetzt schon offene Materialien zu dem Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Aber es wäre schon ganz interessant, wie das Kanzleramt das bewertet.

RD Philipp Wolff (BK): Die Frage ist, wie detailliert der Zeuge antwortet. Auch bei anderen Sachen haben wir natürlich immer die Frage: Wenn es in die Details geht, dann bitte in eingestufte Sitzung. Generell kann man schon Angaben machen. Vorhin wurde das sehr detailliert, hatte ich den Eindruck, oder der Zeuge holte aus, um konkrete Angaben zu machen. Bisher, muss ich sagen, ist das eher noch generell. Wenn es um die Details geht, um konkrete Kommunikation, dann würde ich das in eingestufte Sitzung geben. Wenn es generell so geht - -

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben auch zig Aktenseiten aus Materialien des Auswärtigen Amtes, wo es auch darum geht. Also ich verstehe nicht, warum er da jetzt nicht ausführen kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Ich würde vielleicht nur zwei Aussagen machen. Erstens, es gab ein konkretes Angebot, und zweitens, ich habe konkret verhandelt.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie es bitte noch mal sagen, ich habe es jetzt akustisch nicht verstanden.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Worauf denn ein konkretes Angebot?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Lassen Sie die Kollegin Warken doch fragen. Es geht doch gleich weiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich muss Sie leider bitten, den letzten Satz noch mal zu wiederholen, weil ich es akustisch nicht verstanden habe.

Zeuge Gerhard Schindler: Tut mir leid. Erstens. Es gab ein konkretes Angebot. Zweitens. Ich habe konkret verhandelt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Jetzt wird wieder der falsche Eindruck erweckt!
Ein starkes Stück!
Unfassbar!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, Herr Kollege von Notz. Sorry. Gleich geht es bei Ihnen weiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich frage doch auch weiter. Jetzt vertrau mir doch auch mal, dass ich auch die Fragen stelle. - Können Sie berichten, mit welchen Zielen verhandelt wurde mit der US-amerikanischen Seite?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, zu den Inhalten konkret eben nicht, gerne in eingestufte Sitzung; aber das Ganze lief unter dem Rubrum No-Spy-Abkommen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und was ist aus Ihrer Sicht mit No-Spy-Abkommen gemeint? Ging es

da um eine völkerrechtliche Vereinbarung zwischen den USA und der Bundesrepublik oder um Vereinbarungen zwischen den Diensten oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich bin ja Dienst, und es ging bei meinen Verhandlungen um eine Vereinbarung mit den Diensten.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt habe ich der *Süddeutschen Zeitung* vom 28. Februar 2014 entnehmen können, dass auch Herr Steinmeier in den USA noch bei seiner Auslandsreise zu diesem Zeitpunkt in die USA das Thema Abschluss eines No-Spy-Abkommens auf der Tagesordnung hatte. Stimmt es also dann, dass die Verhandlungen auch bis ins Jahr 2014 hinein gegangen sind, wenn das anscheinend sogar bei dieser Auslandsreise Thema war?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich kann jetzt dazu nicht sagen, was der Herr Außenminister verhandelt hat; ist jetzt mir neu. Ich kann in dieser öffentlichen Sitzung nur sagen, es gab dieses Angebot zwischen Diensten, kein völkerrechtliches oder sonstiges, und dieses Angebot blieb nicht im luftleeren Raum, sondern wir haben auch darüber konkret verhandelt. Ich habe auch darüber konkret verhandelt. Und das Ganze lief unter dem Rubrum No-Spy-Abkommen. Zu den Inhalten kann ich Ihnen jetzt leider - - gerne in der nichtöffentlichen Sitzung detailliert berichten. Und diese Verhandlungen, die waren auch nicht irgendein Strohhalm, also Angebot, mal kurz hin und hallo, sondern das waren konkrete Verhandlungen, die länger gedauert haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie sagen, bis wann die gedauert haben und aus welchen Gründen die dann abgebrochen wurden? Von wem wurden sie abgebrochen?

Zeuge Gerhard Schindler: Sie haben auf jeden Fall länger wie das Jahr 2013 gedauert. Warum das dann im Ergebnis kein Abkommen gab, das würde ich dann gerne in der nichtöffentlichen Sitzung sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Wurden die Überlegungen, die Sie damals hatten, die Verhandlungen über entsprechende Vereinbarungen, zwischenzeitlich wieder aufgenommen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, auf der Dienstebene - -

Nina Warken (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Zum Auswärtigen Amt kann ich Ihnen beim besten Willen nichts sagen; das weiß ich nicht. Auf der Dienstebene sind wir im Grunde genommen - und deshalb ist es ein bisschen schwierig - immer mal wieder zusammengekommen und haben diesen Gedanken weiter diskutiert.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. Dann würde ich in der nichtöffentlichen Sitzung noch mal darauf zurückkommen und jetzt an den Kollegen Wendt abgeben.

Marian Wendt (CDU/CSU): Lieber Herr Schindler, lassen Sie mich vielleicht noch mal feststellen, weil mir das ein bisschen ein Bedürfnis ist, zu sagen, Sie sind hier nicht Angeklagter oder werden hier auch nicht verhört, sondern wir gemeinsam wollen ja einen kooperativen Ansatz fahren, dass wir diese Anschuldigungen, die es gibt, entsprechend aufklären. Weil es war eine ein bisschen unangenehme Situation hier teilweise aus meiner Empfindung.

Ich habe zwei Bereiche. Zum einen die erste Frage: Gibt es in Ihrem Haus ein Buch oder eine Liste mit einer Übersicht, wo alle E-Mail-Adressen oder E-Mail-Adressendungen von europäischen Regierungen verzeichnet sind? Also „diplo.de“ ist ja die Endung des Auswärtigen Amtes, „bmi.bund.de“ ist das Innenministerium, und so gibt es das auch für das Ministerium in Ungarn, in der Region Dänemark, in Frankreich, in Italien. Ist Ihnen da was bekannt, ob es da eine Übersicht gibt, mit der die Mitarbeiter entsprechend die nehmen können, wenn sie solche Adressen suchen, in verschiedenen Listen, Selektorenlisten, dass sie sehen: „Ach, diese E-Mail-Endung deutet auf ein Ministerium, eine Regierung eines europäischen Landes hin“?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das ist mir nicht bekannt, und ich würde es auch bezweifeln. Noch einmal: Es wurde ja seit 2008 nicht mehr händisch gesucht, sondern 2008 hat es die Maschine gemacht und damit den Zustand von 2005 bis 2008 verfestigt, nämlich dass man nur unzureichend das MoA berücksichtigt hat.

Marian Wendt (CDU/CSU): Das bringt mich nämlich zu dem Punkt, was im August 2013 ja stattgefunden hat, durch den W. O. und den Dr. T.: die Prüfung der Selektoren, und da haben wir ja gestern dann nämlich berichtet, der eine Kollege hatte gesagt: Es gibt eine solche Liste, andere Kollegen haben gesagt, oder Ihr Mitarbeiter, er hat das sozusagen gesucht, sich überlegt, händisch, mit Art Steuerung + F in dieser Liste nach diesen Endungen gesucht, ob in dieser Liste halt die entsprechenden Endungen vorkommen. Deswegen frage ich noch mal, sage ich mal. Sie sprachen jetzt von einem Automatismus, der sozusagen seit 2008 funktioniert. Und da wurde gesprochen, dass man wie eine Art Steuerung + F noch mal händisch durchsucht, und da muss der Kollege entsprechend auch wissen, wonach er sucht, und dass er auch weiß, dass das ungarische Außenministerium zum Beispiel die und die Endung hat. Deswegen die Frage, wie das funktioniert.

Der zweite Bereich ist noch mal: Sie hatten vorhin als Nachfrage die Reform angesprochen, von drei Punkten, die Änderung der Außenstellenstruktur, Sie wollen das Controlling stärken innerhalb Ihres Hauses. Könnten Sie da vielleicht auch noch mal skizzieren, was da bereits umgesetzt wird, welche Überlegungen es da konkret gibt, ob es da vielleicht eine Arbeitsgruppe mittlerweile gibt, eine Steuerungsgruppe, die diese Strukturänderungen auch vielleicht im Umdenken des Hauses vielleicht konkret auch skizzieren oder erarbeiten? Weil wir sind ja auch daran interessiert sozusagen, Strukturen zu schaffen gemeinsam, dass so etwas nicht wieder passiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit Blick, wenn es geht, zurück auf den Untersuchungszeitraum, denn was Sie in die Zukunft gerichtet machen, ist nur dann nach meiner Meinung Untersuchungsgegenstand, wenn es Rückschlüsse in die Zeit der Vergangenheit bieten kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Also, nur ganz kurz, es sind jetzt keine Thesen, wo ich sage, in zehn Jahren kommen wir noch mal darauf zurück, sondern: Klar, ich habe beispielsweise dem Organisationsreferat den Auftrag gegeben, eine Markt-sichtung zu machen: Wir wollen das mit externer Unterstützung machen. Wer kann uns beraten bei der Außenstellenstruktur, wer kann uns beraten bei der Prozesskette, wer kann uns beraten bei einer Durchbrechung des Abschottungsprin-zips? - Das sind also nicht irgendwie nur leere Gedanken, sondern wir werden das schon kon-kret angehen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Wer berät Sie da, wenn ich fragen darf?

Zeuge Gerhard Schindler: Bitte?

Marian Wendt (CDU/CSU): Wer berät Sie da? Wer ist der externe Partner?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe gerade ge-sagt, dass wir diese Marktsichtung - -

Marian Wendt (CDU/CSU): Ach so, wer Sie bera-ten könnte. - Okay. Gut. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion. In der zweiten Fragerunde beginnt wieder die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Herr Schindler, mein Kollege Hahn hatte Sie vorhin nach diesem Erlass aus November 2013 gefragt, und Sie haben ausgeführt, dass der Schutz der europäischen In-teressen sich lediglich auf die eigenen Selektoren bezog. Deswegen noch mal eine Frage vorweg-geschaltet. Die eigenen Selektoren und die durch die NSA übergebenen Selektoren, laufen die auf unterschiedlichen Datenverarbeitungssystemen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe nicht gesagt, dass es sich „lediglich“ um unsere Erfassung ge-handelt hat, sondern dass es sich um unsere Er-fassung gehandelt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Ich will jetzt wissen, ob die eigenen Selektoren und die der

US-Amerikaner auf unterschiedlichen Datenver-arbeitungssystemen laufen.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das sind ja keine Datenverarbeitungssysteme, diese Datenbanken, sondern das sind Steuerungsdatenbanken, also da wird ja nichts verarbeitet im Sinne von eins und eins ist zwei.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte? Da müssen wir kurz vielleicht mal über den Begriff der Da-tenverarbeitung diskutieren zwischendurch.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, gerne.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wenn ich einen Selektor in eine Datenbank einstelle und der ein Ergebnis produziert, ist das eine Daten-verarbeitung. Nach Bundesdatenschutzgesetz können wir das gerne mal durchdeklinieren; da haben wir jetzt aber keine Zeit für, weil ich habe so wenige Minuten. Also, deswegen noch mal meine Frage: Die deutschen und die US-amerika-nischen Selektoren, laufen die in unterschied-lichen Datenbanken?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, die eigene Steuerung, die BND-eigene Steuerung - die Frage hatten wir eben - ist auf einem bestimmten Sys-tem, und die Steuerung der US-Selektoren ist auf einem anderen System.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. In Bad Aib-ling laufen nur US-Selektoren. Wollen Sie mir das jetzt sagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Zeugen haben etwas anderes gesagt.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die haben gesagt, in der Datenbank laufen die US-amerikanischen und die deutschen Selektoren, und der Anteil ist in der Zeit auseinandergegangen. Erst war er eins zu vier, dann ist er heute höher. Ist das also so:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es gibt eine Datenbank für die deutschen Selektoren und eine Datenbank für die US-amerikanischen?

Zeuge Gerhard Schindler: Noch mal: Unsere eigene Steuerung ist in einer Datenbank. Die Frage ist jetzt: Wohin gehen diese Selektoren und werden weitergesteuert? Wir müssen ja ein System haben: Ja, nein, rausnehmen. - Das heißt, dies ist eine Datenbank unserer Steuerung. Für die Bad Aiblinger, also dort, wo die Satelliten mit angesteuert werden, laufen dann beide Systeme, -

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig.

Zeuge Gerhard Schindler: - aber unsere Datenbank, wo geprüft wird „rein, raus“, die ist ein eigenes System. So habe ich das verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in dieser Datenbank, wo geprüft wird „rein, raus“, laufen keine US-Selektoren?

Zeuge Gerhard Schindler: Da kann ja kein US-Selektor laufen, das sind ja unsere Selektoren, die wir steuern. Da kann ja kein US-Selektor rein. Das ist ein ganz anderes System.

Martina Renner (DIE LINKE): In was laufen dann die US-Selektoren?

Zeuge Gerhard Schindler: In die beiden Datenbanken für IP-Adressen und für Rufnummern.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da laufen dann auch BND-Selektoren?

Zeuge Gerhard Schindler: Aber nicht dort gesteuert, sondern gesteuert von unserer Steuerungsdatei.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das ist größtmögliche Verwirrtaktik, die hier gerade stattfindet. Wir haben gehört, dieses Flag-Setzen macht man bei den US-Selektoren, die kommen dreimal, viermal am Tag auf den Server, gehen nach Pullach, werden einmal in der Woche dort geprüft, danach werden sie eingestellt oder nicht eingestellt. Richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): So. Und werden bei diesen US-Selektoren auch europäische Interessen beachtet?

Zeuge Gerhard Schindler: Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Werden bei den US-Selektoren europäische Interessen beachtet?

Zeuge Gerhard Schindler: Ob die US-Selektoren europäische Interessen beachten?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ob Sie, der BND, bei dem Einstellen der US-Selektoren europäische Interessen beachten. Wir haben den Vorfall, dass 2013 sich unter den Selektoren, die als kritisch identifiziert werden und damals aktiv gestellt waren, europäische Regierungsstellen befunden haben, ein Vorgang, der sich schon mal abgespielt hat in dem Haus, nämlich 2007, 2008, wo auch europäische Regierungsstellen gefunden wurden. Ja? So. Deswegen meine Frage: Wie wird sichergestellt, dass bei den US-Selektoren europäische Interessen beachtet werden, oder halten Sie es für unproblematisch, dass die NSA in der Datenbank des BND nach europäischen Regierungsstellen sucht? Das können Sie auch sagen, dass Sie das für unproblematisch halten. Vielleicht wäre es mal interessant, eine rechtliche Bewertung davon zu hören, was es eigentlich bedeutet, wenn der BND Suchbegriffe einstellt, die auf europäische Regierungsinstitutionen gerichtet sind. Was bedeutet das rechtlich eigentlich?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das sind mehrere Fragen, Frau Abgeordnete. Ich habe nicht gesagt hier - das wüsste ich auch nicht, wer es sonst öffentlich gesagt hätte -, dass europäische Regierungsstellen bei den US-Selektoren dabei sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sage ich hier auch.

Zeuge Gerhard Schindler: Dann müsste man mal schauen, wie das Testat eingestuft ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben hier Zeugen in öffentlicher Sitzung gesagt, Herr Schindler!)

- Das ändert nichts.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für uns - -)

Deshalb werde ich Ihnen jetzt nicht bestätigen - - Ich bin gerne bereit, in der nichtöffentlichen Sitzung grob Auskunft dazu zu geben, soweit ich das kann, aber jedenfalls - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Schindler, Herr Wolff vom Kanzleramt meldet sich. Ich halte mal die Zeit an.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur anmerken, dass es nicht korrekt ist, was Obmann von Notz sagt, dass das ein Zeuge in öffentlicher Sitzung gesagt hat, dass das eingestellt wurde. Das ist einfach falsch. Das wurde nicht in öffentlicher Sitzung gesagt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso ist das falsch?)

- Weil es nicht gesagt wurde. Wir können das Protokoll gerne noch mal durchgehen. Es wurde nicht gesagt, dass das eingestellt worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Eingestellt?

RD Philipp Wolff (BK): Dass US-Selektoren zur Steuerung mit entsprechenden Kriterien eingestellt wurden. Das wurde nicht gesagt. Es wurde nach Recherchekriterien gefragt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also sind 2013 festgestellt worden damals in diesem Prüfvorgang des Herrn D. B. und Dr. T., und das waren die aktiv gestellten Selektoren. So, ich möchte jetzt auch gar nicht mehr weiter diskutieren. Ich möchte wissen, wie Sie das rechtlich bewerten,

dass im BND Selektoren eingestellt werden, die - -

RD Philipp Wolff (BK): Zu den Details der Datenbank bitte ich den Zeugen dann in eingestufte Sitzung zu sprechen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich möchte eine rechtliche Bewertung von dem Zeugen. Ich möchte von ihm wissen, was es bedeutet, wenn in der BND-Datenbank nach europäischen Regierungsinstitutionen gesucht wird für die NSA. Was bedeutet das rechtlich?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wenn das der Fall wäre, dann wäre das ein Fall, der nicht dem MoA entspricht, der Nummer 1.3.2, es wäre aber kein Gesetzesverstoß, weil das deutsche Recht nur Deutsche und Ausländer in Deutschland schützt. Das G-10-Gesetz - das können wir gerne weiter diskutieren - ist ausschließlich darauf ausgelegt - ausschließlich! -, Deutsche und Ausländer in Deutschland zu schützen. Das ergibt sich bei einfachem Lesen des § 5; es ergibt sich aber noch deutlicher, wenn Sie die Gesetzesbegründung dazu lesen. Der Gesetzgeber, also das Parlament, hat sich damals bei der Gesetzgebung 1990 zu dieser Regelung entschieden und hat Ausländer, seien es Europäer oder sei es ein anderer Staat, nicht unter den Schutz gestellt.

(Zuruf des Abg. Christian
Flisek (SPD))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, jetzt ist eben noch Frau Kollegin Renner dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich würde gerne fragen, wie Sie das einschätzen vor dem Hintergrund der EU-Grundrechtscharta, und ich würde gerne von Ihnen das auch wissen, wie Sie es denn einschätzen würden, wenn, sagen wir mal, der GCHQ in Frankreich eine Datenerhebung durchführt und dort Ihre Behörde Spähziel des GCHQ wäre? Also, es gibt neben der rechtlichen Bewertung sicherlich auch noch eine politisch-diplomatische. Wie schätzen Sie es ein, wenn befreundete Staaten mithilfe einer Koope-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ration zwischen zwei Geheimdiensten ausgespäht werden? Was bedeutet das politisch-diplomatisch eigentlich, wenn wir den Élysée-Palast ausspionieren oder eine Regierungsbehörde in Österreich oder in Polen oder in einem anderen Land? Was bedeutet das eigentlich?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Sie haben mich eben nach der Rechtsfrage gefragt; die habe ich Ihnen beantwortet.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt frage ich noch mal nach EU-Grundrechtscharta und -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, beantworte ich Ihnen gern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge Gerhard Schindler: Es ist kein Gesetzesverstoß, es ist kein Gesetzesverstoß, sondern es ist nicht entsprechend der Absprache im MoA. Ich habe auch in meinem Eingangsstatement darauf hingewiesen, dass dies eine politische Bewertung ist und kein Gesetzesverstoß. Das habe ich ziemlich am Anfang ganz deutlich gesagt. So. Die politische Bewertung obliegt mir als Behördenchef nicht. Und Menschenrechtscharta -

Martina Renner (DIE LINKE): Grundrechtscharta.

Zeuge Gerhard Schindler: - finde ich ganz interessant, -

Martina Renner (DIE LINKE): Grundrechtscharta!

Zeuge Gerhard Schindler: - weil Sie haben ja

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Europäische
Verträge!)

hier in dem Ausschuss - - haben Sie ja mehrere Professoren angehört und darunter auch einen Völkerrechtler, und dieser Völkerrechtler - ich habe zufällig das Gutachten dabei - hat ja deutlich gemacht, dass diese Vereinbarungen immer nur in dem Staat wirken. Das heißt, der Staat, die

Bundesrepublik Deutschland, garantiert die Einhaltung dieser Charta, der MRK beispielsweise oder der EMRK, allerdings nur für sein Staatsgebiet. Das ist das System im Völkerrecht; das hat er, glaube ich, sehr überzeugend darlegt. Deshalb ist es auch kein Verstoß gegen diese Regeln.

Etwas anderes wäre es, wenn man in Deutschland das machen würde. Das ist was anderes. Aber noch mal: Das ist nicht in Deutschland.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das war doch in Bad Aibling!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine wirklich letzte Frage: Ist die Ausspähung - und die war in Deutschland, weil sie war ja in Bad Aibling - wegen mir des Élysée-Palastes - - gehört das zum BND-Aufgabenprofil?

Zeuge Gerhard Schindler: Die Ausspähung des - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, erstens ist das BND-Aufgabenprofil - - ist ja kein Gegenstand dieser Untersuchung, und so eine hypothetische Frage kann ich überhaupt nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Die ist nicht hypothetisch, die ist ziemlich konkret.

(Christian Flisek (SPD): Das ist etwas, woran Sie gebunden sind! Wir würden es gern kennen, aber Sie haben jetzt gesagt, es ist rechtmäßig!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist aber jetzt eigentlich die Union dran.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich will das nur - - Das ist schon ein interessanter Punkt jetzt, nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Es ist doch klar, Herr Abgeordneter: Rechtlich, rechtlich haben wir die Grenzen: Deutsche und Ausländer in Deutschland. Dies bedeutet - -

(Widerspruch des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

- Doch.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Nein!)

- Ja, aber selbstverständlich.

(Zuruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

Christian Flisek (SPD): Schauen Sie - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Das haben hier
drei Staatsrechtler - -)

Ich will nur mal einen Punkt gerade machen, Herr Präsident Schindler. Sie haben doch gerade gesagt, das Politische bewerten Sie nicht.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber die politische Entscheidung, die ist sozusagen konzentriert im Aufgabenprofil.

Zeuge Gerhard Schindler: Korrekt. Da haben Sie völlig recht, ja.

Christian Flisek (SPD): Genau. Und jetzt interessiert mich, ob sozusagen, wenn man hier solche Selektoren einsetzt und eventuell gegen europäische Partner spioniert, auch wenn es nicht

rechtswidrig ist, ob es eventuell gegen die politische Grundentscheidung dieses Landes verstößt, weil es eben gegen das Aufgabenprofil gerichtet ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Müssen wir nur gucken - - Das ist jetzt die Frage. Aber dann müssen wir einen Cut machen, weil wir eine Redereihenfolge haben. Sonst machen wir ein offenes Wuling. Ich bin dafür: Die Frage beantworten wir noch. Das ist eigentlich die Frage von der Kollegin Renner gewesen, jetzt eine Teamfrage. Und dann ist als nächste Fraktion die Fraktion der Union dran. - Herr Schindler.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Also, eigentlich könnte ich die Frage schnell beantworten, und sie ist völlig unproblematisch beantwortet. Ich stehe nur vor dem Problem, dass das Aufgabenprofil der Bundesregierung für den Bundesnachrichtendienst VS-Geheim eingestuft ist, und wenn ich jetzt sage: Ist oder ist nicht. - Aber damit da gar keine Spekulationen sind, mache ich jetzt da mal einen VSA-Verstoß: Natürlich ist der Élysée-Palast nicht im Aufgabenprofil.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Seit wann?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - So weit die Fragen der Kollegin Renner. Jetzt kommen wir zu den Fragen der CDU/CSU-Fraktion. - Wer fängt an? - Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich würde zu einer Frage kommen, die einen Bericht in der *Süddeutschen Zeitung* betrifft, im April dieses Jahres. Dort steht, dass im Jahr 2014 es eine geheime Arbeitsgruppe im BND gegeben haben soll, die Selektoren nochmals genau überprüft haben soll. Da sollen Tausende problematische Selektoren identifiziert worden sein. Diese Selektoren seien früher schon aufgefallen und waren zum großen Teil nicht zum Einsatz gekommen. Die Liste soll dann verschwunden worden sein auf unerklärliche Weise, und man hat die dann rekonstruiert und habe dann weitere 2 000 problematische aktive Selektoren gefunden, das Kanzleramt aber darüber nicht informiert. Können Sie zu dieser



Nur zur dienstlichen Verwendung

geheimen Arbeitsgruppe, wie es da geschrieben wird, was sagen? Stimmt die Darstellung?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich vermute - so, wie es jetzt dargestellt wurde -: Das ist nichts anderes als die Aktion im August 2013.

Nina Warken (CDU/CSU): Da wird 2014 Bezug darauf genommen, aber - -

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mir ist jetzt - - Also, eine geheime Arbeitsgruppe ist ja sowieso - - Also, eine Selektorenprüfgruppe in 2013 - - Das macht bei mir jetzt kein Erinnerungsvermögen. Ich wüsste jetzt nicht, was damit gemeint ist.

Nina Warken (CDU/CSU): 2014. Also, wissen Sie - - Haben Sie keine Kenntnis einer geheimen Arbeitsgruppe, haben Sie auch keine eingerichtet oder keinen Auftrag gegeben?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, die muss so geheim gewesen sein - -

(Heiterkeit der Abg. Nina Warken (CDU/CSU) - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Need to know!)

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. - Vielleicht noch mal eine Frage dazu, wie in Ihrem Haus die Kommunikation stattgefunden hat. Es gab jetzt ja schon mehrere BND-Zeugen, die uns berichtet haben, jawohl, sie haben die Snowden-Veröffentlichungen ja in der Presse verfolgt, man hat sich dann schon auch Gedanken gemacht, hat vielleicht auch mal mit dem einen oder anderen Kollegen gesprochen, das Ganze war ja dann schon auch eine aufregende Zeit.

Dann gibt es Zeugen wie den Zeugen Pauland vorhin, der gesagt hat, ja, man wusste das schon, aber das hat alles keine Rolle gespielt, und man hat sich da keine Gedanken gemacht, man hat keine Veranlassung gesehen, Dinge zu überprüfen. Der hat eher von so einem, sage ich mal, ja, Schweigen im Walde berichtet.

Haben Sie irgendwie mitbekommen, gab es Mitarbeiter, die sich an Sie gewandt haben, die gefragt haben: „Ja, was ist denn das, was da in der Presse steht?“? Haben Sie eine gewisse Unruhe, eine gewisse Diskussion mitbekommen? Also, aus meiner Sicht ist das jetzt ein bisschen unterschiedlich, was wir da an Eindrücken gewonnen haben, wenn die Zeugen zum einen sagen: „Klar hat einen das beschäftigt“; zum anderen sagt jetzt der Zeuge vorhin, das hätte irgendwie keine Rolle gespielt, und man hat da gar keine Veranlassung gehabt, irgendwie miteinander darüber zu sprechen, auch nicht über irgendwelche Prüfungsberichte, die dann zum Beispiel im Hause ja stattgefunden haben. Das ist irgendwie, ja, jetzt ein diffuses Bild bei mir. Können Sie irgendwie was sagen: Ist Ihnen was aufgefallen? Wie wurde darüber diskutiert bei Ihnen im Haus?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich glaube, ich habe es eben versucht darzulegen: Seit der zweiten Jahreshälfte 2013 bis heute wird jedenfalls von mir und mit vielen im Bundesnachrichtendienst darüber gesprochen. Wir unterhalten uns teilweise sehr intensiv, wir versuchen Sachverhalte aufzuklären, wir sprechen auch mit unseren Partnern. Also, alles andere wäre ja nicht verständlich. Wir sind damals ja etliche Male nach Washington gefahren; wir haben aber auch mit anderen Partnern gesprochen. Also, selbstverständlich war das quasi ein - - mit Beginn der ersten Veröffentlichungen ein Dauerthema im BND und insbesondere in der Abteilung Technische Aufklärung. Daher kann ich das jetzt wenig nachvollziehen, was Sie jetzt gerade da - also, sicherlich zu Recht - -

Nina Warken (CDU/CSU): Weil der Zeuge D. B. ja zum Beispiel gesagt hat, er hat trotz dieser Veröffentlichungen, die er gekannt hat, trotz seiner Überprüfung, die er veranlasst hat, und der Ergebnisse, die er bekommen hat im Jahr 2013, ja keine Veranlassung gesehen, das irgendwie weiterzugeben. Also, das ergibt für mich irgendwie ein komisches Bild, und der Zeuge Pauland scheint da auch Verständnis zu haben und auch keinen Anlass gesehen zu haben, da jetzt mal mit ihm darüber zu sprechen, und das ist für mich das Komische. Ich weiß nicht: Sind bei Ihnen die Dienstwege auch so strikt, oder gäbe es jetzt auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal eine Möglichkeit, dass jetzt auch ein Unterabteilungsleiter Ihnen mal was berichtet, oder wie ist das?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mir kann jeder berichten. Ich kriege beispielsweise E-Mails von Kolleginnen und Kollegen aus dem mittleren Dienst oder aus dem einfachen Dienst. Ich bin der erste Präsident, der eine E-Mail-Adresse eingerichtet hat, wo sich jeder Bedienstete an mich wenden kann, wovon auch Gebrauch gemacht wird. Und mir geht es da nicht um Hierarchien. Ich habe selbstverständlich mit den Kollegen allen gesprochen und habe auch gefragt: Was ist denn damals gelaufen, warum ist das nicht gemeldet worden, und - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?)

Weil es ist ja eine Sollbruchstelle, habe ich ja selbst genannt.

Ich hatte auf jeden Fall den Eindruck aus den Gesprächen, die ich geführt habe, dass sie das heute natürlich a) ganz anders sehen und b) es einfach damals falsch eingeschätzt haben, und diese falsche Einschätzung, hatte ich ja versucht darzulegen, führe ich einmal auf die mangelnde Sensibilität zurück und auf die drei Punkte, die ich Herrn Abgeordneten Flisek dargelegt habe, nämlich, weil man irgendwie Denkstrukturen entwickelt hatte, glaube ich, die, begünstigt durch Außenstellenstruktur, durch die möglicherweise mangelnde Reaktion der Leitung und vieles mehr, damals noch so vorgeherrscht haben. Ich bin - habe ja auch gesagt - heute sicher, dass das heute jedenfalls in diesem Bereich so nicht passieren würde.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil Sie jetzt auch Vorkehrungen getroffen haben, die Anweisungen geändert haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wissen Sie, Anweisungen ändern ist ja - - Natürlich haben wir Dienstvorschriften zur Meldung besonderer Vorkommnisse, ohne dass jetzt enumerativ aufgezählt wäre, was alles ein besonderes Vorkommnis

im Bundesnachrichtendienst wäre. Das könnte Bände füllen wahrscheinlich.

Es kommt eben entscheidend, es kommt am Schluss entscheidend auf den Einzelnen an, ob er dieses als besonderes Vorkommnis wertet oder nicht, und daher hatten wir es leider damit zu tun, dass diese Einschätzung im Jahre - - August 2013 so getroffen worden ist, wie sie ist, und ich glaube, der Kollege bedauert das heute sehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Also war das einfach, wie ich Sie verstehe, eine Fehleinschätzung von einigen Mitarbeitern. Und war es dann aber auch eine mangelnde oder eine nicht engmaschig genug durchgeführte Kontrolle dieser Kooperation, die der Bedeutung der Kooperation auch einfach nicht gerecht geworden ist? Kann man das so sagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe ja versucht, nachdem ich das alles mitbekommen habe, mir das zu erklären, und ich erkläre es mir eher damit, dass der Faktor Mensch hier die entscheidende Rolle spielt. Sie können noch so viele Dienstvorschriften konkretisieren - - Wissen Sie, wir können jetzt in unsere Dienstvorschrift hineinschreiben: „Selektorenprobleme sind besondere Vorfälle“ oder so was. Dann hätten wir dieses Problem geregelt; und morgen kommt ein anderes Problem, das nicht enumerativ aufgezählt ist, wo es dann wieder auf den Menschen drauf ankommt, ob er dies als besonderes Vorkommnis einstuft oder nicht, und für mich ist der Faktor Mensch der ausschlaggebende bei dieser Sache.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben jetzt eben und vorhin ja in Ihren Eingangsausführungen von den Sollbruchstellen gesprochen, gerade bei der Zusammenarbeit auch mit den Amerikanern. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie diese Sollbruchstellen jetzt erst festgestellt haben, oder gab es da welche, die Sie schon bei Dienstantritt festgestellt haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, diese habe ich erst jetzt festgestellt. Also, beispielsweise den Start im Jahre 2005, im April 2005, den kannte ich ja so vorher gar nicht, sondern wir haben ja jetzt eine Unterlage, wo man das beurteilen kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Den Umstand, dass sich dies fortgesetzt hat und dass trotz dieser Fortsetzung der unzureichenden Prüfung - da bin ich ja voll der Meinung des Ausschusses -, trotz der unzureichenden Prüfung - - Dass man dann auf die Maschine umgestiegen ist und damit die unzureichende Prüfung quasi verfestigt hat, das halte ich für die zweite Sollbruchstelle. Das kannte ich auch nicht, weil ich dieses europäische Problem eben nicht kannte, und ich habe ja gerne eingeräumt, dass mir die Fantasie gefehlt hat, zu glauben, dass man europäische Adressen in Afghanistan oder Somalia steuert. Und deshalb kannte ich auch den dritten Punkt nicht, nämlich die Meldung, 2010 zweimal und 2011 einmal; das war eine Altaktenlage, die ich nicht kannte. Ich kannte als einzige Sollbruchstelle dann jetzt eben August 2013, wo ich bedauerlicherweise nicht unterrichtet worden bin.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten es jetzt gerade noch mal gesagt und vorhin schon mal, dass Ihrer Meinung nach - - Durch die Einführung dieser maschinellen Überprüfung 2011 war die Sollbruchstelle - -

Zeuge Gerhard Schindler: 2008.

Nina Warken (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Gerhard Schindler: 2008.

Nina Warken (CDU/CSU): 2008 - - die Sollbruchstelle verfestigt hat. Können Sie das noch mal genau begründen, warum dadurch eine Verfestigung stattgefunden hat?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Also, ich hatte ja versucht, dieses DAFIS-System, das Filtersystem, zu beschreiben, nämlich die formalen Kriterien, dann die G-10-Positivliste, also, wo ausländische Telekommunikationsmerkmale, wo wir aber wissen, dass dahinter ein Grundrechtsträger steht, ebenfalls dort mit gesteuert werden, als Prüf- und Filterkriterium, und wir haben eine dritte Stufe. Das ist ja, wo wir uns eben unterhalten haben, nämlich die Stufe zur Wahrung deutscher Interessen, wo Unternehmensnamen enthalten sind, damit man die auch im Ausland dann schützen kann.

Wenn man sich das anschaut, dieses Filterprofil, dann ist es aus meiner Sicht unzureichend, weil dieser Filter prüft eben nicht in einem europäischen Staat eine bestimmte E-Mail-Adresse, weil er sie erst gar nicht findet. Das hat ja nichts mit Deutschland zu tun, es ist nicht „de“, möglicherweise steht diese Adresse nicht auf der G-10-Positivliste und kann auch keinen Treffer generieren in der dritten Stufe „deutsche Interessen, Unternehmensnamen“.

Das heißt, es kann überhaupt keinen Treffer geben für diesen Fall, und ausgerechnet dieser Fall ist aber ein Fall, den man kritisch prüfen muss, ob er mit dem MoA übereinstimmt. Das heißt, die Maschine konnte von Beginn an die Anforderung einer vollständigen Überprüfung, nämlich zu sagen: „Ist das kompatibel mit dem MoA?“, überhaupt nicht leisten. Und das ist ja - - Ich habe ja auch gesagt: Das ist mir ein Rätsel, wie man im Juni 2008 auf diese Maschine umsteigen kann, die das gar nicht leisten kann, obwohl man vorher noch, eher zufällig, suspekta - na, das kann ich gerne in der nichtöffentlichen Sitzung noch mal deutlich machen - Überprüfungen festgestellt hatte.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie was dazu sagen, warum man zu der Entscheidung gekommen ist damals? Was wurde da diskutiert, wer hat das entschieden, und wo war die Notwendigkeit, da umzustellen, wegen der hohen Datenmengen oder - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich bin jetzt ganz gut darauf vorbereitet, weil der Abgeordnete Lischka im PKGr dieselbe Frage gestellt hat.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Das ist
Geheim!)

- Die Frage ist nicht Geheim.

Ja, wir haben es rückwärts geprüft, und dann haben wir gesagt: Warum ist das jetzt eigentlich gemacht worden? Und die Antwort ist die, dass man vorher händisch geprüft hatte, und mit zunehmendem Anteil an Selektoren stieß man da



Nur zur dienstlichen Verwendung

händisch an die Grenze, wobei die händische Prüfung ja auch schon unvollständig war, und dann stieß man an die Grenze und hat nach einem System gesucht, das das elektronisch machen kann, und da ist man auf DAFIS gekommen, das man damals für einsatzreif hielt für die Prüfung der Selektoren - DAFIS war früher ein System für die Prüfung der Erfassungen, also was anderes -, und hat das umentwickeln können und hat dann damit die Selektorenprüfung gemacht, und es hat funktioniert, in dem Sinne, wie ich es gerade geschildert habe - deutsche Interessen, deutsche Interessen oder G 10, G-10-deutsche Interessen -, und hat es dann eingesetzt.

Diese Entscheidung ist - wir haben es versucht rauszubekommen - in der Abteilung getroffen worden. Es gab weder eine Unterrichtung des Kanzleramtes, und wir haben auch nichts gefunden, dass der Präsident damals unterrichtet worden wäre, jedenfalls nicht schriftlich - sonst hätten wir ja irgend so einen Aktenvorgang möglicherweise gehabt -, und man hat das eben als Routinevorgang bezeichnet, was in sich wieder schlüssig ist: Wenn man vorher eine unzureichende Prüfung hat und macht die technisch unzureichend, dann kann man das durchaus als Routine bezeichnen. Aber rückschauend betrachtet, ist das natürlich keine Routine.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, das wäre nämlich meine Nachfrage gewesen. Also, man hat sich wahrscheinlich - habe ich das richtig verstanden? - gar keine Gedanken gemacht über diese dritte Stufe, weil man es vorher schon unzureichend gemacht hat, und deswegen hat man jetzt nicht überlegen müssen, wie man das technisch umsetzt, sondern man hat einfach gar nichts dazu überlegt.

Zeuge Gerhard Schindler: Hm.

Nina Warken (CDU/CSU): Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das ist mein Eindruck, mein persönlicher Eindruck. Ich habe jetzt nichts in den Aktenlagen gefunden, wo man sagen könnte: Da steht es, oder so.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben ausgeführt, dass aus Ihrer Sicht man dadurch das MoA nicht richtig eingehalten hat oder dass dagegen verstoßen worden ist, durch diese Art der Prüfung der Selektoren, aber dass das aus Ihrer Sicht kein Verstoß gegen deutsches Recht gewesen sei. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist genau richtig. Wobei: Die Frage ist natürlich, ob wir gegen das MoA verstoßen haben oder andere.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ach so! Das ist ja gut!)

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie sind der Meinung, dass andere gegen das MoA verstoßen haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Weil es um einen Verstoß geht. Also: Ist das - - Ist eine mangelhafte Prüfung, jetzt mal juristisch ausgedrückt - -

Nina Warken (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Ist eine mangelhafte Prüfung ein Verstoß gegen eine Vereinbarung?

Nina Warken (CDU/CSU): Oder die Selektoren?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, okay. - Gut, dann habe ich das verstanden und habe jetzt im Moment in der öffentlichen Sitzung keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte noch ein, zwei Fragen, und zwar zu zwei Komplexen, einmal zum Thema leitungsgebundene Verkehre. Da hatte ich eben schon mal so ein bisschen nachgefragt, wie es denn ausschaute, ob in Bad Aibling auch aus leitungsgebundenen Verkehren die Daten genutzt worden sind, um sie gegen die Selektoren laufen zu lassen. Der zweite Komplex wird das Thema Metadaten sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich komme noch mal einmal zu den leitungsgebundenen Verkehren. Jetzt können Sie ja nicht viel zu diesem einen Projekt sagen, was Sie eben erwähnt haben; da haben Sie ja auf die eingestufte Sitzung verwiesen. Ich frage aber jetzt mal: die DAFIS-Filterung: Funktioniert die denn bei den leitungsgebundenen Verkehren überhaupt? Besteht da nicht ein hohes Risiko, dass das nicht so einfach geht wie bei einer Handynummer, bei einer Mailadresse etc., zumal da bei den leitungsgebundenen Verkehren ja noch mehr Probleme dazukommen, dass die eben nicht so schön am Stück sind?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, so, wie man das mir berichtet hatte, ist das ja damals auch mit im Rahmen dieses Projekts mit getestet worden und mit zur Einsatzreife gebracht worden, und das System soll heute so ausgereift sein, und es gibt da auch keine Beschwerden, dass es auch - - also, nicht in Bad Aibling, noch mal, also, das ist was ganz anderes - - aber dass es auch dort, wo wir Kabelerfassung haben, wir als Bundesnachrichtendienst, dass dieses System dort a) eingesetzt wird und b) funktioniert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, was - -

Zeuge Gerhard Schindler: Wir könnten es ja - - Bei uns ist das ja überhaupt kein Problem. Wir sehen ja die Erfassung und würden ja sagen: Oh, Fehler.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - - Betrifft das jetzt bei DAFIS ausschließlich die G-10-Filterung oder auch die Filterung bezüglich der Selektoren, die im deutschen Interesse sind, dass die nichts auswerfen bei der Kabelerfassung? Die dritte Stufe, läuft die auch da so?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, meines Wissens läuft die dritte Stufe überall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die läuft über?

Zeuge Gerhard Schindler: Überall.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, überall; okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff, Entschuldigung.

RD Philipp Wolff (BK): Ganz kurz. - Ich will den Zeugen nur mal kurz darauf hinweisen, dass wir uns dann außerhalb des Untersuchungsgegenstands bewegen, wenn wir jetzt bei der eigenen Kabelerfassung sind.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, da muss ich noch mal fragen. Ich frage ja nach dem Zeitraum, der Untersuchungsgegenstand ist, bezüglich kabelerfasster Nutzung der Selektoren. Ist er nicht?

RD Philipp Wolff (BK): Es ging jetzt -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe Herrn Wolff so verstanden, dass andere - -

RD Philipp Wolff (BK): - um eigene Kabelerfassung, nicht um Kabelerfassung ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein. - Da ging die Antwort hin; das wollte ich aber gar nicht wissen. Mir ging es schon bezüglich der Selektoren, weil ich denke, dass Sie bei den eigenen Erfassungen - aber da brauche ich detailliert gar nicht darauf eingehen - ja ganz andere Voraussetzungen haben: Da haben Sie Ihre nachrichtendienstliche Gewinnung, um die Selektoren herauszufinden; da geht es mir jetzt gar nicht drum.

Mir geht es speziell um die Selektoren, die ja eingesteuert werden in diese Datenbank - - und nicht nur die satellitenerfasste Kommunikation in Bad Aibling dagegen gelaufen lassen wird, sondern in dem entsprechenden Zeitraum für das entsprechende Projekt auch um leitungsgebundene Verkehre, die paketvermittelt sind, und möglicherweise habe ich da ja andere Probleme bei der Streckenerfassung, wie ich sie bei den Sa-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tellitenstrecken habe. Da müsste man möglicherweise noch sensibler hingucken - mein technisches Verständnis bisher.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es also bei den satellitenerfassten Daten jetzt bezüglich der europäischen Komponente nicht so gut gelaufen ist, dann habe ich die Befürchtung, dass es in der Phase, wo leitungsgebundene Verkehre erfasst worden sind und mit den gleichen Filtern, mit den gleichen Problemen möglicherweise auch gegengelaufen lassen wurden - - dass da die gleichen Probleme aufgetreten sind. Ist das ganz abwegig, diese Vermutung?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich kann Ihnen jetzt zu diesem Projekt - - Das ist ja, glaube ich, 2007/2008 dann sogar beendet worden. Also, ich habe einen groben Überblick über dieses Projekt, weil ich es mir habe schildern lassen; aber in diese Feinheiten bin ich jetzt echt nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich werde im Zweifel noch mal in eingestufte Sitzung danach fragen; dann fällt es uns beiden vielleicht leichter, mir, die Frage zu formulieren, und Ihnen, sie zu beantworten.

Zweiter Punkt war das Thema Metadaten. Jetzt werden ja bei Satellitenerfassung auch Metadaten erhoben. Richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die werden in Gänze auch gegen die Filterkaskade laufen gelassen, oder ist das eine separate Sache? Inhaltsdaten oder mit Metadaten verbundene Inhaltsdaten werden gegen die Filterkaskade laufen gelassen und die Metadaten nicht? Wie muss ich mir das vorstellen? Metadaten, ja auch viel mehr, singuläre Metadaten, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - mit Inhaltsdaten verbundene Metadaten, wenn ich es richtig sehe. Wie läuft das?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe es so verstanden: Bei der Inhaltserfassung, über die wir die ganze Zeit gesprochen haben, gibt es ja zweimal den Prüfschild, nämlich einmal bei der Selektorenprüfung, das, was ich steuere, und dann, wenn ich eine Erfassung hätte, noch mal die Erfassung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bezüglich der Inhalte?

Zeuge Gerhard Schindler: Bezüglich der Inhalte, aber insbesondere bezüglich des zweiten Partners. Wissen Sie, wenn Sie den Selektor XXX haben, und der ist sauber, so sage ich es jetzt mal salopp, der spricht aber dann mit einem deutschen Grundrechtsträger, dann kann ein sauberer Selektor trotzdem ein G-10-Problem sein, wenn er mit einem Deutschen spricht. Und damit dies nicht passiert, wird noch mal die Erfassung gefiltert und noch mal nach diesen Stufen, wie ich sie genannt habe - -

Bei den Metadaten gibt es keine Selektorprüfung vorneweg, weil Metadaten nicht mit Selektoren gesteuert werden; sondern bei Metadaten gibt es Strecken, die man ausleitet, und erst nach der Erfassung oder bei der Erfassung laufen dann die erfassten Daten gegen DAFIS, allerdings nicht gegen die Stufe 3, weil da ja keine Namen in Metadaten enthalten sind, sondern nur noch Stufe 1 und 2.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist es aus Ihrem Wissen vorgekommen, dass Metadaten, bevor sie am Ende dann gegen die erste und zweite Stufe laufen gelassen wurden, ausgeleitet worden sind, ungeprüft?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich muss mich korrigieren. Also, es wird auch die Stufe 3 durchlaufen lassen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil es auch inhaltsgebundene Metadaten mit Namen gibt? Verbundene, muss ich sagen.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, fest steht: Stufe 3 auch. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht erklären, warum.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht können wir Details auch mit den einen oder anderen Techniker noch klären.

Wie sieht es denn aus, bezüglich dann der Frage, die ich danach gestellt habe: Ist Ihnen bekannt, ob auch Metadaten, ohne dass sie über die Stufen 1 bis 2 oder 3 noch laufen gelassen worden sind, schon ausgeleitet worden sind in der Kooperation an die Amerikaner?

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, dass die Erfassung über Satellit stattfand und man dadurch natürlich eine große Zahl an Metadaten gewann und die Metadaten, ohne eine Inhaltsüberprüfung, Auswertung oder so was zu machen - Inhalte packen wir mal gedanklich an die Seite -, nur - in Anführungsstrichen - die Metadaten weitergeleitet worden sind an die USA in der Kooperation in Bad Aibling, reine Metadaten.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, Metadatenerfassung, Weiterleitung an die US, allerdings nach meinem Kenntnisstand nach Filterung durch DAFIS 1 - und jetzt muss ich mal ... (akustisch unverständlich) - bis 3.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, ich habe jetzt Ihre Frage leider nicht ganz - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, doch, doch, doch, das war schon im Grunde genommen meine Frage. Können Sie zu den Volumina was sagen, weil das war ja Kernbereich auch vieler, vieler Anfragen 2013, wo heute schon Zeugen in öffentlicher Sitzung gesagt haben: „Da mussten wir uns richtig mit beschäftigen, da war so viel los, hier eine Anfrage, da eine Anfrage“, und da ging es gerade speziell um Datenvolumina?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich könnte was sagen, aber in nichtöffentlicher Sitzung. Was ich aber sagen kann: Wir haben es vorher nicht gezählt, und wir sind dem Parlamentarischen Kontrollgremium im Grunde genommen dankbar;

nämlich in der Diskussion damals, in der zweiten Jahreshälfte 2013, waren Metadaten das Hauptthema gewesen, und wir haben dann auf Anregung des PKGr eine Zählung begonnen, weil sie vorher nicht gezählt worden sind. Insofern wäre ich in der Lage, jedenfalls, glaube ich, für den letzten Monat die Zahl zu nennen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. - Dann bin ich so weit durch. Ich will das Zeitkontingent auch nicht völlig ausschöpfen.

Wir kommen damit dann zur nächsten Fraktion. Es ist jetzt dran, wenn ich das richtig sehe in der Reihenfolge, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schindler, ich komme noch mal auf das No-Spy-Abkommen, was Sie auf Befragung hier behauptet haben, und will Ihnen da doch die zwei, drei wichtigen Stellen vorhalten, die dazu veröffentlicht worden sind, also natürlich nicht aus geheimen Papieren, sondern aus der Zeitung. Obama - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Stellen allerdings in den Unterlagen - die sind ja in den Unterlagen - entsprechend eingestuft sind. Will ich nur ... (akustisch unverständlich) sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich lese ja hier nur die *Süddeutsche Zeitung* vor vom 13.05.

RD Philipp Wolff (BK): Die Unterlagen bleiben deswegen entsprechend eingestuft. Ich will darauf hinweisen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

RD Philipp Wolff (BK): Dass die Unterlagen entsprechend eingestuft bleiben,

(Martina Renner (DIE LINKE): Die *Süddeutsche* doch nicht!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

da will ich natürlich trotzdem darauf aufmerksam machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die *Süddeutsche* ist nicht eingestuft.

(Heiterkeit)

RD Philipp Wolff (BK): Die entsprechenden Textstellen, sprich die Informationen, bleiben eingestuft. Da haben wir ja schon öfters darüber gesprochen, Herr Abgeordneter Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, aber - - Darf ich die hier vorlesen?

RD Philipp Wolff (BK): Sie dürfen die hier vorlesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich die zu Hause meiner Frau vorlesen?

RD Philipp Wolff (BK): Ich weise nur - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Innerhalb der Ihnen zur Verfügung stehenden acht Minuten können Sie alles vorlesen, was Sie möchten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

(Unruhe)

Also, aus der Zeitung vom 13.05. Kann es sein, dass Sie da was verwechseln in Ihrer Erinnerung oder vielleicht auch überhaupt?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier steht, man könne sich - - und zwar soll das anlässlich eines Gespräches vom 5. August 2013 mit Herrn Alexander und Herrn Clapper gewesen sein. Da soll geäußert worden sein:

Man könne sich die „Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Abkommens“ ...

vorstellen. - Jetzt kommt es: Was für ein Abkommen? Deshalb hat der Kollege von Notz Sie auch gefragt: Um was für ein Angebot geht es denn eigentlich?

... ähnlich dem Abkommen über den Horchposten Bad Aibling „mit Gültigkeit für ganz DEU vorstellen“.

Nun ist ja dieses Abkommen von Bad Aibling kein No-Spy-Abkommen; darüber sind wir wahrscheinlich einig, ohne jetzt in die Einzelheiten zu gehen. Aber kann das sein, dass Sie das verwechselt haben, vorhin, als Sie gesagt haben, Ihnen sei ein No-Spy-Abkommen angeboten worden?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das, was ich vorhin gesagt habe, das stimmt, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - das ist so; und ich kann das, was Sie da jetzt vorlesen, möglicherweise einordnen, aber nicht in der nichtöffentlichen Sitzung [sic!].

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. - Und dann habe ich noch ein zweites Zitat - das ist noch eindeutiger - vom 8. Januar 2014. Die US-Beraterin Karen Donfried soll geäußert haben, steht hier in der *Süddeutschen Zeitung* vom 09.05.2015 - - Ich lese das nicht alles vor, nur den einen Satz:

... dies wird kein No-Spy-Abkommen werden,

Nun kann man ja denken, es ist trotzdem darüber verhandelt worden. Dann geht es aber weiter:

und ich glaube, jeder hier auf unserer Seite hat das auch fortwährend die ganze Zeit über klar

- „klar“! -



Nur zur dienstlichen Verwendung

zum Ausdruck gebracht.
Bis morgen
Karen

Zeuge Gerhard Schindler: Ich weiß nicht, wer „jeder“ auf der Seite der USA war. Also, dieses Gespräch kenne ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, jeder. Wer war denn auf - - Ihr Partner, ihr Counterpart? Das soll ja jeder gewesen sein.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, war ja nicht jeder Amerikaner auf der anderen Seite.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wir haben verhandelt, wir haben intensiv verhandelt, Rubrum „No-Spy-Abkommen“, über 2013 hinaus.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rubrum „No-Spy-Abkommen“!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann will ich Ihnen den Präsidenten selber nicht ersparen. Der soll im Mai beim Besuch der Kanzlerin auf einer Pressekonferenz erklärt haben, also öffentlich - - Ist ja hoffentlich nicht Geheim, oder? - Nein, nicht?

Es ist nicht ganz richtig zu sagen,

- „nicht ganz richtig zu sagen“! -

dass die US-Regierung ein No-Spy-Abkommen angeboten und es dann zurückgezogen hat.

Das soll der Präsident gesagt haben. Ich meine, auch der ist nicht unfehlbar, wie wir wissen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Ich glaube, da wird viel verwechselt in der ganzen Diskussion.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt.

Zeuge Gerhard Schindler: Da wird verwechselt, ob es einen völkerrechtlichen Vertrag geben sollte, der mit der Verhandlung BND/NSA gar nichts zu tun hat, weil diese beiden Behörden können keinen völkerrechtlichen Vertrag schließen. Es wird verwechselt, ob es ein Dienstangebot gab zwischen einem Dienst und einem anderen Dienst oder ob es die gesamte Community umfassen sollte.

Es gab viele Varianten in der damaligen Situation, und ich glaube, eine der Unsicherheiten beruht darauf, dass jeder sich auf was anderes bezieht. Ich beziehe mich auf das, was ich gemacht habe, und da kann ich Ihnen versichern: Es gab ein Angebot, wir haben verhandelt, und so war es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da werden Sie uns ja vielleicht auch sagen, mit wem Sie verhandelt haben, aber - -

Zeuge Gerhard Schindler: Das mache ich gerne.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da fragen wir dann mal nach. - Jetzt habe ich noch eine ganz andere Frage. Wenn ich das vorhin richtig verstanden habe - Sie können mich gerne verbessern -, haben Sie aus Erzählungen, weil Sie ja da noch nicht im - - noch nicht Präsident waren, gewusst von diesem Eurocopter- und EADS-Fund 2005 in den Selektoren. Das war Ihnen bekannt, nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2013? Oder nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Gerhard Schindler: ... (akustisch unverständlich)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Ihnen über die Vergangenheit jetzt der Selektoren, sage ich mal, gar nichts bekannt, also



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch nicht, dass man andere Erfahrungen hatte, dass die nicht ganz sauber sind? Da finden sich ja in unseren Akten jedenfalls einige Vermerke dazu.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, die habe ich auch gefunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Sie auch gefunden?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Ihnen das denn 2013 bekannt?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mir war bekannt, dass es in der Stufe 3 - das sind ja diese deutschen Interessen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - dass es dort Unternehmen gab mit deutscher Beteiligung, und diese Stufe 3 habe ich ja auch so damals dem PKGr vorgetragen - da waren Sie ja selbst dabei -, und deshalb sind mir die Namen als solche bekannt gewesen. Aber was hinter den Namen stand - - Also, die Vergangenheit 2005, die war mir nicht bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage das deshalb, weil: Wieso sind Sie nicht auf die Idee gekommen, Sie und vielleicht auch das Kanzleramt, 2013, im August, als die Veröffentlichungen von Snowden uns ja alle beschäftigt haben - Sie haben zu Recht gesagt: da gab es viele Sondersitzungen und viel Aufregung - und Edward Snowden ja behauptet - - oder in den Dokumenten behauptet wurde, dass es eine Zusammenarbeit gebe zwischen BND - - und dass der BND auch hilft bei der Ausspähung und - - Da hatte ja einer, der nicht so eine hohe Stellung hat wie Sie, sondern etwas weiter unten, in der Abteilung - - einer die Idee: Dann gucken wir doch mal nach in unseren Selektoren, ob wir da möglicherweise missbraucht werden. Ja, eine

naheliegende Idee; hätte ich haben können. Warum ist Ihnen die denn eigentlich nicht gekommen -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich hatte es ja versucht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder dem Kanzleramt?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Ich könnte jetzt sagen, warum sie Ihnen nicht gekommen ist in unseren Diskussionen im PKGr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich kannte mich da in diesen Selektoren nicht so gut aus wie heute.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wir hatten ja - ich habe es ja versucht jetzt mehrfach darzulegen - jede Menge Überprüfungen durchgemacht. Wir haben ja auch jede Menge Diskussionen im PKGr genau darüber gehabt. Es gab keinen Ansatzpunkt, und Sie erinnern sich daran: Es gab keinen Ansatzpunkt, genau dieses Problem zu nehmen und initiativ zu werden. Und ich sage noch mal: Wenn ich mir etwas vorzuwerfen habe, ist es, dass ich nicht die Fantasie hatte, dass man Selektoren mit EU-Bezug in Afghanistan und Somalia steuert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie dachten, da kann - -

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, auf die Idee bin ich erst gar nicht gekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie denn der Auffassung, die NSA liefert für jeden Kontinent oder für jedes Land unterschiedliche Selektoren?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich war der Auffassung, dass sich die NSA an das MoA hält.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Auffassung waren Sie?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie nicht mehr, heute?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das würde ich ein Stück weit mir überlegen, was ich dazu sage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das würde ich auch raten.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, haben Sie überlegt?

(Heiterkeit)

Zeuge Gerhard Schindler: Also, in öffentlicher Sitzung auf keinen Fall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Gerhard Schindler: In öffentlicher Sitzung nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Gerhard Schindler: Das betrifft Partnerbeziehungen. Ich kann hier nicht im Wege der - - Um die Arbeitsfähigkeit des Bundesnachrichtendienstes sicherzustellen in der internationalen Zusammenarbeit, erlaube ich mir kein Urteil öffentlich, ein Werturteil öffentlich über die Zusammenarbeit mit einem Partner.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht Bewertung des Inhalts ... (akustisch unverständlich) - -

(RD Philipp Wolff (BK):
Das wäre eine Bewertung ...
(akustisch unverständlich))

von 40 000 - - Ich nenne die immer illegale oder unzulässige Selektoren, nach Meinung des BND unzulässige Selektoren, weil der BND hat sie ja aussortiert; sonst hätte er das nicht gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich Herr Wolff, und danach wäre sowieso die Fraktion der SPD dran. Aber zuerst Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Das wäre auch eine Bewertung des eingestuften Inhalts - teilweise Streng Geheim - des MoA, und das wäre in geheimer Sitzung zu behandeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar, ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Präsident, ich wollte jetzt noch mal auf das Thema „No Spy“ eingehen. Sie haben gesagt, da gab es ein Angebot von den Amerikanern. Hat bei den Verhandlungen, die Sie geführt haben, jemals einer Ihrer amerikanischen Verhandlungspartner bei diesem Angebot den Begriff „No Spy“ verwendet, im Sinne: „Lassen Sie uns über ein No-Spy-Abkommen reden“? Jemals?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, sonst wäre ich auf diesen Begriff nie gekommen.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sagen, dass dieser Begriff eine Erfindung der Amerikaner war in Bezug auf ein Angebot?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich möchte mich zu den weiteren Verhandlungen nur in nichtöffentlicher Sitzung äußern.

Christian Flisek (SPD): Das hat mit dem Inhalt der Verhandlungen überhaupt nichts - - Wir reden nur über den Begriff.

Wissen Sie, wir haben einen Begriff, der geisterte durch den deutschen Wahlkampf im Sommer 2013, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): - einen Begriff - - Wenn Sie Lieschen Müller auf der Straße fragen, was die unter einem No-Spy-Abkommen versteht - - Die hat mit Geheimdienstarbeit nichts zu tun. Wenn sie ein bisschen Englisch kann, sagt die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen: Das ist ein Abkommen, eine Vereinbarung, dass man sich gegenseitig nicht mehr ausspäht. - Das ist die Erwartungshaltung. Jetzt ist meine Frage die: Ist dieser Begriff nicht vielmehr eine Erfindung der deutschen Seite?

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist es nicht.

Christian Flisek (SPD): Warum nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe ja gerade bestätigt, dass es von der amerikanischen Seite kam.

Christian Flisek (SPD): In Verbindung mit einem Angebot, im Sinne von „Lassen Sie uns über ein No-Spy-Abkommen reden“?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich möchte jetzt nicht aus einem Geheim eingestuftem Gespräch konkret hier darlegen. Aber ich versuche es, Herr Abgeordneter; ich weiß, was Sie möchten. Ich versuche es so darzulegen, dass ich gerade noch die Grenzen halten kann.

Dieser Begriff „No Spy“ ist keine Erfindung der deutschen Seite. Ich habe diesen Begriff erstmalig gehört in einem ersten Gespräch, als es darum ging, eine Vereinbarung zu schließen. Dieses Angebot kam von der US-Seite, das Vereinbarungsangebot, und dabei wurde der Begriff „No Spy“ verwendet.

Christian Flisek (SPD): Von der amerikanischen Seite?

Zeuge Gerhard Schindler: Von der amerikanischen Seite, und ich bitte jetzt wirklich um Verständnis, dass ich damit echt an der Kante bin.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Dann frage ich Sie als Präsidenten des deutschen Auslandsgeheimdienstes: Ist Ihnen bekannt, dass irgendwo auf der Welt zwei Geheimdienste ein No-Spy-Abkommen abgeschlossen haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Ist mir nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Liegt das vielleicht daran, dass es so etwas in dieser Form eigentlich gar

nicht gibt, bisher, und, wenn so etwas zwischen Deutschland und den USA geschlossen worden wäre erfolgreich - im Sinne der Verhandlungsbemühungen, die Sie an den Tag gelegt haben -, es etwas völlig Einmaliges gewesen wäre, nach dem, was man in Ihrem Dienst weiß?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich glaube schon, dass es jedenfalls so was gewesen wäre als Pilotprojekt oder als wegweisend für die Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten, und teile Ihre Auffassung, dass es einmalig gewesen wäre, also jedenfalls nach meiner Beurteilung. Es kann natürlich irgendwo noch so ein Abkommen - - Keine Ahnung. Aber das, was ich kenne, ist eben: Das ist ein solches Abkommen.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich Sie jetzt noch mal weiter: Glauben Sie, dass die - - Sie kennen - - Sie sind ein Kenner der amerikanischen Geheimdienste.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Glauben Sie nach allem, was Sie wissen, dass die amerikanischen Geheimdienste - namentlich die NSA, wer auch immer - ernsthaft mit Deutschland ein Abkommen abschließen würden, das dem Begriff „No Spy“ auch nur annähernd gerecht werden würde, mit einem Land, aus dem zum Beispiel einer der Attentäter von 9/11 gekommen ist und der damit - - wo Deutschland massive Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten berührt?

Glauben Sie, dass nach dem, was Sie von amerikanischen Geheimdiensten kennen und wissen, ohne das jetzt hier offenzulegen - - Aber glauben Sie, dass man ernsthaft wirklich jemals in der Reichweite eines No-Spy-Abkommens Bereitschaft hätte, darüber auch nur nachzudenken, geschweige denn, dass es jemals dazu ein Plazet des Weißen Hauses gegeben hätte? Weil der Präsident muss sich in diesen Fragen ja auch verantworten gegenüber den Parlamentariern in den USA.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Also, das mit dem Weißen Haus kann ich nicht beurteilen, Herr Abgeordneter. Aber dass wir ernsthaft verhandelt



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, das kann ich beurteilen. Und ich wage die Behauptung: Das waren keine Scheinverhandlungen, so nach dem Motto: „Wir halten die mal hin“ oder sonst was, sondern es waren ernsthafte Verhandlungen, und ich könnte Ihnen auch ein Beispiel nennen, woran ich das festmachen würde. Aber ich bitte um Verständnis, dass ich das dann in der nichtöffentlichen Sitzung mache. - Ja, das waren ernsthafte Verhandlungen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, das haben wir jetzt mehrfach gehört. Aber dann bin ich auch gespannt in nichtöffentlicher Sitzung, wie Sie den vom Kollegen Ströbele aus der *Süddeutschen Zeitung* zitierten E-Mail-Verkehr bewerten, in diesem Kontext.

Zeuge Gerhard Schindler: Der war ja nicht zwischen den Diensten, sondern der war ja eine ganz andere Ebene.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Christian Flisek (SPD): Ja, Sie treffen sich ja regelmäßig mit der anderen Ebene, haben Sie ja vorhin gesagt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll ich Ihnen noch eins vorlesen? Vom CIA!)

Und in Zeiten wie diesen, wo über so ein Abkommen verhandelt wird, wo so ein Thema wie Edward Snowden mitten im deutschen Bundestagswahlkampf aufschlägt, mit aller Brisanz, und dann das Thema „No Spy“, da, denke ich mal, wird der Kontakt zwischen den anderen ebenso, wie Sie es gerade formuliert haben, noch ein bisschen intensiver gewesen sein, oder?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kommen wir gleich noch zur CIA!)

Zeuge Gerhard Schindler: Aber mit der Stärkung des Willens, dass das zwischen BND und NSA so läuft.

Christian Flisek (SPD): Gut, vertagen wir das mal auf die nichtöffentliche. - Ich habe eine Frage an Sie, Herr Präsident Schindler: Haben Sie - - Oder ich würde das jetzt mal so interpretieren: Wenn ich jetzt so im Rückblick mal die Amtszeit Ihres Vorgängers versuche mir aufgrund dessen, was man so lesen kann, aber auch aufgrund dessen, was wir jetzt mittlerweile hier so uns erarbeitet haben - - angeschaut habe - - Trifft es zu, wenn ich sagen würde, Sie sind ein eher USA-freundlicherer BND-Präsident?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich bin - -

Christian Flisek (SPD): Das ist kein Vorwurf; das ist einfach eine nüchterne Feststellung.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Ich bin BND-freundlich, und die Zusammenarbeit ist für mich wichtig, -

Christian Flisek (SPD): Dann mache ich es noch mal konkret.

Zeuge Gerhard Schindler: - damit der BND seine Aufgabe optimal erfüllen kann.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Dann mache ich es konkreter: Nach Ihrem Dienstantritt, gab es da von Ihnen - - Sind Sie an die einzelnen Organisationseinheiten Ihres Hauses herangetreten, und haben Sie gerade aufgefordert, sich über mögliche Kooperationsprojekte mit amerikanischen Geheimdiensten Gedanken zu machen und diese Ihnen oder anderen geeigneten Stellen im Hause vorzuschlagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, das habe ich. Ich habe es aber nicht nur hinsichtlich der USA gemacht, sondern ich habe es auch bei anderen Reisen gemacht. Für mich war wichtig, dass wir international enger und besser zusammenarbeiten. Dass dabei die NSA und die amerikanischen Dienste eine herausragende Rolle spielen, das ist auch völlig unstrittig. Aber das heißt noch lange nicht, dass wir nicht mit den anderen Diensten auch zusammenarbeiten, -

Christian Flisek (SPD): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: - und deshalb habe ich auch mit anderen Diensten, wenn ich mich getroffen habe, ähnlich in den Abteilungen abgefragt: „Wo können wir noch enger zusammenarbeiten?“, und ich habe mir auch von den Abteilungen bei anderen Besuchen in anderen Ländern mit anderen Diensten ähnliche Projekte vorschlagen lassen.

Christian Flisek (SPD): Aber, Herr Präsident, ich sortiere das dann richtig ein, wenn ich sage: „Diese eher offene Kultur gegenüber Kooperationen, mit wem auch immer, aber insbesondere auch mit den USA, war eine gewisse Zäsur gegenüber der Haltung, die Ihr Vorgänger im Amt in seiner Endphase vielleicht an den Tag gelegt hat und praktiziert hat“? Ist das richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich kann meinen Vorgänger überhaupt nicht beurteilen. Ich weiß gar nicht, wie er das Amt ausgeführt hat. Fest steht eines: Wie ich das Amt übernommen habe, war für mich, ohne irgendwie etwas beurteilen zu wollen - wie war es früher, wie machte er es, wie machte er es? -, klar, und ich war ja im Bundesinnenministerium Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit - - Für mich war aus dieser früheren Funktion heraus klar: Ohne diese internationale Zusammenarbeit geht es nicht. Und deshalb war es mir ein Anliegen, international besser zusammenzuarbeiten, und deshalb sind auch solche Fakten entstanden, wie Sie sie zitiert haben.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja nun die drei Punkte mal genannt, die Sie sozusagen festgemacht haben oder mutmaßen, dass das die Gründe dafür sein könnten, dass bestimmte Informationen nicht die Hausspitze erreichen. Sie haben gesagt: Das ist diese Außenstellenkultur. - Dann haben Sie Vorgänge im Jahr 2010 und 2011 angesprochen.

Insofern, unterstelle ich mal, machen Sie sich schon über die Zeit Ihres Vorgängers Gedanken insofern, als dass Sie Dinge bewerten. Sie haben gesagt: Da sind ja Dinge offensichtlich - - Da können wir uns gerne mal in eingestufter Sitzung auch drüber unterhalten, wie die gemeldet worden sind, ob das eher alarmierend war oder ob

das einfach eher nüchterne Sachstandsmeldungen waren.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. Aber Sie haben das als einen Punkt festgemacht von dreien, wo Sie gesagt haben: Das ist für mich ursächlich vielleicht dafür, dass Mitarbeiter nicht so reagieren, wie man es eigentlich jetzt im Nachhinein erwarten würde.

Zeuge Gerhard Schindler: Hm.

Christian Flisek (SPD): Ja. Also insofern schon ein Urteil über die Zeit Ihres Vorgängers. Und Sie haben auch gesagt: Vielleicht ist es die Angst der Mitarbeiter, sozusagen, dass ein Streit eskalieren könnte, weil man doch so sehr von den Amerikanern technisch abhängig ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe es mit anderen Worten gesagt; aber wir meinen dasselbe.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Dann frage ich: Ist diese Befürchtung der Mitarbeiter, ist das eventuell auch durch die von Ihnen forcierte Aufforderung, gezielt nach weiteren Kooperationsmöglichkeiten zu suchen, ist das vielleicht verstärkt worden?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich würde gerne noch mal, bevor ich die Frage beantworte, deutlich machen: Ich beurteile hier meinen Vorgänger nicht.

Christian Flisek (SPD): Sondern?

Zeuge Gerhard Schindler: Wenn ich diesen zweiten Punkt benannt habe, dann habe ich eine Aktenlage und nicht irgendein Bild eines Vorgängers, sondern meine Aktenlage zeigt: Es gab es, und es gab keine Reaktion. Das kann ich beurteilen, das ist die Aktenlage.

Die Frage, wie zusammengearbeitet wurde mit dem Land X, mit dem Dienst Y, kann ich nicht beurteilen, weil ich dafür keine Belege habe. Und für mich war wichtig, dass wir mit Partnern zusammenarbeiten, mit Partnern zusammenarbeiten, weil es ohne internationale Zusammenarbeit



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht geht. Und Sie können immer noch eins drauflegen, Sie können es besser machen, und ich glaube, wir haben es auch ganz gut hingekriegt, die Zusammenarbeit, und ich bin ganz sicher, ich bin ganz sicher, dass die Abhängigkeit von der Technik der NSA nichts damit zu tun hat, mit höherer Risikobereitschaft oder sonst irgendwas.

Christian Flisek (SPD): Ich würde Sie jetzt gerne noch mal fragen und auf den Abteilungsleiter D. B. zurückkommen. Was haben Sie mit ihm konkret besprochen über das Problem, das uns hier betrifft, zu welchem Zeitpunkt auch immer? Ich meine, der ist ja sehr schmallippig eigentlich, nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Also - -

Christian Flisek (SPD): Nein? Zu dem Thema, finde ich schon.

Zeuge Gerhard Schindler: Okay. - Also, wir haben oft miteinander gesprochen, und natürlich - - Also, Sie meinen jetzt die Frage, warum nicht berichtet wurde, oder ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Warum nicht berichtet wurde in Bezug auf die Selektorenproblematik, ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. - Also, er hat das aus meiner Sicht verständlich erklärt. Das heißt noch lange nicht, dass ich das gutheiße; ich bedaure es sogar sehr.

Aber er hat es aus meiner Sicht verständlich erklärt, dass er - - dass er glaubte, aus welchen Gründen auch immer - - Das konnte er nicht festmachen, sondern hat das mehr an Snowden festgemacht; einen punktuellen Hinweis habe ich jedenfalls nicht in Erinnerung, dass er mir das gesagt hat - - und dass er dann den Auftrag, diesen Prüfauftrag, gegeben hat und dass, nachdem er dann diese Weisung erteilt hat: „Bereinigen!“ für ihn der Auftrag erledigt war.

Aus heutiger Sicht kann man natürlich sagen: Wie kann das sein? Aber für ihn war das so, und ich bin ganz sicher, dass er das nicht vorsätzlich

gemacht hat, nicht vorsätzlich gemacht hat, sondern ich bin ganz sicher: Er bereut aus heutiger Sicht diese Fehleinschätzung.

Christian Flisek (SPD): Ich frage Sie auch ganz offen: Sehen Sie sich persönlich dort in irgendeiner konkreten Verantwortung, wo Sie sagen: „Da ist was vielleicht unter meiner Führung des Hauses schiefgelaufen, das hätte ich anders machen können, das hätte ich von vornherein anders aufstellen müssen; ich hätte es spätestens anders aufstellen müssen, als Snowden aufgeschlagen ist, als im März 2014 sich ein Untersuchungsausschuss etabliert hat“? Ich unterstelle Ihnen ein Höchstmaß an Sensibilisierung in diesen Punkten, weil Sie ja genau an der Schnittstelle zwischen Verwaltung - ich sage es jetzt mal - und der Politik stehen.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mein - - Erst mal, nein. Ich denke, die Frage ist ja völlig berechtigt: Wieso kommt ein Unterabteilungsleiter auf die Idee, mal in die amerikanischen Selektoren reinzuschauen, und nicht ich?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Das finde ich eine völlig - - Die Frage ist völlig okay.

Und ich hatte allerdings - - Und ich zerbreche mir den Kopf: Wo hätte ich, an welcher Stelle, mal sehen können: „Ah, amerikanische Selektoren, die prüfen wir“, und ich finde diese Stelle nicht und bin dann aber auch wieder ein Stück weit beruhigt, weil ich sage: Das war dann doch kein Fehler, sondern - - Weil in den ganzen Diskussionen und allem, was es an Zeitungsberichten oder so was gab, gab es für mich nicht diesen Hinweis, und deshalb kann ich nur noch mal sagen: Auch beim Lesen des MoA für die Vorlage des PKGr 2013 kam mir nicht die Fantasie, dass europäische Selektoren in Somalia oder in Afghanistan gesteuert werden. Also - -

Christian Flisek (SPD): Wie bewerten Sie denn als Präsident des BND die Einlassung des Bun-



Nur zur dienstlichen Verwendung

deskanzleramtes, das ja von Organisationsmängeln gesprochen hat? Also, ich habe das Zitat jetzt nicht genau im Kopf, aber wir wissen, worüber wir reden.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Ja, diese Auffassung teile ich. Wenn ich im Nachhinein mir jetzt die Prüfung der US-Selektoren ansehe, dann, glaube ich, ist ja von Anfang an deutlich geworden, dass ich sie für unvollständig halte und dass ich sie für unzureichend halte und dass die Einführung im Jahre 2008, die maschinelle Verfestigung, die organisatorische maschinelle Verfestigung, falsch war, und das, glaube ich, ist ein organisatorischer Mangel gewesen damals. Der hat sich fortgezogen bis heute, und diesen Mangel muss man abstellen, und durch Sofortmaßnahmen haben wir ihn auch abgestellt.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte Ihnen meinen Eindruck von D. B. schildern. Ich habe nicht den Eindruck, dass er das groß bereut. Ich sage es Ihnen ganz offen. Ich habe eher den Eindruck, dass er hier so aufgetreten ist, dass er gemeint hat, er hat damals was ziemlich Gutes gemacht, und so, wie er das geregelt hat und gemanagt hat, war das tipp topp. Der ist hier stellenweise aufgetreten als jemand, wo ich den Eindruck gehabt habe: Der erwartet, dass wir gleich aufstehen und ihm einen Orden verleihen. Ja? Also, von Reue habe ich nicht viel gespürt. Deswegen frage ich mich jetzt noch mal - - Ich unterstelle Ihnen natürlich, dass Sie nur dann einschreiten können, wenn Sie wirklich Dinge finden, konkretes Wissen haben und einen Anlass vorfinden, ja, ja. Aber vielleicht liegt natürlich auch eine Verantwortung in einer Führungskultur in einem Haus.

Ich spitze es noch mal auf den Punkt zu - der Kollege Lischka hat das heute auch mal angesprochen -: Wir haben hier gerade in der Abteilung, die hier im Feuer steht, unglaublich viele Angehörige des Militärs in unterschiedlich hohen Dienstgraden, teilweise sehr hohen, die jetzt beim BND ihre Anschlussverwendung finden. Und ist das vielleicht, ich sage mal, so ein Ehrenkodex auch, dass, wenn Probleme auftreten, ein soldatischer Kodex, man die in seiner Verantwortung löst, versucht zu lösen, ja, bevor man das in die höhere Ebene meldet, dass man dann, wenn

so etwas dann aber auch tatsächlich plötzlich aufschlägt - ich habe ja vorhin gesagt: mit aller Wucht -, ich sage mal, hier - was war das heute? - das Schottenprinzip fährt, ja, dass man sich abschottet, ja, dass, sage ich mal, dieser Eindruck entsteht: Hier wird von niemandem wirklich konkret eine Verantwortung übernommen. Ist das nicht vielleicht das Problem auch von einigen Abteilungen, konkret von der Abteilung TA im BND, dass ein solches Führungsprinzip vielleicht absolut nicht mehr zeitgemäß ist, wenn es denn so existiert? Und der Eindruck ist da, dass es existiert.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich bedaure den Eindruck und glaube nicht, dass das jetzt ein Problem ist, weil dort Militärs in wichtigen Führungsfunktionen sind. Ich glaube auch nicht, dass das typisch ist für den Bundesnachrichtendienst. Also, dieser Eindruck, den Sie gewonnen haben, der muss ja an irgendwas festgemacht werden. Ich war jetzt leider nicht dabei, wie Herr General Pauland - -

Christian Flisek (SPD): Keiner sagt: Ich habe einen Fehler gemacht. - Wissen Sie - - Ich will es nur einwenden; wir unterhalten uns, und mir ist sehr daran gelegen - - Ich sage es ganz offen: Mir ist sehr daran gelegen, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): - dass wir die Legitimationsbasis des Bundesnachrichtendienstes nicht übermäßig strapazieren. Dazu gehört aber auch so was wie eine Fehlerkultur. Eine Fehlerkultur bedeutet, dass man, wenn man einen Fehler gemacht hat, ohne dass jemand den Eindruck hat, ihm wird jetzt gleich der Kopf abgerissen, sagt: Jawohl, ich habe hier einen Fehler gemacht. Diesen Satz haben wir bisher von niemandem gehört, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): - auch nicht von Ihnen.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Ich habe doch gesagt, dass ich mir vorwerfe, dass ich damals nicht auf die Idee gekommen bin; aber in der



Nur zur dienstlichen Verwendung

rückschauenden Betrachtung sehe ich eben keinen Anlass dafür. Das kann man jetzt Fehler nennen oder nicht Fehler nennen - ich trage die Verantwortung dafür. Ich sehe jetzt nicht, dass die Führungskultur des Bundesnachrichtendienstes als solche besonders anfällig wäre, dass sie nicht funktioniert, und vieles andere mehr. Ich glaube, wir haben Probleme durch unsere Dislozierung in Berlin, Pullach, Außenstellen. Wir haben Probleme durch den anstehenden Umzug.

Ich will jetzt gar nicht alle die ganzen Probleme nennen. Aber ich glaube, dass viele verunsichert sind und dass, wenn ein Untersuchungsausschuss gemacht wird und sich Leute hier hinsetzen müssen, die in ihrem Leben noch nie vor Gericht waren oder sonst wo, die natürlich Sorge haben: „Was sage ich hier, und wie kriege ich das jetzt rüber? Oh Gott, hoffentlich passiert mir nichts!“ Das kann man ja bei solchen Leuten, die das nicht geübt sind und die das erstmalig in ihrem Leben erleben, ein Stück weit nachvollziehen. Deshalb bitte ich Sie, das nicht überzubewerten, diesen Eindruck, den Sie haben.

Für mich ist wichtig - und da treffen wir uns sofort -: In meiner Einführungsrede habe ich das Thema Fehlerkultur dargelegt und habe gesagt, wir brauchen eine Fehlerkultur; denn es wäre fatal, wenn hier Fehler vertuscht werden. Weil eine Erfahrung habe ich in meinem langen dienstlichen Leben gemacht: Es kommt alles raus, es kommt alles raus; und deshalb ist Vertuschen von Fehlern völlig sinnlos, sondern deshalb muss man offensiv damit umgehen. - Ich habe auch den Eindruck, dass mir jede Menge Fehler berichtet werden. Ich kann nur leider nichts daran ändern, dass ausgerechnet im August 2013 ich nicht unterrichtet worden bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Wir kommen jetzt in die nächste Fragerunde. Es beginnt jetzt wieder die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Schindler, Herr Pauland hat heute ja auch gesagt, dass inzwischen diese dritte Stufe der Filterung in DAFIS angewachsen ist. Da geht es ja um die deutschen Interessen und, dass jetzt noch weitere

Namen von deutschen Firmen und deutschen Politikern und Politikerinnen dort hineingekommen wären. Können Sie mir sagen, nach welchen Kriterien man dort Aufnahme findet als Unternehmen oder als Person?

Zeuge Gerhard Schindler: Also die Einzelheiten der Stufen würde ich gern in der nichtöffentlichen Sitzung machen. Die Kriterien sind einfach, dass man, soweit ich Einzelheiten überhaupt weiß, versucht hat, den ganzen Prozess zu optimieren. Ich bin gerne bereit, in der nichtöffentlichen Sitzung auch das dann ausführlich mal darzustellen, was wir alles gemacht haben, wie wir es umgestellt haben.

Ich bin hier noch das Thema Beweislastumkehr schuldig bei der Filterung. Richtig ist, dass wir, nachdem wir uns das angeschaut haben und festgestellt haben, dass diese dritte Stufe ja im Grunde genommen, obwohl man den Ansatz damals richtig gefunden hatte, nämlich, ich nenne es mal, obwohl es so was ja nicht gibt, europäische Unternehmen, also keine rechtlich deutschen Unternehmen, aber mit deutscher Beteiligung, jetzt nur als Klammerbegriff „europäische Unternehmen“ - - Das war ja schon mal ein guter Ansatz. So. Den hat man aber aus meiner Sicht nicht verbessert, und den verbessern wir jetzt, indem wir gesagt haben: Da sind Leute, die schauen nach, die machen sich kundig, welche Unternehmensnamen dort noch hineinkommen können, damit wir dem Anspruch, dies zu schützen, besser gerecht werden. - Und das ist deutlich nach oben gegangen. Also wenn ich das quantitativ sehe, ist das deutlich nach oben gegangen.

Von Politikern muss ich jetzt sagen: Also, es wäre mir neu. - Jedenfalls höre ich das dann zum ersten Mal, dass auch Politiker dort eingestellt worden sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat Herr Pauland hier ausgeführt; deswegen frage ich danach.

Zeuge Gerhard Schindler: Also da muss ich jetzt leider passen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Sie haben dann weiter vorhin eben gerade ausgeführt, wie wichtig die Kooperationen aus Ihrer Sicht mit befreundeten AND sind und dass Sie das forciert haben. Kann es auch sein, dass man, wenn man so eine Kooperation möchte und man in der Vorbereitungsphase ist oder dabei ist, Verabredungen mit dem AND zu treffen, explizit zum Beispiel auch mal als BND sagt: „Wir informieren das Bundeskanzleramt nicht über das Vorhaben, hier eine Kooperation einzugehen“?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich weiß, was Ihre Frage bezweckt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja schön.

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist ein eingestufte Vorgang, und insofern würde ich dann auch gerne davon Gebrauch machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wovon Gebrauch machen?

Zeuge Gerhard Schindler: Dass ich dies in der nichtöffentlichen Sitzung Ihnen beantworte.

RD Philipp Wolff (BK): Da waren wir aber schon vorher, und da will ich den Zeugen nur darauf hinweisen - das kann er nicht wissen -, dass er aktuell für diesen Vorgang, auf den Sie, glaube ich, anspielen, keine Aussagegenehmigung hat.

Zeuge Gerhard Schindler: Oh, das wusste ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Oh, Herr Wolff sagt dem BND-Präsidenten, dass er dazu gar nichts sagen darf - auch interessant.

Dann will ich das noch mal allgemein fragen: Wie bewerten Sie denn es, wenn der BND die Entscheidung trifft, die Rechts- und Fachaufsicht zu bestimmten Vorgängen außen vor zu lassen? Ist das ein normaler Vorgang?

Zeuge Gerhard Schindler: Also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage es jetzt nicht im Konkreten, ich frage es jetzt mal im Allgemeinen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, genau, ich will es auch allgemein beantworten. Also erstens ist es ganz wichtig, dass die Dienst- und Fachaufsicht rechtzeitig und umfassend unterrichtet wird - und die Betonung liegt auch auf „rechtzeitig“. Um es dann ganz platt zu sagen: Mit ungelegten Eiern braucht man die Fachaufsicht nicht zu konfrontieren. Deshalb, glaube ich, gilt es immer den richtigen Zeitpunkt abzuwägen, wann eine solche Information stattfindet.

Martina Renner (DIE LINKE): Im März dieses Jahres - das hat uns der Zeuge W. O. geschildert - waren er und andere Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes bei Ihnen eingeladen, um über die Selektorenproblematik zu sprechen.

Zeuge Gerhard Schindler: Wer war der Zeuge?

Martina Renner (DIE LINKE): W. O.

Zeuge Gerhard Schindler: Wer ist W. O.?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, der muss bei Ihnen gewesen sein.

Dr. Patrick Sensburg (CDU/CSU): Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Soll ich es ihm sagen? Ich glaube, er kann es mit den Initialen nicht zuordnen. Ich biete an, dass ich ihm den Namen kurz sage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe die Uhr angehalten. Machen Sie das bilateral eben - mit Mikro aus, wenn es geht.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge Gerhard Schindler: Okay, ich habe es geschnallt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herzlichen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Was machen Sie denn, wenn Sie die Akten lesen und diese Kürzel finden? Da wissen Sie doch gar nicht, wer gemeint ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wenn ich den Sachzusammenhang - -

Martina Renner (DIE LINKE): Oder haben Sie die Legende danebenliegen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, wenn ich den Sachzusammenhang sehe, dann kann ich mich sofort daran erinnern: Ach, das ist der, das ist der. - Aber so jetzt aus der - -

Martina Renner (DIE LINKE): Rätselhafter Dienst. - Also, wie gesagt, im März waren mehrere Herren bei Ihnen zu Besuch, um über Selektoren zu reden, darunter Herr W. O., und der hat gesagt: Herr D. B. war, glaube ich, auch dabei, W. K.

Zeuge Gerhard Schindler: Wer?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das kann ich jetzt nicht wissen. Das müssen Sie dann - - Die Übersetzungsleistung muss Herr Wolff jetzt machen.

Zeuge Gerhard Schindler: Jetzt weiß ich es. Und wo soll das stattgefunden haben?

Martina Renner (DIE LINKE): Bei Ihnen.

Zeuge Gerhard Schindler: Bei mir, wo?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, im März 2015. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Gerhard Schindler: Also jetzt an diese konkrete Veranstaltung kann ich mich nicht erinnern. Wir haben viele Veranstaltungen gehabt. Ich möchte mal behaupten, dass wir zu Beginn pro Woche zwei solcher Runden gehabt haben, hier in Berlin, in Pullach, mit Videokonferenz. Also jetzt, wo ich weiß, wo er ist, weiß ich, dass der mehr oder weniger regelmäßig auch an solchen Veranstaltungen teilgenommen hat. Es ging darum, den Sachverhalt aufzuklären.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei der Sachverhaltsaufklärung ist auch mal zur Rede gekommen, dass möglicherweise auch disziplinarische Verstöße vorliegen könnten?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mit Verlaub, wenn wir eine Dienstbesprechung zur Sachverhaltsaufklärung haben, dann gehe ich doch nicht hin und sage: Gegen Sie leite ich jetzt ein Disziplinarverfahren ein. - Das entspricht doch nun wirklich noch nicht mal annähernd irgendeinem vernünftigen Führungsstil.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Herr D. B. hat ja in Teilen hier seine Aussage verweigert mit dem Hinweis, dass er disziplinarische Maßnahmen befürchten könnte. Hat er sich das dann imaginiert, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Er hat es doch auf Anraten seines Rechtsanwalts gemacht; und so etwas kann man machen, ungehindert, ob ein tatsächliches Verfahren kommt oder nicht. Ich bin aber ganz sicher, Frau Abgeordnete: Die Frage, ob dienstrechtliche Konsequenzen gezogen werden, ist ganz sicher kein Beweisthema.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wir untersuchen hier schon irgendwie, ob die Kontrolle funktioniert; und das Dienstrecht ist ja eine Form der Kontrolle, die ausgeübt wird in Form der Dienst- und Fachaufsicht. Habe ich immer bis jetzt so verstanden.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich sehe Ihre Aufgabe nicht als Dienstrechtsparklament.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff wollte was sagen! - RD Philipp Wolff (BK): Jetzt ist es erledigt, okay!)

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Wolff, schon erledigt? - Okay. Ist bei diesen Runden auch über möglicherweise die Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsausschuss gesprochen worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Natürlich nicht, weil wir uns diese Frage vorstellen konnten. Wir haben selbstverständlich den Sachverhalt aufgeklärt. Und mit wem wollen Sie denn aufklären als mit den Beteiligten?

Martina Renner (DIE LINKE): In diesen Runden gab es auch die Unterlagen, also die Selektorenlisten?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein vom Zeitkontingent her; aber die Antwort kann umfassend sein.

Zeuge Gerhard Schindler: Natürlich haben wir über die Selektorenlisten gesprochen; aber ich bin jetzt ein Stück weit überfordert, ob wir die Selektorenlisten da irgendwo im Raum gehabt haben. Also nach meiner Erinnerung gab es immer mal wieder Diskussionen über Teile der Selektorenlisten. Aber ob wir da mal in Gänze diese Selektorenliste - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie hatten in Teilen die Selektorenlisten auch bei diesen Besprechungen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, aber nicht alle. Es war jetzt nicht so, dass wir so als Tischvorlage gerade mal die Selektorenliste oder Teile der Selektorenliste verteilt haben, sondern es wurde über Probleme gesprochen, es wurde nachgefragt auch über die Selektorenlisten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben in der öffentlichen Sitzung im Moment keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Präsident, ganz kurz als Erstes nur eine Bemerkung,

weil ich mich in unseren Gesprächen jetzt unheimlich erinnert fühle an die ersten Vernehmungen, die wir mit Mitarbeitern aus Ihrem Haus gemacht haben hier im Ausschuss. Das ist schon ein paar Monate her. Da ging das auch häufig so - es ist ja ein kompliziertes Thema, über das wir reden - über Metadaten und Inhaltsdaten und zwischen deutschen und US-Selektoren und zwischen Erfassungen, Datenerfassungen und Datenverarbeitungen in Bad Aibling und IP-Verkehren und Wahlverkehren und Leitungsvermittlung und Paketvermittlung oder Satellitenerfassung und deutschen Unternehmen und Unternehmen mit deutscher Beteiligung immer hin und her. Und ich habe jetzt so ein Flash-back, würde ich sagen, wenn ich mit Ihnen diese Dinge bespreche. Ich mache das gar nicht als Vorwurf; Sie machen das wahrscheinlich nicht mit böser Absicht. Aber dadurch sind die Dinge schwer greifbar.

Ich kann Ihnen sagen: Leider läuft uns ja wieder die Zeit davon, aber ich habe das große Bedürfnis, mit Ihnen mehr Zeit zu verbringen, Herr Schindler.

(Heiterkeit)

Wir werden das hoffentlich fortsetzen, um diesen Dingen präziser auf den Grund zu gehen; aber das will ich jetzt in der knappen Zeit, die ich habe, versuchen.

Können Sie den Satz bestätigen aus Ihrer Kenntnis und Ihrem Erleben vom 12. August, sechs Tage nach der Rückkehr einer Delegation aus Amerika - -

Zeuge Gerhard Schindler: Welches Jahr?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2013. Da wurde von Herrn Pofalla gesagt: „Die US-Seite hat den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten.“ Ich lese Ihnen das noch mal vor: „Die US-Seite hat den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten.“ Hat die US-Seite nach Ihrer Kenntnis den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe ja eben auf die entsprechende - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das weiß ich. Mir reicht ein Ja oder ein Nein. Sie brauchen jetzt nicht noch mal zu wiederholen. Ich habe nur 8 Minuten; mit Frau Warzen können Sie Dinge 27 Minuten bequatschen. In meinen 8 sagen Sie einfach Ja oder Nein.

Zeuge Gerhard Schindler: So, wie ich das verstanden habe - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein, nein, nein. Hat die US - - Nicht, wie Sie es verstanden haben.

Zeuge Gerhard Schindler: Wie soll ich es denn sonst sagen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Als Zeuge darf er eine Frage so beantworten, wie er es für richtig hält, genau, wie die Frage so gestellt werden darf, wie der Fragende es für richtig hält. So ist das.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, richtig, Herr Vorsitzender, vielen Dank noch mal. - Also natürlich so, wie Sie es verstanden haben, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nicht, wie Herr Pofalla es verstanden hat, weil Sie sind ja nicht im Kopf von Herrn Pofalla. Also können Sie diesen Satz bestätigen: „Die US-Seite hat den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten“?

Zeuge Gerhard Schindler: Noch mal: So, wie ich es verstanden habe, haben die Amerikaner uns das angeboten, und so habe ich es auch dem Minister Pofalla berichtet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, das geht auf Sie zurück?

Zeuge Gerhard Schindler: Was heißt, auf mich zurück?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja eine interessante Neuigkeit. Herr Pofalla zitiert Sie praktisch.

Zeuge Gerhard Schindler: Ob er mich zitiert oder wen auch immer, das weiß ich nicht. Ich bin nach dieser US-Reise mit den anderen Delegationsteilnehmern bei Minister Pofalla gewesen und habe ihm berichtet: „Dies ist passiert“, und ich habe auch relativ zügig, glaube ich, am nächsten Tag das schriftlich den Amerikanern noch mal bestätigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten die Dinge nicht zueinander gebracht, weil Sie sich gar nicht vorstellen konnten, dass in Afghanistan bei der Satellitenerfassung irgendwie problematische Selektoren eine Rolle spielen könnten. Deswegen frage ich Sie jetzt mal: Die Satellitenerfassung, die in Bad Aibling gemacht wird, hat den Schwerpunkt Krisengebiete, oder wird da ausschließlich Afghanistan erfasst?

Zeuge Gerhard Schindler: Also allgemein den Schwerpunkt Krisengebiete.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schwerpunkt Krisengebiete?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es gibt auch andere Schwerpunkte, das sind keine Krisengebiete?

Zeuge Gerhard Schindler: Einsatzgebiet der Bundeswehr und ein weiteres Land, das ich aber in nichtöffentlicher Sitzung sagen will.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sonst keine anderen Länder? Ausschließlich Krisengebiete, Einsatzländer der Bundeswehr? Sind die irgendwo anders unterwegs als in Krisengebieten?

(Zuruf: Türkei!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Also, der guten Ordnung halber habe ich es Ihnen jetzt noch gesagt, dass es - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ein weiteres Land?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Könnte man auch im weiteren Sinne als Krise bezeichnen; aber das wäre jetzt etwas ferner liegend.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, Sie werden mir bestimmt erzählen, ob das irgendwie Europabezug hat.

Zeuge Gerhard Schindler: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich das Ausspähen unter Freunden - - Das habe ich schon richtig verstanden, dass der Präsident des BND sagt: „Im Hinblick auf andere europäische Länder ist das vielleicht unfein, nicht schön, mag zu diplomatischen Verwerfungen führen; aber ein rechtliches Problem, ein Rechtsverstoß ist es nicht“? Das haben Sie so gesagt?

Zeuge Gerhard Schindler: Das habe ich so gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Europarecht, europarechtliche Verträge, die Grundrechtecharta, all diese Dinge, dagegen wird nicht verstoßen? Das ist ja Recht; da sind wir uns, glaube ich, einig. Aber dagegen wird nach Meinung des BND nicht verstoßen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, da müssten Sie jetzt mal sagen, wogegen verstoßen wird. Also diese pauschale Behauptung, Europacharta und was weiß ich, das würde das verhindern, das ist falsch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schindler, Sie haben betont unter Punkt zwei, der BND arbeitet nur für Deutschland.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da wir ja sozusagen als Deutschland - - Im Bundestag hängt neben der Deutschlandfahne die Europafahne. Wenn Sie jetzt sagen, der BND hat die Europafahne ausgeklammert, dann ist das eine interessante Aussage. Deswegen frage ich Sie: Wie haben Sie das gemeint? Bedeutet das, Sie arbeiten nur für Deutschland? - Ich habe das Mitarbeiter von Ihnen gefragt. Für Sie ist der Österreicher wie der Afghane. Ist das so? Für Sie ist der Franzose wie Krisengebiet?

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist doch völlig egal, ob das wie oder wie ist. Es geht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist völlig egal?

Zeuge Gerhard Schindler: Das Gesetz unterscheidet zwischen Inland und Ausland. Das können Sie im BND-Gesetz in § 1 Absatz 2 nachlesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie das verfassungswidrig auslegen, haben drei Staatsrechtler hier bestätigt.

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist falsch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, drei Staatsrechtler haben das hier bestätigt.

Zeuge Gerhard Schindler: Das interpretieren Sie falsch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Gerhard Schindler: Doch.

(Christian Flisek (SPD):
Nein - Doch! Nein - doch!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich habe zu wenig Zeit. Ich würde mir gerne mal - - Aber wir werden ja noch mehr Zeit miteinander verbringen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie vorhin in Ihrem Eingangstatement gesagt: Die Beendigung des IP-Datenaustausches, das wäre keine Entscheidung des BND gewesen.

Zeuge Gerhard Schindler: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das fand ich interessant. Ich überlege nämlich, ob das richtig ist, wie uns das dargestellt wurde, dass die deutsche Seite - - Ich weiß gar nicht, darf ich darüber reden?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum dürfen Sie über was reden, worüber ich nicht reden darf?

Zeuge Gerhard Schindler: Weil es eingestuft ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber doch auch für Sie.

(Christian Flisek (SPD): Du bist halt doch nur Abgeordneter!)

Wenn Sie sagen, Herr Schindler - da wundere ich mich ja immer drüber, nicht - - Wenn 19 Anschläge verhindert wurden in Afghanistan, da darf der arme Ströbele nie drüber reden im PKGr; aber wenn es Ihnen in den Kram passt, dann geben Sie ein Interview dazu, und Sie dürfen drüber reden.

Also deswegen frage ich Sie jetzt: Wie ist das zur Beendigung von IP-Datenaustausch gekommen? Ich habe gehört, man hat Bedingungen gestellt, die nicht erfüllt worden sind. Und da kann man doch nicht sagen: „Die bösen Amis haben das beendet“, sondern wir haben doch Bedingungen gestellt.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, „die bösen Amis“ würde ich nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Ich auch nicht.

Zeuge Gerhard Schindler: Und insofern bin ich gerne bereit, den umfassenden Sachverhalt, der sehr stark verkürzt wurde jetzt von Ihnen, in der nichtöffentlichen Sitzung darzulegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist ein relevanter - - Wissen Sie, das ist die Art und Weise, wie ich versuche, wie diese öffentliche Vernehmung, die hier stattfindet, Zeugeneinvernahme eben, wo schiefe Bilder entstehen - - Sie sagen, wir haben das nicht beendet, ja?

Zeuge Gerhard Schindler: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn es dann darum geht, wie es beendet wurde, dann sagen Sie: Ja, das geht nur in nichtöffentlicher Sitzung. - Da entstehen schiefe Bilder.

(Christian Flisek (SPD): Das stimmt!)

Da ja alles rauskommt am Ende des Tages - haben Sie ja vorhin gesagt -, ist das durchaus ein Problem.

Meine letzte Frage erst mal: Uns ist hier zugetragen worden, dass es bei dieser Reinigungsaktion, die übrigens ganz erstaunlich abgelaufen ist mit so einem eigenen Computer, den man angeschafft hat und der dann, ein Laie würde sagen, plattgemacht wurde danach - - Und die Datei, die darauf war, die ist nicht etwa versandt worden, sondern man hat irgendwie Dinge ausgedruckt. Diese Liste, die damals ausgedruckt wurde 2013, die ist dann mit Boten - Boten wie früher vor der Digitalisierung - nach Bad Aibling gebracht worden, ja?

(Zuruf)

- Genau, mit der Postkutsche. - Wir haben nicht rausfinden können, wo diese Liste geblieben ist, sodass Verschwörungstheoretiker, zu denen ich mich nicht zähle, auf den Gedanken kommen könnten, dass diese Liste irgendwie mit Absicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht mehr als Datei existiert, damit sie verschwinden konnte. Deswegen frage ich Sie: Haben Sie bei Ihren Nachforschungen, denen Sie jetzt vorbehaltlos nachgehen, aufklären können zum heutigen Tag, wo diese Liste, die in Pullach erstellt wurde und die nach Bad Aibling geschickt wurde von D. B. und Dr. T., heute ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, das konnten wir nicht feststellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich habe, Herr Schindler, jetzt noch mal ein paar Fragen, und zwar zunächst einmal: Sie haben ja diese Aufklärungsgruppe installiert jetzt seit März 2015. Wer genau ist denn von den Leuten alles dabei, die wir jetzt in der Abteilung TA befragt haben? Ist der Herr Pauland dabei?

Zeuge Gerhard Schindler: Also noch mal: Diese Gruppe ist jetzt keine formale Gruppe, dass jemand ein - ich nenne es mal in unserem Sprachgebrauch - Bestellungsschreiben erhalten hätte: „Herr X., Sie sind jetzt Mitglied dieser Gruppe“, sondern möglicherweise verwechseln wir da jetzt diese Prüfgruppe unter Leitung von Frau Dr. F. Das ist die interne Datenschutzbeauftragte, die ich persönlich beauftragt habe. Und ich habe ihr gesagt, sie soll sich aus dem Bundesnachrichtendienst die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen, die sie braucht für ihre Prüfgruppe.

Christian Flisek (SPD): Und welche hat sie sich genommen? Sind da Leute dabei, die wir hier als Zeugen vernommen haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Von der Prüfgruppe von Frau Dr. F.?

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein?

Zeuge Gerhard Schindler: Etwas anderes ist es mit denen, mit denen wir regelmäßig die Sachverhaltsaufklärung machen; da sind natürlich auch Zeugen dabei.

Christian Flisek (SPD): Mit denen Sie die Sachverhaltsaufklärung machen - das heißt, die werden aber in ihren Funktionen nur befragt, die haben keine Funktion als Prüftteam oder was?

Zeuge Gerhard Schindler: Vielen Dank für den konkreten Hinweis. Genau so ist es, ja.

Christian Flisek (SPD): Aha. Weil ich hätte mir nämlich sonst die Frage gestellt, ob es Sinn macht, ausgerechnet die Leute, die eventuell ja einen Fehler gemacht haben, mit irgendwelchen Aufgaben zu betrauen, die auf eine Sachverhaltsaufklärung hinzielen. Verstehen Sie, was ich meine?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ja.

Christian Flisek (SPD): Also die werden nur in ihren Funktionen befragt von ganz anderen Leuten? Also, ich sage mal, der Herr Pauland oder der Herr D. B. oder der W. K., die haben keine Funktionen in dem Sinne, sie müssen eigenverantwortlich zusätzlich dort die Sachverhaltsaufklärung betreiben?

Zeuge Gerhard Schindler: Doch, das müssen sie auch. Aber deshalb gibt es ja die Prüfgruppe von Frau Dr. F., die dieses noch mal begleitend kontrolliert. Das muss man sich so vorstellen: Wenn Zahlen genannt werden, wenn Sachverhalte genannt werden, dann geht Frau Dr. F. mit ihrer Truppe hin und guckt sich das selbst noch mal an und sagt: Stimmt das, stimmt das nicht? - Das heißt, es findet eine begleitende Kontrolle statt - ich habe mir dieses Beispiel abgeschaut beim Bundesrechnungshof, der ja auch begleitende Prüfungen macht -, sodass aus meiner Sicht sichergestellt ist, dass dort keine falsche Sachverhaltsaufklärung gemacht wird. Und der Erfolg gibt uns ja recht.

Christian Flisek (SPD): Erlauben Sie den Hinweis: So stellen wir uns das teilweise als Parla-



Nur zur dienstlichen Verwendung

mentarier auch in Zukunft vor, was die parlamentarische Kontrolle des BND betrifft: begleitende Prüfung struktureller Natur, proaktiv. - Das nur als Hinweis.

Ich habe eine andere Frage jetzt noch mal: Sie haben im November 2013, haben wir gehört, eine Weisung erteilt. Da hatten Sie gesagt, diese Weisung, die ging - - Oder: Wir haben gehört, dass das wohl eine mündliche Weisung war. Ist das richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wenn es die ist, über die wir sprechen - -

Christian Flisek (SPD): Die an den Unterabteilungsleiter ging, wo es darum ging: Vorsicht bei EU.

Zeuge Gerhard Schindler: Also an das genaue Datum kann ich mich nicht erinnern; es kann auch durchaus Oktober gewesen sein. Und es ging dabei um unsere eigenen Selektoren.

Christian Flisek (SPD): Genau, das hatten Sie gesagt: Um unsere eigene Erfassung ging es da. - Habe ich das jetzt richtig wiedergegeben, dass das eine Weisung war in dem Sinne, ich sage jetzt mal: „Vorsicht bei befreundeten Staaten. Da müssen wir, auch wenn es eigentlich nach Ihrer Auffassung total rechtmäßig ist, das zu tun, jetzt aufpassen“? - Ist das so richtig wiedergegeben, ohne dass wir in die Inhalte reingehen, aber so Pi mal Daumen jetzt?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es ist so nicht richtig wiedergegeben; und ich möchte dazu in der öffentlichen Sitzung auch nichts mehr sagen.

Christian Flisek (SPD): Dann darf ich Sie aber fragen: Was war denn die Motivation dafür, dass Sie diese Weisung gegeben haben? War das Ihre eigene Idee? Haben Sie Fernsehen geguckt und haben Frau Merkel in Brüssel gesehen, wie sie ins Mikrofon gesagt hat: „Ausspähen unter Freunden - das geht gar nicht“? Oder hat das Kanzleramt bei Ihnen angerufen und hat gesagt: „Sie haben gehört, Frau Merkel, die Kanzlerin, hat jetzt da ihre Richtlinienkompetenz ausgeübt, jetzt müssen wir da vorsichtig sein“?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich werde versuchen, das, was ich sagen kann zum Beweisgegenstand, in der nichtöffentlichen Sitzung darzulegen.

Christian Flisek (SPD): Ein bisschen können Sie doch dazu jetzt hier in der öffentlichen Sitzung was sagen. Warum ist das zu der Motivation - - Ich frage es konkret: War die Aussage von Frau Merkel entscheidend dafür, dass man von diesem Zeitpunkt ausgehend die Situation anders beurteilt hat?

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist meines Erachtens nach nicht Untersuchungsgegenstand.

Christian Flisek (SPD): Hm. - Warum denn nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Weil es die eigene BND-Erfassung betrifft.

Christian Flisek (SPD): „Ausspähen unter Freunden“ betrifft die eigene BND-Erfassung?

RD Philipp Wolff (BK): Wir reden über die konkrete Weisung. Darüber hat Herr Schindler geredet, und die betrifft die eigene Erfassung und keine Projekte mit Five-Eyes-Staaten, Kooperationsprojekte. Vor dem Hintergrund ist die Aussage richtig. Es ist nicht untersuchungsgegenständlich.

Christian Flisek (SPD): Gut, wenn das die eigene Weisung betrifft, dann frage ich jetzt mal so: Haben Sie denn dann keinen Anlass gesehen - unterstellt, man hat das zur Kenntnis genommen, was die Kanzlerin da in Brüssel gesagt hat -, das mal in Bezug auch - - das mal in eine Weisung zu gießen, die beispielsweise die Prüfung amerikanischer Selektoren betrifft? Weil das wäre ja ein starkes Signal. Die Kanzlerin sagt: „Ausspähen unter Freunden geht nicht“. Da kann man jetzt drüber streiten, rechtmäßig oder nicht. Sie haben Ihre Auffassung dargelegt. Aber jenseits von dem - ich kenne ja das Auftragsprofil nicht genau - ist das ja mal eine öffentliche Aussage, wo alle, denke ich mal, auch die, die da verantwortlich sind, sagen: Spätestens jetzt müssen wir auch selber mal in Vorleistung gehen, egal wie es die anderen halten, weil die Aussage steht halt



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Raum. - Haben Sie das zum Anlass genommen, in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand, den wir hier haben - amerikanische Selektoren -, eine Weisung zu erteilen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe es ja jetzt, glaube ich, schon zweimal versucht darzulegen, dass es damals für diesen Bereich US-Selektoren keine Veranlassung gab.

Christian Flisek (SPD): Gab es keine Veranlassung?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Ich habe es jetzt verkürzt ausgedrückt. Ich kann es auch länger fassen. Also es war so: Wir haben etliche Überprüfungen gemacht, wir haben regelmäßige Besprechungen gemacht, wir haben wöchentliche Sondersitzungen im PKGr gemacht, wir haben die Berichterstattung in der Presse analysiert, wir haben die Charts analysiert von Snowden und, und, und. In allen diesen Punkten gab es für uns keinen Hinweis, keinen Punkt darauf, dass dieses Thema ein Thema gewesen wäre, was uns jetzt hätte auffallen müssen.

Es gab einen Punkt; das waren die angeblich 500 Millionen Daten über Deutsche in Deutschland. Das konnten wir aufklären. Die anderen Punkte waren nicht so, dass man auf dieses Problem hätte kommen müssen. Ich bin nicht darauf gekommen. Und ich sage noch mal, mir fehlte die Fantasie, dass man EU-Selektoren in Afghanistan und Somalia steuert.

Christian Flisek (SPD): Da wollte ich eigentlich gar nicht drauf zu sprechen kommen; aber das kann ich zum Beispiel überhaupt nicht nachvollziehen. Wissen Sie, warum nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Hm.

Christian Flisek (SPD): Weil ich mir denke - - Also, ich bin ja jetzt erste Legislatur hier drin. Aber von den Kollegen, die hier länger drin sind, die alle irgendwie mal im internationalen Umfeld irgendwie was zu tun haben, egal mit welchem Ausschuss, da gibt es einen regelmäßigen, ich nenne es mal, Abgeordnetenreisetourismus dort hin nach Afghanistan; zumindest solange unsere

Truppen dort stationiert waren, war das sehr intensiv. Ja? So, das war auch nicht nur hier in Deutschland so, das war in vielen Ländern so, die dort entsprechend ihre Arbeit verrichtet haben. Also Afghanistan war schon so eine Ein- und Ausflugschneise von Europäern mit unterschiedlichen Funktionen. Also, das halte ich jetzt - - Da fehlt mir nicht so viel Fantasie, dass ich sage: hochinteressant, Entwicklungshelfer, sonstige zivile Personen, Botschaftspersonal, UN, EU, alle möglichen diplomatischen Vertretungen, Abgeordnete, Minister, Staatssekretäre, Delegationen aller Art. - Also wenn man da mal eine Liste machen würde, dann, glaube ich, wäre Afghanistan eines der meistbesuchten Länder in der Region in diesen Jahren gewesen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich will damit nur sagen: Mir fehlt da überhaupt nicht die Fantasie zu.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, das finde ich gut.

(Heiterkeit)

Christian Flisek (SPD): Danke. - Also doch ein lohnendes Ziel, wenn Sie darüber mal nachdenken? - Ich habe ja jetzt versucht, Ihre Fantasie anzureichern, indem ich jetzt gesagt habe: Wenn Sie sagen, Sie wären gar nicht auf die Idee gekommen, dass das jemals ein lohnendes Ziel sein könnte, mit EU-Selektoren oder EU-relevanten Selektoren in diese Region reinzuhorchen - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): So habe ich Sie verstanden.

Zeuge Gerhard Schindler: So haben Sie recht.

Christian Flisek (SPD): Dann haben Sie gesagt, da fehle Ihnen die Fantasie. Ich habe gesagt: „Mir fehlt sie nicht“, und ich habe es versucht, jetzt mal darzulegen, warum nicht.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Würden Sie jetzt aufgrund dessen zu der Beurteilung kommen, es ist vielleicht doch interessant?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, natürlich komme ich - - Im Nachhinein, Herr Abgeordneter, ist doch völlig klar: Wenn man das rückwärts betrachtet, kann man sagen: Ja, natürlich gibt es die Fälle X, die Fälle Y, natürlich gibt es Botschaften und vieles andere mehr. - Aber wenn Sie dafür keinen Anhaltspunkt haben - jedenfalls wir hatten damals keinen Anhaltspunkt, ich hatte damals keinen Anhaltspunkt -, dann ist es schwierig, darauf zu kommen. Heute kann ich Ihnen für jedes Land Ausnahmen vorlesen und darlegen, warum das möglicherweise doch der Fall ist.

Christian Flisek (SPD): Ich sage nur mal im Umkehrschluss: Sie werden ja auch wahrscheinlich - ich will ja nicht hören, wann und wie oft - mehrfach in Kabul gewesen sein und in Afghanistan, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Doch. - Allein aus diesem Aspekt müssen Sie ja davon ausgehen, dass auch Ihre Kolleginnen und Kollegen Chefs in anderen Geheimdiensten dort sind einschließlich der Leute, die darunter sind. Die kommunizieren am laufenden Band permanent hin und her, nicht nur über afghanistanrelevante Themen, sondern auch über alles, was sonst geschäftlich anfällt, weil, wenn man in Afghanistan zwei oder drei Tage ist, man ja den Laden auch irgendwie aufrechterhalten muss. Hochinteressantes Gebiet.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, da haben Sie recht. Aber das Problem ist doch, Sie müssten ja erst mal - -

Christian Flisek (SPD): Auch für EU-Selektoren

Zeuge Gerhard Schindler: Sie müssten doch erst mal unterstellen, dass die Amerikaner sich nicht an das MoA halten. So. Dafür gab es kein Anzeichen, jedenfalls für mich.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich würde mit Ihnen jetzt keine Rechtsdebatte führen im Sinne

von: „Was ist rechtmäßig, was ist rechtswidrig?“, ich würde Sie ganz gern noch mal ausgehend von der ja hier auch immer wieder behaupteten Kritik, dass die G-10-Kommission vielleicht - ich teile das nicht in dieser Form, ja, ich sage das gleich dazu - getäuscht wurde, hinters Licht geführt wurde, weil man mit G-10-Anordnungen, die man erwirkt hat, schwerpunktmäßig dann eigentlich an die Routineverkehre rangegangen ist, ganz offen fragen - ich meine, ich habe das jetzt mehrfach schon getan -: Sie haben ja - das teilen Sie doch -, wenn man jetzt nur Routineverkehre wirklich machen würde - ich habe da eine Strecke, ein Kabel oder sonst irgendwas; da will ich einen Zugriff drauf; da sind nur Routineverkehre oder zu 99 Prozent -, kein Instrument nach der geltenden Rechtsordnung in der Hand, wo Sie irgendwo hingehen könnten und sagen könnten: So, nur für Routineverkehre will ich jetzt eine Anordnung. - Ist das richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich glaube es so verstanden zu haben, dass es richtig ist.

Christian Flisek (SPD): Ja, okay. - Das heißt, das einzige Instrument, was die geltende Rechtslage zur Verfügung stellt, ist die G-10-Anordnung. Da muss man dann zur G-10-Kommission, muss denen das vorlegen und hoffen, dass die das genehmigen.

Zeuge Gerhard Schindler: Unter den Voraussetzungen des Gesetzes, also wenn - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. - Teilen Sie da nicht meine Überzeugung, dass man hier aufgrund dieser Situation, dass es eigentlich nur die G-10-Anordnung gibt - ich bin auch der Meinung, dass man Routineverkehre überwachen sollte auf einer ordentlichen rechtsstaatlichen Basis mit einer vernünftigen Kontrolle -, dringend was tun muss, weil die G-10-Anordnung nicht gemacht worden ist, um an Kabel mit Routineverkehren zu kommen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich verstehe das, und ich verstehe die Diskussion nicht. Ich bin auch sicher, dass das Kommunikationsverhalten gegenüber der G-10-Kommission hätte verbessert werden müssen. Also ich glaube, dass man das



Nur zur dienstlichen Verwendung

offen hätte darlegen müssen, was man macht, und dass man die G-10-Kommission umfassend über nicht nur den G-10-Bereich, sondern auch, wenn man an diesem Zugriff ist, informieren müsste, was passiert da sonst noch, damit erst gar nicht der Eindruck entsteht, dass da irgendetwas heimlich unterhalb der G-10-Anordnung noch gemacht wird. Deshalb glaube ich, da hätte Transparenz gegenüber der G-10-Kommission angezeigt sein sollen.

Und die Frage der Rechtslage kann man so interpretieren, wie sie der Bundesnachrichtendienst - - Ich kann es mir ja einfach machen, das gibt es ja schon seit zig Jahren: Das muss ja irgendjemand mal geprüft haben, wo auch immer. Aber ich bin voll Ihrer Meinung. Deshalb auch in meinem Eingangsstatement - - Ich finde, wir brauchen klare Vorgaben, wir brauchen klare gesetzliche Rahmenbedingungen. Und diesen Vorgang, den halte ich für wenig klar. Deshalb läge mir sehr daran, wenn es dafür klare Regelungen gibt.

Christian Flisek (SPD): Ja, da sind wir völlig beieinander hier, da sind wir völlig beieinander. - Sagen Sie noch mal was zu der Bedeutung dieser Aufklärung von Routineverkehren innerhalb des gesamten Aufgabenprofils des BND.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das ist ein - - Wir messen ja unser Aufkommen in Meldungen, also das ist bei uns die Maßeinheit. Wenn man einmal 100 Prozent aller Meldungen zusammennimmt - und zwar aller, also menschliche Quellen, Informationszugänge durch Partnerdienste, technische Quellen wie Satellitenauswertung und vieles andere mehr -, dann nimmt die SIGINT, also die technische Aufklärung, fast 50 Prozent des Aufkommens auf. Das ist ein beachtlicher Teil. Ich finde, das darf man nicht übertreiben; denn man darf jetzt nicht nur auf Technik setzen, sondern wir brauchen die anderen nachrichtendienstlichen Komponenten genauso. Aber alleine an dem Volumen wird deutlich, wie wichtig dies ist.

Christian Flisek (SPD): Gut, wenn SIGINT 50 Prozent ist - -

Zeuge Gerhard Schindler: Fast 50.

Christian Flisek (SPD): Fast 50 Prozent, ja, davon ein wesentlicher Teil wahrscheinlich auf Routineverkehre bezogen ist, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz genau, ja.

Christian Flisek (SPD): - dann wäre es wirklich ein Bereich, den man hier wirklich aus - - Ich nenne das immer: Es ist ein Graubereich, nicht? Ich mache nicht den Rechtswidrigkeitsvorwurf, ja, aber ich sage - - Der Herr de With hat das hier so schön gesagt: Mit jedem Tag, mit dem wir länger warten, wird es ein Stück weit rechtswidriger, bis hin, dass es dann wirklich kippt. - Ja? Und ich glaube, da ist nicht mehr viel Zeit. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. - Damit wechseln wir dann auch wieder. Wir kommen somit zur nächsten Fragerunde. Da beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Schindler, im Sommer 2013 hat die behördliche Datenschutzbeauftragte Frau Dr. F. - hoffentlich kennen Sie sie unter diesem Namen -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich hatte sie ja selbst mehrfach genannt.

Martina Renner (DIE LINKE): - genau - auch Bad Aibling besucht und danach diverse Vermerke angefertigt. In einem dieser Vermerke beschwert sie sich, dass sie bestimmte Dinge zu spät oder nicht erfahren hat. Aber das interessiert mich jetzt hier weniger. Sie benennt dort den Umfang der Weitergabe von Metadaten an US SUSLAG mit 1,3 Milliarden Daten pro Monat. Ist Ihnen diese Zahl bekannt?

Zeuge Gerhard Schindler: Die ist mir deshalb bekannt, weil ich den Vermerk gelesen habe. Zum damaligen Zeitpunkt wurden Metadaten geschätzt. Ich habe es ja ganz am Anfang mal gesagt, dass wir es dem PKGr zu verdanken haben - das meine ich ernst -, dass die Daten gezählt werden, weil bis dahin - ich glaube, im Oktober lief



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Test an - Metadaten bei uns nicht gezählt worden sind. Und wie wir in den Diskussionen im PKGr waren und - - Ich glaube, das war der damalige Abgeordnete Bockhahn, der mir gegenüber saß und der sagte: Das geht nicht, Sie müssen das mal zählen. Ich mache jetzt einen Antrag. - Dieser ist beschlossen worden, und daraufhin haben wir dann gezählt. Das heißt, zu dem damaligen Zeitpunkt gab es nur Schätzungen. Und deshalb kann ich die Zahl als reale Zahl nicht bestätigen. Sie steht in dem Vermerk, aber es war eine Schätzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Was können Sie mir denn zu der Rechtsgrundlage sagen, auf der diese Daten an USA SUSLAG gegangen sind?

Zeuge Gerhard Schindler: Die Metadaten?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, das haben wir ja damals in der zweiten Jahreshälfte mehrfach diskutiert, auch mit dem entsprechenden Gremium, was ich gerade genannt habe. Die Rechtsgrundlage ist § 1 Absatz 2 Bundesnachrichtendienstgesetz.

Martina Renner (DIE LINKE): Die behördliche Datenschutzbeauftragte war nicht so ganz überzeugt davon, nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, ich hatte mit ihr ja diskutiert. Ich bin froh darüber. Ich habe sie ja zur Datenschutzbeauftragten gemacht. Sie hat ja früher bei mir im Stab gearbeitet, und ich war sehr froh, dass sie sich entschieden hat, den Datenschutz zu übernehmen, weil ich sie sehr schätze. Sie ist eine sehr gute Juristin und eine engagierte Mitarbeiterin. Und deshalb war ich froh, dass ich für diesen Bereich, der nach meinem ersten Eindruck ein Stück weit brach lag im Bundesnachrichtendienst, damit eine gute interne Behördendatenschutzbeauftragte gewonnen hatte.

Wir haben darüber diskutiert, und das ist völlig normal, sage ich mal, dass zwei Juristen drei Meinungen haben. Ich hätte es mir auch einfach ma-

chen können, hätte sagen können: Wieso diskutiere ich überhaupt über die Frage, auf welcher Rechtsgrundlage das basiert? Sollen mir doch diejenigen, die im Jahre 2002 das MoA abgeschlossen haben, sagen, wie sie sich das vorgestellt haben. - Aber so einfach habe ich es mir nicht gemacht, sondern habe damals lange Diskussionen im Dienst und lange Prüfungen, die ich mit vielen anderen zusammen gemacht habe, gemacht und eine Rechtspraxis im Dienst vorgefunden, die § 1 Absatz 2 ist. Und deshalb bin ich der Auffassung, dass diese rechtliche Begründung die passende ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es neben dieser Frage Metadatenweitergabe noch andere Dissense mit der behördlichen Datenschutzbeauftragten?

Zeuge Gerhard Schindler: Also - - Ich bitte jetzt, Ihre Frage zu konkretisieren. Mir fällt es schwer, jetzt das Gedächtnis aufzumachen und zu sagen, wann ich mit Frau Dr. F. Dissens eins, zwei, drei oder vier hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Das geht doch so, eins, zwei, drei oder vier, ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Mir fällt es schwer, das mit Inhalt zu füllen. Also ich rede oft mit ihr, weil ich sie schätze; ich unterstütze sie sehr. Ich weiß aber nicht, ob ich neben diesem Dissens, den Sie jetzt gerade als Rechtsdissens zu Recht dargelegt haben, weil es diesen Dissens gab, noch weitere Dissense mit ihr hatte. Da bin ich jetzt überfragt.

Martina Renner (DIE LINKE): 2013 gab es auch Diskussionen über die Erfassung von Daten zu US-Bürgern in Bad Aibling. Können Sie uns dazu was sagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Da kann ich mich daran erinnern, dass da - das war, glaube ich, in den USA in der *Washington Post*, oder? - irgendwann Ende 2013 ein Artikel erschienen ist. Ich glaube, mich noch an die Zahl erinnern zu können, dass 300 US-Bürger von Deutschen gesteuert worden sind. Aber das ist genau das, was ich eben versucht habe zu berichten: Wir sind jedem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bericht nachgegangen, jeder Zeitungsmeldung, jedem Chart und jedem Gerücht.

Nach meiner Erinnerung war es so, dass - das müsste aber auch in Ihren Unterlagen sein - mir die Abteilung - - Ich fragte immer konkret nach, also: Wer kennt den Sachverhalt? Wie war es? Bitte mal berichten: so und so und so! - Und ich glaube, dass das da genauso standardmäßig lief. Und nach meiner Erinnerung war es so, dass man sich erinnern konnte, dass mal in früheren Jahren - bitte nageln Sie mich nicht fest, möglicherweise das Jahr 2008 - eine Steuerung vom BND angestoßen worden ist unter dem Rubrum von Angehörigen einer Foundation, also einer -

Martina Renner (DIE LINKE): Stiftung.

Zeuge Gerhard Schindler: - Stiftung, und dass man da aber nicht erkennen konnte, dass das US-Bürger sind, und dass die Amerikaner das aber dann abgelehnt hatten als Selektor. Aber die Größenordnung selbst, 300, konnte niemand bestätigen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage das deswegen, weil in den Unterlagen dazu eben von einer Datenbank die Rede ist, in der die US- und die deutschen Selektoren laufen, was im Widerspruch steht zu dem, was Sie vorhin ausgeführt haben.

Zeuge Gerhard Schindler: Hm. - Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): In den Unterlagen zu diesem Vorgang steht eine Datenbank in Bad Aibling, in der die US-amerikanischen und deutschen Selektoren gleichzeitig laufen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich habe ja gesagt, unsere Steuerungsdatenbank ist nicht Scrabble und TND (?); aber wenn wir über Bad Aibling steuern, steuern wir auch über diese Systeme.

Martina Renner (DIE LINKE): Was meinten Sie eigentlich, als Sie eingangs von dem Haupt- und Nebensystem in Bad Aibling sprachen? Den Begriff habe ich das erste Mal von Ihnen gehört; kein anderer Zeuge hat den benutzt.

Zeuge Gerhard Schindler: Was war das jetzt?

Martina Renner (DIE LINKE): Haupt- und Nebensystem. Was ist das?

Zeuge Gerhard Schindler: Können Sie mir noch mal den Sachzusammenhang sagen?

Martina Renner (DIE LINKE): Na, ganz am Anfang, da ging es um das MoA, und da ist das Wort „Haupt- und Nebensystem in Bad Aibling“ gefallen, von Ihnen. Ich habe es nur notiert als Frage, die ich heute noch offen habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das könnte auf meine Frage gewesen sein, wo es um die unterschiedlichen Daten, Telefonie etc., ging, ob die Selektoren alle in einer Datei gespeichert worden sind oder in unterschiedlichen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, es ging auf jeden Fall um Bad Aibling. Haupt- und Nebensystem hat noch nie ein Zeuge gesagt. Deshalb frage ich.

Zeuge Gerhard Schindler: Das sagt mir jetzt auch gar nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach so. - Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit wäre auch jetzt um. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich würde dann doch noch ganz gern bei der Frage von Frau Renner einhaken zu dem Bericht in der *Washington Post* zu diesen Selektoren, die damals irgendwie aufgetaucht sind, die unzulässig waren. Sie haben ja gesagt, Sie sind dem allen immer nachgegangen. Wie genau haben Sie denn da überprüft? Was genau haben Sie sich da zeigen lassen? Haben Sie dann da schon geguckt, wie die Überprüfung der Selektoren funktioniert? Hätte man da denn schon stutzig werden müssen, dass es da auch mal problematische Dinge gegeben hat?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich versuche, Frau Abgeordnete, gerade zu finden, ob ich es dabei habe,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weil ich in der Tat damals - - Ja. Also ich hatte damals eine Stellungnahme der Abteilung erhalten, die mir aber nicht gefiel, weil die sehr allgemein gehalten war. Damals hatten wir noch diese Projektgruppe, wo wir jedem Fakt nachgegangen sind. Und dann habe ich in diese Gruppe hinein angewiesen, dass wir das noch mal detailliert nachfragen. Dieses Dokument ist in Ihren Unterlagen, also: „Pr hat zu der Stellungnahme der TA noch eine Reihe ergänzender Fragen“.

RD Philipp Wolff (BK): Wenn Sie aus Geheim zitieren - ich will den Zeugen nur darauf hinweisen - ,

Zeuge Gerhard Schindler: Oh, sorry!

RD Philipp Wolff (BK): - dann machen wir es bitte in eingestufter Sitzung.

Zeuge Gerhard Schindler: Das tut mir leid. Also, das ist ein geheimes Ding; aber vielleicht können wir es nachher oder ein andermal machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nachher machen wir das garantiert - -

Nina Warken (CDU/CSU): Ich kenne auch, glaube ich, die Fundstelle.

RD Philipp Wolff (BK): Was steht da bei Ihnen für eine Einstufung drauf?

Zeuge Gerhard Schindler: Geheim, ja. Ich habe es übersehen. Aber es ist gleich. Ich habe da eine Reihe von konkreten Fragen gestellt und finde es ein gutes Beispiel dafür, weil es ein Indiz dafür ist, wie wir dem nachgegangen sind.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie noch mal genau sagen, welcher Zeitraum das war? Und können Sie sagen: Haben Sie da dann schon Kenntnis erlangt darüber, wie die Überprüfung der Selektoren stattfindet?

Zeuge Gerhard Schindler: Die Kenntnis, dass amerikanische Selektoren gesteuert werden und nach dem DAFIS-System geprüft werden, die hatte ich schon vorher. Aber hier habe ich noch mal ganz konkret nachgefragt, weil ich einfach

wissen wollte: „Wie ist denn das jetzt mit unserer Steuerung mit den Amerikanern und, und, und?“ , und weil mir der Sachverhalt einfach zu schwammig war, den man mir da vorgetragen, also den man mir da aufgeschrieben hatte. Und deshalb habe ich eben versucht, konkrete Nachfragen zu stellen. Allerdings war in der Antwort der Abteilung eben kein Hinweis auf dieses Problem.

Nina Warken (CDU/CSU): Also Sie sind da nicht auf Probleme gestoßen mit unzulässigen Selektoren in größerem Umfang als Ergebnis Ihrer Nachfragen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, kann man aber auch erkennen. Die Antwort liegt ja auch noch mal bei.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann haben wir jetzt viel über die Überprüfung der Selektoren, über die Filterung gesprochen. Können Sie jetzt anhand Ihrer Nachforschungen, Überprüfungen, Untersuchungen eine Einschätzung geben, ob tatsächlich ein Schaden entstanden ist, also welche Selektoren, wie viele Selektoren wie lange aktiv geschaltet waren, und ob dann tatsächlich ein Treffer, also ein Schaden dadurch entstanden ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Also ich würde lieber von Treffern sprechen als von Schaden. - Dies wird ja nicht erfasst, oder dies wird nicht aufgezeichnet. Also wenn ein Treffer stattfindet, dann gibt es keine Datei, die alle Treffer sammelt, so dass wir eben nicht darlegen können, welcher Selektor einen Treffer hatte. Das können wir nur in bestimmtem Ausnahmefall dann machen, wenn wir selbst eine Meldung daraus generiert haben. Das können wir dann noch mal nachvollziehen; aber das sind dann unsere Meldungen, aber eben nicht bei den US-Treffern.

Das Problem ist - Herr Abgeordneter Flisek hat ja auf Ausnahmen hingewiesen -, dass grundsätzlich eben die Örtlichkeiten nicht übereinstimmen und insofern man davon ausgehen muss, dass eher ausnahmsweise eine Erfassung stattgefunden hat. Es gibt noch ein weiteres Problem, wo



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Abgeordneter Flisek zu Recht darauf hingewiesen hat; das würde ich aber gerne in der nichtöffentlichen Sitzung noch zusätzlich ergänzen, weil es da um einen Nachrichtendienst geht. Deshalb kann ich das hier nicht offen darlegen.

Im Ergebnis wagen wir die Aussage, wage ich die Aussage, dass Treffer nur ausnahmsweise erfolgt sind.

(Martina Renner (DIE LINKE): Was?)

- Nur ausnahmsweise erfolgt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben ja auch darüber gesprochen, dass möglicherweise Firmen mit Sitz in Europa zum Aufklärungsziel geworden sind, also als Suchbegriffe eingestellt worden sind oder werden sollten. Können Sie uns beschreiben, unter welchen Umständen oder wie es dazu kommen kann, dass eine solche Firma Aufklärungsziel wird, bzw. unter welchen Voraussetzungen das vielleicht dann sogar auch ein zulässiger Begriff sein könnte?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, die Aufklärung von Firmen ist ja per se nicht sakrosankt. Das sieht ja das MoA selbst so vor, indem es beispielsweise vorsieht, dass im Zusammenhang mit Proliferation auch Firmen - -

RD Philipp Wolff (BK): Auch da würde ich gerne, wenn wir konkret auf die Inhalte kommen - - Auch da sind wir im eingestuftem Bereich.

Zeuge Gerhard Schindler: Ach so, okay. - Auf jeden Fall ist es MoA-konform. Die Aufklärung von Firmen hat ja auch Erfolge, beispielsweise bei der Rüstungsexportkontrolle gibt es Erfolge; und diese Erfolge bei der Rüstungsexportkontrolle, die ein Politikschwerpunkt der Bundesregierung im Koalitionsvertrag ist - - Bei dieser Rüstungsexportkontrolle ist klar, dazu gehört auch die Aufklärung von Firmen. Wenn jetzt Firmen gesteuert werden, dann ist das nicht per se falsch, sondern es dient ja der Proliferation.

Es gibt ein Problem - und das ist ja ein weiteres Problem -, dass man oft eher nur dies so vermuten kann, weil wir ja keine Begründung dazu geliefert bekommen, sagen wir mal zwei Seiten Begründung: Hiesiger Sachverhalt ist folgender oder so was. - Aber dem Anschein nach haben wir keinen Grund zur Annahme, dass es da um die Erlangung von Wettbewerbsvorteilen oder Konkurrenzausspähung geht. Die Amerikaner haben uns immer versichert, dass sie keine Wirtschaftsspionage machen; und sie haben ja auch, ich glaube, zuletzt im Januar 2014, so eine Präsidentendirektive - Obama hat sie selbst verkündet -, wo noch mal deutlich gemacht wird, dass den Diensten verboten ist, bei der technischen Aufklärung Spionage zum Wettbewerbsvorteil der heimischen Wirtschaft zu machen. Das hat Gesetzeskraft bei den Amerikanern. Er hat damit etwas zur Gesetzeskraft gemacht, was durch interne Weisung in den Diensten schon geregelt war; und ich finde, das ist auch so.

Ich will jetzt nicht sagen, mit wem ich gesprochen habe; aber er hat mir gesagt, also das müsse man sich mal vorstellen in den USA: Man würde eine Blaupause irgendeines europäischen Flugzeugunternehmens aufklären und hätte dann die Wahl: „Gebe ich das Boeing, oder gebe ich das Lockheed?“, und wenn ich es Boeing gebe, dann habe ich in drei Tagen eine 2-Milliarden-Klage am Hals, oder gebe ich es Lockheed, da habe ich in vier Tagen eine 2-Milliarden-Klage am Hals. Das ist in den USA so. Und deshalb haben wir keine Rückschlüsse auf Wirtschaftsspionage.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann hätte ich abschließend noch eine Frage anknüpfend an das, was der Herr Flisek auch schon mit Ihnen erörtert hatte, nämlich hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen für die Ausleitung der Routineverkehre aus den G-10-Maßnahmen. Darüber haben wir hier schon viel gesprochen, und das wird ja auch schon thematisiert, problematisiert. Warum kann man denn seitens des BND nicht - - Oder: Warum sagt man seitens des BND dann nicht einfach: „Gut, wenn das so ein Problem ist, dann lassen wir das, wenn das vielleicht auch Teile der Politik als schwierig erachten“? Warum sind gerade diese Routineverkehre wichtig für den BND zur Aufgabenerfüllung?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Na ja, diese Routine ist ja *das* Ziel des Bundesnachrichtendienstes. Hier geht es ja um Ausland. Das ist ja unser Auftrag, die Auslandsaufklärung. Und die G-10-Aufklärung, also die Bezüge von und nach Deutschland - das ist ja der § 5 im G-10-Gesetz -, spielt ja für uns schon quantitativ, aber auch auftragsgemäß eine untergeordnete Rolle. Das heißt, der ganz überwiegende Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt im Ausland. Und diese Verknüpfung nach Deutschland nach § 5 G 10 als Überwachung des internationalen Verkehrs von und nach Deutschland, die ja unter den Auflagen der G-10-Anordnung erfolgt, ist inhaltlich, aber auch quantitativ deutlich nachgeordnet. Und deshalb ist die Routine für uns das Mittel zur Erkenntniserlangung, und deshalb sind diese fast 50 Prozent ganz überwiegend auf die Routine zurückzuführen als Erkenntnisgewinn.

Im BND war eben gelebte Rechtspraxis, dass man die G-10-Anordnung hatte. Ich weiß jetzt nicht, ob es immer zwangsläufig so war - so weit fehlt mir der Blick in die Vergangenheit -: G 10 gleich auch Routine. Aber klar ist, man hat den G-10-Ansatz auch zur Routine genutzt. Rechtlich ist das begutachtet worden, und da gibt es den Hinweis vom Größeren zum Kleineren - a maiore ad minus -, dass man eben, wenn man schon den Grundrechtseingriff hat, darunter den weniger relevanten Eingriff hat, nämlich Ausländer im Ausland. Dann allerdings, sage ich jetzt mal - das habe ich ja eben auch gesagt -, hätte man das der G-10-Kommission auch so kommunizieren sollen. Das wollen wir auch machen; und selbstverständlich finde ich, wenn es eine klarstellende bessere Regelung gibt, das auch besser.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann bedanke ich mich. Das war die letzte Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt ist das Problem, dass wir leider bei 24 Uhr angelangt sind, noch erhebliche Fragen sicherlich haben, aber die Stenografen um 24 Uhr berechtigterweise auch mal Dienstschluss haben müssen.

Ich würde es dann daher für heute bewenden lassen müssen. Ich kann jetzt nicht formulieren, wie

ich es regelmäßig mache, wenn keine Fragen mehr bestehen, weil bei allen Fraktionen, wenn ich das richtig sehe, noch Fragen bestehen. Aber wir sind am Ende der Zeugenvernehmung für den heutigen Tag angelangt.

Herr Schindler, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich bin mir sicher, dass wir noch mal eine Runde brauchen, weil sowohl Fragen im öffentlichen Teil als auch Fragen in nicht-öffentlicher oder eingestufte Sitzung übrig geblieben sind. Ich darf Ihnen aber so weit schon mal sagen, dass das Protokoll dieser Vernehmung Ihnen zugesandt wird, Sie zwei Wochen Zeit haben, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen oder Richtigstellungen oder Ergänzungen Ihrer Aussage. So weit schon mal herzlichen Dank.

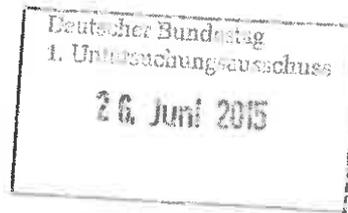
Die Sitzung ist geschlossen. Ihnen einen guten Nachhauseweg! Allen anderen selbstverständlich auch! Bis zum nächsten Mal! Danke schön.

(Schluss: 0.02 Uhr)

ANLAGE 1



Bundesnachrichtendienst



Hartmut Pauland
Abteilungsleiter
Technische Aufklärung

POSTANSCHRIFT Bundesnachrichtendienst, Postfach 1 20, 82042 Pullach

Leiter Sekretariat PA 25
1. Untersuchungsausschuss der
18. Wahlperiode
Hrn. H. Georgii

Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Heilmannstraße 30, 82049 Pullach

POSTANSCHRIFT Postfach 1 20, 82042 Pullach

TEL IVBB-380-84900

E-MAIL [REDACTED]@bnd.bund.de

DATUM 16. Juni 2015

GESCHÄFTSZEICHEN

BETREFF Stenografisches Protokoll der 50. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses
am 21. Mai 2015

HIER Korrektur- bzw. Ergänzungswünsche

BEZUG Ihr Geschäftszeichen: PA 25 - 5503

ANLAGE -1-

Sehr geehrter Herr Georgii,

vielen Dank für die Zusendung des Protokolls zu meiner Vernehmung im
1. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode am 21. Mai 2015.

Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, um einige wenige Korrekturen und Ergänzungen
vorzunehmen.

Die Seitenzahl der Anlage entspricht dabei nicht der korrekten Seitenwiedergabe des
Protokolls. Daher ist an meinen Ergänzungen in der Anlage die entsprechende Seitenzahl
des doppelspaltigen Originalprotokolls mit angegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Pauland

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Pauland. Ich bedanke mich auch für den Hinweis auf die Transparenzinitiative des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes. Wir sind schon erwartungsfroh auf die jetzt kommenden Fragen und Antworten.

Ich würde gerne zu anfangs das eine oder andere noch intensiver wissen zu Ihrem Werdegang. Nach dem Abitur sind Sie, wenn ich das richtig verstanden habe, 1973 zur Bundeswehr gegangen,

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: -haben dann erst Wehrdienst geleistet oder sich direkt als Offizier für zwölf Jahre verpflichtet, oder wie ist das?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe als Z 2 angefangen. Dann hat die Bundeswehr die Universitäten eröffnet damals. Dann wurde mir nahegelegt, ob ich nicht bei der Bundeswehr studieren will. Ich bin dann von Z 2 zu Z 12 übergegangen und habe in Hamburg Wirtschaft und Organisation an der Bundeswehruniversität studiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau das wäre nämlich meine Frage gewesen, was Sie da studiert haben, ob Sie etwas Elektronisches, Technisches, wie auch immer –

Zeuge Hartmut Pauland: ~~Oh weh, oh weh.~~ WOW (Wirtschafts- und Organisationswissenschaften (Seite 8 im Protokoll))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da wäre es erst mal was anderes. -Dann sind Sie die verschiedenen Werdegänge, die Stufen durchgegangen,

Zeuge Hartmut Pauland: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: -waren 1994 bis 1996 Kommandeur bei 932 in Frankenberg, richtig?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist das EloKa-Bataillon.

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist ~~das~~ [\(Seite 8 im Protokoll\)](#) 932. Früher hieß es noch 320; das änderte sich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Tolles Bataillon, toller Standort -erwähne ich mal nebenbei. Danach Werdegang weiter in der Bundeswehr. Dann gab es eine Zeit, da waren Sie beim MAD, wenn ich es eben richtig verstanden habe, ja?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich war nicht beim MAD, ich war beim BND schon mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann war das?

Zeuge Hartmut Pauland: Von 92 bis 94, dritte GenSt-Verwendung nach dem Generalstabslehrgang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann waren Sie abgeordnet?

Zeuge Hartmut Pauland: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hatte ich dann eben falsch verstanden. - Welche Funktion hatten Sie in dieser Abordnung?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich war Grundsatzreferent im Abteilungsstab der Abteilung 2 -damals hieß das noch Abteilung 2, was jetzt Technische Aufklärung ist -und war damals Grundsatzreferent für Konzeption nach der, wie gesagt, Wiedereingliederung oder nach der Wiedervereinigung. Ein sehr interessantes, spannendes Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat aber wahrscheinlich gar nichts mit dem Bereich SIGINT zu tun, mit dem wir uns heute beschäftigen. Das war noch zu früh, vermute ich mal. Auch interessante Fragen, mit Sicherheit --Oder hat es schon damals etwas mit dem zu tun gehabt, was jetzt Untersuchungsgegenstand ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Es kommt darauf an, wie Sie Untersuchungsgegenstand meinen. Mit SIGINT hat es natürlich zu tun, weil es ja zum Beispiel die Türme an der innerdeutschen Grenze lange Zeit gegeben hat; die sind ja auch entsprechend von Bundeswehr bzw. BND bestückt worden. Also von daher ist SIGINT --ist das seit 40 Jahren mein Gebiet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das ist doch schön. -Dann ging es weiter, der Werdegang innerhalb der Bundeswehr. Sie hatten gesagt, Unterabteilungsleiter SE 1. Wann war diese Zeit? Im BMVg war das ja dann.

Zeuge Hartmut Pauland: Bis ich hier angefangen habe. Die war bis zum 31.12.2012. Sechs Jahre BMVg, vier Jahre Referatsleiter, seit 2007 bis 2010. [Dann StAL FÜS II bzw. UAL SE I bis 31.12.2012.](#) –[\(Seite 9 im Protokoll\)](#)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bis 31.12., das passt. 01.01.2013 waren Sie ja dann Abteilungsleiter TA.

Zeuge Hartmut Pauland: Genau. 01.01.2013 TA und vorher eben StAL. Das war noch die alte Bezeichnung der alten Gliederung FÜ S, FÜ H, FÜ L. Das ist ja dann [–im Zuge der Neugliederung BMVg geändert worden.](#)[\(Seite 9 im Protokoll\)](#)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Was war der Aufgabenbereich als UnterAbteilungsleiter SE I im BMVg? Wie würde sich der beschreiben?

Zeuge Hartmut Pauland: StAL FÜ S II bzw. Unterabteilungsleiter SE I ist der Verantwortliche gegenüber dem Generalinspekteur bzw. dem Minister für das Militärische Nachrichtenwesen der Streitkräfte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt also, es ist keine direkt operative Funktion, sondern es ist eine Bündelungsfunktion, kann man sagen. Was hochaggregiert wird, wird zusammengefasst als –

Zeuge Hartmut Pauland: Sie machen die Konzepte, praktisch internationale Abstimmung, die Konzepte. Sie stellen die Kräfte zusammen, wenn es in den Einsatz geht. Die ganze Bandbreite.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, reicht mir schon. -Dann ab 01.01.2013 wechselten Sie aus dem Bereich BMVg in den Bereich des BND und wurden Abteilungsleiter der Abteilung TA. Wie waren da im ersten halben Jahr Ihre ersten Eindrücke, als Sie da anfangen?

Zeuge Hartmut Pauland: Die Eindrücke waren gut. Ich habe eine sehr engagierte Truppe vorgefunden, die noch erweitert werden sollte. Es war ja schon immer die größte Abteilung des BND, SIGINT-lastig, also SIGINT-Abteilung. Dann hat Präsident Schindler eben entschieden, dass die an verschiedenen Stellen im Haus platzierten Cyber-Elemente zusammengefasst werden sollten, und die wurden als vierte Unterabteilung der TA zugewiesen. Das heißt, im ersten halben Jahr haben wir versucht, aus zwei Welten eine zu machen, um möglichst viele Synergieeffekte zu

Zeuge Hartmut Pauland: Intern haben wir das so gemacht, dass wir eben einen Bereich dazu ausgeguckt hatten, intern eben am Leitungsstab. Aber wir wollten es so lange wie möglich in der normalen Gliederung fahren. Das hat sich erst entwickelt, dass das immer mehr dann wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann war das zeitlich so? Wann hat man da diesen beim Leitungsstab –

Zeuge Hartmut Pauland: Mit Einrichtung Ihres Ausschusses wurde die erste große Organisation aufgezogen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also erst vor knapp einem Jahr.

Zeuge Hartmut Pauland: Vorher konnte man es noch so haendeln ([Seite 11 im Protokoll](#)), aber es war schon heftig, wie gesagt. Ich selbst bin ja gleich mehr oder weniger rausgezogen worden und war in der Ad-hocGruppe unter Leitung BMI und Bundeskanzleramt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt "gleich"? Von welchem Tag reden wir da jetzt?

Zeuge Hartmut Pauland: Das war gleich im Juni.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2013?

Zeuge Hartmut Pauland: Juni 2013. Juni/August waren wir ja unterwegs und –

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unterwegs von wo nach wo?

Zeuge Hartmut Pauland: Unterwegs in Washington, also NSA, und GCHQ. Und die Berichte gingen ja nahtlos in die PKGr-Sitzungen der damaligen Zeit ein. Ich selbst hatte einen Vortrag da vorbereitet, weil ich für die Technik eben zuständig war. Das war damals noch neu. Heute wissen Sie ja alle darüber Bescheid: metadatenzentrierter Ansatz. Man hat versucht, zu erklären, wie das denn funktionierte. Das musste immer ad hoc und sofort sein. Also, wir kamen aus dem Flugzeug heraus, dann war gleich eine Besprechung im Kanzleramt oder beim Präsidenten, dann wurde das unmittelbar in die Reden der PKGr-Sitzung dieser Wochen eingebaut. Und, ja –

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie haben Sie denn dann diese Sitzungen und die Informationen, die Sie geben mussten, vorbereitet? Haben Sie dann die Unterabteilungsleiter zu sich gebeten, haben Aufträge erteilt, welche Informationen Ihnen zugeliefert werden sollen? Wie ist denn das vonstattengegangen, ich sage mal, bei dem Zeitdruck? Sie haben es ja gerade beschrieben: Zack, morgen ins Kanzleramt oder wie auch immer. -Wie haben Sie denn sichergestellt, dass Ihnen auch, sagen wir mal, zugearbeitet wird -ob man das jetzt Sprechzettel oder Informationen oder wie auch immer nennen mag --hergestellt werden, wo Sie mit validen Informationen in die Besprechung und Unterrichtung gehen können?

Zeuge Hartmut Pauland: Na klar, aber das ist; sage ich mal, normale Stabsarbeit; das Thema ist da ja ganz egal. Das machen sie heute noch so. Ich habe einen Chef des Stabes, und mit dem bespreche ich morgens und abends die wichtigsten Punkte. Wir haben Unterabteilungsleiterrunden. Zumeist wird dann per E-Mail beauftragt, und je nachdem, wie viel oder wenig Zeit sie haben, können sie es noch zwei-oder dreimal zurückgeben oder nicht. Sie haben regelmäßig Besprechungsrunden mit den Unterabteilungsleitern pro Woche. Die haben auch wieder regelmäßige Besprechungen mit ihren Bereichen, vielfach als Videokonferenzen, weil wir eben sehr verteilt sind über die Bundesrepublik Deutschland. Sie haben einmal in der Woche die Abteilungsleiterkonferenz, die eben sich dann in der Unterabteilungsleiterrunde wiederfindet. Ich sage mal, das ist normal, business as usual.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie stellen Sie sicher, dass dann die Arbeitsaufträge, wenn das auf so unterschiedlichen Wegen erfolgt, von der E-Mail über Gespräch bis Videokonferenz, dass wirklich alle Aufträge auch abgearbeitet werden? Gibt es da irgendwie so einen Nachhalm? Also sprich: "Unterabteilungsleiter XY hat noch nicht die eine oder andere Sache zugeliefert" , wie hält man das nach, wenn man das richtig macht? Mir geht das teilweise durch, muss ich ganz ehrlich sagen, mit meinen Mitarbeitern.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, aber das ist auch, sage ich mal, nach 40 Jahren Stabsarbeit alles business as usual. Da haben Sie Ihre Terminüberwachungsliste, da wird das eingetragen, und dann [abgearbeitet](#).-(Seite 12 im Protokoll)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist dann technisch, macht das Vorzimmer.

Zeuge Hartmut Pauland: Das macht das Vorzimmer und der Chef des Stabes eben hauptsächlich. Ich führe selbst meine eigene To-do-Liste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das dann so Lotus-Notes-basiert, ist das Outlook-basiert, oder gibt es da extra --Ich will jetzt keine Geheimnisse aus der Datenverwaltung wissen, aber nur, wie man das handeln soll. Sie haben so einen Papierkalender noch?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, klar. Ich meine, das meiste ist Lotus Notes und Outlook, das Microsoft-Paket.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also technisch ist das irgendwie gewährleistet.

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist technisch, das können Sie heute nicht mehr händisch.--(Seite 12 im Protokoll) Viele arbeiten aber noch mit gelben Zetteln; das ist auch kein Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Jetzt würde mich interessieren: Als das dann ab Juli/August doch alles auch öffentlich deutlich intensiver wurde, die Diskussion, was wurde denn als erste jetzt markante Maßnahme --Was waren denn die ersten markanten Maßnahmen, die Sie angeordnet haben? Was haben Sie denn gesagt: "Wir handeln nur reaktiv; steht wieder eine Zahl in der Presse, dann gucken wir: Stimmt die?"? -Oder hat man gesagt: "Wir müssen jetzt mal aktiv das, das, das klären, das scheint das Sensibelste zu sein"? -Wie sind Sie da rangegangen?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, die Masse, da kommen die Anfragen automatisch, da brauchen Sie sich gar keine Gedanken zu machen; entweder will das Kanzleramt was wissen, oder der Leitungsstab will was wissen. Dann natürlich die interne Auswertung: Was hat das für uns für Konsequenzen? Können wir das -da waren ja auch neue Ideen dabei -nutzen, haben wir die Technik dazu? Geht was Ähnliches? -Da kann man ja auch von lernen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also sprich: Aus den Snowden-Dokumenten, haben Sie gesagt, da kann man auch was lernen.

Zeuge Hartmut Pauland: Vielleicht, ja; mal gucken. Warum nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Guter Ansatz. Das finde ich richtig: Informationen nutzen. Wäre ja schlimm --Was waren denn, würden Sie sagen, die wesentlichen Dinge, die Sie so in den zwei, drei, vier Monaten nach den Snowden-Veröffentlichungen auf den Weg gebracht haben?

Zeuge Hartmut Pauland: "Auf den Weg gebracht haben" war bei mir hauptsächlich das Thema Recht. Das hat jetzt indirekt -oder hatte nichts direkt mit Snowden zu tun. Aber ich habe bei meiner Amtsübernahme mir drei-, viermal angehört zu einer bestimmten Frage: Ich bin nicht zuständig. -Das kam besonders aus dem Bereich meines Rechtsreferats, und da wurde mir eben bei drei, vier Fragen, die ich hatte, gesagt: Ich bin nur für G 10 zuständig. -Und das wollte mir überhaupt nicht in den Sinn. Ja, es ist alles sehr G-10-lastig gewesen. Das ist ja auch richtig, ist in Ordnung. Bitte nicht falsch verstehen. Das ist überhaupt kein Thema. Aber es gibt Fragen, die auch nichts mit G 10 zu tun haben, wo man gern rechtlichen Support hätte. Da ich weder Jurist noch Techniker bin, habe ich in diesem Bereich dann einen Antrag gestellt, und über kurz oder lang ist der dann von der Leitung und auch dann vom Bundeskanzleramt --ist da zugestimmt worden, dass eben das Rechtsreferat der TA eben nicht nur G 10, sondern komplett alles macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt "komplett alles"?

Zeuge Hartmut Pauland: Das heißt, die Rechtsfragen, die der Abteilungsleiter hat, sollten da beantwortet werden können, eben nicht nur G 10, weil es mehrere gibt. Wenn es dann darüber hinausgeht, geht es zu ZY, also zum Hauptbereich, oder ins Kanzleramt; das ist klar. Aber erst mal möchte ich als Abteilungsleiter die Sicherheit haben, dass ich nicht nur G-10-abhängig bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Das haben Sie –

Zeuge Hartmut Pauland: Das war im Zusammenhang -wenn ich das noch sagen darf - auch mit SSCD, der neuen Aufgabe; denn hier ist mir ganz früh deutlich geworden, dass, wenn wir da erfolgreich sein wollen, auch die rechtliche Seite stimmen muss. Das bedeutet, dass Sie einen Gefahrenbereich Cyber haben müssen. Im Moment haben wir ja nur die Gefahrenbereiche, die Ihnen bekannt sind: Terrorismus, Proliferation, OK. Aber Sie brauchen, wenn Sie SSCD vernünftig machen wollen, wenn Sie in Mail Ware finden wollen, einen Gefahrenbereich Cyber; ansonsten würden Sie den Vorwurf kriegen, den ja auch die amerikanischen Freunde immer haben: Unter dem Deckmäntelchen Terrorismus macht ihr alles. -Dem wollten wir entgegentreten, und deshalb habe ich den Antrag früh auf die Reise gebracht und der einzurichtende Gefahrenbereich -(Seite 13) -ist auch inzwischen in das Gesetzgebungsverfahren eingeflossen. Das war mit ein wesentlicher Punkt der ersten drei Monate.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das richtig verstehe, ist das ja erst mal eine organisatorische Klarheit. Das Rechtsreferat steht Ihnen vollumfänglich für

rechtliche Fragen zur Verfügung. Die können nicht sagen: Sorry, keine Manpower, keine Zeit, nur G 10, das ist jetzt was anderes. -So habe ich es verstanden. Und dann habe ich es so verstanden: Darüber hinaus war es auch eine Klärung der Aufgabenbeschreibung grundsätzlicher Art, weil es ja auch darum geht, im Aufgabenprofil, in dem Bereich CyberDefense zu verorten und dann noch die dahinterliegenden rechtlichen Fragen abzudecken. Und das würde dann das Rechtsreferat der Abteilung TA machen oder –

Zeuge Hartmut Pauland: Mit Unterstützung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Leitungsstab -Rechtsreferat -Leitungsstab, oder was?

Zeuge Hartmut Pauland: Genau. Das ist dasselbe, und ich denke, das haben wir auch anders gemacht als früher. Ihnen ist bekannt die Strategische Initiative Technik mit dem vielen Geld. Hier haben wir – viele rechtliche Fragen. Diesmal habe ich gesagt: Ich will das von Anfang an, weil ich das aus dem BMVg alles kannte -das war für mich nicht neu, wie man ein Projekt angeht. Allerdings – (Seite 13) hier will ich von Anfang an eine rechtliche Begleitung haben. Ich will nicht erst, dass 20 technische Projekte auf den Weg gebracht werden, und dann gucken wir auf den Rechtsrahmen. -Das haben wir auch diesmal gemacht, bereits die ersten Planungspapiere, die Planungsunterlagen, haben immer eine rechtliche Bewertung für das Projekt. Ich denke, das ist auch bei dem Vertrauensgremium ganz gut angekommen. -Das waren die drei wesentlichen Punkte, die zu dieser Änderung geführt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Kann ich gut nachvollziehen. -Haben Sie Ihren Unter-abteilungsleitern Aufträge gegeben, dass die in ihrem Beritt irgendwas machen sollen? Die waren ja jetzt auch keine Juristen; aber die hatten ja dafür andere Kompetenzen, je nach Zuschnitt. Haben Sie da gesagt: "Die und die Information brauchen wir garantiert, macht ein Review über diesen Bereich"? -Gab es da irgendwelche speziellen Dinge, die bei Ihren Unterabteilungen herausgearbeitet werden sollten?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, im Prinzip impliziert das eine das andere, weil wir ja gemerkt haben, dass wir technisch einfach nicht up to date sind. Das war eine Diskussion, die schon auch in 2012 gelaufen hat, weil man mit diesem metadaten-zentrierten Ansatz eben überhaupt noch nicht zurechtkam bzw. nicht die entsprechenden Mittel und Fähigkeiten hatte. Man musste es. Andere Länder hatten dies schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssen Sie mir jetzt als Laien auch erklären: metadaten-zentrierter Ansatz.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich versuche, es sehr einfach darzustellen. Ich hatte es in meinem Eingangsstatement gesagt, dass wir am Anfang klassisch Telefonie, Fax und Fernschreiben hatten. Das heißt, Sie empfangen ein Fax und lesen das und sagen: Das kriegt der Auswerter A. -Dasselbe dann beim nächsten: Das kriegt der Auswerter B. -Dies ist in Zukunft mit anderen Techniken nicht mehr nötig. Die Inhaltsauswertung wird zurückgehen durch den metadatenzentrierten Ansatz. Das heißt nicht -sollte man jetzt nicht sagen -: Wir brauchen keinen Inhalt mehr. -Aber Sie suchen sich in der Vielzahl der Pakete, die im Netz herumschwimmen, eben nur noch die wichtigen und die richtigen aus. Ich denke, das ist ein sehr, sehr guter Weg, weil man dann wirklich nur noch, sage ich mal, die Kommunikation der Bösen sich näher unter die Lupe nimmt. Wenn das ein Ansatz zulässt, dann ist das bestimmt nicht verkehrt und ist der Schweiß der Edlen wert, dass man sich darum beschäftigt. Aber das ist ein sehr teurer Ansatz. Das waren die ersten Gespräche in dieser Richtung. Diesen Ansatz habe ich damals auch in der PKGr vorgestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich das richtig verstehe, dann sagen Sie also, anhand der Metadaten wählen Sie die Inhaltsdaten aus, damit Sie nicht alle Inhaltsdaten, diese Masse -damit überflutet werden. Deswegen ist das Metadatum für Sie das Kriterium, 01] Sie sich das Inhaltsdatum angucken. Richtig?

Zeuge Hartmut Pauland: Genau, das ist richtig. Sie kennen bestimmt, oder Ihre Kolleginnen und Kollegen, das berühmte Beispiel von der Nadel im Heuhaufen -das wird so oft zitiert -, dass der Heuhaufen immer größer wird und es immer schwerer wird, die Nadel zu suchen. Ich halte das Beispiel für überholt. -(Seite 14) Das Beispiel ist in sich richtig, aber es ist falsch in der heutigen Welt. Es gilt nicht mehr; das war in der alten Welt. Wo ich vielleicht zum ersten Mal beim BND war, da hätte man das noch nehmen können, aber heute kann man das nicht mehr nehmen. Heute ist diese Nadel im Heuhaufen zerbrochen, und man muss die erst mal zusammensuchen. Dann gibt es eben Möglichkeiten, dass man anhand dieser einzelnen Pakete schon erkennt: Lohnt es sich überhaupt, dieses Paket als Ganzes zusammensetzen? -Das ist Metadaten zentrierter Ansatz. Das ist eigentlich die Zukunftsrichtung, weil es bald ja nur noch die digitale Welt geben wird, und dann müssen Sie eben mit dieser Technik zurechtkommen oder nicht. Das ist wie die terrestrische Antenne: Die ist inzwischen weg, die gibt es eben nicht mehr, und entweder man hat eine neue oder man hat eben kein Fernsehen mehr. Und hier ist es genauso.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch mal zur Klarstellung: Was beinhaltet dann der Begriff "Metadaten" für Sie, weil wir da auch schon mal unterschiedliche Verständnisse der Begrifflichkeiten hatten?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, ich glaube, Metadaten ist auch so ein Wort, wo sehr viel unterschiedlich reininterpretiert wird

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen frage ich nach, damit wir alle das Gleiche verstehen.

Zeuge Hartmut Pauland: -und der in unterschiedlichen Ländern ja auch sehr unterschiedlich gehandhabt wird, auch von der rechtlichen Situation. Das ist ja auch alles nicht einheitlich. Wir verstehen im Dienst unter den Metadaten Sach- und VerkehrsInhaltsdaten, also einmal alle Daten, die das Umfeld einer Kommunikation beschreiben, die anfallen auf der technischen Seite beim Umfeld einer Kommunikation, und es können auch Inhaltsdaten dabei sein. Das heißt, es kann natürlich eine E-Mail-Adresse sein, es kann natürlich eine Telefonnummer sein, aber es kann auch die Einstellung Ihres Browsers sein. Es kann sein: Welche Sprache hat der Browser? -So hinterlässt jeder seiner Spuren--(Seite 14) oder jeder hat ein Profil auf seinem Rechner, weil jeder sich ja selbst heutzutage alles einstellen kann. Und da gibt es eben eine Unzahl, Vielzahl von Metadaten.

Ich habe das in der PKGr-Sitzung vorgestellt anhand eines Artikels, eines Zeitungsartikels, und habe das alles mal ausgedruckt. Die ersten 31 Seiten dieses Ausdruckes waren nur Metadaten, bevor die erste Inhaltszeile über diesen Artikel aus der Tageszeitung zum Tragen kam. Das ist ein anderer Ansatz; dazu brauchen Sie andere Ausbildung. Der wird inzwischen angegangen, aber wird nur erfolgreich beendet werden können, wenn wir eben die Mittel zum SIT bekommen. Und das war damals noch ziemlich neu und wurde da das erste Mal vorgestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ohne dass ich jetzt in die Details gehen möchte - da geht gar nicht meine Fragestellung hin -, aber nur um es einordnen zu können und Peru a Peru zum Punkt zu kommen: Wie viele Projekte in Ihrem Bereich liefen denn gerade so basiert auf Metadaten, wo Sie sagen: "Die hatten wir im Juni/Juli 2013 im Beritt, das war der neue Bereich, die Zukunft"?

RD Philipp Wolff (BK): Ich weise den Zeugen darauf hin, dass er das in eingestufte Sitzung sagen kann, wie viele Projekte in dem Bereich liefen.

Zeuge Hartmut Pauland: Dann hatte ich das falsch verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich habe sie auch ein bisschen sehr nebulös gestellt, weil ich Ihnen nicht eine Antwort vorgeben will. Deswegen mache ich das so. Ich will Sie ja nicht beeinflussen.

Also sprich -wenn ich es richtig verstanden

habe -: Sie haben einmal diese Suchkriterien, die Sie im Amt selber entwickeln, im BND, aus eigener nachrichtendienstlicher Erkenntnis,

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: -und Sie haben die, die Sie von Partnern bekommen.

Zeuge Hartmut Pauland: Jawohl.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es da irgendein Matching, dass man nicht sagt: "Mensch, wir machen ja doppelte Arbeit"? Die Kollegen im Haus finden heraus: XY -gefährlich. Dienst ABC findet heraus: XY -gefährlich. -Findet da irgendein Abgleich, ein nationaler oder internationaler, statt, vom Partner und die eigenen Erkenntnisse, oder läuft das völlig parallel aneinander vorbei?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, es läuft nicht parallel aneinander vorbei, besonders nicht im Einsatz. Da gibt es spezielle Zellen [in den Einsatzstäben](#), die sich eben darum kümmern. Aber das würde ich auch lieber in [geheimer Sitzung ausführen](#).(Seite 16) –

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Detailliert kann ich es verstehen. Möchte ich auch gar nicht so detailliert hier ansprechen. -Die Sachen, die von Partnern gekommen sind, wie haben Sie die gekriegt? Ich sage mal, eine Handynummer eines potenziellen Gefährders in Afghanistan, den Sie nicht selbst auf dem Schirm hatten durch Nachrichtendienstliche Erkenntnis, wie ist die zu Ihnen gekommen?

Zeuge Hartmut Pauland: Zu mir kommt die gar nicht. Das läuft alles auf der Arbeitsebene. Die sitzen ja teilweise zusammen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hatte ich auch so erwartet. Ich meinte jetzt in Ihrer Funktion als Abteilungsleiter in Ihrem Bereich, ist ja klar. -Ist da einer mit einem USB-Stick vorbeigekommen?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, die werden über Kommunikationssysteme ausgetauscht, oder eben, wenn sie in den Zellen sowieso zusammensitzen, dann werden sie eben da vor Ort ausgetauscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Und dann kommen die ja irgendwie, wenn sie von einem Server, wo sie draufgepackt werden --im Zweifel in ein BND-System. In eins, oder pflegen Sie ganz unterschiedliche Systeme mit sogenannten Selektoren? Jetzt nur die, die von ANDs kommen, nicht das eigene.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, wir pflegen unterschiedliche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unterschiedliche?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele unterschiedliche denn?

Zeuge Hartmut Pauland: Da müssten Sie meine Techniker fragen, wie viele unterschiedliche Systeme das sind. Aber wir versuchen, sie immer mehr zu verringern - aber das würde ich auch nur in geheimer Sitzung erklären ~~zu vereinheitlichen in immer weniger~~. (Seite 17)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Hartmut Pauland: Aber es ist eben historisch gewachsen, vielfach durch die einzelnen Ansätze. Aber wir versuchen immer mehr, in eine Richtung zu gehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mit den technischen Feinheiten brauchen Sie auch jetzt gar nicht --Es geht mir erst mal nur um ganz grundsätzliche Fragen. -Aber verschiedene Systeme für unterschiedliche Gewinnung von Selektoren, sind die dann auch nach ANDs aufgeteilt? Also zum Beispiel: Das ist das System, wo AND X einsteuert, das ist das System, wo AND Y einsteuert; ich rede jetzt nur von ANDs der Five Eyes, damit ich nicht aus dem Untersuchungsauftrag herausrutsche. Oder hat man die alle in ein System reinfließen lassen?

Zeuge Hartmut Pauland: Letztendlich fließen die alle nachher in ein System rein, also gegen unser DAFIS –

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wundere mich halt so ein bisschen, weil Sie haben ja zu Recht -ich hätte das genauso gesehen -hinterfragt: Wie ist das mit den Zuständigkeiten? Ich höre oft: Dafür bin ich nicht zuständig. -Das hätte mich auch aufgeregt, und ich hätte gesagt: Ich will einen für was auch immer packen können, dann kann man auch Dinge regeln. -Dann haben Sie da die rechtliche Relevanz geklärt mit dem Rechtsreferat, weil die sagten: G 10 haben wir nur auf dem Schirm. -Daran sieht man ja auch die Wichtigkeit von G 10. Dann haben Sie das gestufte System der Prüfung der Selektoren, was man ja nicht braucht, wenn die alle sowieso astrein sind und wenn man einen Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens hätte, was man bei Nachrichtendiensten ja nie haben sollte. Also von daher ist es ja schon ein Bereich, der auf dem Schirm war. Und jetzt kommen diese Veröffentlichungen, wo dann auch peu a peu ins Gespräch kam, dass der eine den anderen da auch überwacht hat, ausgespäht hat. Will man da nicht mal hingucken und sagen: "Mensch, läuft da alles ordnungsgemäß"? Da haben Sie nichts angeordnet?

Zeuge Hartmut Pauland: Da haben wir nichts an-geordnet. Wie gesagt, es kam auch nicht von unten hoch. Das Thema Selektoren war kein Thema. Wir waren ja sogar mit dem Billi da, wir waren mit mehreren Besuchergruppen da. Es hat nie Anlass dazu gegeben, irgendwo da was zu gucken. Ich kann es beim besten Willen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich die letzten Worte nicht genau verstanden.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann es beim besten Willen nicht anders sagen, dass da nie Anlass -Wir hatten eine ganze Menge Baustellen, aber da war eben keine. Es lief seit Jahren offensichtlich problemlos.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben nie gehört, dass in dem Bereich mal eine Überprüfung stattgefunden hat, dass man mal gesagt hat: "Da müssen wir genauer hingucken, da werden Selektoren eingesteuert, die nicht eingesteuert werden können oder sollten"?

Zeuge Hartmut Pauland: Also dass wir das als Thema draufhatten, das hatten wir schon mit unserer behördlichen Datenschutzbeauftragten. Es ist nicht so, dass das Thema nicht da war, aber -nicht allzu kritisch in dem Bereich. Wir haben da Unterschiede festgestellt, und deshalb haben wir ja auch ~~-oder habe ich auch~~ (Seite 19) sehr gerne das Projekt "Datenlandschaft TA" mit der Datenschutzbeauftragten unterstützt. Das läuft ja immer noch. Wir haben es noch mal ein Jahr verlängert, weil

Selektoren erst, wenn sie ankommen, nach Pullach schickt, wenn ich es richtig verstanden habe -so haben Sie es eben gesagt -, dann wieder nach Bad Aibling, damit sie gegenlaufen gelassen werden können gegen die Strecken, die man über den Satelliten auswählt, wenn die immer tiptopp waren?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe ja nicht gesagt, dass sie immer tiptopp waren. Warum welche Listen da entstanden sind, das muss man mit denen wirklich besprechen, die da drin sind in dem Prozess. Der ist mir grundsätzlich vorgestellt worden, klar, aber warum jetzt –

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich so ein bisschen die Situation, wie Sie wahrscheinlich auch, jetzt höre ich immer: Ich bin nicht zuständig. -Jetzt bräuchte ich auch so einen Rechtsreferat, was alles klärt.

Zeuge Hartmut Pauland: Für das Ergebnis bin ich immer zuständig, klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Also, Sie haben in der Zeit ab 01.01.2013 bis --also nichts gehört, dass da was problematisch ist. Wann haben Sie zum ersten Mal wahrgenommen, dass da was problematisch ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Am 13.03., 22.45 Uhr, als –

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welches Jahr?

Zeuge Hartmut Pauland: 2015.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte auch 2013 sein können.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Ist Ihnen bekannt gewesen, dass in diesem Bereich Überprüfungen der Selektorenlisten stattfinden im Jahre 2013? In Ihrer Abteilung war sie -nicht durch Sie anscheinend -veranlasst. Aber dass dort geprüft wird

Zeuge Hartmut Pauland: Mir ist bekannt, dass der BfDI (ist im Protokoll korrekt geschrieben, in der Bearbeitung zu Word-Dokument stellte sich der Fehler ein, Seite 20) da war. Da war ich auch einmal selbst mit dabei. Aber wenn Sie jetzt die Prüfung von Herrn D. B. ansprechen: Nein, die war mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn bei dieser Prüfung von Herrn D. B. jetzt Sachen gefunden werden im aktiv geschalteten Gesamtpool, wäre das etwas, was Sie gerne gewusst hätten?

Zeuge Hartmut Pauland: Selbstverständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum würden Sie das als besonderes Vorkommnis einstufen?

Zeuge Hartmut Pauland: Das würde ich schon als besonderes Vorkommnis einstufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und besondere Vorkommnisse wären eigentlich zu melden.

Zeuge Hartmut Pauland: Wären zu melden und es wäre --(Seite 20) dann sofort zu reagieren und weiterzuleiten, keine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach dem Grundsatz "Melden macht frei" ist es ja noch nicht das Drama, wenn was schief läuft, nur wenn keiner merkt, dass was schief läuft, ist es immer ein bisschen blöd. -Hat aber keiner, weder D. B. noch irgendwer anders, zu Ihnen gesagt: "Da haben wir jetzt ein Thema, da müssen wir mal drüber reden"?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, haben wir nicht als Thema gehabt. Ich will das auch nicht auf meinen Schlaganfall zurückführen, aber wir haben darüber nicht gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also Sie haben eigentlich erst im Rahmen der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses davon Kenntnis erlangt, dass es hier Ablehnungslisten gibt, dass diese möglicherweise auch im Jahre 2013 hinterfragt worden sind auf ihre Vollständigkeit. All das, was in der Presse geschrieben ist, haben Sie erst durch diese Veröffentlichungen erfahren.

Zeuge Hartmut Pauland: Jawohl.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Jetzt frage ich mal eine ganz blöde Frage -ich weiß nicht, ob Sie die beantworten können -: Wie sieht denn das nach Ihrer Meinung --Solche Ablehnungslisten, die ja nicht handschriftlich Papier sind, sondern in der Regel auch Dateien, die da geführt werden, braucht es dafür Dateianordnungen? Oder werden solche Dateien auf irgendeinem Rechner, Laufwerk C, abgespeichert? Das

wäre ein Thema, das Frau Dr. F. vielleicht sicherlich auch interessiert hätte, die anscheinend weiterhin in diesem Projekt arbeitet, das Sie gerade erwähnt haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Das denke ich schon. Wenn personenbezogene Daten da drin sind, dann brauchen Sie natürlich auch eine Dateianordnung. Wir haben das Thema ~~ja für--Alle anderen haben wir~~ ausgiebig bgesprochen, und inzwischen fehlt uns ja auch nur noch eine. ([Seite 21](#))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber für diese, wenn es da irgendwelche Dateien gibt mit Ablehnungsselektoren, wie auch immer --Das war nie ein Thema, dass da auch was Sensibles ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. -War denn das Thema insgesamt überhaupt - Selektoren -Gegenstand von Unterabteilungsleiter-besprechungen? Haben da welche gesagt: "Das läuft mit den Amerikanern, die Zusammenarbeit klappt gut, wir kriegen gute Selektoren", oder: "Die liefern uns nur Schrott, wir kriegen auf den Strecken nichts raus"? Es muss doch bei den regelmäßigen Unterabteilungsleiterbesprechungen auch über diesen Bereich mal berichtet worden sein, ob der läuft.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. Das hatte ich schon zweimal gesagt: Definitiv nein. Das Thema Selektoren war in meinem ersten Halbjahr oder im ersten Jahr oder bis März 15 kein Thema.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber die haben gemeldet: "Läuft in Bad Aibling, da kommt bei der Erfassung was zustande"?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -In Bad Aibling nur, was die Satellitenerfassung betraf, oder haben die auch mal irgendwann davon berichtet, dass auch Daten, die aus kabelerfasster Gewinnung nach Bad Aibling gebracht worden sind, gegenlaufen gelassen worden sind gegen die Selektoren? Wissen Sie davon was?

Zeuge Hartmut Pauland: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum nicht? Weil Sie es nicht wissen, oder weil Sie die Frage nicht verstanden haben? -"Die Antwort kann ich nicht sagen", ist mir

es war ja komplex. Uns haben ja auch schon einige das detailliert dargestellt, auch in eingestuften Sitzungen. Das ist ja schon ein bisschen komplexer.

Zeuge Hartmut Pauland: Das hat ja [nicht nur etwas mit einer Außenstelle zu tun.](#) – (Seite 22) Ich wundere mich jetzt immer nur, warum Bad Aibling kommt. Es hat ja nicht nur mit Bad Aibling zu tun, die neue Technik. Es ist ja nicht rein auf Bad Aibling begrenzt. Ja, wenn Sie die neue Technik nicht hinbekommen -das hatte ich ja auch im Eingangsstatement angedeutet -, dann haben Sie bald Schwierigkeiten im Handling, im Austausch, in der Kompetenz, mitzureden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also einen anderen Ansatz, wo man sagen kann: Wenn man die Amerikaner brüskiert, haben wir ja noch die Briten, und die Australier machen das auch technisch versiert, dann kooperieren wir woanders ein bisschen stärker. So dramatisch wichtig ist es nicht. -Oder war es schon der Kernbereich? Von Projekten können wir jetzt nicht reden.

Zeuge Hartmut Pauland: Der neue Ansatz ist der Kernbereich. Es ist ja entschieden - das ist auch klar angesprochen worden -, dass wir das jetzt mehr auch mit deutschen Anbietern machen wollen, mit der deutschen Industrie. Aber das Preisschild dafür war eben: zwei bis vier Jahre länger.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren die Mitarbeiter da, würden Sie sagen, unter einem gewissen Erfolgsdruck? Oder war das mehr: "Toll, dass wir dabei sind, dass wir es sind, die hier den neuen Weg beschreiten ganz voran"?

Zeuge Hartmut Pauland: Na, ich denke, das war schon ein neuer Aufbruch. Eine Kompanie aufzumachen ist immer besser, als eine Kompanie zu schließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich teile das.

Zeuge Hartmut Pauland: Von daher, wenn Sie als Behörde in der heutigen Zeit, als Bundesoberbehörde 300 Millionen kriegen würden, das wäre schon eine tolle Sache, da wären alle begeistert. Das ist überhaupt kein Punkt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn es dann nicht klappen würde oder was rauskommen würde, wo man sagt: "So geht es ja gar nicht" , das wäre unglücklich, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Ich sage mal, jeder bekommt den Dienst, den er verdient. Ich will jetzt nicht die Länder nennen, aber wenn Sie hinter die und die zurückfallen, dann ist das der Preis. -(Seite 22) -Wenn das gewollt ist, machen wir das auch, ist okay. Aber es sollte eine bewusste Entscheidung sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -An dieser Stelle muss ich die Sitzung unterbrechen, weil wir jetzt eine Aktuelle Stunde haben. Ich danke Ihnen insoweit schon mal für Ihre Ausführungen. Wir sehen uns gleich wieder. Es geht nicht anders; so sind die parlamentarischen Abläufe.

Wir unterbrechen jetzt bis zum Ende der Aktuellen Stunde. Danke schön.

*(Unterbrechung von
14.21 bis 15.58 Uhr)*

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt sind alle Fraktionen vertreten. Ich freue mich, dass wir die unterbrochene Sitzung jetzt fortführen können. Besonders freue ich mich, dass Sie, Herr Zeuge, bereit sind, jetzt auch ohne Zeugenbeistand in dieser Phase bei uns zu sein, Rede und Antwort in dieser öffentlichen Sitzung zu stehen. Das finde ich sehr positiv. Wir achten darauf -das hätten wir ohnehin, auch mit Zeugenbeistand, gemacht -, dass alles ordnungsgemäß läuft. Die Bundesregierung achtet darauf -da bin ich mir ganz sicher -, und wir achten auch darauf. Danke schön.

Zeuge Hartmut Pauland: Danke auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir machen mit Fragen weiter. Ich habe nur noch ganz wenige Fragen. Dann gebe ich an die Fraktionen weiter.

Sie erinnern sich: Ich hatte gefragt im Zeitraum 2013 nach Prüfung der Selektoren auf G-10-Relevanz, darauf, ob sie im deutschen Interesse sind --dass das nicht im Juni/Juli/August/ September aus Ihrer Sicht direkt auf dem Schirm war. Es war aber anscheinend auf dem Schirm bei Ihren Unterabteilungsleitern. Haben Sie das irgendwann mitbekommen?

Zeuge Hartmut Pauland: In der ausgeprägten Form, in der man jetzt wahrscheinlich ja hier darüber sprechen will, nicht. Das habe ich so nicht mitbekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also erst dann im Grunde jetzt 2015?

Zeuge Hartmut Pauland: Durch den 13.03.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 13.03. -Sie haben es so nicht mitbekommen. Haben Sie es denn irgendwie mitbekommen, dass da Aktivitäten waren in Sachen Selektorenliste?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ist mir nicht bekannt. -(Seite 23)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Jetzt haben wir ja einmal die Überprüfung der Selektorenlisten durch den Dr. T., wenn ich das richtig sehe. Der ist Ihnen bekannt auch?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. -Haben Sie denn gehört, dass auch noch andere Selektorenlisten geprüft haben? Also, ich meine jetzt natürlich im Komplex Herbst 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: In dem damaligen Zeit-raum ist mir das nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, da ist Ihnen das nicht bekannt geworden.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie denn vermuten --Die Abteilungsleiter vor Ihnen, in den Jahren davor --Wenn Sie was wissen, dann ja; wenn Sie es nicht wissen, können Sie auch Nein sagen selbstverständlich. Also, Sie sollen jetzt nicht spekulieren.

Zeuge Hartmut Pauland: ~~Ja, dadurch, dass die~~ Ja, dadurch dass die Verfahren historisch gewachsen waren. Unabhängig vom Spekulieren: Ich denke, wenn das System so war, wie ich es vorgefunden habe, kommt die Selektorenprüfung überhaupt nicht bei ihnen vorbei. Dann sind sSie überhaupt nicht eingebunden in die Prüfschritte. -(Seite 23)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Als Abteilungsleiter jetzt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, als Abteilungsebene.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch wenn er von da angerufen wird, von Afghanistan?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, da bin ich kein Spezialist. -Da bin ich nicht auskunftsfähig. --(Seite 24) Tut mir leid.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, kein Problem. -Ich wäre erst mal mit meinen Fragen zufrieden bis dahin und denke, dass wir jetzt zu den Fragen der Fraktionen kommen sollten. Es beginnt die Fraktion Die Linke, und dann geht es in der Reihenfolge SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU in der ersten Fragerunde und ab der zweiten Fragerunde Fraktion Die Linke, CDU/ CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD weiter. Es beginnt also jetzt Frau Kollegin Renner mit den Fragen für die Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Pauland, ich habe eine Frage zu November 2013. Zu diesem Datum soll der Präsident einen Erlass veröffentlicht haben, mit dem auch europäische Interessen geschützt werden sollen. Ist Ihnen das erinnerlich?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bitte, das nicht als ausweichend zu verstehen. Aber ich hatte vorhin schon angesprochen, dass ich einen Schlaganfall hatte am 23. August, fünf Wochen ausgefallen war und von Oktober bis Ende Februar stundenweise angefangen habe, zu arbeiten, also erst vier, fünf -das berühmte Modell -, weil ich mir gesagt habe: In der Phase gehörst du zu deinen Leuten; aber ich will nicht übertouren. --(Seite 24) Es haben ja viele gesagt, ich bin bekloppt, schon wieder so früh zu kommen. Von daher weiß ich davon, bin ich informiert worden. Es ist mit den Unterabteilungsleitern T1, T2 darüber gesprochen worden; aber eine schriftliche Weisung oder Ähnliches habe ich nie dazu gesehen. Die haben den Auftrag bekommen; aber "Auftrag" ist ja auch mündlich. Also, schriftlich - weil Sie nach Weisung fragten -ist die nicht da. Habe ich nicht gesehen; ist mir nicht erinnerlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Aha. -Also, das gilt jetzt auch bis in die Istzeit hinein, diese Auskunft, dass es so eine schriftliche Weisung zum Schutz europäischer Interessen nicht gibt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, also jedenfalls nicht bei mir ist es -eigene Wahrnehmung, nicht (Seite 25) vorbeigekommen. Wäre mir --Müsste mir bekannt sein, sage ich mal; aber das ist alles nicht schriftlich ..

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, heute ist das Interesse sehr stark auf Metadaten gerichtet, und haben dann ausgeführt, dass diese sich in Sach- und Inhaltsdaten aufteilen. Können Sie mir etwas dazu sagen, welche dieser Arten von Daten, die Sie unter Metadaten subsumieren, Personenbezug aufweisen?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, heute ist das [ein neuer Begriff. \(Seite 25\)](#) -Ich sage mal, Metadaten in dem Sinne hat es eigentlich schon immer gegeben. Wir haben das früher "Verkehrs- und Betriebsdaten" genannt; das ist eigentlich nicht das Neue. Das Neue heute -und das wollte ich vorhin auch ausdrücken; vielleicht ist es schlecht oder falsch rüber-gekommen; tut mir leid -ist die Geschichte mit der Paketvermittlung. Das ist neu, dass die Nachrichten zerlegt werden. Das ist ja auch der Ansatzpunkt für SSCD, dass wir in der Paketvermittlung besser werden müssen. Die Metadaten hat es schon immer gegeben, natürlich erheblich weniger, weil es eben bei Fax und bei Telefonie [einfachere Technik ist. \(Seite 25\)](#) --Da gibt es nur wenige. Und personenbezogene Daten sind natürlich eine Telefonnummer und eine E-Mail-Adresse; das sind die klassischen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war jetzt ganz interessant. Aber können Sie noch mal sagen, wo der Personenbezug jeweils bei Metadaten liegt aus Ihrer Sicht und vor allem in der Bewertung des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge Hartmut Pauland: Da verstehe ich jetzt wirklich die Frage nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, haben Metadaten Personenbezug?

Zeuge Hartmut Pauland: Metadaten können Personenbezug haben, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wann haben sie Personenbezug?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, wenn sie zur Identifizierung nachher einer Person beitragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das meinte ich nicht. Nicht ob sie dazu geeignet sind, eine Person zu identifizieren, sondern: Welche Anteile in den Metadaten lassen Rückschlüsse auf Personen zu? Und welche Metadaten? Sie haben ja vorhin unterschieden in -ich habe es noch mal referiert -Sach- und Inhaltsdaten. Welche dieser Daten lassen Rückschlüsse auf Personen zu?

Zeuge Hartmut Pauland: Die Sachdaten sind die, die die Umstände einer Kommunikation beschreiben -da gibt es auch welche dabei -, und bei den Inhaltsdaten können natürlich auch welche drin sein. Also, von daher –

Martina Renner (DIE LINKE): Und gibt es dann zu dem Umgang mit diesen Metadaten bestimmte Vorschriften?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, natürlich. Besonders wenn Sie G-IO-personenbezogene Daten haben, dann haben Sie eine ganze Menge Vorschriften; ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wie werden Metadaten G-10-sanitarisiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bin jetzt etwas konsterniert, muss ich sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wissen doch, was ich meine, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein? -Okay, Sie sagten, es gab dann irgendwann sozusagen einen Methodenwechsel, und man hat stärker auf Meta-daten abgestellt. Und ich würde jetzt gerne wissen, wie der G-IO-Schutz bei Metadatenverarbeitung organisiert ist. Die nächste Frage wäre dann: Werden Metadaten an AND weitergegeben? Aber da sind wir noch nicht.

Zeuge Hartmut Pauland: Die Metadaten?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Na ja, wenn sie in eine personenbezogene Datenbank kommen, haben Sie eine Dateianordnung dafür, und dann haben Sie die entsprechenden Vorschriften zur Bearbeitung, zur Nutzung und zur Speicherung. Also –

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, da sind wir aber jetzt bei dem Problem: Ich rede nicht darum, wenn es –

Zeuge Hartmut Pauland: 02 bis 09. (Seite 26)

Martina Renner (DIE LINKE): Datenschutz fängt ja nicht erst an, wenn die Daten in eine Datenbank kommen, sondern Datenschutz beginnt bei der Erhebung der Daten, ja?

Zeuge Hartmut Pauland: Da haben Sie recht, ja.

Christian Flisek (SPD): So. -Ich vermute mal, Sie würden jetzt Ihre Bewertung, dass das alles relativ unproblematisch die ganze Zeit war, nachträglich, sozusagen ex post, revidieren, oder? Oder sehe ich mich --bin ich da falsch?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, da liegen Sie nicht falsch, wenn Sie das sehen, was wir [jetzt wissen](#). [-\(Seite 27\)](#) Dann ist das so, klar.

Christian Flisek (SPD): Jetzt stelle ich mir die Frage: Haben Sie als Abteilungsleiter denn zum Beispiel mal mit Ihrem Unterabteilungsleiter, dem D. B., darüber geredet?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, haben wir nicht.

Christian Flisek (SPD): Seit März 2015 haben Sie mit D. B. nicht geredet?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist falsch.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe sehr viel mit ihm geredet; aber das war kein Thema.

Christian Flisek (SPD): Sie haben seit -also, ich versuche das jetzt, nur damit wir uns richtig verstehen -März 2015 zwar öfters, wie das halt wahrscheinlich im Verhältnis zwischen Abteilungsleiter und Unterabteilungsleiter ist, mehrfach geredet,

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): -aber Sie haben trotz der Tatsache, dass Ihnen seit März 2015, wie Sie gerade bestätigt haben, das Selektorenproblem entgegen aller vorheriger Einschätzung mit aller Wucht aufgeschlagen ist, mit ihm seitdem nicht über das Selektorenproblem geredet?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, nein; Entschuldigung. Jetzt bitte ich um Entschuldigung. Ich habe das mit dem März 2015 [falsch verstanden](#). --Ich dachte: vorher. Seit März 2015 natürlich. Da arbeiten wir ja dran, an der Lösung und an der Aufarbeitung; das ist keine Frage. Ich hatte das [falsch verstanden](#). [-\(Seite 28\)](#) Ich war eben noch bei 13. Seit 2015, seit März, sind wir -klar -alle darum bemüht, das aufzuklären.

Christian Flisek (SPD): Ja, das klingt alles sehr kollegial. Man ist da mit einer Prüfruppe unterwegs. Ich frage Sie ganz offen: Hat Ihnen der Präsident mal Vorwürfe gemacht, so nach dem Motto: Was ist da eigentlich in Ihrer Abteilung los?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, dass der Präsident nicht begeistert ist -genau wie wir selbst -, ist klar. Natürlich hat er das. Aber Vorwürfe hat er nicht gemacht! –(Seite 28)

Christian Flisek (SPD): Was hat er Ihnen denn dazu gesagt? Hat er gesagt: Ergreifen Sie bitte unverzüglich Maßnahmen, dass sichergestellt ist -Oder was ist Gegenstand? Also, wir unterhalten uns ja hier --damit Sie das auch einordnen können, und zwar jenseits. jetzt sage ich mal, von Persönlichem. dass ich Ihnen jetzt da irgendwie an den Karren will, sondern es geht darum, zu überlegen: Warum sind solche Dinge eigentlich nicht über die übliche Hierarchie nach oben gekommen? Wurden sie falsch bewertet? Hat man sie -natürlich, der Vorwurf steht vielleicht auch im Raum -bewusst unterdrückt? Und meine Frage ist: Was ist der Inhalt der Gespräche ab März 2015 zwischen Ihnen und dem Präsidenten gewesen zum Thema Selektoren?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, der Inhalt der Gespräche ist, dass wir versuchen, dieses Themenfeld aufzubereiten: Wie konnte es dazu kommen? Wie konnte es passieren? Was ist der Inhalt der Listen? Was machen wir? Komplette Umfeldaufklärung.

Christian Flisek (SPD): Und haben Sie eine Erklärung, wie das überhaupt dazu kommen konnte?

Zeuge Hartmut Pauland: Ach, wissen Sie: Wenn man 2013 dahin kommt --Klar hat man eine Erklärung; aber das ist, meine ich, auch spekulativ. Klar hat man eine Erklärung. Ob die richtig ist, weiß ich nicht. Das ist genau wie der ganze Umgang mit den Sachen, die man jetzt findet: 2004 bis 2008 oder 2009,

Christian Flisek (SPD): Was ist denn Ihre Erklärung?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, meine Erklärung ist, dass das MoU oder das MoA hätte damals, also 2004/05 umgesetzt werden müssen in eine Handlungsanweisung, und die ist, bisher jedenfalls, noch nicht gefunden worden; die ist nicht da. Das wäre meine Erklärung. Und der Rest ist G 10; das ist ja ordentlich gemacht worden immer. Die Vorführungen sind ja auch, wie gesagt, an vielen Stellen erfolgt. ~~rdert~~. Ich glaube, da haben sich Alle –in der Regel auf G 10 konzentriert. Sowohl(Seite 28) bei der Selektorenprüfung als auch bei den Treffern, bei den Ergebnissen. Es ist ja nichts

aufgefallen zwischendurch für den restlichen Datensatz. Also, man hat Eingangs- und Ausgangsprüfung exzessiv gemacht G10 -, und da zwischendurch ja auch nichts aufgefallen ist bei Treffern, die man hatte, wo irgendwas drin war, was Anlass zur Besorgnis oder zur Verwunderung oder Ähnliches gäbe, hat sich dieses System so entwickelt. Das ist meine [Erklärung](#). --(Seite 29)

Christian Flisek (SPD): Ja, ich muss natürlich insofern einhaken, als wenn Sie sagen, es ist nichts aufgefallen. Natürlich --Also, wir haben es März 2015. Da kam das plötzlich auf die Ebene des Präsidenten: Prüftruppe, Aufarbeitung. Natürlich ist was aufgefallen. Es gab im August 2013 im Umfeld, im zeitlichen Kontext zu den Snowden Veröffentlichungen Sonderprüfungen, und zwar in der einen Abteilung, wo der Dr. T. losgelegt hat, Listen zu erstellen, und in Ihrer Abteilung genauso, wo man in Bad Aibling sich mit dem Impuls vom Unterabteilungsleiter D. B. auf den Weg gemacht hat, eine Sonderprüfung zu machen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, das ist richtig. Aber wenn Sie davon nichts mitkriegen, [können Sie nicht reagieren](#). --(Seite 29) Es tut mir leid. Ich kann es immer nur wiederholen.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn mal konkret sowohl--Also, ich frage mal nach den Beteiligten; das ist der W. K., das ist der R. U. oder der D. B. Ist da irgendwo mal ein Vorhalt von Ihnen jetzt gemacht worden, warum Sie da nichts bekommen haben, warum Sie keine Informationen bekommen haben? Also, wir betrachten das ja per se mal als einen ungeheuerlichen Vorgang.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe aber keinen Vorwurf an die gemacht, auch aufgrund der Situation. Das war ja alles sowieso schon schwierig genug.

Christian Flisek (SPD): Gut, dann haben Sie keinen Vorwurf gemacht.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Christian Flisek (SPD): Aber haben Sie gefragt: Was war denn eure Motivation, das nicht zu tun?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, habe ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Und warum haben Sie das nicht getan?

anderem auch mit der Prüfung von Selektoren beauftragt sind -G-10-Relevanz und deutsche Interessen -und Ihnen dann die entscheidenden Parameter -so interpretiere ich das jetzt -, die vereinbart worden sind in der Zusammenarbeit, nicht zur Kenntnis gelangen? Wie erklären Sie sich denn das? Ist das normal?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann nur noch mal wiederholen: Dadurch, dass das seit zehn Jahren so wie ein eingeschwungener Zustand war, haben wir da eben keinen Handlungsbedarf gesehen. Wir hatten viel Handlungsbedarf. Wir haben viele MoUs, wir haben viele MoUs, wir haben viel umgesetzt, wir geben Handlungsanweisungen raus. In diesem Fall war es für mich kein Punkt. Es ist nie hochgekommen. Es ist nie über meinen Tisch gelaufen.

Christian Flisek (SPD): Und als Sie in diese Funktion hineingesetzt worden sind, kam da irgendjemand auf Sie zu und hat gesagt: "Bei Ihnen findet auch im Sinne einer Einweisung Selektorenprüfung statt. Das hat so und so zu erfolgen. Deutsche Interessen: schwieriger Begriff. Die interpretieren wir aber, um es operabel zu machen, so und so"?

Zeuge Hartmut Pauland: Es ist [allgemein gewesen. \(Seite 30\)](#) –Die Prozesse sind natürlich vorgestellt worden, eben mit dem DAFIS-Profil, mit den Datenbanken, die wir haben, dieser Vernetzung, die ja sehr komplex ist im BND. Die sind allgemein vorgestellt worden. Und immer, wenn irgendetwas -das kann ich sagen für meine Zeit - hochkam, wenn wir eine Vorlage hatten, eine kritische, dann habe ich meine Mitarbeiter für diesen Bereich zusammengerufen, und dann haben wir das entsprechende Problem gelöst. Aber diesen Fall [hatten wir hier nicht. –\(Seite 31\)](#)

Christian Flisek (SPD): Was haben Sie denn für kritische Vorlagen bekommen? Was waren das denn für Beispiele? Waren das Vorlagen in Bezug auf Selektoren, auf kritische Selektoren?

Zeuge Hartmut Pauland: Selektoren waren nicht dabei.

Christian Flisek (SPD): Okay. -Nein, ich wollte jetzt nur noch mal nachfragen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, ich habe es schon mehrfach gesagt. Es tut mir leid. Ich kann [hier nichts anderes sagen. –\(Seite 31\)](#)

Christian Flisek (SPD): Ja, ja; gut. -Haben Sie denn -Sie haben das ja gerade selber als Defizit definiert -, ausgehend jetzt von März 2015, mal eine klare Vorgabe jetzt

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur noch mal ganz kurz darauf hinweisen, dass das nicht unwidersprochen stehen bleibt. Also, ich bleibe dabei: Die Fundstelle ist mitnichten eindeutig, sondern im Hinblick auf eine Parallelkontrolle durchaus zweifelhaft; denn genau das liegt vor, wenn im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht Schritte erfolgen und gleichzeitig ein Untersuchungsausschuss sich damit befasst. Es kann sein, dass es auch Zeiträume nach dem Einsetzungsbeschluss umfasst. Ich glaube nicht, dass das hiervon umfasst ist. Nichtsdestotrotz kann der Zeuge im Rahmen der eingestuften Sitzung hierzu Angaben machen, sofern er dazu in der Lage ist. Aber ich will das nicht unwidersprochen lassen, weil sich auch die Aussagegenehmigung darauf bezieht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. -Alle weiteren akademischen Fragen klären wir am Rande; herzlichen Dank. -Herr Kollege Flisek.

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Flisek, wenn es Ihnen reicht: Wir haben bestimmte Länderkennner reingenommen, wir haben bestimmte Firmennamen reingenommen. Ist das so abstrakt, dass Sie [damit leben wollen?](#)—(Seite 33)

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist mehr als bisher. Ja, weiter so! Also, ich müsste auf bestimmte Firmennamen, die es da irgendwie gibt, achten.

Zeuge Hartmut Pauland: Genau. -Unternehmensnamen.

Christian Flisek (SPD): Länder?

Zeuge Hartmut Pauland: Länder.

Christian Flisek (SPD): Also, Top-Level-Domains, oder?

Zeuge Hartmut Pauland: Zusätzlich auch noch Top-Level-Domains.

Christian Flisek (SPD): Vorwahlen?

Zeuge Hartmut Pauland: Zusätzlich Vorwahlen, zusätzlich Länderkennner Mobilfunk. Ja, das haben wir, ganz allgemein.

Christian Flisek (SPD): Kann man sagen, das ist erheblich ausgeweitet worden?

Zeuge Hartmut Pauland: Erheblich ausgeweitet worden.

Christian Flisek (SPD): Und das ist nach März 2015 passiert aufgrund dieses –

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist nach März 2015 passiert.

Christian Flisek (SPD): Jetzt wollte ich Sie noch mal fragen: Es gibt offensichtlich - das hat ein Zeuge hier gesagt ja; zumindest jetzt sind Sie gefragt worden -eine Weisung, einen Erlass des BND-Präsidenten aus dem November 2013, und da hat er wohl auch sinngemäß gesagt: Achtet mal auf unsere Freunde besser, also EU beispielsweise! - Kennen Sie diesen Erlass?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, hatte ich schon [beantwortet.](#) --(Seite 33)

Christian Flisek (SPD): Sie waren krank? Oder was -

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. Das hatte ich auch vorhin schon gesagt, dass schriftlich mir das nicht bekannt ist, [aber \(Seite 33\)](#) dass es eine mündliche Weisung war vom Präsidenten an den Unterabteilungsleiter T1 und T2. Das hatte ich bereits gesagt.

Christian Flisek (SPD): Eine mündliche Weisung war das; okay. -Ist das üblich, dass der Präsident mündliche Weisungen erteilt direkt, also Abteilungsleiter quasi überspringt und direkt per mündlicher Weisung in die Unterabteilungen oder noch Ebenen darunter hineinregiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich sage es noch mal: Ich will das nicht als Entschuldigung werten. Aber wenn ich wirklich zeitlich so eingeschränkt war und die beiden bei ihm waren, warum soll er ihnen das nicht sagen? Das Verfahren ist bei uns [üblich.](#) --(Seite 33) Und ich habe da auch nichts dagegen. Da ist vielleicht mein Führungsstil anders, und so habe ich es auch im BMVg erlebt. Natürlich kann der Präsident direkt einen Referatsleiter mit einem Problem anrufen. Natürlich kann der Präsident direkt einen Unterabteilungsleiter anrufen. Aber sobald er das tut, ist der Rückweg beim Abteilungsleiter vorbei, und er bekommt gesagt, was da gemacht wurde. Sie können doch nicht verbieten, wenn der Präsident da von seinem Recht Gebrauch macht und [direkt Mitarbeiter anspricht.](#) --Also, das--(Seite 34)

Christian Flisek (SPD): Aber Sie müssen doch in-formiert werden.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, habe ich ja gerade gesagt. Und auf dem Rückweg, wenn der zum [Vorgesetzten gerufen wird, informiert er](#). -Das ist im BMVg genauso. Wenn Sie zum Minister gehen, [informieren Sie den Vorgesetzten direkt danach](#). -(Seite 34)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich aber auf die Uhr gucken.

Christian Flisek (SPD): Ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine kurze Frage, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. -Wenn --Ich sage mal, unterstellt, der Präsident des BND hat die Aussage der Bundeskanzlerin -"Ausspähen unter Freunden -das geht gar nicht" - zum Anlass genommen, mit einer solchen mündlichen Weisung direkt in die Unterabteilung hineinzuregieren, und hat gesagt: "Achtet mal auf EU ein bisschen genauer", warum musste es denn dann noch mal im März 2015 Ihre Weisung geben, Ihren Richtlinienerlass mit der Konkretisierung des MoA? Dann war doch aufgrund dieser mündlichen Weisung des Präsidenten alles tiptopp.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie brauchen nicht zu spekulieren; nur, wenn Sie was wissen, sagen --Aber wenn Sie was wissen, dann sollten Sie es sagen.

Zeuge Hartmut Pauland: Wie ich vorhin bereits sagte -ich habe es schon angesprochen -; Die Weisung haben wir umgesetzt in unsere Steuerungen, todsicher.

Christian Flisek (SPD): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann können wir in der nächsten Runde an dem Punkt weitermachen. -Jetzt kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz fängt an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. -Vielen Dank, Herr Pauland, für Ihr Kommen heute und für Ihre Ausführungen bisher. Als Sie angefangen haben im Januar 2013 als Leiter der Abteilung Technische Aufklärung, was wurde Ihnen denn gesagt bezüglich Problemen mit Selektoren? Wurde Ihnen irgendetwas gesagt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, mir wurde nichts zu Problemen mit Selektoren gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass es Listen gab aus den Jahren 2005, 2008 mit Ablehnungsselektoren, haben Sie nie gehört?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, haben wir nicht, wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. -Und dann kamen der Sommer 2013 und Edward Snowden. Haben Sie die Veröffentlichungen verfolgt?

Zeuge Hartmut Pauland: Natürlich haben wir die verfolgt, zwangsweise.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht? -Das muss ja auch interessant sein für jemanden, der so lange wie Sie in dem Bereich tätig ist, jetzt mal aus dem Nähkästchen der NSA so zu lesen, was bei denen eigentlich abgeht.

Zeuge Hartmut Pauland: Klar, es war interessant. Ob das alles geht, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. -Und was für Schlussfolgerungen haben Sie denn daraus gezogen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich hatte vorhin schon gesagt, dass wir geprüft haben. –Mit der Masse der Sachen wären wir komplett technisch überfordert gewesen. Wir –wären wir nicht in der Lage gewesen, weil wir zum Beispiel diese paketvermittelte Erfassung ja noch erst am Aufbau sind und machen. Und das meiste ist neue Technik. – (Seite 35) -Da ist die NSA uns weit voraus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich alles überhaupt nicht verstanden. Ich frage Sie mal konkreter: Haben Sie aus den Hinweisen von Edward Snowden, dass in Kooperationen zwischen der NSA und Drittländern -in Klammern: wie Deutschland und dem BND -massive Übergriffigkeiten stattfinden, dass man bei diesen Kooperationen mehr Informationen abfischt, als man vorgibt dem Partner, abzufischen -das steht da alles wortwörtlich drin -, da irgendwie Bezüge zu Ihrem Arbeitsleben hergestellt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, haben wir nicht. Also, wir haben das nicht bei uns direkt geprüft. –Ich hatte vorhin schon mehrfach jetzt gesagt: Es sind ja viele Themen und öffentliche Erörterungen gewesen– (Seite 35) Es haben ja viele Prüfungen in diesen Bereichen stattgefunden im Umgang mit den Selektoren, und da ist eben nichts bei aufgefallen, dass da zusätzliche Dinge drin sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das höre ich ganz anders von anderen Zeugen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann es nur für meine kurze Zeit sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier sitzen Mitarbeiter Ihres Hauses, Ihrer Abteilung. Die haben Verdacht geschöpft, und die haben Tausende von Selektoren gefunden, die illegitim da drin waren. Tausende! Aber Sie hat das nicht gekümmert, nicht interessiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Es ist mir nicht dargestellt worden; das kann ich nur noch mal wiederholen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie leiten ja nun die Abteilung und haben da eine Führungsverantwortung. Deswegen sind Sie ja da hingeschickt worden: Brigadegeneral, Führungsverantwortung. Und jetzt lesen Sie über diesen ausländischen Nachrichtendienst, mit dem Sie eng kooperieren, mit dem der BND teilweise auf der Glasfaser in Frankfurt war, und da stehen all diese Ungeheuerlichkeiten drin. Da hat der BND keinerlei Rückschlüsse für seine Arbeit gezogen?

Zeuge Hartmut Pauland: "Keinerlei Rückschlüsse" würde ich nicht sagen. Wir haben ja aufgearbeitet und Rückschlüsse gezogen, ~~A~~aber (Seite 35) eben nicht diese, die Sie gerne hören möchten; diese wohl nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie Zeitung gelesen in der Zeit?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sind Ihnen da vielleicht mal die Begriffe "EADS" und "Eurocopter" begegnet? Ich sage Ihnen jetzt mal aus Fairness dazu: Der BND hat diese Begriffe in Vermerke geschrieben, um das Bundeskanzleramt zu informieren, wie hochgefährlich die Kooperation mit der NSA ist.

Zeuge Hartmut Pauland: Das weiß ich. Das habe ich aus den Jahren 2005, 06, 07 oder 08 -wann das war -auch gelesen. Das haben wir jetzt auch wieder zusammengestellt. Aber ich habe da durch meinen Schlaganfall vielleicht eine andere Prioritätensetzung gehabt; es tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das --Also, diese Prioritätensetzung will ich auf keinen Fall anzweifeln, und so ist meine Frage nicht gemeint.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, weiß ich. Ich möchte es auch nicht immer wiederholenanführen. Aber wir haben keine Kenntnis davon gehabt. --(Seite 35)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bis August --Herr Pauland, bis August 2013 waren Sie ja voll an Bord, bis Mitte August 2013,

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -und da waren doch EADS und Eurocopter ein Thema. Ich habe Sie vorhin gefragt: Haben Sie gehört, dass es Probleme mit Selektoren gegeben hat? -Und Sie sagen mir: Wir haben erst im März 2015 damit angefangen. -Ich meine, das ehrt diesen Untersuchungsausschuss. Was Edward Snowden und was mehrere Vorfälle nicht geschafft haben -dieser Untersuchungsausschuss hat es geschafft: Der BND verändert was. Das ist toll. Aber ich frage mich: Was haben Sie im August 2013 gemacht? Hat nicht mal Ihr Präsident gesagt: "Du, ich habe da in der Zeitung gelesen, es gibt da Probleme mit Selektoren. Der Snowden, der sagt da Ungeheuerlichkeiten. Wie ist das eigentlich bei uns"? Hat der Präsident Sie angesprochen als verantwortlichen Abteilungsleiter?

Zeuge Hartmut Pauland: In dem Punkt nicht. Im Juli / August -das hatte ich Ihnen vorhin gesagt war ich gleich abgeordnet oder gleich weg für die Gruppe BM! mit dem Bundeskanzleramt, wo wir eben nach Washington und nach England sind. Das hat ja auch mehrere Nachwirkungen gehabt, und wir haben das immer im PKGr entsprechend vorgetragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben aussichtslose No-Spy-Verhandlungen geführt, statt zu gucken, ob diese Probleme, die Edward Snowden beschreibt, vielleicht in Ihrer eigenen Abteilung jeden Tag aufschlagen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ob die aussichtslos waren, würde ich so nicht stehen lassen. Es war auch ein Thema zu dieser Zeit -auf alle Fälle -, und meine Abteilung hat auch dazu beigetragen. Es gab dieses konkrete Angebot des AND (Seite 36) -das ist überhaupt keine Frage -, und wir waren ja auch schon relativ weit. Also, auch die

Abteilung hat zugearbeitet. —(Seite 36) Die Leitung hatte der Leitungsstab, der Präsident selbst, und wir haben zugearbeitet zu diesem Fall.

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten dieser Diskussion bitte ich in eingestufte Sitzung Stellung zu nehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich fand es gerade interessant; aber ich stelle mal eine andere Frage.

RD Philipp Wolff (BK): Kann ich verstehen; aber die Sachen in eingestufte Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): D'accord, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich vermute, dass die Koalition es auch interessant findet, dass es da Gespräche gab; aber Details müssen wir dann doch, glaube ich, in eingestufte Sitzung machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pauland, noch mal andersrum: Bis zu den Snowden-Veröffentlichungen 2013, war Ihnen als zuständigem Abteilungsleiter im BND bekannt, dass unter Freunden abgehört wurde beim BND, dass Selektoren in Europa scharfgeschaltet waren in anderen Mitgliedsländern, für andere Mitgliedsländer, mit denen wir befreundet sind? Wussten Sie das?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, aus den Veröffentlichungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wussten Sie das vorher als Leiter der Abteilung? Also, Edward Snow den hat uns alle schlauer gemacht; aber Sie sind ja nun der verantwortliche Mensch im BND gewesen. Wussten Sie, dass wir Freunde auch abhören mithilfe der NSA und dieser Selektoren?

Zeuge Hartmut Pauland: Das MoA lässt ja auch Ausnahmen zu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wussten es?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Also, das MoA –

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich gewundert, als Frau Merkel im Fernsehen auf einmal gesagt hat: "Ausspähen unter Freunden -das geht gar nicht"? Weil bei Ihnen ging es ja. Fanden Sie das merkwürdig?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, das ist für mich alles klar und eindeutig. –Das sind Rifu-, Richtfunkverkehre. Von Kabel in Bad Aibling ist mir im Moment nichts bekannt. Das war früher mal; aber ich rede jetzt wirklich nur über meine Zeit beim BND. –(Seite 37)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie schließen es aus, dass heute noch Kabelerfassungen in Bad Aibling gefiltert und selektiert werden?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen davon nichts?

Zeuge Hartmut Pauland: Heute in Bad Aibling? Satellit und Richtfunk.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, danke schön. –Wir kommen zur nächsten Fraktion, zur CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Pauland, ich habe direkt anknüpfend an die Thematik, die der Kollege von Notz angesprochen hat, noch mal eine Verständnisfrage. Der Kollege hatte die Snowden-Veröffentlichungen angesprochen und die Problematiken. Jetzt war es ja so, dass es erstmals 2013 zutage trat bzw. dass es da Veröffentlichungen gab. Dann hatte das Ganze ja im Juni 2014 einen erneuten -ich sage mal -Höhepunkt, als dann umfangreich auch im Spiegel berichtet wurde, da Dokumente veröffentlicht wurden. Haben Sie dann vielleicht die Sache sich noch mal genauer angeschaut, bzw. hat es dann noch mal zu neuen Maßnahmen, zu Reaktionen Ihrerseits geführt?

Zeuge Hartmut Pauland: In 2014 -ich gehe jetzt mal davon aus, Sie meinen die Zeit, als der Untersuchungsausschuss da war -haben wir wirklich Beweisbeschluss für Beweisbeschluss abgearbeitet. Von dem, was ich eigentlich mal wollte in dieser Abteilung, bin ich weit davon entfernt, dass ich das je angefangen habe. Wir haben inzwischen über 175000 Seiten Papier zusammengestellt. Alles andere bleibt links und rechts liegen, und es gibt keine Zeit mehr für zusätzliche Dinge, außer dass wir -da sind wir auch ein bisschen stolz drauf -das SIT-Programm zumindest beschreiben konnten. Ansonsten gehen wir wirklich Beweisbeschluss für Beweisbeschluss durch, und viel mehr Zeit für was anderes bleibt nicht. Ich kann es nicht anders sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt unabhängig von den Beweisbeschlüssen und der Zuarbeit für den Untersuchungsausschuss: Haben die konkreten Veröffentlichungen im Juni 2014, was da im Spiegel stand --Haben Sie da konkret bei Ihnen noch mal nachgeschaut, Dinge überprüft oder –

Zeuge Hartmut Pauland: Welche meinen Sie jetzt, im Sommer 2014?

Nina Warken (CDU/CSU): Da wurden ja auch noch mal angebliche Selektorenlisten und solche Dinge veröffentlicht.

Zeuge Hartmut Pauland: Kann ich mich nicht dran erinnern.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich wollte auch jetzt nur den konkreten Zusammenhang zu den Veröffentlichungen und gegebenenfalls Reaktionen in Ihrem Haus noch mal herstellen.

Sie hatten auch noch zur Klarstellung vorhin von der Dienstanweisung gesprochen, die Sie erlassen hatten im Jahr 2015, wenn ich das richtig verstanden habe. Es wurden da ja vorhin unterschiedliche Dienstanweisungen besprochen. Können Sie sagen, wann genau die dann durch Sie erlassen worden ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Ende April 2014 ~~400 [sic!]~~. [\(Seite 38\)](#) Ende April.

Nina Warken (CDU/CSU): Ende April?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Ich habe die auch irgendwo. [Die 31.03., und die andere war vom 04.04.2014–31.03.2015. Dann gab es noch die Sofortmaßnahmen vom 31. 3. 2015. \(Seite 38\)](#)

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie gerade noch von einer anderen gesprochen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, das war die, die vorhin gemeint wurde. Die war vom 04.04.2014.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben vorhin gesagt, dass der Zeuge D. B. Sie hätte informieren müssen. Wie wäre es denn dann weitergegangen, wenn der Zeuge Sie informiert hätte? An wen hätten Sie weitergemeldet? Wie wäre es dann weitergegangen? Hätten Sie dann auch das Bundeskanzleramt eingeschaltet? Hätte das der Präsident gemacht? Können Sie vielleicht diesen Weg, den Sie sich eigentlich vorgestellt hätten für so einen Vorfall, uns mal schildern?

W. K., und man hat sich schon gewundert, wie miteinander kommuniziert wird, was da gemeldet wird. Also, das machte alles jetzt nicht einen unwahrscheinlich professionellen Eindruck. Umso erstaunter bin ich eigentlich, dass Sie sich -das haben Sie ja gerade Herrn von Notz gesagt -mit diesen beiden Unterabteilungsleitern anscheinend gar nicht über diese Sonderprüfung und diese Funde ausgetauscht haben. Daran halten Sie weiter fest? Ich meine, Sie sind der Abteilungsleiter. Sie müssen doch mal, wenn das auffliegt, dienstlich mit diesen beiden Herren sprechen und diese Sachverhalte klären.

Zeuge Hartmut Pauland: Nicht dass wir jetzt an-einander vorbeireden. Seit 15.03. mache ich doch gar nichts anderes, aber nicht vorher. Seit 15.03. klären wir doch auf. Wir machen jeden Tag Sachverhaltsaufklärung. Dazu erstellen wir einen Bericht, und der geht an den Präsidenten. Das habe ich auch schon in der ersten Runde gesagt. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Da sind die beiden natürlich auch mit drin.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie haben uns vorhin beschrieben, dass Ihr Führungsstil ist, da gar nicht auf den Tisch zu hauen. Jetzt ist der Fehler da passiert. Jetzt müssen wir das da laufen lassen.

Zeuge Hartmut Pauland: Das hat keiner gesagt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ist denn --So hatte ich das vorhin verstanden, dass Sie gerade mit D. B. –

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe gesagt, ich habe nicht --Entschuldigung, wenn ich Sie unterbrochen habe. Ich habe gesagt, ich habe nicht hinterfragt, warum Herr D. B. das eben so gemacht hat und mir nichts darüber gesagt hat. Den Punkt haben wir ausgeklammert. Mehr habe ich nicht gesagt. Das andere [ist Ihre Spekulation.](#)–(Seite 40)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, aber wieso haben Sie denn den Punkt ausgeklammert? Ich meine, das ist ja der entscheidende Punkt. Wenn wir beide Unterabteilungsleiter gestern gehört haben, war ja der größte Mangel, den man da sieht, die Meldung nach oben,

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): -die ja bei beiden nicht erfolgt ist.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Da muss man sich doch als Vorgesetzter, denke ich, schon fragen: Warum?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Korrekt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, aber was -Sie unterhalten sich mit denen, aber den entscheidenden Punkt, worum es eigentlich geht, den bespricht man nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann es nur noch mal wiederholen. Ich habe extra auch noch mal, wie gesagt, in der WDO (Wehrdisziplinarordnung)^B nachgesehen, dass man das nicht machen soll und darf. ~~Die werden schon ihren~~—Das wird schon seinen Grund haben. Wir regeln das grundsätzliche Problem.—**(Seite 41)** Wir sehen zu, dass wir dies lösen, aber warum und wieso, habe ich nicht gemacht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, das ist ein schweres Versäumnis. Sind denn jetzt Disziplinarmaßnahmen ergriffen worden gegen die beiden Unterabteilungsleiter?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, so weit ist es noch nicht. Wir sind noch am Aufklären. ~~So weit~~—Ich habe auch das mit der zuständigen personalführenden Stelle besprochen.—Davon sind die alle weit weg im Moment. Es gibt noch keinen Grund, bloß weil jemand von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch macht, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Es entspricht doch gerade der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Wahrnehmung eines Auskunftsverweigerungsrechts nicht als belastendes Indiz gewertet werden darf. **(Seite 41)**

RD Philipp Wolff (BK): Hierzu muss der Zeuge keine Angaben machen. Es ist nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dann haben Sie beschrieben, dass Ihre Unterabteilungsleiter durchaus auch direkt mit dem Präsidenten Kontakt aufnehmen oder sich austauschen. Kann das denn sein, dass auch Meldungen nach oben erfolgen an Ihnen dann vorbei, oder auch in diesem konkreten Fall unter Umständen?

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist jetzt sehr schwierig zu beantworten. Ich bin der Letzte, der sagt, auf meiner Ebene, ich würde alles mitbekommen. -Das habe ich mir bei der Kompanieebene abgeschminkt, und da war es schon nur noch möglich, wenn sie einen guten Spieß hatten. Selbst zum Thema PUA mit den 175 000 Seiten können Sie nicht mehr selbst alles lesen. Sie können nicht in dieser Abteilung sagen, wie ich es as

~~ich~~ (Seite 41) mal angefangen hatte: Alles, was ins Kanzleramt geht, will ich sehen. -Es ist so viel; das schaffen Sie nicht. Also müssen Sie Dinge von besonderer Bedeutung sich vorlegen lassen. –Die lassen Sie sich geben und bewerten diese. -Aber alles schaffen Sie nicht.

Wie gesagt, der Präsident hat das Recht. Das ist überhaupt keine Frage. Die Unterabteilungsleiter sind wirklich, weil sie lange im Dienst sind, erfahren im Dienst sind, gute Berater. Natürlich kann er direkt auf sie zugreifen; aber wie ich schon sagte: Dann werde ich auf dem Rückweg immer informiert, ~~und das hatte ich~~ –Bei beiden hatte ich nie das Gefühl, dass irgendwo an mir was vorbeiläuft. Das ist überhaupt kein Punkt für mich, wo ich mir Gedanken machen müsste. Bei der Größe der Abteilung ist das eben so. –(Seite 41)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Bzw. bis es dann bei Ihnen ankommt. Das ist ja in dem Fall das Entscheidende. Wenn Sonderprüfungen sind, sehr spannende Ergebnisse und es wird nicht weitergereicht, das ist halt schon schwierig in dem konkreten Fall.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. -Frau Mittag, wir –

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter an die Fraktion Die Linke. Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Pauland, Sie haben ausgeführt, in der dritten Stufe der Filterung würde dann auch nach deutschen und europäischen Interessen geschaut werden, und als Beispiele haben Sie auch gebildet Politikernamen. Können Sie uns sagen, welche Politikernamen dort in das Filtersystem eingestellt werden? Nach welchen Kriterien erfolgt das? Deutsche, europäische Politiker/-innen?

Zeuge Hartmut Pauland: Bisher waren es nur deutsche.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die müssten doch eigentlich schon bei dem G-10-Schutz raus-gefallen sein, auf Stufe 1. Wieso müssen die noch mal extra unter 3 eingestellt werden?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich weiß es nicht. Wir haben das so vorgefunden. Die sind bei 3 auch noch mal drin.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer ist dann dabei?

Zeuge Hartmut Pauland: Das möchte ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Regierung? Das Parlament? Die Landesparlamente?

Zeuge Hartmut Pauland: Ist mir im Moment nicht erinnerlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder nur drei oder fünf Namen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, es sind sehr wenige.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt also besonders schützenswerte Politiker und Politikerinnen. Und die anderen? Zum Abschuss freigegeben, oder wie läuft das? Wie kommt man in Stufe 3? Ich würde da gerne auch aufgenommen werden. Herr Ströbele meldet sich auch schon.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ströbele ist schon drin! - Hans Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin schon drin!)

Dieselbe Frage hätte ich natürlich auch bei Unternehmen. Also, kommt Siemens rein und Bosch nicht, oder wie läuft denn da eigentlich die Auswahl?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, ich bin [nicht direkt eingebunden](#). —(Seite 42) Wie gesagt zur Pflege der DAFIS-Bank kann ich Ihnen nichts sagen. Das ist zu weit weg im Moment.

Martina Renner (DIE LINKE): Abteilungsleiter hat aber die Rechts- und Fachaufsicht.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da wissen wir: Weit weg gibt es da nicht.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, können wir auch machen. Wir sind auch dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir würden ganz gerne irgendwann mal Auskunft haben, wie man und was in Stufe 3 kommt, wenn wir das mit Ihnen jetzt nicht klären können.

Kann man sich vorstellen, dass es Operationen gibt, wo man darüber spricht, dass man das Bundeskanzleramt besser nicht informiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, ich habe das noch nicht erlebt in meiner Zeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeuge Hartmut Pauland: Wir sind auch regelmäßig da und tragen vor. (Seite 42)

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben hier Wortprotokoll.

Zeuge Hartmut Pauland: Wir ~~und~~ stellen unsere Operationen vor. Das war vorhin die Frage. Wir sind regelmäßig bei den Referaten und stellen unsere Operationen vor. Ich habe—(Seite 42)

Martina Renner (DIE LINKE): Alle Operationen stellen Sie vor? Auch in der Planungsphase schon? Frühzeitig?

Zeuge Hartmut Pauland: In der Planungsphase; frühzeitig—das ist eine andere Frage. (Seite 42)

Martina Renner (DIE LINKE): Oder wenn sie an gelaufen sind?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, wenn -

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn erfasst wird?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, wenn Sie eine Genehmigung brauchen für bestimmte Dinge, dann gehen Sie natürlich frühzeitig ins Kanzleramt. Aber es gibt viele, die können sie auf der eigenen Ebene machen. Es gibt welche, die genehmigt der Präsident, und der informiert auch dann in der Regel das Kanzleramt darüber.

Martina Renner (DIE LINKE): In der Regel. Manchmal auch nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Ob sie die durch den AL braucht, das weiß ich nicht. Das werden wir –

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann sagen wir es andersherum: In Ihrem Bereich, was ist ein besonderes Vorkommnis?

Zeuge Hartmut Pauland: Ein besonderes Vorkommnis ist fest definiert. Das können Sie sich ja nicht aussuchen. Da nehme ich die Vorschrift und schlag den entsprechenden Anhang auf. Dann habe ich Betäubungsmittelgesetz, Verstoß gegen Kriegswaffenkontrollgesetz und, und, und.

[Anmerkung des Zeugen: Ich hatte bei der Befragung die BV Bundeswehr vor Augen.](#)

(Seite 44)

Dann stehen die ganzen Dinge da, ob sie abgabe-pflichtig sind an die Staatsanwaltschaft oder nicht. Da muss man eben entsprechend reingucken.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn zum Beispiel bei der Technischen Aufklärung am Ende Meldungen generiert werden zu G-10-Grundrechtsträgern und -trägerinnen: Ist das ein besonderes Vorkommnis, was gemeldet werden muss?

Zeuge Hartmut Pauland: Noch mal, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn bei der Technischen Aufklärung eine Meldung generiert wird, bei der festgestellt wird, dass es einen G-IO-Grundrechtsträger oder eine -Grundrechts-trägerin betrifft: Ist das ein besonderes Vorkommnis?

Zeuge Hartmut Pauland: Wie jetzt betrifft? Wenn es ein Grundrecht ist, dann wird der G-IO-Prozess ausgelöst.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus der Routine, wenn festgestellt wird, da ist G-ID-Verkehr, da ist sozusagen eine Meldung Inhaltsdaten zu einem Grundrechtsträger, einer Grundrechtsträgerin: Ist das ein besonderes Vorkommnis -da ist etwas drin, was da nicht hingehört?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, dann muss es entweder beantragt werden oder sofort rückstandslos gelöscht werden.

Zeuge Hartmut Pauland: Es kann ja aus meiner Sicht nur um das eine Projekt gehen, weil wir über SIT gesprochen haben. Das war es ja vorhin, und das ist ja inzwischen [geklärt](#). –(Seite 45) Das hat nichts mit Five Eyes oder Ähnlichem zu tun; aber ich kann in geheimer Sitzung gerne etwas dazu sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich wollte einfach nur fragen, welche Abteilung dafür zuständig ist. Ich weiß nicht, warum man da jetzt in die geheime Sitzung gehen muss.

RD Philipp Wolff (BK): Das wäre auch eingestuft.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. -Sie hatten vorhin berichtet, dass Sie auch an Reisen teilgenommen haben. Das war mit einer Gruppe aus dem BMI, aus dem Bundeskanzleramt etwa nach Washington. Sie haben gesagt, es gab da konkrete Verhandlungen. Man war schon recht weit. Es gab auch konkrete Angebote seitens der Partner. Um was ging es denn da genau? Sollte da vielleicht das MoA geändert, vielleicht verschärft, verbessert werden? Können Sie dazu was sagen?

RD Philipp Wolff(BK): Auch dazu kann der Zeuge in eingestufte Sitzung etwas sagen. Die entsprechenden Verhandlungen sind eingestuft.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann gebe ich zu-nächst einmal an den Kollegen von Marschall.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Herzlichen Dank. -Herr Zeuge, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie auf die Frage von Frau Kollegin Renner gesagt, dass Sie für den Fall, dass eine G-10-Betroffenheit erkennbar geworden wäre, das als besonderes Vorkommnis betrachtet hätten. Richtig? -Das heißt, das wäre die Voraussetzung für eine Meldung gewesen. Wäre aus Ihrer Sicht, wenn erkennbar gewesen wäre, dass europäische Institutionen oder Firmen Gegenstand von Ausspähungen geworden wären, das auch ein besonderes Vorkommnis gewesen?

Zeuge Hartmut Pauland: Das müsste man erst mal prüfen, weil, wie gesagt, das MoA, wenn es jetzt darum geht, ja gewisse Ausnahmen zulässt, auch für Europa, und dann wäre es eben kein besonders meldewürdiges Ereignis gewesen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Womit Sie also sagen wollen, dass es Bereiche gibt, in denen das geboten oder auch zulässig gewesen wäre, und andere, wo es so nicht gewesen wäre. Das heißt, man hätte den Einzelfall betrachten müssen.

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist korrekt.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Es hat aber dazu keine Meldung gegeben.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kenne jetzt den Fall nicht, den Sie meinen. Ich habe Ihnen nur meine persönliche Auffassung gesagt.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht verstanden! Können Sie das bitte deutlicher sagen?)

-Ich kenne den Einzelfall nicht. Das ist jetzt meine persönliche Auffassung dazu gewesen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Nein, ich wollte nur sagen, Sie hatten, bezogen auf G 10, glaube ich, zu verstehen gegeben, dass es diesbezüglich zwar ein besonderes Vorkommnis gewesen wäre, dass es aber keine Meldung -jedenfalls an Sie nicht - gegeben hätte und dass umgekehrt, bezogen auf europäische Firmen oder Institutionen, auch keine Meldung erfolgt ist an Sie. Wir haben ja gerade, wenn ich Sie richtig verstanden habe, unterschieden, dass nicht einheitlich gesagt werden kann, ob europäische Institutionen oder Firmen sozusagen im Rahmen des MoU durchsucht werden könnten, dass aber in einzelnen Fällen das vielleicht nicht zulässig sein könnte. Und für diesen Fall, wo es nicht zulässig wäre, habe ich Sie so verstanden, wäre das wohl dann auch ein besonderes Vorkommnis. Ich wollte nur wissen, ob Ihnen, wenn es so ein besonderes Vorkommnis gegeben hätte, dazu eine Meldung gemacht worden ist.

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Abgeordneter, ich habe das so verstanden, dass, wenn eine unzulässige G-10-Meldung gefunden worden wäre, das ist für mich bedeutsam. -- (Seite 46) Dann hätten wir ja auch reagieren müssen. Das Zweite ist die Möglichkeit wir reden jetzt sehr hypothetisch; vielleicht reden wir da auch aneinander vorbei -, dass eine Firma in Europa gemäß MoA aufgeklärt werden kann. Das ist richtig. Da gibt es Ausnahmetatbestände. Das habe ich gesagt.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Hartmut Pauland: Und dann ist das auch erst nicht meldewürdig. Wahrscheinlich wird man darüber sprechen, und dann ist das auch nicht rechtswidrig. -- (Seite 47)

Matern von Marschall (CDU/CSU): Nein, nein, natürlich.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, habe ich nicht. Bleibe ich auch dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bleiben Sie dabei? Bis heute nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja jetzt ein paar Monate her, und Sie wissen ja, es gibt erhebliche Aufregungen um diese Geschichten, bis weit ins Kanzleramt rein. Wir haben gerade eine Aktuelle Stunde dazu gehabt.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Wir bemühen uns auch sehr um Aufklärung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und trotzdem interessiert es Sie überhaupt nicht, wie Herr D. B. es fertig bringen kann, Sie, den eigentlich zuständigen Chef, also den direkten Vorgesetzten, davon zu unterrichten [sic!] von so einer wichtigen Sache, die er mindestens seit August 2013 kannte, also der Herr D. B.?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe nicht gesagt, dass es mich nicht interessiert, aber ich habe gesagt, dass ich es nicht von ihm rauspressen will.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mal, Herr Pauland, mal ganz ehrlich: Gibt es da irgendeine Anweisung, dass Sie nicht nachfragen sollen oder dass Sie da anderen nicht vorgreifen sollen? Mir ist das völlig unbegreiflich.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, die gibt es nicht, aber wenn Sie bei so einem komplexen Thema wie der Aufarbeitung dieser Dinge, die von 2004 bis 2008 geschehen sind, dann können Sie keine Schnellschüsse abgeben. –Sie können Sie doch jetzt nicht irgendwo an irgendeinem das festmachen und jetzt sagen: Du hast aber Mist gebaut, und du musst jetzt raus. –Ich denke, jetzt sollten wir alle erst mal zur Aufklärung beitragen. Wir brauchen doch gerade die Beteiligten für die Aufklärung. Da können wir die nicht rausschmeißen. (Seite 48) Es ist schon schwer genug, jeden Tag aus den "Akten" -in Anführungsstrichen -2004 bis 2008 überhaupt noch Dinge rauszufinden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich glaube, Sie wissen manchmal gar nicht, was wir da unseren Mitarbeitern abverlangen. Es geht hier nicht um die offiziellen Meldungen. Da drücken Sie auf einen Knopf, und dann wissen Sie, das ist alles sauber nachvollzogen. Es geht hier um den Arbeitsverkehr. Ich will nicht sagen "privat". Privat gibt es nicht im Dienst. Aber es geht ja um Arbeitsverkehr. Andere Leute löschen die jede Woche, andere heben sie als Jäger und Sammler eben über zehn Jahre auf. Über diese Sachen reden wir. Wir reden über Org-Einheiten, die es schon lange nicht mehr gibt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, mehr kann ich [dazu nicht sagen](#). -Tut mir leid. [\(Seite 48\)](#)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, genau das ist unsere Aufgabe, das aufzuklären,

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -weil für uns ist nicht nachvollziehbar, dass zwischen Ihnen, dem Herrn D. B. überhaupt kein Wort darüber gesprochen wird, was einen Großteil der Republik umtreibt, jedenfalls die Politik, und Sie fragen nicht einmal nach: "Sag mal, bist du nicht auf die Idee gekommen, mir das mitzuteilen?"?

Sie haben vorher gesagt, Herr Pauland, dass Sie vorher keinerlei Ahnung oder Information davon hatten, dass da Selektoren aufgefallen sind. Nun haben Sie ja plötzlich erfahren, da sollen nicht nur ein oder zwei oder fünf oder hundert, sondern an die 40 000, also 38 000 noch was, Selektoren im Laufe der Jahre, jetzt auch nicht plötzlich mal an irgendeinem Tag, sondern im Laufe der Jahre von 2008 bis 2013 ausgesondert worden sein und in eine besondere Ablehnungsdatei abgelegt. Da wussten Sie überhaupt nichts von? Und Sie sind Chef dieser Abteilung.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, das ist richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das? Das hat Sie auch nicht gewundert? Haben Sie nicht mal nachgefragt "Wie kann denn das sein, von 2008 bis --Fünf Jahre lang sammelt ihr da Selektoren, die ausgesondert werden, die irgendwie verdächtig sind, und sagt mir kein Sterbenswörtchen?"? Kein Grund, mal nachzufragen?

Zeuge Hartmut Pauland: Die Aufklärung machen wir seit dem 15. 16. März, bis zu 18 Stunden am Tag. (Seite 49)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das habe ich ja verstanden. Das machen wir ja auch mit eifrig. Aber ich will wissen, ob Sie sich jetzt Ihrem Mitarbeiter, Ihrem direkten Untergebenen, der Sie ja eine Zeit lang vertreten hat, nicht mal sagen: Fünf Jahre lang habt ihr mich im Unwissen gehalten über eine Ablehnungsdatei, fünf Jahre. Was habt ihr denn da gemacht? Was ist denn da gelaufen? Kein bedeutender Vorgang?

Was ist denn das für ein Laden da, wo Sie arbeiten? Völlig unvorstellbar. Also, wenn bei mir so was im Büro wäre, fünf Jahre sagen die mir so was nicht --Verstehen Sie? Ich frage da, weil ich suche eine Erklärung. Wir alle suchen eine Erklärung. Herr Schindler wird wahrscheinlich heute und Herr Altmaier und Herr Fritsche vielleicht später mal auch hier dazu befragt werden, wie es sein kann, dass da so was ist, und das bleibt da und wird nicht mal an den nächsten Vorgesetzten mitgeteilt. Was kann da dahinterstecken?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es nicht. Sie interessiert es auch nicht. Sie haben –

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist überhaupt nicht wahr. Das würde ich mir verbitten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja nicht mal gefragt. Ich würde mir die doch sofort mal zur Brust nehmen und sagen: Also, Jungs und Mädels --So machen Sie das nicht? Sie fragen nicht mal?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, mehr als aufklären kann man nicht, und das machen wir!–(Seite 49)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt "aufklären"? Durch Fragen klärt man auf, oder nicht? Das versuchen wir jedenfalls. Keine Erklärung, kein Interesse, dass auch nur eine Frage --Was war da? Warum hast du das gemacht? - Danke.

Zeuge Hartmut Pauland: Bitte.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Das war punktgenau. Es geht weiter zur SPD.

Christian Flisek (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. -Herr Pauland, mich würde mal interessieren, wie Sie überhaupt mit Ihren Unterabteilungsleitern kommunizieren. Wie regelmäßig? Gibt es da wöchentliche Unterabteilungsleitersitzungen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, hatte ich bereits gesagt. Es gibt regelmäßig wöchentliche Unterabteilungsleitersitzungen. Dann gibt es genügend Telefonate, und es gibt Vorlagen, wo wir uns auch drüber unterhalten. ~~Ist Gebot.~~ [\(Seite 49\)](#)

Christian Flisek (SPD): So eine wöchentliche Unterabteilungsleitersitzung, wie läuft die ab? Wann findet die statt?

Zeuge Hartmut Pauland: Inzwischen zu unterschiedlichen Zeitpunkten. weil wir nicht immer einen festen Termin hinkriegen, aber in der Regel nach der Abteilungsleiter

Christian Flisek (SPD): Besprechung?

Zeuge Hartmut Pauland: --besprechung, und läuft ab, dass man zuerst die Punkte aus der Abteilungsleiterbesprechung wiedergibt, und dann hat jeder die Möglichkeit, seine eigenen Punkte vorzutragen. Dann gehen wir die Termine der nächsten Wochen durch, die entsprechenden.

Christian Flisek (SPD): Gibt es eine Tagesordnung vorher, oder ist das mehr -ich sage jetzt mal-, wenn es vormittags ist, eine Kaffeerrunde. wo man informell zusammenkommt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, es ist keine informelle Kaffeerrunde. Es ist eine offizielle Runde. Es wird auch eingeladen dazu. Tagesordnungen selbst gibt es nicht. Der Ablauf ist so, wie ich es Ihnen beschrieben habe. Wenn jemand einen besonderen Punkt hat, dann gibt er den vorher ein, damit sich die anderen vorbereiten können, aber wenn das nicht der Fall ist, dann braucht man seine eigenen Punkte nicht bekannt zu geben.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja gesagt, da ist nie das Thema Selektoren irgendwo bis März 2015 problematisch gewesen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): Keiner Ihrer Unterabteilungsleiter hat da jemals irgendwas gesagt? -Findet die Runde jetzt auch regelmäßig statt?

Zeuge Hartmut Pauland: Klar.

Christian Flisek (SPD): Reden Sie jetzt regelmäßig über die Problematik, zum Beispiel über den Fortschritt bei der Untersuchung, die jetzt statt-findet?

Zeuge Hartmut Pauland: Selbstverständlich. Ich sage ja, wir machen das ja im Moment fast Tag und Nacht, dass wir den Sachstand aufklären. --(Seite 50) Wir erarbeiten den Sachstand.

Christian Flisek (SPD): Worüber reden Sie da, Herr Pauland?

Zeuge Hartmut Pauland: Wir erarbeiten eben einen Sachstandsbericht.-(Seite 50)

Christian Flisek (SPD): Jetzt will ich konkret werden. Ich will jetzt keine abstrakte Umschreibung, Herr Pauland, von dem, was Sie jetzt erarbeiten. Das habe ich mittlerweile sehr wohl verstanden.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, die Frage ist: Wie war das Verfahren vor –

Christian Flisek (SPD): Ich möchte jetzt von Ihnen konkret wissen: Was ist der Inhalt Ihrer Gespräche mit Ihren Unterabteilungsleitern, seitdem der Sachverhalt bei Ihnen bekannt ist, seit März 2015, beispielsweise in der wöchentlichen Sitzung der Unterabteilungsleiter? Was ist der konkrete Gesprächsinhalt?

Zeuge Hartmut Pauland: Der konkrete Gesprächsinhalt: Wie wir das verhindern können, dass das. was mit einem AND passiert, ob das auch noch mit anderen AND passieren kann, welche Maßnahmen wir ergreifen dazu.

Christian Flisek (SPD): Gibt es eine Ursachen-besprechung: Warum ist das passiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Und gibt es eine Besprechung darüber, warum dies nicht Ihnen gemeldet wurde?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, die gibt es nicht.

Christian Flisek (SPD): Warum gibt es diese aus-gerechnet nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Das habe ich bereits mehrfach -

Christian Flisek (SPD): Dann, bitte, wiederholen Sie es noch mal, warum es die nicht gibt, weil sich mir das absolut nicht erschließt, dass man über Ursachen spricht, Sie jetzt zusätzlich mit einer Prüfung belastet werden und Sie sich doch --Ich verstehe es nicht. Sie sagen hier, man spricht nicht darüber: Warum ist das Ganze nicht zu mir gekommen? -Ich halte es persönlich für lebensfremd, bzw. wenn Sie mir sagen, dass das Sie nicht interessiert und Sie die Fragen nicht stellen.

Zeuge Hartmut Pauland: Natürlich interessiert es mich. Aber ich kann werde ihn nicht zwingen, diese Frage anders als Geschehen zu beantworten. Sie haben den Zeugen ja selbst befragt dazu. [\(Seite 51\)](#)

Christian Flisek (SPD): Aber Sie haben diese Fragen gestellt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ich habe sie nicht gestellt. Ich muß mit den Mitarbeitern den Sachverhalt aufklären. Da sehe ich keine Veranlassung, nach persönlicher Motivationslage zu forschen. [\(Seite 51\)](#)

Christian Flisek (SPD): Sie können ja da niemanden zwingen, Sie können ja noch nicht mal jemanden motivieren, irgendeine Frage zu beantworten, wenn Sie sie noch nicht mal stellen. Dann kommen wir ja gar nicht ins Zwangsstadium. Sie probieren es ja scheinbar noch nicht mal. Also muss ich den Rückschluss ziehen: Es interessiert Sie nicht. Und ich halte es für lebensfremd, über Ursachen einer fehlenden Meldung an den Abteilungsleiter zu sprechen, aber nicht über die Frage zu sprechen: Warum? Was, lieber Mitarbeiter, lieber Unterabteilungsleiter, warum haben Sie das gemacht? Was haben Sie sich dabei gedacht?

Herr Pauland, ich mache das hier ganz selten, aber ich ermahne Sie an Ihre Wahrheitspflicht. Das heißt, Sie haben über alle Tatsachen, über die Sie etwas wissen, wahrheitsgemäße Angaben zu machen. Das bedeutet, ich frage Sie über Tatsachen aus den Gesprächen mit Ihren Mitarbeitern, beispielsweise in einer wöchentlichen Unterabteilungsleitersitzung, wo Sie mir sagen: Ja, wir sprechen über diesen ganzen Sachverhalt. Aber Sie sagen: Ich habe nicht die Frage gestellt: Warum habt ihr mir das –

Bleiben Sie dabei? Bleiben Sie dabei, dass Sie nicht die Frage an einen der Mitarbeiter gestellt haben: "Warum haben Sie diesen Sachverhalt nicht an mich gemeldet? Warum habe ich erst als Abteilungsleiter TA im März 2015 davon erfahren, während seit Sommer 2013 Herr Snowden durch die Blätter geistert, während seit März 2014 ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zu diesem Thema existiert, in dem von Anfang an das Thema Selektoren ein Thema war?"? Und Sie sagen da nach wie vor, Sie haben nicht einen Ihrer Mitarbeiter dazu befragt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Ich danke Ihnen für den Hinweis auch gerade, aber ich bleibe dabei, dass ich ihn nicht bewusst [angesprochen](#), –nicht dazu befragt habe. ([Seite 51](#))

Christian Flisek (SPD): Gut. -Haben Sie mit dem Präsidenten darüber gesprochen, warum zu Ihnen diese Information nicht kam? Weil Sie sind sozusagen in dieser Kette ja das nähere Glied, und der Präsident ist ja auch abhängig vom Informationsfluss der Abteilungsleiter. Gehe ich mal davon aus, es sei denn, irgendjemand aus der Unterabteilung rennt direkt nach oben; aber das ist eher unwahrscheinlich. Haben Sie mit dem Präsidenten darüber gesprochen?

Zeuge Hartmut Pauland: Warum Herr D. B. das nicht gemacht hat, [darüber](#) habe ich nicht mit dem Präsidenten [darüber](#) gesprochen. ([Seite 51](#))

Christian Flisek (SPD): Hat der Präsident Sie dazu befragt?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie mit Hans Sperl darüber gesprochen?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, ich habe mit niemandem darüber gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Mit niemandem haben Sie darüber gesprochen. Mein Eindruck ist doch der: Ich meine, es ist klar, dass man jetzt angesichts unserer Arbeit noch mal alles versucht, auch das Material zusammenzuklauben, was man zusammenklauben kann und rekonstruieren kann. Aber die Grundpfeiler des Sachverhalts, die stehen fest, nämlich dass man im Sommer diese Prüfung gemacht hat, zwei nämlich, einmal Dr. T., einmal in Bad Aibling, dass da Löschungen stattgefunden haben, dass man überhaupt kritische Begriffe gefunden, Löschungen stattgefunden haben. So.

Wir unterhalten uns einerseits darüber: Wie konnte es dazu überhaupt kommen? Da haben Sie eine Erklärung, die für mich plausibel ist, gegeben; die kann ich ja nachvollziehen. Sie haben mir gesagt: Jawohl, das MoA ist damals nicht runtergebrochen worden in eine konkrete Dienstanweisung. Das schwirrte da irgendwie drüber, und wir wussten eigentlich nicht: Was sind deutsche Interessen? -Okay. Das ist plausibel. Aber jetzt ist die Frage für mich, die im Raum steht -das ist nämlich die zweite davon zu lösende Frage -: Warum? Was ist da schiefgelaufen, dass das nicht nach oben kam? Welche Anweisungen gibt es denn überhaupt beim BND? Das würde mich mal interessieren. Gibt es eine Dienstanweisung beim BND, die klärt, was besondere Vorkommnisse sind? Oder bestimmt das jeder frei Schnauze in der jeweiligen Hierarchieebene?

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Abgeordneter, ich habe vorhin versucht, zu erklären, dass ich mir sogar die Wehrdisziplinarordnung, weil ~~ieh schon lang~~ weil ich diesen Fall noch nie hatte, selbst zu Gemüte geführt habe. ~~Ich~~ habe das ausführlich gelesen. Natürlich trifft es mich und ärgert und verletzt mich -was weiß ich, wie Sie wollen; ist ganz egal --Natürlich will ich das auch wissen. Aber ich habe eben auch gelesen, dass man nicht insistieren darf, insistieren soll in solchen Fällen, wenn einem Mitarbeiter ein Auskunftsverweigerungsrecht zusteht, und deshalb habe ich davon Abstand genommen. Und das bitte ich zu respektieren, weil ~~ieh kann~~ es nicht anders sagen kann. (Seite 52) Ja, ich habe genauso viel Interesse daran wie Sie. Wenn er das sagen will, wird er es schon sagen. Ich werde ihn nicht dazu zwingen. Und das habe ich vorhin auch bereits gesagt.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich --Gut, ich kann vieles respektieren. Nur: Ich kann es nicht nachvollziehen.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. Weil natürlich die Frage im Raum steht: Ist das hier eine wie auch immer geartete Gradigkeit von Fahrlässigkeit, die im Raum steht? Oder ist es vielleicht sogar Absicht? Gibt es vielleicht sogar von allerhöchster Stelle Weisungen, vielleicht von ganz oben, direkt auch über Präsidenten hinweg, irgendwo hinein? Vielleicht gibt es --Ich gehe jetzt mal weiter, was man sich alles auf dieser Grundlage aufbauend denken kann, wenn man jetzt konsequent nicht gut denkt. Interne Abschottungen, ja? Mit dahin zur Weisung, dass jetzt nachträglich, ich sage mal, das berühmte Drei-Affen-Prinzip Anwendung findet: nichts hören, nichts sehen und auch in dem Fall wirklich gar nichts sagen. Ich meine, wir werden das bewerten. Das ist ja so.

haben. Wir haben eine, sagen wir im Moment; denn sonst dürften wir ja nicht arbeiten. Aber wenn es der Klarstellung dient und die Routine jetzt noch deutlicher gefasst werden soll, hat da überhaupt keiner was dagegen.

Christian Flisek (SPD): Ja. Also es gibt eine Aufgabenzuweisungsnorm,

Zeuge Hartmut Pauland: Genau.

Christian Flisek (SPD): -aus der man das sozusagen herleitet. Es gibt nicht eine klassische Eingriffsnorm.

Zeuge Hartmut Pauland: Keine klassische, genau, aber die Aufgabenzuweisung.
(Seite 53)

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge Hartmut Pauland: Also G 10 ist eindeutig und härter und klarer definiert, ~~und~~
~~-(Seite 53)~~

Christian Flisek (SPD): Wie sehen Sie denn die Kontrolle über diesen elementaren, scheinbar ja unverzichtbaren Tätigkeitsbereich an? Würden Sie meiner Einschätzung folgen, wenn ich sage: Im Vergleich zu anderen Tätigkeitsbereichen des BND befindet sich diese Tätigkeit in einem Graubereich?

Zeuge Hartmut Pauland: Jedenfalls nicht so exzessiv wie G 10. Das hatte ich eben schon gesagt. Wenn das bei Ihnen dann grau ist, dann gebe ich Ihnen recht.

Christian Flisek (SPD): "Nicht so exzessiv wie G 10". Dann erläutern Sie mir mal, wie denn Kontrolle -also parlamentarische Kontrolle in dem Fall-von Routineverkehren nach Ihrer Ansicht überhaupt stattfindet.

Zeuge Hartmut Pauland: Parlamentarische Kontrolle?

Christian Flisek (SPD): Keine?

Zeuge Hartmut Pauland: Keine.

Christian Flisek (SPD): Gut. Keine. -Gibt es sonst eine Form der Kontrolle? Rechtliche Kontrolle? Gibt es eine interne Kontrolle

Zeuge Hartmut Pauland: Es gibt –

Christian Flisek (SPD): -dadurch, dass zum Beispiel Maßnahmen intern erst mal genehmigt werden müssen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich meine, das fließt ja alles in die Datenbanken ein, und die Datenbanken unterliegen natürlich den entsprechenden Kontrollen. Wir müssen ja die Dateianordnungen stellen. ~~Wenn~~—Der Datenschutzbeauftragte war da. Da geht es ja eben gerade nicht um G 10; da geht es ja um Allgemeines. Von daher ja, ~~wenn~~—Der Datenschutzbeauftragte war in meiner Zeit jetzt zweimal da. Wie ~~vieloft~~ (Seite 54) vorher, kann ich Ihnen nicht sagen. Das würde ich schon als Kontrollmöglichkeit bezeichnen nicht parlamentarische.

Christian Flisek (SPD): Wer genehmigt denn solche Maßnahmen im BND?

Zeuge Hartmut Pauland: Welche Maßnahmen?

Christian Flisek (SPD): Na, Maßnahmen, die vor allen Dingen auf einen Zugriff auf Routineverkehre abzielen. Strategische Fernmeldeüberwachung für Routineverkehre: Wer genehmigt das?

Zeuge Hartmut Pauland: Wir benutzen ja zurzeit die G-10-Anordnung dazu. Das ist ja der Knackpunkt gewesen, warum man das jetzt deutlicher machen will.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, Sie kennen ja die Debatte, die wir in der Vergangenheit jetzt also was heißt, "in der Vergangenheit", in den letzten Wochen auch -geführt haben, dass sozusagen die G-10-Kommission sagt, sie ist getäuscht worden, weil man sozusagen die G-10-Anordnung benutzt, um eigentlich an Routineverkehre dranzukommen. Wie bewerten Sie --Bewerten Sie das als eine gute Situation? Oder -- Also jetzt nicht die Diskussion darüber, sondern die Tatsache --Ich sage mal, Sie wollen im Schwerpunkt Routineverkehre, Sie wollen Kabel, da laufen Routineverkehre, und Sie sagen: Eigentlich will ich das haben, und eigentlich geht's mir im Schwerpunkt um die Routineverkehre. -Dann gucken Sie ins Gesetz, gucken: Gibt's irgendwas für Routineverkehre? Finden nichts. Dann sagt der Telekommunikationsbetreiber: Ja, irgendwas muss ich haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Das geht heute nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich brauche eine Anordnung. Ja? -Dann sagen Sie: Das Einzige, was wir finden im Gesetz, ist G-10-Anordnung. Nein? Dann geht man zur G-10-Kommission, sagt: Na, hier, Anordnung, wir wollen natürlich auch G 10. -Das ist die Bewertung eben. Ich bin immer mit dem Vorwurf der Lüge sehr, sehr vorsichtig. Es ist -Insofern ist das eine Situation: Es gibt kein --Würden Sie die Ansicht teilen: Es gibt, wenn ich jetzt gezielt Routineverkehre in der strategischen Fernmeldeaufklärung überwachen wollte, kein geeignetes Instrumentarium im geltenden deutschen Recht für diesen unverzichtbaren Tätigkeitsbereich des BND?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bin kein Jurist. Ich kann nicht sagen, wie das war.

Christian Flisek (SPD): Na ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich weiß, dass die Diskussion im Moment ja ist, ja.

Christian Flisek (SPD): Ja. -Und Sie haben auch gesagt –

Zeuge Hartmut Pauland: [Die Bundesregierung ist für eine gesetzliche ... \(akustisch unverständlich\) für die](#) Klarstellung; ich habe da kein Problem mit. [Das heißt aber nicht, daß wir jetzt keine Ermächtigungsgrundlage haben \(Seite 55\)](#)

Christian Flisek (SPD): Na ja. Es geht nur --Die spannende Frage wird sein, wie weit auch diese Klarstellung geht, ob wir uns nur über eine kosmetische Rechtsgrundlage unterhalten oder ob wir eben eine Rechtsgrundlage machen, die klare Voraussetzungen definiert, die dann eben auch dafür sorgt, dass wir eben eine parlamentarische Kontrolle oder zumindest eine Kontrolle beispielsweise durch das quasigerichtliche Gremium der G-10-Kommission sicherstellen. Das ist schon um einiges weitreichender.

Zeuge Hartmut Pauland: Das kann ich Ihnen aber nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Und das hätte uns einige der Probleme auch erspart, die wir bisher haben.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Jetzt wäre die Runde rum. -Jetzt habe ich zwei Fragen: Herr Pauland, brauchen Sie eine kleine Pause?

Zeuge Hartmut Pauland: Wäre nett, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, wir fangen an mit der --Es sind auch nicht mehr viele Fragen, wenn ich das richtig verstanden habe. Umso präziser Sie antworten, umso besser wahrscheinlich. -Und es geht zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Pauland, ich muss leider noch mal bei dem Thema Selektoren bleiben. Es gibt ja verschiedene Selektorentypen. Können Sie mir etwas darüber sagen, welche Selektorentypen ich einem Land zuordnen kann?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, Sie haben die --klassisch natürlich die Landesvorwahl. Sie haben bei der E-Mail die entsprechende Endung, wo Sie es klar können. Dann gibt es die Gerätekenner für den Bereich Mobilfunk, wie die 262 klassisch für Deutschland. Das sind so die klassischen Dinge, die Sie einem Land zuordnen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei welchen Selektorentypen kann ich es nicht?

Zeuge Hartmut Pauland: Z.B. Bei ~~Allgemein~~, wie wenn Sie die Endung "com" haben. Dann ist es nicht erkennbar. -(Seite 56)

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich meinte jetzt nicht --Ich meinte Selektorentypen. Also, wie sieht es aus mit Chats, Messenger? Kann ich da auch ein Land zuordnen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann da eine gewisse Landeszuordnung treffen, weil ja IP-Adressen meistens in Blöcken zugeordnet werden, und da kann ich eine gewisse Länderzuerkennung vornehmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hoch, würden Sie sagen, ist der Anteil der Selektoren am insgesamt eingesetzten Selektorenpool, bei denen ich ein Land zuordnen kann?

Zeuge Hartmut Pauland: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist die Problematik mal diskutiert worden bei Ihnen?

Zeuge Hartmut Pauland: In Fachkreisen bei den Technikern bestimmt, ja. Kann ich Ihnen aus eigenem Erleben nichts zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die Techniker bei Ihnen haben das mal diskutiert?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich hoffe es. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie haben keine Erinnerung mehr daran, dass das Thema mal-

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): -gewogen wurde? -Nein. -Sie hatten selbst berichtet von dem Besuch der behördlichen Datenschutzbeauftragten im Sommer 2013 in Bad Aibling. Daran erinnerten Sie sich, glaube ich. War das richtig?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja. Das eine war im Herbst.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: ~~Also, ich meine jetzt~~ Sie meinen den behördlichen Datenschutz, ja? ([Seite 56](#))

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Okay, Entschuldigung, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da erinnern Sie sich dran?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich war nicht dabei, aber ich habe das Protokoll gelesen. Ich war selbst nicht dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben im Nachgang mitbekommen,

Zeuge Hartmut Pauland: Natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): -was dazu auch verschriftlicht wurde?

Zeuge Hartmut Pauland: Einiges, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und sie hat sich ja im Nachgang relativ kritisch mit der Praxis der Datenübermittlung von Roh- und Metadaten an die NSA geäußert. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sagen, ob --um welches Ausmaß von Metadatenlieferungen an die NSA es ging bei Ihrem --

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, um welches Ausmaß es ging, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass wir uns auch zusammengesetzt hatten, nachdem das auch ausführlich besprochen wurde, und dass [Problem geklärt.](#) --Weil eben die Zeit begrenzt war, wurden ja bestimmte Sachen vorgestellt. Also das ist wie bei jedem Besuch. Und [sie hat sich da ja ein bisschen -- hat sich](#) ja dahingehend geäußert, dass hier nicht alles vorgestellt worden ist. [--\(Seite 57\)](#)

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Hartmut Pauland: -und dass sie sich deshalb getäuscht gefühlt hätte, und ich denke, das hat man ausgeräumt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist bei uns die Unterlage MAT A BND-1/6a.pdf, Blatt 239'. Das ist genau dieses Schreiben, wo sie sich beschwert, dass ihr nicht alles gezeigt oder gesagt wurde. Und darin heißt es, in dem Vermerk, dass in einem Umfang von bis zu 1,3 Milliarden Daten pro Monat eine Weitergabe an USA-SUSLAG erfolgt.

RD Philipp Wolff (BK): Nur zur Frage: Ist das ein-gestuft, oder ist das nicht eingestuft?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ist NfD.

RD Philipp Wolff (BK): Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Ganz, ganz, ganz gut. -Auf welcher Grundlage erfolgt denn diese Weitergabe der Metadaten an USA-SUSLAG?

Zeuge Hartmut Pauland: Die Weitergabe der Daten erfolgt auf BND-Gesetz. ~~Das war eine An-Ja, genau, d~~Das sind die Metadaten . (Seite 57)

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind die Metadaten?

Zeuge Hartmut Pauland: Bad Aibling, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Von Bad Aibling?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Auf Grundlage vom BND-Gesetz erfolgt die Datenweitergabe von 1,3 Milliarden Daten pro Monat an USA-SUSLAG?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie wird denn da der Schutz deutscher und europäischer Interessen gewährleistet?

Zeuge Hartmut Pauland: Wird genauso gegen-gefiltert wie alles andere auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Hier steht drin:

Eine inhaltliche Sichtung bzw. eine Eingrenzung der erhobenen Daten anhand von wie auch immer gearteten Kriterien finde nicht statt. Stattdessen würden alle auf den betreffenden Strecken erhobenen Daten -bereinigt um Daten mit Deutschlandbezug -an USA-SUSLAG weitergegeben.

Da steht nichts von Europabezug. Heißt das, dass die Daten lediglich G-10-sanitarisiert sind und ansonsten weitergegeben wurden?

Zeuge Hartmut Pauland: Zu welchem Zeit-

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist 20. August 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

• *Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-1/6a, Blatt 227/228.*

Zeuge Hartmut Pauland: Ich sagte ja, dass ich das im Moment nicht parat habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Bleiben Sie dabei, dass die Daten, um die es hier geht -diese Metadaten, die weitergegeben wurden aus Bad Aibling -, lediglich aus Satelliteneinsatz stammen?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich bleibe dabei, was ich vorhin gesagt habe, dass in Bad Aibling Satellitendaten und Richtfunkdaten, Richtfunkerfassung verarbeitet wird.-
(Seite 58)

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hartmut Pauland: Da bleibe ich bei.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hartmut Pauland: Wir reden jetzt über meine Zeit, über zwei Jahre. Nicht über das, was vorher war. (Seite 58)

Martina Renner (DIE LINKE): Vorher war. Wir reden nicht über "Eikonol".

Zeuge Hartmut Pauland: -vorher war. Genau, wir reden nicht über "Eikonol".

Martina Renner (DIE LINKE): Nein; denn wir reden zu 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Da bleibe ich dabei, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. -Ich bin so weit durch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön -Jetzt frage ich mal die Fraktion der CDU CSU: Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil?

Nina Warken (CDU/CSU): In der öffentlichen Sitzung nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wüsste es aber gern für das Jahr 2013.

Zeuge Hartmut Pauland: 2013 war mir das ja nicht ~~—Das war mir nicht~~ bekannt. Von daher habe ich auch nicht mit ihm darüber gesprochen.[\(Seite 59\)](#)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Ihre Mitarbeiter Ihnen das nicht erzählt haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie ein Verständnis dafür, dass die Ihnen das nicht erzählt haben?

Zeuge Hartmut Pauland: Verständnis kann man nur haben, wenn Sie die Gründe kennen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Hartmut Pauland: -und ich weiß sie nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und danach frage ich Sie jetzt. Könnte es sein, dass sie einen Grund gehabt haben, Sie nicht zu informieren?

Zeuge Hartmut Pauland: Herr Abgeordneter, mir ist keiner bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass es einen gibt?

Zeuge Hartmut Pauland: Es wird sicher einen geben; sonst hätten sie es ja machen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hartmut Pauland: Also, das ist eine Frage, die ich [nicht weiter beantworten kann](#).[—\(Seite 60\)](#)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das ist sehr hilfreich, wenn Sie sagen, dafür könnte es einen Grund geben, für den Sie Verständnis haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Das habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann sagen Sie mir, wie Sie es gesagt haben.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe gesagt: Wenn jemand nicht darüber sprechen will, dann wird er einen Grund haben. ~~Das habe ich~~ [\(Seite 60\)](#)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, einen legitimen Grund.

Zeuge Hartmut Pauland: Einen legitimen Grund.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, einen legitimen Grund. Über so einen relevanten Vorgang. -Könnte es sein, dass es sich bei dieser ganzen --bei diesem ganzen Spiel von D. B. und M. T. und W. O. und wie die Beteiligten hießen, um eine abgeschirmte Operation gehandelt hat?

Anmerkung des Zeugen: Der Grund könnte auch sein, daß die Mitarbeiter kein Erfordernis für die Meldung nach oben gesehen haben, weil sie den Vorgang nicht für bedeutsam hielten.

[\(Seite 60\)](#)

Zeuge Hartmut Pauland: Das ist alles sehr suggestiv. Nein, glaube ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das ist eine --Könnte es sein, dass das eine abgeschirmte Operation war und das für Sie ein legitimer Grund war?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, das könnte ich, --kann ich mir nicht vorstellen. Wenn das eindeutig genug ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt, das können Sie sich nicht vor-stellen? Schließen Sie das aus, dass das so ist?

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, das schließe ich aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was könnte denn noch ein legitimer Grund sein, dass Ihre Ihnen meldepflichtig unterstellten Mitarbeiter über einen so megarelevanten Vorgang, für das jetzt sozusagen Hammeralarm ist in der ganzen Republik und im Bundeskanzleramt, Ihnen, dem zuständigen Vorgesetzten, nicht Bericht erstattet haben? Was könnte ein legitimer Grund sein? Erklären Sie es mir.

Zeuge Hartmut Pauland: Ich habe mich das auch schon mehrfach gefragt. Ich habe keinen gefunden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie W. O. nicht mal gefragt?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann mich immer nur wiederholen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie W. O. nicht gefragt, Herr Pauland?

Zeuge Hartmut Pauland: Weil wir im Moment in der Aufklärungsphase sind, und –

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist 2015. Warum haben Sie ihn nicht gefragt, warum er Ihnen 2013 nicht gesagt hat, dass er über Wochen illegale Selektoren gelöscht hat?

Zeuge Hartmut Pauland: 2013 ~~auch zum letzten~~ habe ich es nicht gewusst. [\(Seite 60\)](#)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Warum hat er es Ihnen nicht gemeldet? Dazu war er verpflichtet; das wissen wir doch beide. Und Sie tun so, als wäre das legitim. Und ich möchte von Ihnen wissen, warum.

Zeuge Hartmut Pauland: Also, ich tue nicht so, als wäre das legitim. Ich habe nur gesagt, ich habe es nicht gewusst, und damit konnte ich ihn nicht befragen. ~~Das mache ich nicht.~~ [\(Seite 60\)](#)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie mögen das ja ehrenhaft finden, dass Sie das hier auf sich ziehen. Ich glaube, dass das Wahnsinn ist, ja, mit Ihrer Laufbahn über 40 Jahre, und Sie ziehen sich das hier so. Das ist mir vollkommen unverständlich -auch soldatisch. wenn ich das mal sagen darf als Zivildienstleistender.

Zeuge Hartmut Pauland: ~~Wenn mich keiner informiert~~—Wenn mich keiner informiert: Was soll ich denn dazu sagen? (Seite 61)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wirklich, Herr Pauland, wir haben es jetzt fünfmal versucht, und ich verstehe es nicht. Ich halte das wirklich für einen schweren Fehler und bedauere, dass das so ist. -Jetzt frage ich mal von der anderen Seite, das Bundeskanzleramt: 2013, Edward Snowden, Fach-und Rechtsaufsicht: Kam da irgendwas vom Bundeskanzleramt?

Zeuge Hartmut Pauland: Vom Bundeskanzleramt kamen sehr viele Anfragen, die wir beantworten mussten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, im Hinblick auf Selektorenübergreiflichkeiten der NSA -diese Problematik natürlich.

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, kam nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts? Die Fach-und Rechtsaufsicht hat Ihnen als zuständigem Abteilungsleiter keine einzige Frage gestellt nach Edward Snowden?

Zeuge Hartmut Pauland: Nach Selektoren nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern nach was?

Zeuge Hartmut Pauland: ~~Ja. n~~Nach allen Folien, die in den Zeitungsberichten veröffentlicht wurden. (Seite 61)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach EADS und Eurocopter?

Zeuge Hartmut Pauland: Also, in meiner Zeit kann ich mich nicht daran erinnern. ~~Das ist jetzt~~—(Seite 61)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. das sind ja Selektoren.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, aber die EADS –

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vorher, bis zu der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses, kam so was im Hinblick auf die Selektoren nicht? Nie? Nie besprochen worden? Gab es keine Runde? Der Präsident hat nicht mal gesagt: "Du, was ist denn da los? EADS und Eurocopter! Die Süddeutsche schreibt schon wieder so was Wahnsinniges. Das schadet uns doch. Das gibt es doch nicht. Kann da was sein?"? -War nie ein Thema?

Zeuge Hartmut Pauland: Mir nicht bewusst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht bewusst?

Zeuge Hartmut Pauland: Mir nicht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt das: Ihnen nicht bewusst?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich kann ja nicht für alle reden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Hartmut Pauland: Für mich spreche ich, dass es [mir nicht bekannt war.](#) –(Seite 62)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es solche Gespräche gegeben? Gab es Runden, wo Sie dabei waren, wo das Thema war?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor März 2015?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal zu der dritten Stufe dieser Selektorenprüfungen. Sie haben gesagt: Da werden auch Politiker

rausgefiltert; so habe ich das verstanden. Reden wir da auch über deutsche oder nur über europäische?

Zeuge Hartmut Pauland: Nur über deutsche.

RD Philipp Wolff (BK): Zu den Einzelheiten, was herausgefiltert wird, nur in eingestufte Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt nur über deutsche. Als Betroffener darf ich die Frage jetzt mal öffentlich stellen:

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht ja auch eher um die Antwort. Es geht ja um die Antwort, nicht um die Fragestellung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. -Wird die Kanzlerin rausgefiltert?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, [dazu sage ich hier nichts, die Frage beantworte ich hier nicht.](#) (Seite 62)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. -Der Vizekanzler?

RD Philipp Wolff (BK): Zu Einzelheiten, wie das Ergebnis der Filterung ist, nur in eingestufte Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werde meine Frage wohl stellen können. Der Zeuge kann ja überlegen, ob er antworten will. Ich halte das für eine relevante Frage, welche Politiker –

RD Philipp Wolff (BK): Sie können die Frage stellen. Ich weise den Zeugen darauf hin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tun Sie das. -Werden EU-Kommissare rausgefiltert? MdBs? Nur Landespolitiker? Bürgermeister? Gibt es da ein Raster? Können Sie mir das erklären?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, [hier nicht in öffentlicher Sitzung.](#) (Seite 63)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm. -Zuletzt: Wir haben vorhin darüber gesprochen, Herr Pauland, was eigentlich in Bad Aibling gemacht wird. Sie sagten, ausschließlich Richtfunk und Satellitenerfassung. Ich habe hier so eine Übersicht, die leider Geheim ist. Deswegen kann ich Ihnen die nicht öffentlich vorlesen, aber ich lasse Sie Ihnen jetzt einmal zeigen. Die ist vom 7. --Das darf ich vielleicht gar nicht sagen. Ich sage mal, aus dem Jahr 2014, und da ist eine Aufgabenbeschreibung zu Bad Aibling.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Jetzt ohne dass wir das vorlesen: Würden Sie Ihre Antwort auf meine Frage noch mal anders formulieren, wenn Sie das jetzt lesen, was wir als Aufgabenbeschreibung für Bad Aibling da vorgelegt bekommen haben, oder sagen Sie mir: "Das ist falsch, was da steht"?

Zeuge Hartmut Pauland: Ich sage nicht, dass das falsch ist, und ich sage nicht, dass die nicht auch noch mehr Aufgaben haben. Aber vorhin ging es darum, ob Kabel, Satellit oder Rifu, und da bleibe ich dabei: Satellit und Richtfunk. Dass die [Mitarbeiter dort auch andere Aufgaben haben, ist davon unbenommen. mehr macht](#)—(Seite 63)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie meinen Sie das, Aufgaben und –

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann ansonsten in eingestufte Sitzung dazu Angaben machen, soweit sie dem Untersuchungsgegenstand unterfallen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich unterfallen sie dem Untersuchungsgegenstand. -Bis wann war das denn anders? Ich frage mal so ganz nebulös: Seit wann ist denn das Ihrer Meinung nach anders, als es da steht? Da steht es allerdings für das Jahr 2014.

Hat sich das in den letzten Monaten vielleicht geändert?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein. Aber wenn Sie an "Eikonale" denken: Das war vorher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Das war bis 2008.

Zeuge Hartmut Pauland: Das war vor meiner Zeit. Mehr habe ich nicht gesagt.

Burkhard Lischka (SPD): Würden Sie auch sagen --Nun ist ja Ihre Abteilung durchaus auch militärisch oder mit ehemaligen Bundeswehrangehörigen geprägt. Wäre das so ein Grundsatz, wenn der kursiert in Ihrer Abteilung, wo Sie sagen: "Also, das würde ich unterbinden. Das ist nicht in Ordnung"? Oder gibt es bei Ihnen so einen Grundsatz in der Abteilung TA: "Melden macht frei"?

Zeuge Hartmut Pauland: Vielleicht muss ich mich noch deutlicher ausdrücken. Wenn er den Grundsatz hat, dass ich eine Verantwortung loswerden will, wenn das dahintersteht, dann ist er schlecht. Ansonsten ist das richtig. --Natürlich: Jeder hat seine Ebene. Deshalb haben wir unterschiedliche Besoldungsgruppen. Wenn ich nicht weiterkomme und Hilfe brauche oder meine Ebene ausgereizt ist, dann melde ich das natürlich weiter. Das ist das—klassische militärische Hierarchie. --Aber die Ausgangsfrage war (Seite 64)

Burkhard Lischka (SPD): "Melden macht frei".

Zeuge Hartmut Pauland: -mit dem Abschieben von Verantwortung, und da finde ich es nicht gut. Ansonsten ist das natürlich richtig.

Burkhard Lischka (SPD): Wissen Sie, wir zerbrechen --Vielleicht können Sie ja mal bei meinen Überlegungen auch helfen. Vielleicht können Sie auch sagen: Herr Lischka, Sie sind vollkommen auf dem Holzweg. -Aber was uns hier alle gemeinsam so geht, ist ja diese Frage Sommer 2013 bis März 2015 und die Frage: Warum wird da eigentlich nicht mit gesprochen?

Ich bin so drüber gestolpert, als Sie gesagt haben in dem Zusammenhang was von Abschotten. Das haben Sie nicht so gemeint, vielleicht wie Herr von Notz das angesprochen hatte, dass da geheim was abgeschottet ist. Aber könnte es sein, dass es ein ganz anderes Prinzip gibt im Bundesnachrichtendienst, dass man sagt: "Also, wenn es richtig stinkt auf dem Haufen, dann melde ich das nicht -zum Schutz, damit ich in der Verantwortung dann stehe"? Gibt es möglicherweise so etwas?

Weil, wissen Sie, das würde für mich erklären, warum Sie D. B. und W. O. auch gar nicht fragen müssen. Sie müssen nicht fragen, weil: Wenn es so was gibt als ungeschriebenes Gesetz, dann ist es klar, warum D. B. das auf sich genommen hat und auch nicht weitergegeben hat: Weil er eben nicht Verantwortung eine Etage höher ziehen wollte. Oder ist das total absurd?

Zeuge Hartmut Pauland: Nein, Entschuldigung. Ich habe es nicht richtig zugeordnet.–
(Seite 67)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. -Aber wenn man jetzt W. O. nehmen würde, den dürften Sie, könnten Sie doch fragen: "Was war denn da damals los? Was habt denn ihr da gemacht? Wo ist die Liste von Dr. T.?"; Fragen, die uns auch sehr bewegen. Könnten Sie doch tun, ohne einen Rechtsbruch zu begehen. Oder verstehe ich etwas grundsätzlich nicht BND-intern? Ich würde es gerne verstehen. Deswegen frage ich jetzt noch mal.

Zeuge Hartmut Pauland: Den Zusammenhang mit der Liste und die Aufarbeitung, die machen wir doch. Diese Fragen werden ja geklärt. Die stehen auch in dem Aufklärungsbericht, den wir schreiben, drin. Ob W.O. ein Auskunftsverweigerungsrecht hat, muß er selbst beantworten. Wir klären auf und führen derzeit keine Disziplinarverfahren durch.(Seite 67)

Dr. Konstantin von Notz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hat 2013 eine groß angelegte Aktion im August, kurz bevor Sie krank geworden sind, gegeben in Ihrer Abteilung.

Zeuge Hartmut Pauland: Ja, von der ich nichts weiß. ~~Ja, ich weiß, dass ich nichts weiß. Ich weiß.~~ (Seite 67)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Das machen wir jedes Mal, auch wenn danach noch Zeugen in öffentlicher Sitzung vernommen werden. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Pauland am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, bitte ich um das Handzeichen. -Herzlichen Dank. Gegenstimmen? -Enthaltungen? -Damit einstimmig so beschlossen.

Ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie uns so lange Rede und Antwort gestanden haben. Nach der Vernehmung des nächsten Zeugen schließt sich die nichtöffentliche bzw. eingestufte Vernehmung an. Ich bitte, sich dazu wieder bereitzuhalten; aber ich